DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 9 September 1989 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bonn:
Das Problem mit der deutschen Souveränität

Wie Richard v.Weizsäcker das deutsche Volk in Fragen Deutsches Reich vorsätzlich täuscht

Michail Gorbatschow:
Der neue Messias

US-Dollar:
Der Untergang einer Weltmacht

China:
Der Verrat begann vor Jahrzehnten

Palästinenser:
Ein Bumerang für Israel

Revisionismus:
Der britische Historiker David Irving bekennt der Presse seine Irrtümer



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf ur erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnement

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-725 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Wid spruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellschein ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

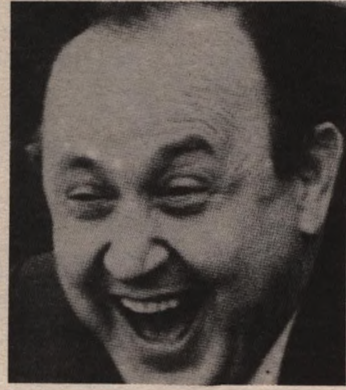
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

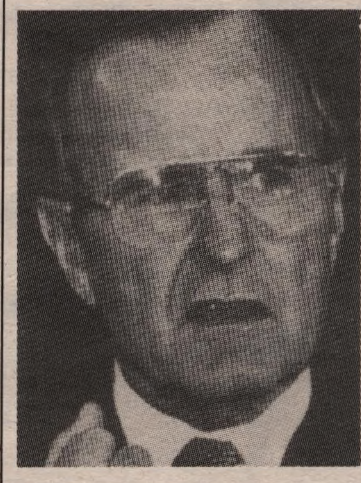


Deutschland



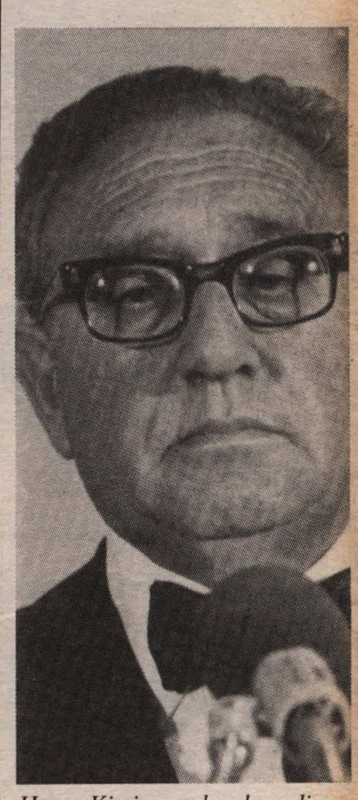
Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist der Prototyp eines Bonner Politikers. Er ist immer dort, wo die Macht ist oder wo sie am einfachsten zu erreichen ist.

Finanzen



US-Präsident George Bush verteilt Almosen im Ausland, für die lebenswichtigen amerikanischen Inlandsprogramme ist kein Geld da.

Internationales



Henry Kissinger, der ehemalige US-Außenminister und heutige enge Berater des Rockefeller-Clans, ist der wichtigste Mann in den Kulissen des internationalen Krisenmanagements.

Nr. 9 September 1989

Revisionismus

Medizin

Ständige Rubriken

Das Problem der Souveränität

Klaus Bachstein

Vor vier Monaten feierte die Bundesrepublik den 40. Jahrestag der Verkündigung des Grundgesetzes. Bedeutet dieser Jahrestag aber auch, daß nunmehr, 44 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, zumindest die Bundesrepublik im Genuß der vollen Souveränität ist? Oder gilt nach wie vor die Direktive der Streitkräfte der Vereinigten Staaten an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung in Deutschland (JCS 1067 vom 26. April 1945), in der es unter anderem heißt: »Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat«?

In einer Meldung der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) heißt es: »Die Staatsanwaltschaft Zweibrücken will keine Ermittlungsverfahren wegen der Flugtagkatastrophe von Ramstein einleiten ... Die Vorermittlungen wegen der Flugzeugabstürze am 28. August, bei denen siebzig Menschen umgekommen waren, hätten keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen des damaligen Verteidigungsministers Scholz oder anderer deutscher Staatsbürger ergeben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft konnten sich die Vorermittlungen nur auf deutsche Staatsangehörige und auf die Genehmigung des Flugtages erstrecken, da die italienischen und die amerikanischen Streitkräfte nicht auf ihre Gerichtsbarkeit gemäß dem NATO-Truppenstatut verzichteten.«

Die Bundesregierung weiß angeblich nichts

Dies bedeutet also nichts anderes, als daß dieses Truppenstatut deutschem Recht überlagert ist.

Und Ende Juni dieses Jahres wurde im »Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin« die Anordnung der Alliierten Kommandatur (Berlin Kommandatura Order BK/O) veröffentlicht, die zum Teil die Vorschriften der Strafprozeßordnung, in denen die Überwachung des Fernmeldeverkehrs geregelt wird, nun auch in Berlin für anwendbar erklärt. Jedoch muß vorher noch immer die Erlaubnis der alliierten Behörde, in deren Sektor die Überwachung erfolgen soll, eingeholt werden. Diese können jedoch auch von sich aus, ohne Berliner Stellen zu informieren, eigene Abhöraktionen starten.

Und diese Abhöraktionen der Siegermächte und speziell der USA sind nicht nur auf Berlin beschränkt. Wie der »Spiegel« vor einigen Monaten aufdeckte, hört der amerikanische Geheimdienst »National Security Agencies« (NSA) mittels Dutzender von Abhörstationen quer durch die ganze Republik die über Richtfunk geführten Telefonate ab. Und dies ist der weitaus größte Teil der Ferngespräche. Die Technik ist dabei so modern, daß sich die Aufzeichnungstonbandgeräte beim Wählen einer bestimmten Telefonnummer oder bei einem bestimmten Wort automatisch einschalten.

Und das Schlimmste ist: Die Bundesregierung soll davon informiert sein. Ja, die sechste Etage des Gebäudes Am Hauptbahnhof 6 in Frankfurt soll sogar im Namen der Bundesvermögensverwaltung angemietet worden sein. Die Bundesregierung stellt sich aber – natürlich – völlig ahnungslos.

Vor weiteren Beispielen über die Verletzung der (bundes) deutschen Souveränität durch die sich im Sprachgebrauch von Besatzungs- über Sieger- nun zu Schutzmächten gewandelten Alliierten soll zuerst kurz auf einige wichtige diesbezügliche Regelungen eingegangen werden.

Die Alliierten können sogar die Todesstrafe verhängen

Die wichtigste ist der sogenannte Deutschlandvertrag, der die wesentlichen Rechte und Pflichten von England, Frankreich und den USA als den westlichen Siegermächten regelt. Aufgrund der Bestimmungen des Artikels zwei behalten sich diese drei Staaten die von ihnen »ausgeübten und innegehabten Rechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer internationalen Regelung« vor.

Für das tägliche Leben allerdings noch fast bedeutsamer ist das sogenannte »NATO-Truppenstatut« und hierbei vor allem das ebenfalls 1963 in Kraft getretene Zusatzabkommen, das die besonderen Bedingungen für den Aufenthalt der fremden Streitkräfte regelt.

Danach können die Alliierten ohne vorherige Zustimmung deutscher Stellen Truppenbewegungen durchführen, sofern diese allerdings im »Zusammenhang mit Dienstobliegenheiten« stehen. Laut diesem Statut können die Alliierten trotz eines bestehenden deutschen Verbots die Todesstrafe verhängen; theoretisch selbst für deutsche Beschäftigte. Nur vollstreckt werden darf diese nicht in der Bundesrepublik.

Da der NATO-Oberbefehlshaber gleichzeitig auch US-Oberbefehlshaber ist, kann die Bundesrepublik auch ungewollt in einen Krieg hineingezogen werden. Da der NATO-Oberbefehlshaber in einem Krieg die oberste Gewalt in der Bundesrepublik inne haben würde, könnte der Bundeskanzler noch nicht einmal eine deutsche Kapitulation aussprechen.

Und über den Einsatz von Atomwaffen von und auf deutschem Boden hat der Kanzler nur ein eingeschränktes »Beratungsrecht«. Im Gegensatz beispielsweise zum britischen Premierminister, der ein Veto-Recht besitzt.

Bonn leistet freiwillig Souveränitätsverzicht

Und der »Stern« schrieb dazu: »Die Bundesrepublik kann sich nicht einseitig als neutral oder atomwaffenfreie Zone erklären. Sie kann zwar – theoretisch – aus der NATO austreten, die alliierten Truppen dürften dennoch und auch gegen deutschen Willen im Lande bleiben. Den Vertrag von 1954 über den Aufenthalt der Streitkräfte aus acht NATO-Staaten auf deutschem Boden kann Bonn nicht kündigen. Selbst die deutschen Grenzen sind für die Bundesregierung tabu: Verträge über Grenzkorrekturen bedürfen der Genehmigung der Siegermächte – so geschehen bei Abkommen mit der Schweiz, Luxemburg und Belgien.«

Bereits am 8. September des vergangenen Jahres hatte der »Stern« geschrieben: »Die Rechte der alliierten Militärs in der Bundesrepublik reichen von der Bewaffnung ziviler deutscher Wachmannschaften über geheime Telefonabhördienste bis zur möglichen Kontrolle von Luftbildern vom Gebiet der Bundesrepublik. Der frühere Bundeswehrhauptmann Erich Schmidt-Eenboom, jetzt Friedensforscher in Starnberg, hat dazu noch vorauseilenden Gehorsam der Deutschen ausgemacht: ›Seit Jahren leisten wir einen freiwilligen Souveränitätsverzicht, indem wir auf US-Wünsche eingehen, statt in unserem Interesse deutsche Rechtspositionen überhaupt geltend zu machen.‹«

Die Bundesregierung strebt aber auch nach eigenen Worten keine Änderung dieses Truppenstatuts an. Wie sehr diese sogar deutsche Interessen verrät, ging auch aus den Vorfällen um die Stationierung amerikanischer Hubschrauber auf dem Militärflugplatz Erbenheim hervor. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden gab jedoch dem Einspruch der Stadt Wiesbaden recht, mit dem diese beklagte, daß diese Pläne

gegen geltendes deutsches Recht verstößen.

Die »FAZ« schrieb hierzu: »Nach Ansicht des Gerichts hätte ein reguläres Genehmigungsverfahren nach den Paragraphen 6 und 30 des Luftverkehrsgesetzes stattfinden müssen; diese Entscheidung könne die Stadt anfechten. Die Bundesregierung weigere sich aber, eine solche gerichtlich anfechtbare Entscheidung zu erlassen und schiebe die Verantwortung den amerikanischen Streitkräften zu. Sie gestehe ihnen sogar das Recht zu, selbst zu entscheiden, ob es aus militärischen Gründen erforderlich sei, von einem Genehmigungsverfahren abzusehen. Das bedeute, die ›faktische Anerkennung einer Art von Besatzungsrecht‹, was mit der uneingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik nicht vereinbar sei.«

Das Problem Berlin

Ein Beispiel über die »uneingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik« soll den Hohn dieser Worte verdeutlichen. Der ehemalige stellvertretende amerikanische Hauptankläger beim Nürnberger Prozeß, Robert Kempner, erklärte im November des vergangenen Jahres anläßlich des Erbstreits, wem die Goebbels-Tagebücher gehören folgendes: »Über diese Kriegsbeute (alles, was von Goebbels aufgefunden wurde; der Verfasser) durften nur die Besatzungsbehörden verfügen. Für ihre Verwendung gab es keine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden, soweit nicht die Behörde des Judge Advocat General beziehungsweise die vorgesetzten Ministerien in Washington oder Moskau Ausnahmen gestatteten. Dies ist jedoch in keinem Fall geschehen!«

Noch schlimmer ist es um die deutsche Souveränität in Berlin bestellt. Seit Kriegsende haben die Siegermächte bislang für die ehemalige Reichshauptstadt 4000 Sonderbestimmungen erlassen, wovon das Gros noch heute in Kraft ist. Während 1987 das Verbot des Besitzes überlanger Küchenmesser aufgehoben wurde, ist beispielsweise noch heute das Sammeln bestimmter Preußensäbel verboten. Die Todesstrafe oder das Verbot eines eigenen Berliner Verfassungsgerichts bestehen ebenfalls nach wie vor fort.

Bonn benutzt in Berlin Besatzungsstatut als Vorwand

Schon fast ans Lächerliche grenzt es dagegen, wenn zur Schließung eines ausländischen Konsulates – des iranischen im August 1987, nachdem es als Propagandastelle des Teheraner Regimes beargwöhnt wurde – die Norm »irgendwelche kriegerischen Handlungen« herhalten muß, die 1945 gegen versprengte Soldaten des Dritten Reichs und gegen Werwölfe erlassen wurde.

Und das schlimme ist, daß Berliner, die von irgendeinem alliierten Verbot betroffen sind, dagegen noch nicht einmal den doch erst einen freiheitlichen Rechtsstaat begründeten Rechtsweg beschreiten können. Erst Mitte des vergangenen Jahres wurde nun eine »Beschwerdestelle« eingerichtet, die Härten mildern soll. Allerdings kann diese Beschwerdestelle nur Empfehlungen aussprechen, die für die Alliierte Kommmandantura nicht bindend sind.

Einige werden sich noch an das Jahr 1979 erinnern, in dem ein unerschrockener US-Richter namens Herbert Stern eigentlich zwei DDR-Bürger, die einen polnischen Verkehrsjet auf dem im US-Sektor gelegenen Flughafen Tempelhof entführt hatten, nach dem Besatzungsstatut verurteilen sollte. Stern verwandelte diesen Prozeß jedoch in ein Tribunal gegen, wie der »Spiegel« es schrieb, »hanebüchende Relikte des Besatzungsrechts, in ein Duell zwischen Gesetz und Macht, das Rechtsgeschichte machte«.

Stern erklärte jetzt kürzlich in einem Interview mit dem »Spiegel«, daß »mit diesem Prozeß den Berlinern deutlich gemacht (wurde), daß sie eine besiegte Bevölkerung sind und daß in ihrem Staat ein Siegergericht amtieren kann, vor dem die Deutschen nicht mehr Rechte haben, als ihnen unser Außenminister zugesteht.«

Und interessant ist, was Stern der Bundesregierung vorwirft. »Bonn benutzt Berlins Besatzungsstatus als eine Art Vorwand, um Franzosen, Amerikaner und Engländer anzurufen, sobald etwas zu regeln ist, das sein eigenes Gesetz verbietet . . . Alles geschieht, weil die Bundesrepublik es so wünscht.« Dabei könnte die Bundesregierung, wenn sie es nur wollte, einen »Court for Berlin« ins Leben rufen, der auch Alliierte betreffende ganz normale kriminelle Delikte abhandeln könnte, so jedenfalls Stern.

Die Sonderrechte der Alliierten

Am besten dokumentiert wurden die Sonderrechte der Alliierten – und vor allem ihre rigorose Anwendung – durch den Fall des ermordeten Rudolf Heß. Es gibt wohl in jüngster Zeit kein schändlicheres Verbrechen, als die jahrzehntelange Isolationsfolter des schwerkranken Greises. Und selbst nach Heß' Tod ging es weiter. Ein Wunder, daß die Asche des Verstorbenen nicht wirklich, wie eigentlich vorgesehen, in alle vier Himmelsrichtungen verteilt wurde, sondern den Anverwandten übergeben wurde.

Das Gefängnis wurde auf Befehl der Alliierten niedergerissen. Und dies, obwohl es auf Gelände steht, das dem Senat gehört und obwohl Gebäude dieser Bauart heutzutage normalerweise unter Denkmalschutz stehen und damit nicht abgerissen werden dürfen. Nun wird ein Kaufhaus für die britischen Soldaten dort gebaut; dies kann nicht anders als Enteignung bezeichnet werden.

War der Fall Heß der bekannteste, so war er aber doch nicht der einzige. Drei kurze Beispiele sollen nachfolgend erwähnt werden:

So hieß es in der »Rheinischen Post« vom 4. Januar 1989: »Der Vier-Mächte-Status von Berlin verhindert eine Sitzung der CDU / CSU-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude der Stadt. Fraktionssprecher Englisch sagte, die CDU/CSU-Fraktion müsse in diesem Jahr auf ihre traditionelle Januar-Sitzung in Berlin verzichten, weil die Union sich erst nach ihren Kollegen von SPD und FDP um einen Termin bemüht habe. Nach dem 1972 zwischen den vier Siegermächten Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR getroffenen Vier-Mächte-Abkommen dürfen in dem früheren deutschen Parlament, zwei Fraktionen des Bundestags nicht zeitgleich tagen.«

Im September des vergangenen Jahres verbot die Alliierte Kommandantura der NPD die Teilnahme an den Berliner Senatswahlen am 29. Januar 1989. Es ist wohl einmalig, daß 44 Jahre nach Kriegsende in einer urdeutschen Stadt fremde Mächte quasi eine Zensur der deutschen Politik betreiben, zumal linksextreme Parteien zugelassen waren. So ist beispielsweise die im Bundesgebiet verbotene KPD in Berlin noch als Partei zugelassen.

Die überfällige volle Souveränität

Und nach den Krawallen am 25. September 1988 während der Weltbank-Tagung schaltete sich gar der ehemalige demokratische Bewerber um das US-Präsidentenamt, der Neger Jesse Jackson, ein und forderte unter Hinweis auf den Status von Berlin eine vollständige Untersuchung durch den US-Kongreß sowie der Parlamente Frankreichs und Großbritanniens. Das ist derselbe Jackson, der dauernd an der Spitze von Demonstrationen geht, die die vollkommene Legalisierung der Abtreibung in den USA fordern. In einem Land, in dem jetzt schon rund 1,4 Millionen ungeborene Kinder ermordet werden.

Doch von diesen ganzen Dingen war bei den Jubelfeiern anläßlich des 40. Jahrestags der Verkündung des Grundgesetzes keine Rede. Nicht ein Redner oder Regierungspolitiker forderte die nach 44 Jahren mehr als überfällige völlige Souveränität. Das sind aber die gleichen Politiker, die sich darüber beklagen, daß viele Wähler sich wieder ihres Nationalgefühls erinnern und Parteien wählen, die fordern, daß der »Gang nach Canossa« nunmehr beendet sein muß.

Ebenfalls in Kraft sind im übrigen auch die Feindstaatenklauseln der UNO, die für Deutschland in all seinen Teilen bis heute unvermindert fortgelten. □

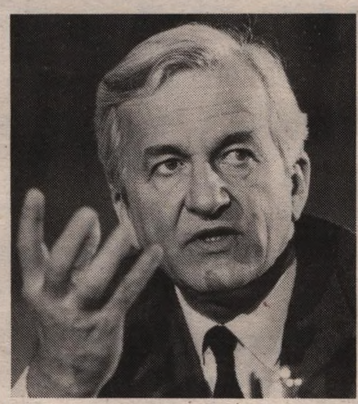
Richard von Weizsäcker

Verzicht auf deutsche Ost-Gebiete

Günther Jansen

Am 23. Mai dieses Jahres begann die zweite fünfjährige Amtszeit des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Und nur einen Tag später, am 40. Jahrestag der Verkündigung des bundesdeutschen Grundgesetzes, verzichtete von Weizsäcker in einer Rede verklausuliert auf die deutschen Ostgebiete.

In seiner Rede, die von etablierter Seite in ihrer »Bedeutung« oftmals mit der »Befreiungsrede« vom 8. Mai 1985 gleichgestellt wird, sagte der Bundespräsident wörtlich: »Am 8. Mai 1945 hatte das Deutsche Reich bedingungslos kapituliert.« Dieses ist nicht nur falsch, sondern reiht sich nahtlos in die großen Geschichtslügen ein, mit denen das deutsche Volk seit Kriegsende überschüttet wird.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker redet von der Kapitulation des Deutschen Reiches trotz besseren Wissen.

Die Urkunde ist ganz eindeutig

Denn kapituliert hat damals nicht das Deutsche Reich, sondern ausschließlich die deutsche Wehrmacht. Dies geht eindeutig aus dem Wortlaut der damals unterzeichneten Urkunde und der Erklärungen der damaligen politisch Verantwortlichen sowie aus den diesbezüglichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hervor.

So heißt es zum Beispiel in der am 7. Mai 1945 von Reichspräsident Karl Dönitz in Reims unterzeichneten »Urkunde über die militärische Kapitulation«: »Der Unterzeichnende, handelnd im Namen des deutschen Oberkommandos, erklärt hiermit die bedingungslose Kapitulation aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft . . . Die Urkunde militärischer Übergabe präjudiziert nicht ihre Ersetzung durch ein allgemeines Kapitulationsinstrument, das von und im Namen der Vereinigten Nationen Deutschland und den deutschen Streitkräften in ihrer Gesamtheit auferlegt wird.«

Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk sagte am selben Tag: »Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiß des Großadmirals Dönitz die bedingungslose Kapitulation aller Truppen erklärt.«

Einen Tag später gab Dönitz in einer Rundfunkansprache folgendes kund: ». . . habe ich in der Nacht vom 6. zum 7. Mai dem Oberkommando der Wehrmacht den Auftrag gegeben, die bedingungslose Kapitulation für alle kämpfenden Truppen auf allen Kriegsschauplätzen zu erklären.«

Das Verfassungsgericht hat klar entschieden

Das Bundesverfassungsgericht entschied hierzu im Juli 1975: »Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden. Im Vorspruch der ›Erklärung‹ vom 5. Juni 1945, welche die Regierungen . . . ›in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt Deutschlands‹ abgegeben haben, heißt es: ›Die Übernahme . . . der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.‹«

Bereits zwei Jahre vorher hatte das höchste deutsche Gericht entschieden: »Die klare Rechtsposition jeder Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist: Wir haben von der im Grundgesetz vorausgesetzten, in ihm ›verankerten‹ Existenz Gesamtdeutschlands mit einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt auszugehen.«

Und bezüglich einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Oktober 1987 zur Präambel des Grundgesetzes sagte der frühere Verfassungsrichter Willi Geiger Mitte März dieses Jahres bei einer Veranstaltung zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes (zitiert nach dem »Tagesspiegel« vom 19. März 1989):

»Bundesverfassungsrichter Geiger verwies auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 21. Oktober 1987. Bundesrepublik und Deutsches Reich seien ›rechtlich ein- und dasselbe Völkerrechtssubjekt‹, wobei die oberste Staatsgewalt für die Übergangsphase der Teilung auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt bleibe. Andererseits könne die Bundesrepublik auch nicht im Vorgriff auf eine deutsche Einheit über deutsches Reichsgebiet entscheiden. Hierüber müßte gegenüber Polen rechtzeitig Klarheit geschaffen werden, damit die politischen Beziehungen zu Warschau nicht unnötig belastet würden. Die Ostverträge seien von daher auch keine Teilungs- oder Abtretungsverträge gewesen.«

Wie dies alles, dem noch viel mehr folgen könnte, beweist, hat der Bundespräsident in seiner Rede am 24. Mai dieses Jahres das deutsche Volk damit schlichtweg belogen. Denn angesichts des ihm sicherlich zugestanden werden müssenden umfassenden politischen Wissen kann es als absolut sicher gelten, daß von Weizsäcker dies alles bekannt ist. Also scheidet ein auf Unwissenheit basierender Irrtum aus.

Es geht nicht nur um Wortklauberei

Um so schwerer wiegen aber von Weizsäckers Worte. Denn mit ihnen verzichtete erstmals ein Bundespräsident nicht nur auf die heute von Polen besetzten Gebiete, sondern auch auf Mitteldeutschland, die heutige DDR.

Völkerrechtlich ist streng von der Kapitulation der obersten militärischen Führung und eines ganzen Staates zu unterscheiden. Kapituliert nämlich ein Staat, dann verzichtet er damit auf seine zu diesem Zeitpunkt von den Gegnern besetzten Gebiete. Kapituliert dagegen lediglich, wie 1945 geschehen, die oberste militärische Führung, in diesem Fall die Wehrmacht, dann bedeutet dies nur das Ende der Kampfhandlungen, aber nicht den Verzicht der völkerrechtlichen Ansprüche auf die zu diesem Zeitpunkt von den Feindmächten besetzt gehaltenen eigenen Gebiete.

Interessant ist auch die CODE zur Verfügung gestellte Antwort von Dr. Ludger Kühnhardt vom Bundespräsidialamt auf ein diesbezügliches Protestschreiben. Dort heißt es wörtlich: »Dem Bundespräsidenten ist die völkerrechtliche Auffassung bewußt, daß am 8. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert hat. Nichts anderes wollte er in seiner Rede zum Ausdruck bringen.«

So stellt sich die Frage, warum er dies dann nicht auch klar tat. Viel bedeutungsvoller ist aber die Aussage »Dem Bundespräsidenten ist die völkerrechtliche Auffassung bewußt . . .« Dieser Halbsatz kann aber nicht anders gedeutet werden, als daß von Weizsäcker diese »völkerrechtliche Auffassung« nicht teilt. Denn sonst hätte er dies in seiner Antwort ebenfalls klar zum Ausdruck bringen müssen, was er aber nicht tat. □

Gegen den Willen des Wählers

Alfred König

Der 18. Juni 1989 war gleich in mehrfacher Hinsicht ein bedeutendes historisches Datum für die Bundesrepublik. Zum einen wurde an diesem Tag ein weiterer großer Schritt in Richtung der Vernichtung des deutschen Nationalstaates getan, zum anderen gelang aber das erste Mal seit Anfang der fünfziger Jahre einer sogenannten rechtsradikalen Partei, den Republikanern, die Überwindung der Fünf-Prozent-Klausel. Dies war das Signal für die fünf etablierten Parteien, sich darüber Gedanken zu machen, wie der Wille von rund zwei Millionen Wählern am einfachsten eliminiert werden kann. Denn erstmals wären auf Bundesebene – neben einer großen Koalition – zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung drei Fraktionen nötig gewesen.

Bei den Diskussionen, wie die etablierten Parteien sich die Macht auch weiterhin sichern können, schälten sich am Ende drei Möglichkeiten heraus. Nämlich eine große Koalition zwischen Union und SPD, eine sogenannte »Ampel-Koalition« zwischen SPD, FDP und Grünen sowie die Einführung eines Mehrheitswahlrechts statt der bislang gültigen Verhältniswahl. Nur eine Handvoll national-denkender Christdemokraten, wie beispielsweise der frühere Berliner Innensenator Heinrich Lummer, ziehen eine Zusammenarbeit zwischen Union und Republikanern einem rot-grünen oder rot-gelb-grünen Chaos vor.

Genscher ist dort, wo die Macht ist

Die Ansichten über eine große Koalition gehen derzeit in den Unionsparteien stark auseinander. So erteilten CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der CSU-Vorsitzende Theo Waigel sowie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht dieser eine klare Absage.

Der stellvertretende CDU-Parteivorsitzende und baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sagte dagegen: »Bevor die Union etwas mit den Republikanern macht, wäre ich für eine große Koalition.«

Auch der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel sowie der Vorsitzende der links-lastigen CDU-Sozialausschüsse, Ulf Fink, wollten dies nicht ausschließen.

Eine Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen ist speziell in der FDP umstritten. Während sie vom linken Flügel – also Baum, Hirsch, Hamm-Brücher – durchaus begrüßt würde, sprachen sich jetzt der Vorsitzende der Freien Demokraten, Graf Lambsdorff, und Außenminister Hans-Dietrich Genscher strikt dagegen aus. Besonders bei »Wendelin« Genscher kann man aber davon ausgehen, daß dies nicht unbedingt sein letztes Wort sein muß. Denn »Genscher ist dort, wo die Macht ist oder wo sie am einfachsten zu erreichen ist«, so ein Bonner Insider.

Am weitestgehendsten äußerte sich jedoch der Generalsekretär der CSU, Erwin Huber. In einem Interview mit der Zeitschrift »Bunte« erklärte er: »Bevor es soweit kommt, daß in Bonn keine Partei mehr regieren kann, . . . darf auch das Mehrheitswahlrecht kein Tabu sein.« Bei diesem Wahlsystem werden bekanntlich nur die Direktmandate für die Sitzverteilung im Parlament berücksichtigt. Wenn also von zehn Bewerbern einer elf Prozent bekommt, sich also 89 Prozent der Wähler gegen ihn entscheiden, kommt dieser Kandidat dennoch ins Parlament – und der überwältigende Wählerwille auf den Friedhof.

Der Wählerwille landet auf dem Friedhof

Allerdings schränkte Huber seinen Vorschlag schnell dahingehend ein, daß die Zeit für Änderungen am Wahlrecht noch »nicht gekommen« sei. Auch dürften die etablierten Parteien beim Wähler nicht den Eindruck erwecken, sie wollten sich durch Manipulationen aus der Affäre ziehen. Ehe aber »der Staat zugrunde geht, muß man auch an dieses Instrument denken«, so der Christsoziale weiter.

Während diese Alternative derzeit kaum Chancen auf Verwirklichung hat – schließlich würde dies den politischen Tod der FDP und der Grünen bedeuten, auf die SPD und CDU aber auf Kommunal- und Landesebene zur Zeit noch angewiesen sind –, bestehen aber für die beiden anderen Möglichkeiten durchaus Chancen.

Und dies, obwohl, wie früher von allen immer beteuert, eine große Koalition nur in besonderen Notfällen eine zugleich zeitlich begrenzte Alternative sein könne. Auch sind die Erfahrungen der großen Koalition in den sechziger Jahren alles andere als dazu angetan, dieser Möglichkeit mit Freude entgegenzusehen. Zumal es auch der Union und der SPD sehr schwerfallen dürfte, die in den Wahlreden immer wieder beteuerten Riesenunterschiede in der Politik dieser beiden großen »Volksparteien« dem Wähler einigermaßen logisch zu verkaufen.

Selbstbedienung aus dem Schlaraffenlandtopf

Eine weitere Demaskierung zeigte erneut die CSU. Huber forderte im bereits erwähnten »Bunte«-Interview eine Erhöhung der Mindestgrenze für die Wahlkampfkostenerstattung von zur Zeit 0,5 Prozent auf 2,5 Prozent. Begründung: Es gehe nicht an, daß der Staat »politische Sektierer auch noch mit Steuermillionen fördert«. Bei einer Bundestagswahl mit normaler Wahlbeteiligung würden aber zwei Prozent etwa 800 000 bis eine Million Stimmen bedeuten – was sicherlich nicht als »politisches Sektierertum« abgetan werden kann.

Die etablierten Parteien und hier besonders die Großen wollen sich aber auch weiterhin aus dem Schlaraffenlandtopf bedienen, wie jetzt auch Professor Hans Herbert von Arnim von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer in einem Gutachten feststellte.

Danach erhalten die Parteien, Fraktionen und die den Parteien nahestehenden politischen Stiftungen innerhalb einer einzigen Legislaturperiode rund 3,5 Milliarden DM aus der Staatskasse. So gibt es neben der Wahlkampfkostenpauschale einen sogenannten »Sockelbetrag« auf Bundesebene von rund 68 Millionen DM und einen »Chancenausgleich« (Parteien mit geringen Spenden erhalten einen Ausgleich für die höhere steuerliche Spendenbegünstigung anderer Parteien) in Höhe von 75 Millionen DM. Die Zahlungen an die Bundestags- und Landtagsfraktionen belaufen sich auf etwa 600 Millionen DM. Darin sind noch nicht einmal die Steuervergünstigungen für die Spenden und Partei-Beiträge enthalten. Und die Stiftungen erhalten rund 1,7 Milliarden DM.

Professor von Arnim kommt zu folgendem Schluß: »Eine derart massive steuerliche Begünstigung von Spenden an Parteien wie in der Bundesrepublik gibt es fast nirgendwo auf der Welt. Auch die Fraktionen sind im internationalen Vergleich überfinanziert – ganz zu Schweigen von den Stiftungen, von deren finanzieller Ausstattung Parteien im Ausland allenfalls neidisch träumen können.«

Professor Arnim befürchtet von daher, daß diese überzogene Staatsfinanzierung die Gefahr der »Verkrustung und der zunehmenden Bürgerferne« fördert. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. □

Biologische Medizin

Kassen gefährden Therapiefreiheit

Klaus-Peter Schlebusch

Den besonderen Therapierichtungen der biologischen Medizin droht über die gesetzlichen Krankenkassen und durch die ärztlichen Kassenpraxen das Aus. Dies wird aller Voraussicht nach verheerende Folgen für die Volksgesundheit haben. Die Verordnung von chemischen Arzneimitteln wird die Regel werden, mit der Folge, daß die Arzneimittelschäden weiter ansteigen und die chronischen Erkrankungen durch »Arzneimittel« weiter zunehmen.

Im November des letzten Jahres brachte die Fraktion »Die Grünen« einen Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz – GRG) in den Deutschen Bundestag ein, der folgenden Wortlaut hatte: »Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Gleichbehandlung der besonderen Therapierichtungen rechtsverbindlich verankert ist.«

80 Prozent bevorzugen Naturheilmittel

Folgende Begründung wurde von den Grünen hierzu angegeben: »Die zunehmende Abgrenzung der besonderen Therapierichtungen, der homöopathischen, phythotherapeutischen und anthroposophischen Arzneimittel zum Beispiel entspricht nicht unserem Verständnis von Therapievielfalt, von Therapiefreiheit und von Pluralität in Wissenschaft und Forschung. Sie versucht, einer Tendenz in der Bevölkerung entgegenzuwirken, die wir sehr begrüßen, nämlich der Tendenz zur sanften Medizin, zu ganzheitlichen Therapieformen und zu mehr Kritik und Selbstbewußtsein gegenüber der Schulmedizin.

Auch bei der Krebsforschung hat die biologische Medizin keine Chancen. Millionen DM werden jährlich in die aufwendige Technik des Krebsforschungszentrum Heidelberg gesteckt.

Wir fordern statt dessen, daß den besonderen Therapierichtungen nicht weniger, sondern mehr Beachtung als bisher geschenkt wird und daß sie als echte und für jeden zugängliche gleichberechtigte Behandlungsformen in ein Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen aufgenommen werden.«

Dieser Antrag der Grünen war deshalb notwendig geworden, weil zwar an mehreren Stellen des GRG eine Art Schutzklausel für die besonderen Therapierichtungen eingebaut ist, die aber für den einzelnen Versicherten bei der augenblicklichen gesundheitspolitischen Situation recht unverbindlich ist.

Anonyme Bundesausschüsse bedrohen die Therapiefreiheit

Außerdem trägt dieser Entschließungsantrag einer Umfrage von Infratest Rechnung, nach der bei der Selbstmedikation und bei Wahlmöglichkeiten ab 1995 achtzig Prozent der Patienten lieber Naturheilmittel wählen.

Rund 90 Prozent aller deutschen Bundesbürger sind in den gesetzlichen Krankenkassen versichert. Was nun in den ärztlichen Kassenpraxen für eine Medizin betrieben wird, das entscheiden laut Paragraph 92 GRG die Bundesausschüsse der Krankenkassen und Ärzte. In einer Stellungnahme zum GRG mit dem Titel »Die Gesundheitsreform bedroht die Therapiefreiheit« führt Professor Dr. jur. Martin Kriele, Universität Köln, folgendes aus:

»Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen erläßt verbindliche Richtlinien über die Verordnung von Arznei- und Heilmitteln (Paragraph 91 I). Er kann ferner die einzelnen Indikationsgebiete in drei Gruppen zusammenfassen: Erstens, Mittel, die allgemein geeignet sind; zweitens, Mittel, die nur in besonderen Fällen geeignet sind; drittens, Mittel mit ›zweifelhaften therapeutischen Nutzen‹ (Paragraph 92 II).

Es ist zu erwarten, daß sich die Mittel der besonderen Therapierichtungen, soweit sie nicht schon ausgeschlossen sind oder ausgeschlossen werden, allesamt in der dritten Kategorie finden werden. Ihre Verordnung ist damit zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, wird aber in der Regel als unwirtschaftlich angesehen werden und kann den Arzt in jedem Einzelfall in langwierige Auseinandersetzungen mit der Kasse und der kassenärztlichen Vereinigung bringen – bis er mürbe gemacht ist und auf die Verschreibung solcher Mittel künftighin lieber verzichtet.

Ergänzend dazu gilt für neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden: sie dürfen nicht abgerechnet werden, ehe nicht der Bundesausschuß Empfehlungen über ihren therapeutischen Nutzen abgegeben hat (Paragraph 135 I Ziffer 1).

Allgemein erläßt der Bundesausschuß Richtlinien über die Einführung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (Paragraph 92 I S 2, Ziffer 5).

Für neue Heilmittel gilt, daß der Kassenarzt sie nicht verordnen darf, wenn nicht zuvor der Bundesausschuß ihren therapeutischen Nutzen anerkannt und Richtlinien für sie erlassen hat (Paragraph 138).

Ob und wie der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen den therapeutischen Nutzen ei-

nes Arzneimittels, eines Heilmittels, einer Behandlungsmethode feststellt, ist nicht geregelt. Er ist an keinerlei inhaltliche Kriterien gebunden. Ob er überhaupt irgendwelche Prüfungen vornimmt, und gegebenenfalls wie, ist in sein Belieben gestellt. Er kann sich ohne weiteres auch an dogmatischen Vorurteilen orientieren.

Eine Enklave in unserem Rechtsstaat

Seine Entscheidung erfolgt rein willkürlich. Es genügt, daß ein Mitglied den Daumen hebt oder senkt und die anderen dazu mit dem Kopf nicken. Es gibt keine Öffentlichkeit, keine Begründung, keine Kontrolle, nichts, was der Ausschuß zu prüfen, zu bedenken, zu berücksichtigen verpflichtet wäre. Er entscheidet vollständig souverän wie ein absolutistischer Fürst, ohne irgend jemandem Rechenschaft schuldig zu sein; eine Enklave in unserem demokratischen Rechtsstaat.

Die personelle Zusammensetzung der Bundesausschüsse gewährleistet, daß die Vertreter der Mehrheit, also der Schulmedizin, unter sich bleiben. Der 21köpfige Ausschuß besteht aus neun Vertretern der kassenärztlichen Bundesvereinigung, neun Vertretern der Krankenkassen und drei Unparteiischen – gemeint: unparteiisch zwischen Ärzten und Kassen, nicht zwischen schulmedizinischen Richtungen (Paragraph 91 II).

Die 18 Vertreter der beiden Verbände werden von diesen ›bestellt‹: das heißt praktisch, von den jeweiligen Vorständen berufen. Es gibt keinen Minderheitenschutz für die besonderen Therapierichtungen und schon gar nicht, wie im Prüfverfahren vor dem Bundesgesundheitsamt, unabhängige Kommissionen der besonderen Therapierichtungen. Deren Repräsentanten sind vollständig ausgeschaltet.«

Der Entschließungsantrag der Grünen, die Gleichbehandlung der besonderen Therapierichtungen rechtsverbindlich zu verankern, wurde bis auf die Stimmen der Grünen mit 427 Nein-Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der SPD abgelehnt.

Damit droht den besonderen Therapierichtungen bei der augenblicklichen Konstellation und personellen Zusammensetzung der Bundesausschüsse das Aus in der Kassenmedizin. Dies wird aller Voraussicht nach verheerende Folgen für die Volksgesundheit haben. Die Verordnung von chemischen Arzneimitteln wird die Regel werden mit der Folge, daß die Arzneimittelschäden weiter ansteigen und die chronischen Erkrankungen durch »Arzneimittel« weiter zunehmen.

Das Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren schlägt daher vor, daß alle diejenigen, die sich von den gesetzlichen Maßnahmen betroffen fühlen, sich direkt mit den Bundesausschüssen der Ärzte und Krankenkassen bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Herbert-Levin-Straße 3, D-5000 Köln 41, Telefon (02 21) 40 04-0, in Verbindung setzen, um dort auf ihre berechtigten Belange zum Erhalt der besonderen Therapierichtungen hinzuwirken.

Ein offener Brief zu den Problemen

Das Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren bereitet selbst einen offenen Brief an die Bundesausschüsse vor, der folgenden Inhalt haben wird:

»Mit großer Sorge beobachten die Unterzeichner dieses Briefes die Entwicklung in unserem Gesundheitswesen, in dem man den Eindruck bekommen kann, daß die Priorität nicht mehr der Patient ist, sondern der Markt. Unzählige Analysen sind zu diesem Thema bereits gemacht worden, die letzte stammt von Professor Dr. Walter Krämer, die im S. Fischer Verlag unter dem Titel ›Die Krankheit des Gesundheitswesens – Die Fortschrittsfalle der modernen Medizin‹ erschienen ist.

Folgende Fakten unterstützen unsere Annahme:

1. Der Bundesverband der AOK veröffentlichte eine Untersuchung von Professor Remmer, Toxikologe aus Tübingen, in der dieser 1980 berechnete, daß in der Bundesrepublik jährlich bis zu 30 000 Tote durch Arzneimittelwirkungen zu beklagen seien.

Der Gesetzgeber geht in den Paragraphen 86–88 des Arzneimittelgesetzes (AMG) sogar davon aus, daß Arzneimittel töten und verletzen können, obwohl Paragraph 5 AMG das Verbot bedenklicher Arzneimittel vorsieht.

2. Professor von Uexküll, Umweltforscher und Biologe, schätzte: 50 Prozent aller Krankheiten in den entwickelten Ländern sind mittlerweile ›iatrogene Leiden‹, Krankheiten, die durch Maßnahmen der Ärzte erst hervorgerufen werden.

3. Professor Volker Becker stellt in seinem Buch ›Die klinische Obduktion‹ fest, daß die Diskrepanz zwischen klinischer und pathologisch-anatomischer Todesursachendiagnostik in den letzten Jahrzehnten nicht abgenommen hat, obwohl die Methoden der Diagnostik ja viel tieferreichend geworden sind: Röntgen, Endoskopie, Ultraschall, Computertumographie, nuklearmedizinische Verfahren. Vergleichsuntersuchungen aus drei Dekaden beweisen dies deutlich.

Konsequenz: Obwohl deutlich wird, daß der Ausbau der Technik in der Medizin enorme Gefahren für den Patienten in sich birgt bei nicht nachgewiesener Effizienz, wird weiterhin gegen die Bevölkerung und gegen den Willen des Gesetzgebers ein einseitiger Wissenschaftsdogmatismus in Forschung und Lehre vertreten und durchgesetzt.

4. Laut Bericht der Bundesregierung nehmen trotz steigender finanzieller Mittel im Gesundheitswesen die chronischen Krankheiten zu.

Damit der Medizinmarkt floriert

Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen kann diese negative Entwicklung durch die vom Gesetzgeber ihm aufgetragenen Funktionen entscheidend beeinflussen. Er kann dafür Sorge tragen, daß nicht Krankheiten gezüchtet werden, damit der Medizinmarkt floriert, sondern die Gesundheit gefördert wird.

Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen und der sie vertretenden Personen trägt daher entscheidende Verantwortung für die Volksgesundheit.

Der sachkundige Einsatz der besonderen Therapierichtungen schließt die immer mehr absehbaren Gefahren für die Volksgesundheit aus, die durch die Vermarktung der Medizin entstehen. Arzt und Patient dürfen nicht vermarktet werden. Der Markt muß sich am Bedürfnis des Patienten und des Arztes orientieren.

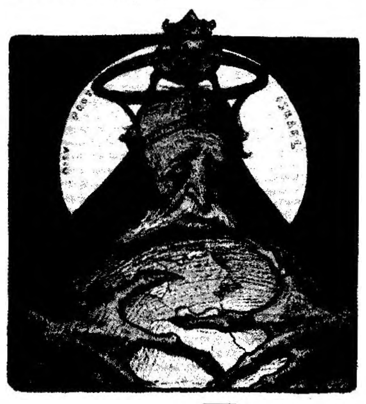
Qualität und Wirksamkeit der besonderen Therapierichtungen haben sich seit Jahrtausenden in der täglichen Praxis bewährt. Die volkswirtschaftlichen Vorteile liegen mit dem Einsatz der besonderen Therapierichtungen auf der Hand.

Obwohl laut Bundesregierung 80 Prozent der Bevölkerung Methoden der besonderen Therapierichtungen wünschen, besteht die Gefahr, daß sie in Zukunft von der Erstattung durch die Krankenversicherung ausgenommen werden.

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf, gemäß Paragraph 2 des Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen die Behandlungsmethoden, Arznei- und Heilmittel der besonderen Therapierichtungen in die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen einzubeziehen.«

Aber wie gesagt, auch Sie können uns helfen, wenn Sie an die Bundesausschüsse selbst schreiben und Ihre Interessen vertreten. □

Dr. med. Klaus-Peter Schlebusch ist Vorsitzender des Zentrums zur Dokumentation für Naturheilverfahren e. V. (gemeinnütziger Verein), Hufelandstr. 56, D-4300 Essen 1, Telefon (02 01) 74 55 51. Von dort erhalten Sie auch weitere Informationen zu diesem Thema.



Banker-Journal

Peseta und Escudo stoßen zur Ecu

Vom 21. September 1989 an werden sämtliche Währungen der Europäischen Gemeinschaft bei der Festsetzung des Ecu-Kurses (eine Ecu gleich 2,08 DM) berücksichtigt. Auf ihrem Treffen einigten sich die Finanzminister der zwölf Mitgliedsstaaten auf eine Einbeziehung der spanischen Peseta und des portugiesischen Escudo.

Bereits im Juni hatte der spanische Wirtschaftsminister Carlos Solchaga den Beitritt seines Landes zum Europäischen Währungssystem (EWS) noch vor dem 1. Juli 1990 angekündigt. An diesem Tag soll die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft in Kraft treten. Die Madrider Regierung hat inzwischen den Beitritt der Peseta ins EWS auf den 16. Juni 1989 festgesetzt.

Der Wert der Peseta orientiert sich also bereits an den übrigen EWS-Währungen: Deutsche Mark, französischer Franc, belgischer und luxemburgischer Franc, niederländischer Gulden, dänische Krone, italienische Lira und irisches Pfund. □

Kokain-Kartell bereitet sich auf Europa 92 vor

Das Medellin-Kartell bereitet sich auf den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt »Europa 92« vor, heißt es in einem Artikel des französischen »Journal du Dimanche«. »Verschiedene vertrauliche Informationen, die in jüngster Zeit bei der US-Drug Enforcement Administration (Drogengesetz-Vollstreckungsbehörde) eingegangen sind, deuten alle darauf hin, daß das Medellin-Kartell, das drei Viertel der Kokainproduktion der Welt beherrscht, kürzlich mit den bedeutenden ›Paten‹ der Mafia ein Abkommen getroffen hat. Ihr Ziel: Sich die Öffnung der EG-Grenzen 1993 zunutze zu machen, um Europa mit harten Drogen zu ›überfluten‹, da der nordamerikanische Markt fast gesättigt ist. Dieses Bündnis unter den Multinationalen des organisierten Verbrechens (Gesamtumsatz 1988 nach Angaben des FBI 200 Milliarden Dollar) stellt eine Kriegserklärung dar.«

Laut Interpol ist der europäische Markt lukrativer als der amerikanische geworden, da der Preis pro Kilo für Kokain in Europa zwischen 36 000 und 100 000 Dollar liegt, während er in den USA zwischen 12 000 und 18 000 Dollar beträgt.

Der britische Innenminister Douglas Hurd sagte zu diesem Problem, der einzig wirksame Weg, um diese »Pest« zu bekämpfen, bestehe darin, europaweite gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um die Bankkonten der illegalen Drogenhändler zu beschlagnahmen und einzufrieren.

Im übrigen ist die Finanzmacht der Drogen-Mafia inzwischen so groß, daß sie schließlich jederzeit einen neuen Börsen-Crash auslösen könnte. □

Löhne können Mexikos Schulden begleichen

Der Leiter der mexikanischen CTM (Arbeiter-Konföderation) hat freiwillig 20 Prozent der Löhne der mexikanischen Arbeiter angeboten, um die Auslandsschulden des Landes zu begleichen. »Falls die Verhandlungen mit den Gläubigern schwierig werden, sind die Arbeiter bereit, einen Tag pro Woche auf ihren Lohn zu verzichten, um die Auslandsschulden zu bezahlen«, teilte der 86 Jahre alte Fidel Velázques der Presse mit.

Obwohl er einräumte: »Ich habe keine Ahnung, wo die Arbeiter noch weitere Geldmittel herholen sollen, da sie schon jetzt nicht genug haben«, und daß »die Arbeiterklasse nicht einmal genug zu essen hat«, sagte Velázques: »Wir Mexikaner müssen alle unser Sandkorn beitragen und hinter den Institutionen einig sein, damit wir die Hauptprobleme, die uns bedrücken, lösen können.« Und um dieses Ergebnis zu gewährleisten, sollte die CTM rechtzeitig einen Aufruf an alle ihre Föderationen und Arbeiter-Gewerkschaften ergehen lassen, so daß diese nicht unvorbereitet sind, und um sicherzustellen, daß die Antwort ein Ja sein wird.

Velázques führte weiter aus, daß »die mexikanische Arbeiterklasse Vertrauen in die Institutionen hat, daß sie nicht beabsichtigt, eine Lohnerhöhung zu verlangen, bis die Bedingungen dafür günstig sind und eine endgültige Lösung für unsere Lage hinsichtlich der Auslandsschulden vorliegt«. □

USA werden angeklagt, den Handelskrieg geschürt zu haben

Die Mitgliederstaaten der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) kritisierten in einer gemeinsamen Erklärung die protektionistische Politik der USA. »Die Minister weisen die Tendenz zum Unilateralismus, Sektorialismus und dirigiertem Handel scharf zurück«, heißt es in der Erklärung, in der gefordert wird, daß alle Länder »alle protektionistischen Tendenzen stoppen und umkehren sollen«.

Das Kommuniqué war die Antwort der OECD auf die Erwähnung von Japan, Brasilien und Indien als »unfaire Handelsländer«. Die Realität frisch und munter außer acht lassend, beharrte der US-Trade Representative Carla Hills darauf, daß dies sich nicht auf die amerikanischen Handelskrieg-Maßnahmen beziehe, und kündigte auch an, daß die Vereinigten Staaten »einseitige Aktionen« nicht ausschließen würden.

Das US-Handelsministerium hat zwei damit zusammenhängende, jedoch weniger publizierte Schritte unternommen. Der erste ist die Bezeichnung von acht Ländern als »Prioritäts«-Verdächtige der Verletzung von amerikanischen Patenten und Urheberrechten: Brasilien, China, Taiwan, Indien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südkorea und Thailand. Der zweite ist die Nennung von 17 weiteren Nationen auf einer »Watch List« für ähnliche Übertretungen.

Die Japaner haben gesagt, daß, obwohl sie sich bereit erklärt haben, mit den Vereinigten Staaten über die Handelsbeschwerden zu reden, sie nicht »unter dem Druck der Vergeltung« verhandeln wollten. □

Rohatyn schlägt vor, Japaner soll nächster Präsident der Weltbank werden

Auf einer Konferenz der Japan Society in New York forderten die Banker für Kapitalanlage-Geschäfte Felix Rohatyn, James Robinson von American Express, Gouverneur Mario Cuomo und andere fest im Sattel Sitzende des Establishments, daß Japan seine merkantilistische Politik aufgeben und sich voll in den sich bildenden kartellisierten »Freien Markt« eingliedern soll.

Wie der Eingliederungsplan »Europa 1992« soll dies den Bankern die Herrschaft über die Weltwirtschaft bringen und die letzten Reste der staatlichen Souveränität beseitigen.

Rohatyn hob hervor, daß Japan und die Länder der dritten Welt unbegrenzten Außenhandel und Auslandsinvestitionen zulassen müssen. Die neue »Weltwirtschaft« wird auf Währungsverbindungen, Zollvereinheitlichungen und koordinierter Regelung der Finanzmärkte beruhen. Er schlug vor, daß ein japanischer Bürger der nächste Präsident der Weltbank wird, um damit Japans verbesserte Rolle in der Weltwirtschaft zu unterstreichen.

Wenn Länder wie Japan nicht mitziehen wollen, drohte Rohatyn, »dann ist die politische Reaktion möglicherweise hart«, und die notwendigen Änderungen treten dann nur ein, wenn

»eine Art politische oder Finanzkrise damit einhergeht, um die Dinge zu forcieren«.

»Wir stehen in der Morgendämmerung eines neuen Zeitalters«, sagte Robinson und malte dabei das utopische Bild eines neuen Lateinamerikas, das, wenn es sich erst einmal für »marktorientierte Reformen entschieden hat, die Last der Schulden von sich abschütteln kann«. □

Experten sehen Japan als Auslöser für einen neuen Crash

Ein Schweizer Bankexperte rechnet damit, daß Japan der »Auslöser« für einen neuen Zusammenbruch des Finanzsystems sein wird. Bei einem Überblick über die weltweite Situation unmittelbar nach dem Bankkrach von 1987 hob diese Informationsquelle hervor, daß »sich nichts Grundlegendes geändert hat. Die Frage lautet, was der ›Auslöser‹ sein wird. Ich glaube, Japan wird dieser Auslöser sein, wenn man es am wenigsten erwartet. Es gibt bereits Anzeichen für kleine, aber bedeutsame Risse. Die Arbeiter werden unruhig wegen der Löhne; die innere Disziplin beginnt zusammenzubrechen; Japans Industriemärkte im Inland und im Ausland sind gesättigt, und sie werden wegen des hohen Yen überboten.«

Ein Börsenexperte stimmte dieser Bewertung zu: »Die Tokioer Börse ist dermaßen übermäßig aufgeblasen, mit Ertragsverhältnissen von 1000 oder 2000 zu eins. Ein sehr starker Rückgang kommt, und wenn der Zusammenbruch eintritt, dann wird er noch schrecklicher sein als der vom Oktober 1987.«

Man ist der Meinung, dies trete entweder noch in diesem Jahr oder spätestens 1990 ein.

Aus diesen Informationsquellen verlautet weiter: »Es gibt im Finanzwesen keine vernünftige Denkweise. Die Stärke des Dollar ist eine bemerkenswerte Erscheinung angesichts dessen, was in der amerikanischen Wirtschaft wirklich vor sich geht. Wer kann von Gleichgewicht sprechen? Wir warten nur noch darauf, daß die Gruppe der Sieben weiter nichts tun und sagen wird. Im Grunde haben die auch keine Ahnung, was sie tun oder sagen sollen.« □

Sowjet-Wirtschaftler warnt vor finanziellem Zusammenbruch

Einer der führenden Wirtschaftler der Sowjetunion sagte bei einer Sitzung des neuen Parlaments, daß das Land bis spätestens 1992 in einen Finanzcrash stürzen wird, falls keine drakonischen Maßnahmen ergriffen werden, um das Haushaltsdefizit zu verringern.

»Wenn wir die Inflation, den Verfall des Verbrauchsgütermarktes und das ungeheuer große Haushaltsdefizit nicht zum Halten bringen, dann steht uns ein wirtschaftlicher Zusammenbruch bevor«, sagte der Wirtschaftsexperte Nikolai Schemlyow. Er sagte auch, der Premierminister Nikolai Ryschkow habe in seiner Rede vor dem Kongreß dargelegt, daß ihm das Problem bekannt sei. Schemlyow stellt aber in Frage, ob dieser sich überhaupt darüber im klaren ist, wie akut das Problem ist.

Wenn ein Zusammenbruch kommen sollte, »dann würde dies ein totales Rationierungssystem, Vorherrschaft der Schattenwirtschaft und einen völligen Wertverlust für den Rubel bedeuten, und dies würde eine Rückkehr zu einem Kommandosystem in der Wirtschaft erzwingen«. □

Die Gläubigerländer sind bankrott

Nicht nur die Schuldnerländer, sondern auch die industrialisierten Länder leiden stark unter der Schuldenkrise, sagte der Staatschef von Tansania auf einer Konferenz von Bankern und Politikern in Dubrovnik.

»Die Armut seines Käufers verursacht die Armut eines Geschäftsinhabers«, hob Julius Nyerere hervor. »Es gibt ein Netz der Verlagerung von Hilfsquellen aus dem armen Süden zum reichen Norden in Höhe von 30 Milliarden Dollar jedes Jahr. Die Länder des Südens haben erlebt, daß ihr bereits sehr niedriger Lebensstandard sich in den letzten zehn Jahren weiter verschlechterte, und für die ärmsten unter ihnen besteht keine realistische Aussicht, an die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte früherer Zeiten wieder anzuknüpfen. Mit Ausnahme von wenigen Ländern steigt die Unterernährung an, während das Gesundheits- und Erziehungswesen verkümmert. Die Kapitalanlagen halten mit der Forderung nach neuen Arbeitsplätzen nicht stand, und in einigen Fällen sind sie noch negativ.

Angesichts dieser Realität ist der Status quo für den Norden keine Auswahlmöglichkeit, da hohe Zinssätze die Schulden der dritten Welt lawinenartig ansteigen lassen, auch wenn die Entwicklung leidet. Die Realität ist, daß die Ausfuhren der entwickelten Länder in den Süden in den drei Jahren von 1984 bis 1986 rund 150 Milliarden Dollar niedriger lagen als in den drei vorhergehenden Jahren.« □

Bonn hilft Moskau mit Computern und Lebensmitteln

Die Sowjetunion hat mit der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von Tauschgeschäften abgeschlossen, in dem Bemühen, die miserable Lebensmittel-Verarbeitungsindustrie zu verbessern und in den Markt für Personal-Computer einzusteigen. Der erste Handel mit einem Volumen von 75 Millionen DM bezieht sich auf den Bau einer Nahrungsmittel-Verarbeitungsanlage in Moskau, der von einer Berliner Beratungsingenieurfirma ausgeführt werden soll. Die Kosten für das Projekt sollen von Erträgen durch den Verkauf eines Teils der Produkte beglichen werden.

Ein weiterer Vertrag wurde unterzeichnet für den Bau einer Anlage zur Modernisierung der Erzeugung von Bio-Proteinen und anderen Komponenten von Tierfutter. Die wichtigsten Partner sind die Getreidefirma Alfred C. Töpfer in Hamburg, die Bauabteilung der Salzgitter-Industrie und die Rheinland-Pfälzische Staatsbank; der sowjetische Partner ist das Staatsministerium für mikrobiologische Industrien. Die Kosten in Höhe von 60 Millionen DM sollen durch den Verkauf von sowjetischen Bio-Proteinen in den Westen gedeckt werden.

Ein dritter Handelsabschluß bezieht sich auf einen dreijährigen Vertrag zum Versand von 300 000 Personal-Computern des Fabrikats Siemens an Moskau, wobei die Sowjets die Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden DM durch Tauschabkommen bezahlen werden.

Moskau wird Chemikalien und Mineralien an eine in London ansässige Firma, Afro-Arab Investments and Consulting, die Kuwait gehört, liefern. □

USA verkaufen billige Butter an Moskau

Das amerikanische Landwirtschaftsministerium gab seine Absicht bekannt, 75 000 Tonnen Butter zum absoluten Niedrigpreis von 12 Cents pro Pfund an die Sowjetunion zu verkaufen. Die Überlegung geht dahin, daß dadurch der bundesweit festgestellte amerikanische »Butterüberschuß« um mehr als die Hälfte verringert wird.

Agenturmeldungen geben den Preis des Handels – wie es heißt, nach dem derzeit gültigen Preis auf dem Weltbuttermarkt errechnet – mit 19,6 Millionen Dollar an, so daß der Preis pro Pfund 12 Cents beträgt.

Vor dem Handel mit den Sowjets hatten die USA nur 15 000 Tonnen im Verlauf dieses Handelsjahres verkauft. Eine vor dem Moskau-Handel veröffentlichte Statistik besagt, es sei geplant gewesen, daß lediglich 135 000 bis 150 000 Tonnen Butter ab 30. September dieses Jahres verfügbar sein sollten. □

Der Untergang einer Weltmacht

Martin Burns

Besitzt die Regierung der westlichen Führungsmacht das Geheimnis des ewigen Wohlstandes? Glaubt man, daß George Bush und seine Republikanische Partei den Schlüssel zum rezessions- und inflationslosen Wohlstand gefunden haben? Haben der amerikanische Finanzminister Nicholas Brady und Alan Greenspan, Vorsitzender des Federal Reserve Systems, den Konjunkturzyklus endgültig abgeschafft? Kann Amerika seinen Weg zum Wohlstand sich borgen? Können die USA auf dem Weg dahin die Banken und die Spar- und Darlehensinstitute durch Sicherheitsleistung vor dem Untergang retten, Milliarden Dollar für Sozialleistungen ausgeben und die Entwicklungshilfe erhöhen, die Umwelt säubern und den Kampf gegen Aids finanzieren?

Internationale Experten sind sich alle darüber einig, daß eine Konjunkturflaute in den USA entweder unterwegs ist oder bereits begonnen hat, obwohl man über deren Dauer und Schärfe unterschiedlicher Meinung ist.

Der Grund sind die ungeheuren Schulden

»Rezession« ist nur ein höfliches Wort für einen Geschäftsrückgang, der fast einer Wirtschaftskrise gleichkommt. Leider kann die nächste Flaute sehr wohl in eine Wirtschaftskrise ausarten, und zwar aufgrund der noch nie dagewesenen Schuldenlast in der amerikanischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft.

Konjunkturflauten und Wirtschaftskrisen sind, einfach ausgedrückt, der Vorgang, durch den ungesunde Schulden in der ganzen Wirtschaft liquidiert werden. Die davon betroffene Wirtschaft kann eine örtliche, eine regionale, eine landesweite oder eine Weltwirtschaft sein.

Zum Beispiel gedieh in den achtziger Jahren das »konjunkturstarke Dienstleistungsgewerbe«, während sich ein Großteil der amerikanischen Industrie, der Landwirtschaft und des Bergbaus in einer Flaute oder gar in einer Krise befand. Die Bundesstaaten New England und Kalifornien gediehen, während die Staaten der Great Plains und der Rocky Mountains stagnierten. Der »Junk-bond«-(Trödelaktien-)König Michael Milken »verdiente« 1987 550 Millionen Dollar, als er bequem in seinem Büro in Beverley Hills saß, während produktive Farmen und Fabriken in den Ruin und gutbezahlte Arbeitsplätze verlorengingen.

Der Verfall der Infrastruktur

Dr. Edward T. Yorke, der in »Financial News Analysis« schreibt, gibt eine kurzgefaßte Erklärung ab, warum Amerika entindustrialisiert worden ist. Yorke schreibt im Zusammenhang mit dringend vorgeschlagenen größeren Investitionen in Amerikas Infrastruktur – Straßen, Brücken, Flughäfen – und dem damit zusammenhängenden Problem der natürlichen Umwelt:

»Wohin man sich auch immer wendet, sieht man Beweise des Verfalls aufgrund der Unfähigkeit, die Aufträge zu finanzieren, die erforderlich sind, um notwendige Wiederherstellungsarbeiten durchzuführen. Leider hat sich das Establishment langfristig verpflichtet, die Industrie in fremden Ländern nur anzusiedeln, wo die Umweltschützer jetzt noch keinen Einfluß haben und die Kosten niedrig sind.

Ein neugeordnetes Amerika wird einen größeren Teil seiner Unternehmungen dem Dienstleistungsgewerbe widmen. Dieses ist sauberer, zugänglicher für den Einsatz von Maschinen und gewinnbringender.

Die Nation konnte mit dem Problem der Luft-, Land- und Wasserverschmutzung nicht fertig werden, weil sie so tief verschuldet und durch ihre Sozialprobleme beunruhigt ist. Und sie hat die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern verloren. Durch eine starre Ergebenheit zu Bankkrediten als Geldquelle gebunden, entscheiden unsere Bürokraten sich daher für ein Programm der Verlagerung von lohnintensiven, umweltverschmutzenden Industrien, so schnell wie die weniger entwickelten Länder sie akzeptieren können.«

Das Problem der Abhängigkeit von einem Dienstleistungsgewerbe unter Ausschluß einer Produktionswirtschaft liegt darin, daß Dienstleistungen der Produktion untergeordnet sind. Japan hat dies eindeutig nachgewiesen.

Amerikas gepumpter Wohlstand

Mit dem Trümmerhaufen von 1945 beginnend und unter Beibehaltung einer streng protektionistischen Politik, hat Japan seine Wirtschaftsgrundlage durch die Einfuhr von Rohstoffen aufgebaut – Japan muß praktisch seine ganze Energie, Eisenerz, Bauholz, Kupfer, Baumwolle und andere Grundverbrauchsgüter einführen – und deren Wert durch das Produktionsverfahren erhöht.

Das Nachkriegsjapan befriedigte zunächst seine Inlandsmärkte und begann dann Ende der fünfziger Jahre mit der Ausfuhr von Fotoapparaten, Autos und noch vielem mehr. Als direktes Ergebnis dieser Produktionsgrundlage beherrschen japanische Banken jetzt das internationale Finanzwesen – neun der zehn größten Banken der Welt, in der Reihenfolge ihrer Vermögenswerte, sind japanische Banken.

Japanische Versicherungs- und Maklerhäuser und Computerfirmen sind wesentliche Mitbewerber auf den internationalen Märkten. Alle diese Dienstleistungsindustrien gediehen, weil sie der realen, produktiven Leistungsfähigkeit Japans dienten.

Selbst das amerikanische Establishment räumt ein, daß Amerika schon seit Mitte der siebziger Jahre versucht, sich seinen Weg in den Wohlstand durch Borgen zu bahnen. Diese Abhängigkeit von Schulden seitens der US-Regierung, der Firmen und Einzelpersonen hat den Amerikanern die niedrigste Sparrate der westlichen Welt – etwa zwei Prozent des Bruttosozialprodukts – beschert.

Von Jahr zu Jahr größere Zinszahlungen

Bei den steigenden Summen der jährlich fälligen Zinsen hat Amerikas Schuldenwirtschaft weniger verfügbare Einnahmen und ist viel stärker verwundbar für eine Konjunkturflaute oder gar eine Wirtschaftskrise.

Diese Orgie des Borgens führte zu einem erhöhten Geldaufkommen, das eigentlich inflationärer Natur ist. Statt dessen trat die Reagan-Regierung der achtziger Jahre durch gemäßigte Inflationsraten hervor, die sich jährlich auf etwa vier Prozent belief; doch jetzt steigt die Inflationsrate wieder an. Seinerzeit gingen die Zinssätze den Inflationsraten weit voraus und jetzt steigen sie zusammen mit der Inflation oder eilen ihr voraus.

Die amerikanische Schwerindustrie – Stahl, Automobile, Werkzeugmaschinen und andere Anlagegüter – ist offensichtlich das Opfer dieser Politik. Abgesehen davon, daß sie durch die Einfuhrkonkurrenz in eine Krise geraten ist, wird die Schwerindustrie durch hohe Realzinssätze, die als langfristiges Beruhigungs-

mittel für Wirtschaftsinvestitionen fungieren, stark gebeutelt.

Andererseits begünstigte diese Geldexpansion den Dienstleistungssektor. Dem amerikanischen Dienstleistungsgewerbe steht nicht jene Auslandskonkurrenz gegenüber wie der Produktionsindustrie. Die Japaner eröffnen keine Pflegeheime und Werbeagenturen, um im Inland mit amerikanischen Firmen wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie benötigen auch nicht die langfristigen Kapitalanlagen wie die Schwerindustrie. Sie brauchen Betriebskapital, aber das sind kurzfristige Schulden. Eine einheimische Computer-Software-Firma braucht eben nicht so viele langfristige Kapitalanlagen wie ein Stahlwerk oder ein Automobilwerk.

Geld wird in den Kreislauf geborgt

Um Yorke noch einmal zu zitieren: »Unser ganzer Geldbestand muß in den Kreislauf hineingeborgt werden. Weil Handelsbankdarlehen gewöhnlich nur ein Jahr oder noch kürzer laufen und alle Zahlungen an die Banken aus dem (Geld-)Bestand herausgenommen werden müssen, wird dieser immer wieder durch Borgen aufgestockt.« Wenn alle Bankschulden zurückgezahlt würden, dann bliebe kein Geld übrig, abgesehen von Münzen und US-Banknoten.

Ein ausgabefreudiges Amerika wird immer weniger in der Lage sein, das Risiko neuer Darlehensaufnahmen zu übernehmen. Eine Folge davon ist, daß Ausländer mit riesigen Handelsüberschüssen aus Jahren der Ausfuhren in die Vereinigten Staaten ihre Dollar dadurch wieder in den Umlauf bringen, daß sie Immobilien oder andere produktive Vermögenswerte kaufen und die Amerikaner in ihrem eigenen Land zu Pächtern machen.

Mit anderen Worten: Amerika stürzt sich in Schulden, um mehr einzuführen, als es ausführt. Dem ausländischen Exporteur verbleibt ein Dollar-Überschuß, den Amerikaner durch Borgen geschaffen haben. Der Ausländer bringt dann diese überschüssigen Dollar in Form von Kapitalanlagen in Amerika »wieder in den Umlauf«.

Der herkömmliche Fall, der für eine Inflation spricht, wurde kürzlich von dem Wirtschaftsjournalist Daniel Rosenthal im Informationsdienst »Silver & Gold Report« dargestellt. Rosenthal stellte fest, daß eine »Konjunkturflaute zusätzlich 150 bis 300 Milliarden Dollar pro Jahr an Arbeitslosengeld und anderen Sozialleistungen bei gleichzeitig rückgängigen Steuereinnahmen bedeuten würde«.

Nachdem er vorausgesetzt hatte, daß Ausländer diese von der Konjunkturflaute herbeigeführten amerikanischen Superdefizite wohl kaum finanzieren würden, schrieb Rosenthal weiter: »Also müssen die kommenden Defizite im Inland finanziert werden. Das bedeutet Geld aus der Druckpresse und eine große Expansion des Geldbestandes.«

Douglas Casey von »Investing in Crisis« warnt vor dem Ankauf von Obligationen: »Obligationen kaufen? Seien Sie sich da nicht so sicher. Wenn der Schub nach vorne kommt, dann wird die US-Regierung Geld drukken, um ihren Schulden und anderen Verpflichtungen nachzukommen. Dabei werden die Anleger in Schuldverschreibungen hinweggefegt.«

Doch Casey ist Optimist. Er schreibt inbrünstig über den Tod der Ideologie, von einer neuen Technologie und dem kommenden Zeitalter des Friedens. Und dann wiederholt er einen der ältesten abgedroschenen Witze, der jemals die Hartgeldbewegung in Verwirrung gebracht hat: die lächerliche Vorstellung, daß Rotchina sich und die Welt durch große Ausgaben zum Wohlstand bringen wird.

»Betrachten wir die Situation in China«, schreibt Casey. »Milliarden und Abermilliarden von Profiten werden in diesem Land gemacht werden. Es ist wie Amerika zur Zeit der Jahrhundertwende – mit fast ohne Autos, ohne Waschmaschinen.«

Der schwerwiegendste Irrtum, der sowohl Rosenthal als auch Casey unterlaufen ist, ist ihre Annahme, daß die US-Regierung »Geld drucken« wird. Wenn sie das nur täte. Statt dessen wird sie Geld durch neue Kredite schaffen müssen. □

Europäische Gemeinschaft

Die Finanzdiktatur des Delors-Plans

Jacques Cheminade

»Geld oder das Leben«, pflegten die Gangster ihren Opfern zuzurufen, als Worte noch den Taten entsprachen. Heute sind die Opfer, die vor dieser Wahl stehen, jene europäischen Nationen, die 1985 das Ein-Europa-Gesetz (gemeinsamer europäischer Binnenmarkt 1992) unterzeichnet haben.

Der »Delors-Bericht zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft«, der im April herauskam, macht die Wahl klar: Wenn der Einzelmarkt »entreguliert« und »nicht in Einklang gebracht« bleibt, dann werden das Kapital, das Bankwesen und die Industrie in die europäischen Länder mit den niedrigsten Steuern, Löhnen und Gehältern, Sozial- und Arbeitssicherheitsnormen abwandern. Um das zu vermeiden, wird Europa eine Geldordnung der Banker und den Verlust der Souveränität über die eigene Souveränität hinnehmen müssen.

Die Falle ist fertig

In der Tat schlägt der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, nicht weniger vor als die Beseitigung der einzelnen Landeswährungen und letztendlich die Einrichtung einer gemeinsamen Zentralbank – eine »autonome Institution der Gemeinschaft« –, die für alle Bürger der EG eine einzige Währung emittieren würde.

Der Delors-Bericht erläutert die späteren Verantwortlichkeiten, die die europäischen Länder mit der Unterzeichnung des Single-Europe-Act (gemeinsamer Binnenmarkt) akzeptiert haben.

»Bei voller Freiheit der Kapitalbewegung und integrierten Finanzmärkten würde sich miteinander unvereinbare Politik der einzelnen Staaten schnell in Wechselkursspannungen ausdrücken und der Geldpolitik eine steigende und unangemessene Last aufbürden. Der Integrationsprozeß verlangt daher eine intensivere und wirksamere Koordination der Politik, sogar im Rahmen der gegenwärtigen Wechselkursvereinbarungen, und zwar nicht nur auf dem Gebiet des Geldes, sondern auch auf dem des Volkswirtschafts-Managements, das Nachfrage, Preise und Produktionskosten insgesamt berührt.«

Die Falle ist fertig: Der Einzelmarkt führt unweigerlich zur Währungsunion, die ihrerseits »volle wirtschaftliche Kooperation« oder, um es rundheraus zu sagen, den Verlust der Souveränität verlangt. Die Übergabe der Souveränität in Geld- und Haushaltsangelegenheiten, zwei unerläßliche Elemente der nationalen Unabhängigkeit, soll mit dem für den 1. Juli 1990 geplanten ersten Schritt stattfinden.

Statt Verhandlungen heimlicher Zwang

Delors wendet hier sein übliches Verfahren an: Statt von vorne anzugreifen und »Verhandlungen« mit seinen Partnern zu eröffnen, will er sie erst hineinziehen und dann zwingen weiterzugehen, wenn ein Rückzug einen ungewollten Bruch herbeiführen würde. Delors und seine 17 Experten, darunter die zwölf Zentralbank-Gouverneure der EG, schlagen ein Stufenprogramm vor, das stillschweigend

Europäische Gemeinschaft

Die Finanzdiktatur des Delors-Plans

eine unabänderliche Verpflichtung von Anfang an beinhaltet.

»Die Entscheidung, die erste Phase einzuleiten, ist eine Entscheidung, in den ganzen Prozeß einzutreten«, führen sie in ihrem Bericht aus.

Spätestens ab 1. Juli 1990 sollten Verhandlungen über ein neues Abkommen beginnen. »Die Verwirklichung dieses Zieles verlangt in der Tat nach neuen Vereinbarungen, die nur auf der Basis einer Vertragsänderung und der daraus folgenden Änderungen in der jeweiligen staatlichen Gesetzgebung getroffen werden können. Eine Übertragung der Entscheidungsbefugnis von Mitgliederstaaten auf die Gemeinschaft als Ganzes würde sich in erster Linie auf den Gebieten der Geldpolitik und des makro-wirtschaftlichen Managements ergeben.«

Die drei Schritte sollten nicht als getrennte Maßnahmen, sondern vielmehr im Hinblick auf das Endergebnis gesehen werden, das die EG-Bürokraten in Brüssel erzielen wollen. Der erste und zweite Schritt dienen nur als Köder.

Das Hauptmerkmal des ersten Schrittes ist die Bewegung »zu unwiderruflich miteinander verknüpften Wechselkursen hin«. Die Regierungen verlieren die Herrschaft über ihre Währungspolitik, und nationale Währungen sollen, »so bald wie möglich, wenn erst einmal endgültig über Paritäten entschieden worden ist«, abgelöst werden. Dann wird natürlich eine neue Institution geschaffen werden müssen, um diese gemeinsame Währungspolitik zu betreiben.

»Die nationale und internationale Geldpolitik der Gemeinschaft sollte in einer föderativen Form organisiert werden, die man ein European System of Central Banks (ESCB) nennen könnte. Diesem neuen System müßte der Status einer autonomen Einrichtung der Gemeinschaft verliehen werden . . . Es könnte aus einer zentralen Institution (mit eigener Bilanz) und den nationalen Zentralbanken bestehen, denen die Ausführung der Politik im Einklang mit den Richtlinien des ESCB und entsprechend den Anweisungen der zentralen Institution anvertraut wird.«

Alles wäre überstaatlichen Kontrollen unterworfen

»Die Integration der staatlichen Wirtschaftspolitik wäre vollkommen.« Der Ministerrat würde die allgemeinen Richtlinien der Wirtschaftspolitik bestimmen, während die Ausführung den nationalen Regierungen und der Kommission in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen überlassen würde.

Insbesondere wäre es notwendig, sowohl bindende Regeln als auch Verfahrensweisen für die Haushaltspolitik zu entwickeln, darunter jeweils: Wirksame Obergrenzen für die Haushaltsdefizite der einzelnen Mitgliederländer; die Festlegung der Gesamtgestaltung der Steuerpolitik über einen mittelfristigen Zeitraum hinweg, darunter die Höhe und Finanzierung der Gesamthaushaltsbilanz, die sowohl die Posten der einzelnen Staaten als auch die der Gemeinschaft enthält.

Mit anderen Worten: Die gesamte Kreditaufnahme – von der Verteidigung bis zum Erziehungswesen – wäre durch diese Haushaltskontrolle der überstaatlichen Kontrolle unterworfen.

»Im Falle einer Zuwiderhandlung wäre die Kommission oder eine andere entsprechend beauftragte Behörde dafür verantwortlich, wirksame Schritte zu unternehmen, um die Erfüllung zu gewährleisten.«

Die Fallgruben des Delors-Planes

Dies bedeutet die Kombination eines Federal Reserve Systems amerikanischen Stils mit einem Super-Internationalen Währungsfonds (IWF). Das europäische Zentralbankensystem, wie das amerikanische System, setzt sich in der Tat aus zwölf Banken zusammen, die einer zentralen Agentur unterstehen, die die Entscheidungen trifft. Die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Bundesbank) und, zweitens, die City of London würden eine Rolle spielen ähnlich wie der New York Fed (Federal Reserve Bank) im amerikanischen System.

»Die Obergrenzen der Haushaltsdefizite« ähneln der automatischen Haushaltsbeschneidung, die sich in den US-Gramm-Rudman-Hollings-Bestimmungen findet.

Höchste politische Entscheidungen werden nicht mehr von staatlichen Behörden getroffen, von denen man annimmt, daß sie die Interessen der Bürger, der Industrie und der Arbeit vertreten, sondern von einer überstaatlichen Finanzbehörde, die von Banken- und Versicherungs-Kartellen beherrscht wird.

Die Kommission ist der »Wachhund« für diese Behörde und erzwingt »Finanzdisziplin« auf fast die gleiche Weise wie der IWF in der dritten Welt.

Der erste Schritt wäre vorbereitender Natur. Die Mitgliederstaaten würden bestrebt sein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Geldes zu konkretisieren, aber dies würde keiner Änderung in den offiziellen Mechanismen bedürfen. Dies ist der Schritt, den der britische Finanzminister Nigel Lawson, wie er sagte, akzeptieren könnte.

»Ich stimme einer Verstärkung der Zusammenarbeit unter den EG-Ländern auf dem Geldsektor zu und bin damit einverstanden, daß das englische Pfund diesem Wechselkurssystem des European Monetary System (Europäisches Währungssystem) angeschlossen wird.«

Wo sind die Fallgruben, die Delors angelegt hat? Zu allererst werden in der ersten Phase, die planmäßig am 1. Juli 1990 beginnen soll, Änderungen in dem grundlegenden EG-Vertrag von Rom erarbeitet und ratifiziert. Dann wird der Vervollständigung des »Binnenmarktes«, das heißt »der völligen Beseitigung aller körperlichen, technischen und steuerlichen Schranken innerhalb der Gemeinschaft« absoluter Vorrang eingeräumt. Schließlich wird ein Verfahren zur multilateralen Überwachung der Entwicklung der Wirtschaftspolitik, auf Grundlage von gemeinsam festgesetzten Indikatoren, und eine neue Verfahrensweise zur Koordination der Haushaltspolitik eingeführt.

Wer soll diese »Überwachung« leiten? Keine auf nationaler Basis gewählten Beamten, sondern die Zentralbank-Gouverneure.

Daher heißt es in dem Bericht: »Auf dem Gebiet des Geldes . . . sollte erwogen werden, den Umfang der Autonomie der Zentralbanken zu erweitern . . . Alle Behinderungen für die private Verwendung des ECU (European Currency Unit = Europäische Währungseinheit) würden beseitigt.«

Und was noch schlimmer ist, einige Mitglieder der Delors-Kommission empfehlen sogar die Schaffung eines European Reserve Fonds an erster Stelle.

Ein absolut überstaatliches System

Das Ziel der Finanzvorherrschaft ist klar. Wenn die englische Position sich von der von Delors unterscheidet, dann vielleicht weil London sich mit seiner Erfahrung in der »Teile-und-herrsche«-Taktik mehr von einem »darwinischen Dschungel« verspricht, während andere eine absolut überstaatliche Ordnung vorziehen.

Der neue Vertrag soll jetzt durchgesetzt werden und bedeutende Änderungen stehen bevor. »In diesem Stadium werden die grundlegenden Organe und die Struktur der Wirtschafts- und Währungsunion errichtet, darunter sowohl die Revision der bestehenden Institutionen als auch die Einrichtung von neuen.«

Dies stellt einen »Ausbildungsprozeß« dar, dessen bedeutendstes Element die Errichtung des Europäischen Zentralbanken-Systems, darunter der Ausschuß der Zentralbanken-Gouverneure, anstelle der bestehenden Institutionen wäre. □

Jacques Cheminade ist Präsident der »Rassemblement pour une France libre« (RFL).

US-Dollar

Wo bleibt der Crash?

C. Gordon Tether

Ist der klassische Konjunkturzyklus Hochkonjunktur und Flaute in die Geschichte eingegangen? Oder sind die Banker nur geschickter geworden, die Merkmale dieses Zyklus zu verschleiern?

Traditionsgemäß wird der Niedergang der Hochkonjunkturphase des Konjunkturzyklus durch zwei Entwicklungen angekündigt. Eine davon ist eine Aufwallung des Inflationsdrukkes, sobald die Nachfrage dem Strom der Waren und Dienstleistungen auf dem Markt voraneilt. Die andere ist eine damit einhergehende Verlangsamung im Tempo der Wirtschaftsexpansion, sobald die Grenzen der Produktionskapazität erreicht sind.

Die traditionellen Warnungen zeigen sich

Im nächsten Stadium halten offizielle Bemühungen, die Inflationsflut durch Dämpfung der Ausgaben umzukehren, das Wirtschaftswachstum noch mehr an der Kandare. Weil die Wirtschaftswelt dadurch auf diese Entwicklung reagiert, daß sie gegenüber Investition von Kapitalien eine noch vorsichtigere Haltung einnimmt, dauert es nicht lange, bis die Flaute zur Tagesordnung wird.

Das Aufwallen in der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten und in den meisten anderen führenden Industrieländern, nachdem die Reagan-Regierung ihr Programm des knappen Geldes Anfang der achtziger Jahre aufgab, ist für eine nach historischen Gesichtspunkten gemessen sicherlich außergewöhnlich lange Zeit aufrechterhalten worden.

Müßten wir daher nicht inzwischen die traditionellen Warnungen erkennen, daß ein Wechsel von Hochkonjunktur zur Flaute unmittelbar bevorsteht? Es muß erkannt werden, daß eines der oben erwähnten Kriterien sich in jüngster Zeit tatsächlich zu zeigen beginnt.

Vor ungefähr einem Jahr hatte die Inflation fast überall in der Wirtschaftswelt ihr Comeback. In den weniger entwickelten Ländern kam sie niemals auch nur annähernd soweit, sich unter höflichen Verbeugungen zu verabschieden. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien steigen die Inflationsraten seit Beginn dieses Jahres bis zu fünf Prozent und darüber hinaus.

Darüber hinaus, sogar in den Ländern, vor allem in Japan und der Bundesrepublik Deutschland, deren Inflationsbekämpfungsprogramme vor ein bis zwei Jahren den Punkt erreicht hatten, wo der Wertverfall des Geldes ganz und gar gestoppt wurde, haben die Preise in jüngster Zeit wieder zu steigen begonnen – wenn auch bisher nicht schneller als ein oder zwei Prozentpunkte pro Jahr.

Eine größere Übung im Wunschdenken

Was wir jedoch bis jetzt nicht gesehen haben, sind irgendwelche deutliche Anzeichen dafür, daß das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern seiner außergewöhnlichen Schwungkraft, die es in den vergangenen Jahren kennzeichnete, beraubt worden ist. In den Vereinigten Staaten selbst ging die Industrieproduktion im zweiten Quartal des laufenden Jahres den Zahlen für ein Jahr früher um nicht weniger als fünf Prozent voraus.

Neubestellungen beliefen sich um sage und schreibe elf Prozent höher als ein Jahr zuvor. Aus Japan wird eine noch eindrucksvollere Wirtschaftsleistung berichtet, und die Geschichte ist so ziemlich die gleiche, was die meisten europäischen Wirtschaftsriesen betrifft. In Großbritannien scheinen die Bemühungen der Thatcher-Regierung, die Ausgaben zu bremsen, um den Kredit-Boom, der hinter der Erscheinung einer ungewöhnlich beunruhigenden inflationären Situation steht, in Schach zu halten, tatsächlich die Dinge an der Verbrauchsgüterfront verlangsamt zu haben.

Aber Kapitalanlagen seitens der Geschäftswelt sind lebhaft geblieben. Und was nicht unbedingt überraschend ist, es gab eine Tendenz, diese Flexibilität so auszulegen, als sei sie ein Zeichen dafür, daß die Industriewelt endlich mit dem klassischen Konjunkturzyklus-Stil des Wirtschaftslebens gebrochen hat.

Vielleicht, so sagen die Optimisten, ermöglicht es die moderne Annäherung an das Problem des Wirtschafts-Managements, plötzlichen Situationen zuvorzukommen, in denen nicht verhindert werden kann, daß das Wirtschaftswachstum in einer übermäßigen Hochkonjunktur von der Art gipfelt, die geeignet ist, einer Wirtschaftsflaute den Weg zu ebnen. Unnötig zu sagen, was wir hier vielleicht erleben werden, ist eine größere Übung in Wunschdenken.

Weltwirtschaft wird vor Ende 1989 gebremst

Und es ist in diesem Zusammenhang interessant zu erleben, daß in einem gedankenvollen Versuch, die Frage zu beantworten, ob das Wachstum jemals enden wird, die Swiss Credit Bank, einer der Schwergewichtler unter den Banken des Landes, in ihrem neuesten Bulletin barsch erklärt, daß sie sich nicht in der Lage sieht, den modernen Optimismus zu teilen.

»Wir erwarten«, heißt es darin, »daß das Tempo des Wirtschaftswachstums von der Überhitzung beeinflußt wird, die sich bereits in der hohen Ausnutzung der (Produktions-)Kapazität und der steigenden Inflation widerspiegelt. Da die Zentralbanken einen restriktiveren Geldkurs eingeschlagen haben, wird die Weltwirtschaft vor Ende 1989 merklich gebremst werden, obwohl die neuesten Daten nicht auf eine sofortige Verlangsamung hindeuten.«

Es kann durchaus sein, daß sich diese Voraussage als wohlbegründet erweist. Man muß sich darüber im klaren sein, daß durch die Dauerhaftigkeit der jüngsten Wachstumsphase sich in der Welt der Gedanke festgesetzt hat, daß das Wachstum von nun an stets auf Kurs gehalten wird. So könnte es sein, daß das Warnsignal des Comeback der Inflation nicht die gleiche Reaktion ausgelöst hat, die sie in der Vergangenheit ausgelöst hätte.

Man könnte jedoch vernünftigerweise dahingehend argumentieren, daß, obwohl die Welt glücklich sein wird, wenn sie nicht eine merkliche Abkühlung der Hochkonjunkturverhältnisse erlebt, an die sie sich in der letzten Zeit gewöhnt hat, ihr sehr wohl ein Rutsch in die Flaute von der Art, wie sie in der Vergangenheit unter derartigen Umständen wohlbekannt war, erspart werden könnte.

Der Weg wird eine Zeitlang beschwerlicher

Der psychologische Faktor hat bei der Bestimmung des Tempos, mit dem die Rotation des klassischen Konjunkturzyklus einer Hochkonjunktur die Flaute folgen ließ, traditionsgemäß eine große Rolle gespielt.

Es ist wahrscheinlich die Wahrheit, wenn man sagt, daß die moderne Geschäftswelt zuversichtlicher ist, die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt zu treffen. Es kann daher sehr wohl sein, daß der psychologische Faktor in der Zukunft einen weniger großen Einfluß ausüben wird als in den alten Tagen.

Was dabei herauskommt, ist, daß es beim Wirtschaftsausblick für Länder wie die Vereinigten Staaten und den stillschweigenden Folgerungen für die geldanlegende Öffentlichkeit verfrüht wäre, auf Baisse zu spekulieren. Andererseits wird es ganz klar von wesentlicher Bedeutung sein, in diesen Angelegenheiten von nun an eine vorsichtigere Haltung einzunehmen. □

Geld

Der Zinskrieg tobt

C. Gordon Tether

Der Zinskrieg ist derzeit im Gange. Die Manipulation der Zinssätze ist nach der modernen Wirtschaftstheorie das einzige Instrument, das den Regierungen von heute zur Verfügung steht, um ihre Volkswirtschaften in der richtigen Weise in Gang zu halten. Es war daher kaum überraschend, daß zu einem Zeitpunkt, als das weitverbreitete Wiederauftauchen von Inflationsdruck in den schrittmachenden Ländern diese vor einem oder zwei Jahren in Verwirrung zu stürzen drohte, Maßnahmen zur Bewegung der Zinssätze ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Diese Umkehrung der allgemeinen Abwärtsbewegung der Zinssätze in den vorangegangenen Monaten wurde natürlich in erster Linie mit innenpolitischen Erwägungen begründet. Aber angesichts der Tatsache, daß die Geldmärkte in den wirtschaftlichen starken Ländern jetzt mehr oder weniger völlig internationalisiert sind, war es nicht schwierig zu erkennen, daß diese Umkehrung in gehöriger Zeit bedeutende Folgen im weltweiten Sinne zeitigen würde.

Ein massiver Umbruch auf dem Devisenmarkt

Insbesondere war die Umkehrung offensichtlich darauf abgezielt, die Struktur des Kapitalflusses zwischen den Ländern durcheinanderzubringen und dadurch einen wichtigen neuen Faktor in die Devisenmärkte einzubringen. Das beinahe Unvermeidliche ist nun in einem großen Ausmaß eingetreten. Die außergewöhnlich großen Sprünge in den Zinssätzen, die in einigen führenden Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, vorherrschten, haben auf den Devisenmärkten einen massiven Umbruch ausgelöst.

Der dadurch den Währungen der anderen Länder auferlegte Druck hat ihrerseits defensive Erhöhungen ihrer Zinssätze bewirkt. Das Nettoergebnis war der Beginn einer Entwicklung, die nichts weniger als ein Zinskrieg von der wütendsten Art ist.

Bei der bemerkenswerten Stärke des amerikanischen Dollar, die eine effektive Abwertung vieler anderer Währungen hervorruft, die den betreffenden Ländern unangenehm erscheint, sahen sich sogar Länder mit den stärksten Währungen gezwungen, zu Zinserhöhungen zu greifen, die ihnen gegen den Strich gehen. Das beste Beispiel hierfür ist Japan, wo die Zentralbank vor kurzem die erste Anpassung ihres Leitzinsfußes nach oben seit Anfang der achtziger Jahre ankündigte.

Und selbstverständlich neigt die neue Form der internationalen Kriegsführung auf dem Gebiete des Geldwesens dazu, aus sich selbst Kraft zu schöpfen. Die Bemühungen der britischen Behörden, zu verhindern, daß die wachsende Zugkraft der Zinssätze anderer Länder eine möglicherweise gefährliche Flucht von unbehinderten Geldern aus London hervorrufen könnte, haben bereits dazu geführt, daß in Großbritannien die Zinssätze bis weit in die zweistelligen Zahlen angehoben wurden.

Und wenn diese Art des Nahkampfes fortgesetzt wird, dann kann es leicht passieren, daß die Zinssätze in der wirtschaftlich fortgeschrittenen Welt als Ganzes auf Höhen klettern werden, die geeignet sind, die Weltwirtschaftstätigkeit stark zu schwächen. Denn schließlich, selbst wenn man die größere Anpassung berücksichtigt, die erforderlich ist, um erhöhte Inflationsraten wettzumachen, erreichen jetzt die realen Zinssätze, an einer historischen Grundlage gemessen, außergewöhnlich hohe Niveaus.

Der Nahkampf im Zinskrieg

Wenn diese Aussicht für die fortgeschrittenen Länder als Ganzes ein Problem darstellt, dann ist es auch richtig, daß es einige von ihnen in eine besonders akute mißliche Lage bringen wird. Dies trifft besonders auf die Vereinigten Staaten zu.

Der steile Anstieg im internationalen Wert des Dollar seit Anfang dieses Jahres führt unvermeidlich zu jener Überbewertung, die seit Mitte der achtziger Jahre weitgehend dazu beigetragen hat, das Land in ernsthafte Zahlungsbilanzdefizite zu stürzen.

Leicht sind die Feuer der Inflation entfacht

Eine Verengung der Lücke zwischen amerikanischen und ausländischen Zinssätzen würde offensichtlich dazu beitragen, diesen Prozeß zu stoppen.

Aber sie könnte auch die Wirkung haben, daß die Politik des knappen Geldes auf die sich die Federal Reserve Bank weitgehend verließ, um Wachstumsexzesse, die leicht die Feuer der Inflation entfachen könnten, einzudämmen, in gewissem Maße abgestumpft wird.

Es braucht nicht betont zu werden, daß die internationale Bankgemeinde durch den Eintritt eines weltweiten Zinskrieges weitgehend bevorzugt wird. Fast alle ihre Tätigkeiten werden wesentliche höhere Gewinne einbringen. Und nachdem sie jetzt die Schuldenprobleme der dritten Welt weitgehend abgeschüttelt hat, wird sie nicht dafür zu bezahlen brauchen wie damals, als der Aufschwung der Zinssätze Anfang der achtziger Jahre viele der größeren Schuldner der Banken in ernsthafte Schwierigkeiten brachte.

Aber für fast alle Teile der Weltbevölkerung kann dies leicht eine sehr schwierige Sache werden. Die schädliche Einwirkung eines bedeutenden Aufschwungs der Zinssätze auf die Wirtschaftstätigkeit – einschließlich der realen Zinssätze – mischt sich möglicherweise mit den Ungewißheiten, die eine verstärkte Umschlagshäufigkeit der Devisenkurse mit sich bringt.

Dies wiederum könnte sehr wohl das den Aktienmärkten der Welt zugrunde liegende Unbehagen, das viele von ihnen daran gehindert hat, sich von dem Ende 1987 erlittenen Schlag voll zu erholen, weiter verstärken.

Große Vorsicht ist angesagt

Für den gewöhnlichen Anleger sind die Alarmzeichen leicht erkennbar. Die Botschaft lautet, daß solange bis die schrittmachenden Länder einen Weg gefunden haben, den Zinskrieg herunterzuschrauben – und bis jetzt gibt es noch keine Anzeichen, daß sie die Bedrohung wenigstens begriffen haben –, die Betonung auf größere Vorsicht gelegt werden muß.

Eine kürzlich erschienene Ausgabe des von der Organisation Lynch International Investment in New York veröffentlichten Schreibens faßt die Dinge treffend zusammen mit dem Hinweis, daß auch Anlieger, die es sich leisten können, das »Risiko eines Geschäftsmannes« einzugehen, jetzt an einem flüssigen Anlagebestand in Höhe von 45 bis 55 Prozent festhalten sollten. Flüssige Anlagen für diese Zwecke seien Schatzpapiere und ähnliche Papiere, die innerhalb von vier Jahren fällig werden, heißt es in dem Schreiben weiter.

Es ist wahrscheinlich richtig dahingehend zu argumentieren, daß man im Augenblick nicht vorsichtig genug sein kann. □



Monetarismus

Ein System am Ende seines Weges

C. Gordon Tether

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem, Monetarismus genannt, ist am Ende seines Weges angelangt, sagt keine geringere Autorität als die Bank for International Settlements – der Zentralbanker für die Zentralbanken.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß kein Bereich des Finanzwesens besser mit der Funktion des Monetarismus vertraut ist wie derjenige, der sich aus Zentralbankern zusammensetzt. Es war in der Tat wegen der Leidenschaft, mit der sie seine sogenannten Tugenden preisen, daß die Politiker sich für den Gedanken erwärmten, ihm gegen Ende der siebziger Jahre die Rolle der Hauptwaffe gegen das Wirtschafts-Management zu übertragen.

Die Geldpolitik am Ende der Straße

So kann man davon ausgehen, daß, als der Präsident der Bank der Zentralbanker – der Bank for International Settlements – auf der letzten Jahreshauptversammlung seiner Bank über die derzeitige Leistung des Monetarismus sprach, er genau wußte, wovon er sprach.

Und das Resultat seiner Bemerkungen war, daß die Geldpolitik »am Ende der Straße« angelangt sei bei ihren Bemühungen, mit den groben Verdrehungen in dem Muster der Zahlungsbilanzen fertig zu werden, die eine immer finstere Bedrohung für das wirtschaftliche Wohlergehen dieses Planeten darstellen – vor allem die übermäßige Schwäche der amerikanischen und britischen Position und die übermäßige Stärke ihrer japanischen und bundesdeutschen Gegenstücke.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien haben natürlich jetzt schon seit vielen Jahren dem Monetarismus in ihrem Wirtschafts-Management einen Ehrenplatz eingeräumt. Daß sie das immer noch tun, wird offensichtlich durch die Tatsache, daß sich beide Länder weiterhin so verhalten, als sei die Manipulation der Zinssätze effektiv das einzige Instrument, das zu ihrer Verfügung steht, um mit jeder Tendenz ihrer jeweiligen Wirtschaft aus dem Gleichgewicht zu kommen – sei es auf dem Inlandssektor oder auf dem Sektor der Auslandszahlungen – fertigzuwerden.

In der Praxis allein zeigt sich die Bewährung

Hier wie anderswo zeigt sich die Bewährung allein in der Praxis. Aus der oberflächlichsten Untersuchung der Erfahrungen der beiden Länder über die letzten Jahre hinweg geht bereits hervor, daß der Monetarismus so weit davon entfernt ist, die erhofften Lösungen zu bringen, wie er es schon immer war.

Im Falle Amerikas hat die Schlacht, die geschlagen wurde, um das Zahlungsbilanzdefizit auf handhabbare Proportionen herabzudrücken, dem Problem wenig mehr als eine kleine Delle beigebracht. Darüber hinaus ergibt sich, wenn man nach vorne schaut, ein trauriges Bild. Wie aus dem Bericht der Bank for International Settlement hervorgeht, kann man 1989 nur auf eine geringfügige Schließung der Lücke hoffen, wonach ein »schrittweise ansteigendes Defizit« in Aussicht stehe.

Das ist noch nicht alles. Wenn man im Auge behält, daß Washingtons Hang zu hohen Zinssätzen eine wesentliche Rolle dabei gespielt hat, den internationalen Wert des Dollar in die Höhe zu treiben und somit amerikanische Waren wegen ihrer hohen Preise von den Auslandsmärkten zu vertreiben, dann wird eine andere Sache klar, nämlich die, daß der Monetarismus tatsächlich stark gegenproduktiv wird, soweit es die Anstrengungen der Regierung betrifft, das Land aus der Zahlungsbilanzschlinge herauszubekommen.

Die britische Szene ist nicht weniger vielsagend. Dort macht Mrs. Thatchers Schatzkanzler stets viel aus der Behauptung, es gebe keine Alternative dazu, sich fast völlig auf die Manipulation der Zinsfüße zu verlassen, um die Wirtschaft in Schuß zu halten. Es ist fast so, als glaube er daran, daß es eine Art große Tugend ist, einen derartigen Hang zu dieser Methode zur Schau zu tragen.

Immer noch im Kampf um das Thatcher-Wunder

Und doch befindet sich die britische Wirtschaft, Jahre nachdem diese Politik zuerst eingeführt wurde, in einem Zustand, der dicht an der Krise grenzt. Er würde wahrscheinlich auch in der übrigen Welt als solche betrachtet, wäre es nicht Tatsache, daß Whitehall der Realität tapfer ins Auge schaut, indem er darauf beharrt, daß sich das Land immer noch im Kampfe mit dem »Thatcher-Wunder« befindet.

Im Laufe des Jahres 1989 glitt die Zahlungsbilanz in ein enormes Defizit hinein, und die Lücke neigt immer noch dazu, sich zu vergrößern, und das trotz der Tatsache, daß die Zinssätze auf etwa das Dreifache der historischen Werte angehoben wurden, mit der Begründung, man könne sich auf eine solche Aktion verlassen, um das Problem fest in den Griff zu bekommen.

Nicht weniger vielsagend ist das, was sich auf der britischen Inflationsfront ereignet hat. Die Thatcher-Regierung kam vor zehn Jahren mit einem Wahlprogramm an die Macht, in dem die Beseitigung der Inflation höchste Priorität einnahm. Die fortgesetzte Huldigung der These, daß der Monetarismus dieses Ziel in gehöriger Zeit voll erreichen würde, hat sich nicht gelohnt.

Die Inflationsrate im Vereinigten Königreich ist jetzt innerhalb von zwei Prozentpunkten von der Zahl, die die Thatcher-Regierung 1979 übernahm, entfernt und könnte so, wie die Dinge zur Zeit aussehen, sehr wohl den damaligen Stand erreichen oder gar überschreiten, bevor das Jahr zu Ende geht. Kurz gesagt, der Monetarismus entwickelt sich zu allem anderen als zum Universalmittel gegen wirtschaftliche Unausgewogenheit, wie die Welt ermutigt wurde zu glauben.

Das Umlernen kann nicht schnell genug beginnen

Und was die Dinge noch beunruhigender macht, ist die Tatsache, daß der Aufstieg des Monetarismus zur bevorzugten Stellung auf der Bühne des Wirtschafts-Managements mit der Abwertung aller anderen traditionsreicheren Methoden, die Wirtschaft auf Kurs zu halten, einherging. Heute machen die Regierungen nur äußerst widerwillig von der Steuerpolitik Gebrauch, um die Nachfrage anzufachen oder zu verringern.

Es scheint die gleiche Unwilligkeit vorhanden zu sein, auf offizielle Ausgabenanpassungen zurückzugreifen, um über den Wirtschaftsbereich als Ganzes hinweg die Nachfrage in Einklang mit dem Angebot zu halten. Es scheint sogar ein Hang zu bestehen, Methoden der Beeinflussung des wirtschaftlichen Zustands mit anderen monetaristischen Mechanismen als die Manipulation der Zinsfüße als veraltet anzusehen.

Steuerungen der Menge der Kreditbeschaffung durch das Bankwesen zum Beispiel werden heute anscheinend oft als »ausgeschlossen« behandelt.

Die Folge davon ist, daß die Besessenheit vom Monetarismus jetzt zu einem Ende kommen muß, wenn die Welt nicht – und denkbar schon in ziemlich naher Zukunft – in eine verheerende weltweite Krise gleiten soll, auf die der Leiter der Bank der Zentralbanker deutlich angespielt hat. Das erforderliche Umlernen kann nicht schnell genug in Angriff genommen werden □

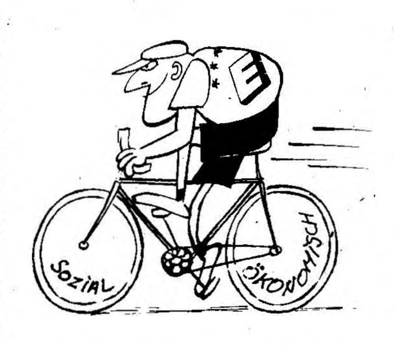
Europäische Gemeinschaft

Unruhe bei Bankern in USA und Japan

Martin Burns

Columbus entdeckte Amerika 1492. Im Jahr 1913 wurde das Federal Reserve System gegründet und die Einkommensteuer in den USA fest verankert. Die Weltwirtschaftskrise begann 1929 und der Zweite Weltkrieg endete 1945. Diese Daten haben alle eines gemeinsam: Sie werden sofort als Daten von Ereignissen von großer historischer Bedeutung erkannt, aber nicht alle bedeuten auch etwas Gutes.

Wenn es nach dem Willen der Eine-Weltler geht, dann wird im Jahr 1992 über den ganzen Zeitraum hinweg ebenso erkennbar sein wie im Jahr 1492: Denn das wird das Jahr des Anfangs vom Ende von selbständigen Staaten in Westeuropa sein. Wenn alles nach Plan verläuft, dann wird es wirklich freie Bewegung von Menschen, Gütern und Kapital quer durch den europäischen Kontinent oder zumindest unter den zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft geben.



Eine riesige europäische Bürokratie

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde vor 31 Jahren, also 1958, ins Leben gerufen, um die Eingliederung Westeuropas durch Abschaffung der Zollschranken und die Schaffung von gemeinsamen Preisniveaus und einer europäischen Währung zu fördern. Die Gründungsmitglieder waren Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland.

Später stießen Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich – alle 1973 –, Griechenland – 1981 – und Portugal und Spanien – im Jahr 1986 – hinzu. 1967 änderte die EWG ihren Namen in »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« (EG) um.

Zur permanenten Struktur der EG gehören ein Ministerrat, eine Kommission, ein Europäisches Parlament und ein Gerichtshof. Während diese Körperschaften jetzt noch nicht über solche Angelegenheiten wie die Verteidigungspolitik, Strafrecht oder Menschenrechte befinden, so ist doch schon die Infrastruktur dafür vorhanden, um das später einmal zu tun.

Das Europäische Parlament setzt sich aus direkt aus den Mitgliederstaaten durch Abstimmung des Volkes in die EG gewählten Mitgliedern zusammen. Seine Mitglieder organisieren sich nicht nach staatlichen, sondern nach ideologischen Richtlinien – Konservative, Christliche Demokraten, Grüne. Die europäische Währungseinheit (ECU) hat die Staatswährungen der Mitgliederstaaten noch nicht ersetzt, aber auch das ist geplant.

Was die EG vorhat, ist der übrigen Welt eine vereinigte Wirtschaftsfront darzubieten. Güter, die in einem EG-Land hergestellt werden, haben zollfreien Zugang zu allen anderen EG-Mitgliederstaaten. Die EG hat einen Zolltarifsatz, und Güter, die in irgendein EG-Mitgliedsland eingeführt werden, können ohne zusätzliche Zollgebühren in alle anderen Mitgliederstaaten ausgeführt werden.

Wirtschaftliche Integration bis 1992

Jedes Mitgliedsland muß eine Mehrwertsteuer erheben, und die EG-Mitgliedsstaaten bewegen sich in Richtung auf eine Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Personensteuern, um zu vermeiden, daß ein Mitglied gegenüber anderen Mitgliedern einen »Wettbewerbsvorteil« hat.

Die Währungen der EG-Mitgliedsstaaten dürfen wertmäßig gegenüber der eines anderen Mitgliedes nicht um mehr als einen kleinen Prozentsatz schwanken. Die EG arbeitet darauf hin, die Zolltarif-Schranken, die von diesen Ländern immer noch errichtet werden, um ihre eigenen Industrien gegen den Wettbewerb innerhalb der EG zu schützen, zu beseitigen.

Bis spätestens 1992 dürfte die wirtschaftliche Integration Europas eine vollendete Tatsache sein. Devisenbewirtschaftung unter EG-Mitgliedern sollen dann der Vergangenheit angehören. Banken in einem EG-Land gewähren Darlehen in jedes andere Mitgliedsland, ebenso wie New Yorker Banken überall in den Vereinigten Staaten Darlehen gewähren können.

Die »Optimisten« hoffen sogar darauf, daß alle Einwanderungs- und Zolldurchgangsstellen zwischen den EG-Ländern beseitigt werden, obwohl die Probleme, die mit Einwanderung, Drogenschmuggel und internationalem Terrorismus verbunden sind, diesen Schritt zumindest für eine Weile verhindern mögen.

Ist all dies vom europäischen Standpunkt aus gesehen nicht ein guter Gedanke? Ein vereintes Europa kann besser mit den Vereinigten Staaten, Japan und den »NILs« – den neuindustrialisierten Ländern Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur und jetzt Thailand – konkurrieren.

Amerikanische und japanische Multinationale und Banken sind darüber beunruhigt, daß, obwohl sie damit rechnen, nach der Art von Großvätern in ein vereintes Europa hineinzukommen, die Karten unehrlich gegen sie gemischt sein werden. Kleinere Banker und Exporteure aus der übrigen Welt werden noch härter getroffen werden.

Großzügige Gehälter für die Bürokraten

Vergessen wir mögliche Beschwerden von Amerikanern und anderen Ausländern. Es gibt auch für die Europäer selbst viele Gründe, die brave neue Welt, die ihre Führer für sie vorbereiten, mit argwöhnischen Blicken zu betrachten.

Da ist zunächst einmal die EG-Bürokratie. Obwohl sie noch kein Superstaat ist, hat die EG jetzt schon 22 000 Bürokraten in ihrer Hauptgeschäftsstelle in Brüssel. Diese Herrschaften werden großzügig bezahlt – mit etwa dem zweifachen Satz, den ein britischer Beamter in einer vergleichbaren Stellung bezieht – und sie genießen eine bevorzugte Steuerabwicklung ihrer Einkünfte.

Ein Bericht des European Court of Auditors (Rechnungsprüfungsgericht) – eine Art Generalinspekteur für die EG, jedoch mit wenig realer Gewalt – stellt fest, daß die EG-Bürokraten ihre Nebenleistungen, vor allem die Altersvergütungen, weitgehend mißbrauchen. Die unmittelbare Ursache für diesen Mißbrauch ist die Möglichkeit, daß sich EG-Bürokraten in Höhe von 70 Prozent des vollen Gehalts invalidisieren lassen können.

Ein Ausschuß des britischen Oberhauses schätzt den »Euro-Betrug« – Betrug innerhalb der EG – auf zwischen zwei bis sechs Milliarden englische Pfund (3,66 bis 10,8 Milliarden Dollar) pro Jahr.

Aber selbst eine ehrliche und straff geführte EG würde für die Völker und Staaten Europas ernsthafte Probleme aufwerfen. Die zwölf EG-Staaten – zu denen sich vielleicht noch Öster-

reich und die Türkei, ein eurasisches Land von 55 Millionen Einwohnern, gesellen werden – haben ihre unabhängigen Werte, Kulturen, Religionen, Traditionen – Literatur, Geschichte und Sprache. Diese nationalen Merkmale und Individualität stellen eine unschätzbare Bereicherung eines Volkes dar und sollten nicht in einem Überstaat aufs Spiel gesetzt werden.

Werden die Europäer wirklich ihre traditionellen Rivalitäten, die zu so vielen Kriegen geführt haben, überwinden? Die Italiener waren im Ersten Weltkrieg Feinde der Deutschen und im Zweiten Weltkrieg deren Verbündete. Haben Frankreich und Deutschland wirklich das Kriegsbeil begraben? Können der Spanier und der Däne, der Grieche und der Niederländer alle in politischer und wirtschaftlicher Einträchtigkeit zusammenleben?

Jetzt wo die Diskussion über Vorbehalte gegen »ein Europa« nach 1992 überall auf dem Kontinent aufgenommen wird, trachten die Berufs-Europäer in Brüssel und anderswo danach, den »Erfolg« eines voll integrierten Europas zu gewährleisten, indem sie Bedingungen schaffen, die nur dann ordnungsgemäß funktionieren können, wenn die Währungseinheit stattfindet.

Mit einer gemeinsamen Währung, die an die Stelle der vorhandenen Staatswährungen treten wird, kann die politische Einheit Europas leicht vollzogen werden. Einstmals unabhängige Staaten werden dann ebenso von Brüssel abhängig sein, wie das einst unabhängige Texas oder Kalifornien von Washington abhängig sind.

Bürokraten entfremden sich von den Landsleuten

Wenn erst einmal jegliche Devisenkontrolle, Kapital- und Bankbeschränkungen unter den Mitgliedsstaaten der EG weggefallen sind, dann wird offensichtlich, daß zwölf verschiedene Staatswährungen ein Anachronismus sind. Dann kann der ECU als europaweite Währung zur Geltung kommen. Heute Europa, morgen die Welt. Eine Währung, ein Europa, eine Welt?

Der allgemeine Vorteil aller dieser Vorgänge soll ein Europa sein, das wettbewerbsfähiger ist. Schlagwörter wie Flexibilität, Produktivität und Wachstum werden in »gedankenvollen« Artikeln in der Presse des Establishments immer häufiger verwendet. Aber die Nutznießer werden die multinationalen Banken und Gesellschaften, nicht das Volk von Europa sein.

Wie Percy Barnevik, Präsident von Asea Brown Boveri, ein schwedischer Produzent von elektrotechnischen Geräten, feststellte: »Es ist leicht zu sagen, daß 16 Lokomotivenbauer in Europa gegen zwei in den Vereinigten Staaten und drei bis vier in Japan zu viele sind. Aber eine umstrukturierte Industrie mit drei bis vier verbleibenden Lokomotivbauern bedeutet sehr viel weniger Beschäftigte auf eine bestimmte Anzahl von gebauten Lokomotiven.«

Dies sind die harten Realitäten hinter den schönen Worten »höhere Produktivität« und »wettbewerbsfähiger«.

Die Würfel für Europa sind gefallen. Die EG-Bürokratie hat schon ein kritisches Maß erreicht. Sir John Hopkins, ein ehemaliger Spitzenberater der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, kommentierte dies mit den Worten:

»Parlamentsmitglieder, Beamte, Beauftragte sind alle Berufs-Europäer. Sie haben alle ihren Wagen am europäischen Stern festgemacht. Ihre Karrieren, ihr Ansehen, ihre Gehälter, alles hängt davon ab. Der Berufs-Europäer verbringt praktisch alle seine Stunden, in denen er nicht schläft, mit Miteuropaleuten. Er kann sich seinen eigenen Landsleuten leicht entfremden, es sei denn, diese akzeptieren bedingungslos die europäische Vision.«

Nun erhebt sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten diese neue europäische Ordnung begrüßen oder sie bekämpfen werden. Bei dem Engagement der Führung beider politischen Parteien in den USA und des amerikanischen Banken- und Geschäfts-Establishments ist die Antwort für eine »internationale Zusammenarbeit« klar. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. September 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Diamanten-Monopol

Die Rolle von US-Außenminister Baker

James Harrer

Im Hintergrund der Tagesordnung des letzten Pariser Gipfels gab es vertrauliche Rückfragen an US-Präsident George Bush wegen einer ärgerlichen Sache: Der Versuch, Afrikas unabhängige Diamantenbergwerke in ein Monopol zu zwingen. Geheimdienstberichte dazu behaupten, daß der US-Außenminister James Baker seine Hand im Spiel hat.

Sowohl die britische Premierministerin Margaret Thatcher wie auch der französische Staatspräsident François Mitterrand sollen über einen heimlichen Versuch des Oppenheimer-Konsortiums, ein riesiger Bergwerks- und Handelskonzern, der bereits die Diamantenmärkte der Welt beherrscht, die wenig verbleibenden unabhängigen Vorkommen dieser Steine in Afrika in Besitz zu nehmen, beunruhigt sein.

Förderung der Oppenheimer-Strategie

»Was Thatcher und Mitterrand Sorgen macht, ist die Tatsache, daß die Oppenheimer bereits viel zu viel Macht haben im Goldbergbau, Diamanten-Großhandel, Finanzwesen und in der Politik«, erklärte ein französischer Beamter bei den Vereinten Nationen. »Jetzt wollen sie die Hersteller dieser unschätzbaren Juwelen monopolisieren; die afrikanischen Länder und Bergwerksgesellschaften gehören noch nicht alle zu ihrem Kartell.«

Was bei diesem Manöver zu denken geben sollte, ist, daß Baker, ein wohlhabender Bankanwalt und Geldanleger, bevor er unter der ersten Reagan-Regierung in Washington ein Schlüsselmakler der Macht wurde, die Macht seines Amtes ausnutzte, um die von den Oppenheimern geplante Strategie zu fördern.

In der Tat waren es eine Reihe von ungewöhnlichen Schritten, die Baker unternahm, die zuerst einige Fragen über das Drehbuch der Oppenheimer aufwarfen, verlautet aus Kreisen der UN.

Es gab »Stirnrunzeln und Hohnrufe« sowohl in der Hauptgeschäftsstelle des Internationalen Währungs-Fonds (IWF) als auch in der Weltbank in Washington, als Mobuto Sese Seko, der Diktator von Zaire (des ehemaligen Belgisch Kongo) im Januar einen Antrag auf Sonderkredite in Höhe von insgesamt 500 Millionen Dollar einreichte, verlautet aus den gleichen Kreisen.

Weitere großzügige Kredite an Mobuto

»Der IWF ist daran gewöhnt, sich mit korrupten Bürokraten und unehrlichen Bankern auseinanderzusetzen«, sagte ein Informant. »Aber Mobutos schmierige Vergangenheit von Lügen, grober Dieberei und brutaler Unterdrückung ist so schrecklich, daß sein Antrag abgelehnt wurde.«

Aber der in Mißkredit geratene afrikanische Häuptling war noch nicht fertig. Er erhielt unerwartete Unterstützung aus dem US-Außenministerium, dessen Afrika-Spezialisten damit begannen, internationale Geldverleihinstitute um ein großzügiges Almosen an Zaire zu »umschmeicheln und zu drängeln«.

Die Lobby-Tätigkeit der Bürokraten der Bush-Regierung zugunsten von Mobuto stieß auf starken Widerstand sowohl beim IWF als auch bei der Weltbank. Rechnungsprüfer protestierten, daß Zaire »völlig unfähig ist, irgendeine Art Buchführung« über mehr als 1,7 Milliarden Dollar an internationalen Krediten vorzulegen, die das Land in den letzten Jahren für öffentliche Bauprojekte und Währungsstabilsierungsprogramme erhalten hat.

»Diese Kredite, die für den Staat Zaire bestimmt waren, steckte sich Mobuto ganz einfach in die eigene Tasche«, sagte ein arabischer IWF-Verwaltungsbeamter. »Wir waren entschlossen, solchen verschwendeten Geldern nicht noch mehr Geld hinterher zu werfen.«

Aber der korrupte afrikanische Diktator erhielt trotzdem Anfang Juli eine atemberaubende Spritze in Höhe von 273 Millionen Dollar vom IWF, nachdem Baker sich persönlich beim Präsidenten der Weltbank, Barber Conable, und dem Generaldirektor des IWF, Michael Camdessus, eingesetzt und dringend eine bevorzugte Behandlung Zaires angeregt hatte. Um den Tee zu versüßen bot Baker eine vertrauliche US-Garantie an, um eventuelle spätere Verluste des IWF oder der Weltbank in Zaire wieder gut zu machen.

Baker war entschlossen, Mobuto zu helfen

»Dies bedeutet, daß der amerikanische Steuerzahler in ein paar Jahren das Geld ersetzen muß, das wir Zaire in diesem Sommer auszahlen«, sagte der IWF-Beamte. Aber Baker war entschlossen, Mobuto zu helfen, und wir mußten da mitspielen.«

Um den Glanz von Mobutos beflecktem Ruf wiederherzustellen, leitete Baker außer dem IWF-Darlehen obendrein noch eine ungewöhnliche Ehrung für ihn in die Wege: Am 26. Juli wurde der Tyrann zum ersten afrikanischen Staatschef, der von Bush im Weißen Haus empfangen wurde.

Ein paar Tage vor seinem Besuch in Washington berief Mobuto ein improvisiertes Gipfeltreffen von 17 afrikanischen Führern auf seinem prächtigen Landgut in Zaire ein. Unter den Anwesenden befanden sich zwei langjährige Feinde: José Eduardo dos Santos, der sowjetfreundliche Präsident des marxistischen Angola, und der Kommandant der antikommunistischen Rebellen-Streitkräfte in Angola, Jonas Savimbi.

Die beiden Gegner schüttelten sich die Hand, und stimmten einem von Mobuto vorgeschlagenen Waffenstillstand zu. Die Weltpresse nahm respektvoll von der neuen Rolle des Diktators von Zaire, nämlich die eines »triumphalen Friedensmachers«, Notiz. Aber in vertraulichen Gesprächen verhöhnten Diplomaten und Afrika-Experten Mobutos Betreiben als »Schwindel«. »Der sogenannte Waffenstillstand zwischen Savimbi und Dos Santos war nur ein wenig zeremonielle Schaukunst«, stellte ein ehemaliger CIA-Analytiker fest.

Aber eine andere Vereinbarung, die Dos Santos auf der Versammlung in Zaire unterzeichnete, war, obwohl von der Presse unbeachtet, bedeutsam, und wird wahrscheinlich Bestand haben, es war eine Vereinbarung darüber, der Firma De Beers Ltd., dem von Harry Oppenheimer geleiteten weltweiten Diamanten-Konzern, eine exklusive Konzessiosn zum Abbau und zur Vermarktung von Angolas Diamantenvorkommen zu gewähren, – eine Konzession, die das Oppenheimer-Kombinat seit langem anstrebt.

»Mobuto ist ein Werkzeug für den Oppenheimer-Trust«, sagt Dr. Gerhard Barbot, ein anerkannter französischer Wirtschaftsfachmann. »Es ist eine vertraute Rolle für ihn – schließlich begann er seine Laufbahn als CIA-Agent, und er war ein Jahrzehnt lang einer der Vorposten des Mossad, Israels Geheimdienst. 1987 half Mobuto der Firma De Beers, ihr Diamanten-Monopol über weitere afrikanische Nation auszudehnen, die von marxistischen ehemaligen Revolutionären beherrscht werden. Jetzt ist Angola an der Reihe.« □

Absprachegremien

Alles Gute für die Sowjetunion

James P. Tucker

Die unheilvolle Macht der Schatten-Weltregierung wurde wieder ganz besonders deutlich bei der Reise des amerikanischen Präsidenten George Bush nach Osteuropa, auf der er den kommunistischen Führern amerikanische Wirtschaftshilfe zusagte.

George Bushs Versprechen kommt zu einem Zeitpunkt, in dem Amerika, das größte Schuldnerland der Welt, unter jährlichen Haushaltsdefiziten im Bereich von 150 Milliarden Dollar und einer Gesamtstaatsschuld von zwei Billionen Dollar stöhnt. Die Versprechen des amerikanischen Präsidenten erfolgten nach den diesjährigen Tagungen der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe.

Die USA zahlen und machen weitere Schulden

Diese beiden Absprachegremien forderten die polnische Führung dazu auf, zehn Milliarden Dollar von den Amerikanern zu verlangen. Bush zeigte sich jedoch zunächst zurückhaltend und sparsam. Er versprach den Polen 100 Millionen Dollar, plus weitere 15 Millionen Dollar, die dafür vorgesehen sind, um die umweltverschmutzte Stadt Krakau zu säubern.

Ein derartiges Szenario – in dem die amerikanische Regierung ein gescheitertes kommunistisches System mit Auslandshilfe unterstützt – wäre vor einem Jahr undenkbar gewesen, aber mit geheimen Manipulationen seitens der Trilateralen und der Bilderberger wurde erreicht, daß die Medien des Establishments diese Vergabe als »sparsame Geldanlage« verkaufen.

Bei seinem Hilfsangebot versprach der amerikanische Präsident auch, darauf hinarbeiten zu wollen, von der Weltbank eine Anleihe von 325 Millionen Dollar und eine Umstrukturierung der überwältigenden Schulden Polens gegenüber den Handelsbanken zu erreichen.

Außerdem verprach Bush den Ungarn 25 Millionen Dollar aus den Taschen der Steuerzahler, die dazu verwendet werden sollen, die Privatwirtschaft in Ungarn zu fördern. Bush versprach, auch Freiwillige des amerikanischen Friedens-Corps dorthin zu entsenden. Es wäre das erste Mal, daß das Peace Corps in ein kommunistisches Land geschickt wird.

Viele Experten der osteuropäischen Frage äußerten sich skeptisch über den Empfang, den das Friedens-Corps erwartet, dessen Aufgabe es ist, die Ungarn zu lehren, Englisch, »die Sprache des internationalen Handels«, wie das amerikanische Außenministerium es nannte, zu sprechen.

Die Ungarn sind sich jedoch ihrer Vergangenheit sehr bewußt, und stolz auf ihre tausend Jahre alte Kultur, und sie werden wahrscheinlich die stillschweigenden Folgerungen der Amerikaner, deren Kultur sie als schal und unreif betrachten, zurückweisen, daß sie gekommen seien, um ihr Land zu »zivilisieren«, eine Aufgabe, zu der das Friedens-Corps traditionsgemäß in unterentwickelte Länder der dritten Welt geschickt wird.

Obwohl einige der klangvollsten von Bush an Ungarn und Polen gemachten Versprechen etwas mit der Anregung des Export-Import-Handels zwischen den Vereinigten Staaten und diesen mittellosen Staaten zu tun haben, ist die US-Export-Import Bank pleite, ebenso wie die anderen amerikanischen Bundesstellen, die dazu da sind, den internationalen Handel zu unterstützen und zu versichern.

Den Amerikanern geht es nur um Profit

Was noch bedeutsamer ist, eine Anzahl lebenswichtiger amerikanischer Inlandsprogramme, die den Farmern, Hausbesitzern und Sparanlegern zugute kommen sollen, sind gleichfalls jammervoll unterfinanziert und pleite.

»Bevor Bush zu viele dieser hochtrabenden Almosen im Ausland herumstreut, sollte er sich lieber einmal die Bedürfnisse des eigenen Volkes betrachten; einige von diesen sind mindestens ebenso dringend wie irgendwelche Probleme, denen er hinter dem Eisernen Vorhang begegnet ist«, kommentierte Joseph Barnes, ein alt gedienter Gewerkschafts-Organisator in Missouri.

Das Ziel der internationalen Bankers und politischen Führungspersönlichkeiten, aus denen sich die beiden Geheimorganisationen mit ihrer sich überlappenden Führung und einer aufeinander abgestimmten weltweiten Tagesordnung zusammensetzt, ist das gleiche: Macht und Gewinne.

Sie wollen in »Joint Ventures« (Arbeitsgemeinschaften) mit kommunistischen Ländern investieren und dabei den Vorteil der billigen Arbeitskräfte zur Erzeugung von teuren Gütern zur Ausfuhr in die sich neu bildende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die bis 1992 mit 300 Millionen Verbrauchern zum größten Einzelmarkt der Welt werden soll, ausnutzen.

Die von den verschuldeten kommunistischen Ländern verdienten Devisen werden zur Zahlung der Zinsen auf deren Schulden an die internationalen Banker verwendet.

Pläne zur Ingangsetzung der sonst undenkbaren Rettung der kommunistischen Länder vor dem Bankrott durch die Amerikaner wurden im Januar gefaßt, als David Rockefeller und andere trilaterale Führer sich insgeheim mit Michail Gorbatschow in Moskau trafen.

Eure Dollar sind uns willkommen!

Gorbatschow hieß die Dollar der amerikanischen Steuerzahler willkommen und stimmte zu, seine Rolle dabei zu spielen. Er bestand darauf, daß die Ostblockländer Europas im sowjetischen Machtbereich verbleiben, und daß ein Rückzug vom Warschauer Pakt nicht in Frage kommt.

Einen Monat später hielten sich Rockefeller und Mitglieder einer Nebengruppe – des Council on Foreign Relations (CFR) – in Warschau auf, wo die polnischen Führer dem Plan bereitwillig zustimmten.

Es war ein dramatischer Schritt, der darauf abgestimmt war, der amerikanischen Bevölkerung den Kommunismus schmackhaft zu machen. Die Gewerkschaft Solidarität soll anerkannt werden. Die ersten »freien Wahlen« in Polen seit der sowjetischen Eroberung nach dem Zweiten Weltkrieg sollen stattfinden.

Moskau Vollmitglied der Weltwirtschaft

Die Verlagerung von amerikanischen Steuergeldern in kommunistische Länder wird nicht mit den verhältnismäßig dürftigen Beträgen enden, für die der amerikanische Präsident jetzt im Wort steht.

In Moskau, Polen, in Paris bei der April-Sitzung der Trilateralisten und auf der spanischen Insel Lo Toja bei der Mai-Sitzung der Bilderberg-Gruppe wurden Pläne vorgelegt, die Sowjetunion zu einem »Vollteilnehmer an der Weltwirtschaft zu machen«.

Das Ziel der Schattenregierung ist es, die Sowjetunion in die Weltbank und in den Internationalen Währungs-Fonds (IWF), zwei wichtige Kanäle zur Verlagerung deutscher und amerikanischer Steuergelder ins Ausland, hineinzubekommen. □

Europa-Journal

Vatikan fordert neue Pornografie-Gesetze

In einer Dokumentation mit der Überschrift »Pornografie und Gewalt in den Kommunikations-Medien: Eine pastorale Reaktion« verurteilte ein bischöflicher Rat die zunehmenden Darstellungen von Gewalt und Pornografie im Fernsehen.

In dem Papier heißt es: »Vernünftige Gesetze müssen dort erlassen werden, wo sie fehlen, schwache Gesetze müssen verstärkt und vorhandene Gesetze müssen vollstreckt werden.«

Der Bericht wies »falsche Argumente der Anhänger der Lehre der Willensfreiheit«, nach denen jeder »frei wählen kann«, was er will, scharf zurück. Das »Recht auf Freiheit besteht nicht in einem Leerraum«.

Auf einer Pressekonferenz in Rom, auf der das Papier vorgelegt wurde, führte der amerikanische Erzbischof John Foley, der Präsident der Kommission, die das Papier erstellt hat, aus, daß die Redefreiheit auch die Freiheit einschließt, derart schamloses Material zurückzuweisen, und daß zu den geeigneten Gegenmaßnahmen der Boykott von Sendern gehören sollte, die solches Material ausstrahlen.

»Es ist das Recht der Eltern, dies zu tun, und wenn sie fühlen, daß gewisse Dinge für ihre Kinder schädlich sind, dann ist es vielleicht sogar ihre Pflicht«, sagte Foley. □

Satanismus in Großbritannien entlarvt

Der Temple of Set des amerikanischen Oberstleutnants Michael Aquino hat 100 Mitglieder in Großbritannien, und sie ergehen sich wahrscheinlich in ritualem Sex und Kindesopferung, berichtet das Londoner Sonntagsblatt »News of the World«. »Set« ist einer der altägyptischen Begriffe für Satan oder Dionysos.

Aquino war Hausgast eines gewissen David Austen, des Führers des britischen Kapitels des Temple of Set, der, wie berichtet wird, zugibt, Zeuge des Ritualmordes an einem Kleinkind gewesen zu sein.

Zu den Mitgliedern zählt ein gewisser John Widger, ein hochstehender Beamter im Steueramt Ihrer Majestät, der zugibt, daß Satanisten »vor Altaren Andacht verrichten, in Orgien und ritualem Sex verwickelt sind. Sie fühlen das Bedürfnis, das Blut von frisch getöteten Hühnern zu trinken, bevor sie ihr Handwerk ausüben können.«

Er fuhr fort: »Ich fühle noch nicht den Drang nach solchen Dingen, ich bin noch ein Anfänger.«

Ein anderes Mitglied, das abstritt, sich in Sexorgien ergangen zu haben, kommentierte: »Ich war noch nicht in Sexorgien verwickelt, aber ich lebe in der Hoffnung.«

Ein weiteres Mitglied ist ein gewisser Julian Clark, Wärter im Londoner Pensionville Gefängnis. Auch Studenten und Geschäftsleute gehören dazu. Ein Mitglied ist Schauspielerin, und sie behauptet, sie habe ihre Einführung zur Hexerei in der Schule bekommen. Sie war in ihrem modernen Apartment unweit von Westminster Gastgeberin eines Mittagessens für Aquino und seiner Frau Lilith, einer »hohen Priesterin, als sie sich in London aufhielten«.

Als er in Großbritannien war, gestattete Aquino einem britischen Fernsehsender, die Aufnahme von David Austen in seinem Tempel zu filmen. Austen soll Homosexueller sein und hat »666« auf seinem Handgelenk tätowiert. □

Schweden distanziert sich von Kissingers China-Politik

Mitte Mai hielt Henry Kissinger vor Geschäftsleuten in Malmö eine Rede. Er riet seinen Zuhörern, daß sie angesichts der unstabilen Verhältnisse in der Sowjetunion lieber in der Volksrepublik China investieren sollten. Weniger als drei Wochen später begannen Deng Xiaoping und andere unter den guten Freunden von Henry Kissinger in der Führung der Volksrepublik China, ihre eigene Bevölkerung in Peking niederzumetzeln. Sie griffen zu Polizeistaat-Methoden, die das »Wahrheitsministerium« in Orwells Buch »1984« beschämen würden, hieß es dazu in der »Neue Zürcher Zeitung«.

Einige einflußreiche Leute in Schweden tun noch etwas mehr als sich schämen. Die konservative Tageszeitung »Svenska Dagbladet« ritt in einem Leitartikel eine harte Attacke gegen Kissinger. Angriffe auf Kissinger sind in Schweden sehr selten. Die Firma Kissinger Associates hat starke Bindungen zu mächtigen schwedischen Geschäftsinteressen; Per Gylenhammer von Volvo sowie die Spitzenfunktionäre in der schwedischen Sozialdemokratie gehören dazu.

»Svenska Dagbladet« schrieb, die Politik des US-Präsidenten George Bush und Kissingers gegenüber China sei »ohne Gefühl, und ihre Voraussetzung sei geheime Diplomatie und eine Fähigkeit, Außenpolitik von einem populären demokratischen Einfluß zu trennen«.

In dem Leitartikel wird Kissinger beschuldigt, 1972 mit dieser zynischen Politik begonnen zu haben – einer Politik, die auf der Doktrin beruht, daß »tote Opfer und Unterdrückung das weltweite Spiel lieber nicht stören sollten«.

Die schwedische Regierung verkündete darauf, daß sie einen Exportkredit in Höhe von 110 Millionen Dollar an China, der für ein Projekt der Fernmeldegesellschaft L. M. Ericsson bestimmt war, streichen will. Ericsson ist einer der derzeitigen Kunden von Kissinger Associates.

Die dänische Zeitung »Berlingske Tidende Weekend-Avisen« veröffentlichte einen Leitartikel ihres Chefredakteurs Toeger Seidenfaden. Er kritisierte jene, die zu sehr auf die Reform kommunistischer Systeme setzen und wies unter anderem auch auf die »enormen Probleme in den kommunistischen Gesellschaften hin, die durch Jahrzehnte eines ideologischen Irrtums hervorgerufen wurden«. Im Hinblick auf die derzeitige Endkrise des kommunistischen Systems hob er hervor, sei die Reaktion der westlichen Gesellschaften unzureichend, teilweise wegen einer »natürlichen Neigung zur Stabilität«, was zu einem »Zynismus in einer Situation führt, wo das Blutbad in Peking weltweit Abscheu und Verdammung hervorruft«.

»Sogar Henry Kissinger«, kommentierte Seidenfaden, wird von diesem Gedanken »an Stabilität in China – und in den anderen vom Tode bedrohten kommunistischen Systemen« beherrscht. »Gefährliche Erschütterungen stehen uns bevor«, warnte er und teilte seinen Lesern mit, daß »die Opfer in Peking weder bedeutungslos noch vergebens waren«. □

Die Rolle des Lord Rothschild

Henry Kissinger hat bedeutende Bindungen zu dem, was man die Parteiung des Lord Victor Rothschild der British Conservative Party nennen könnte. Obwohl Rothschild von seinen politischen und philosophischen Loyalitäten her ein alter Kämpfer der Labour Party zu sein scheint, wurde er 1971 hereingeholt, um einen neuen Central Policy Review Staff (CPRS) – Zentralstab für Politik –, einen von dem konservativen Premierminister Edward Heath ins Leben gerufenen besonderen Denk-Tank, zu leiten. Im Mai und Juni dieses Jahres war Heath der schärfste Gegner von Thatcher in der Frage »Europa 1992«.

Die Rothschild-Kissinger-Bindungen aus den frühen siebziger Jahren sind Gegenstand einer beträchtlichen Empfindlichkeit. Während es offensichtlich zu sein scheint, daß Rothschild als Leiter des CPRS mit Kissinger in Verbindung stand, gibt es andererseits Zweifel, warum Rothschild und Kissinger »unmöglich« so enge Vertraute sein können.

In dem 1988 erschienenen Buch »Inside the Think Tank«, die

Geschichte des CPRS, die von den Rothschild-Schützlingen Tessa Blackstone und William Plowden geschrieben wurde, steht etwas anderes. Es enthüllt, daß eine der ersten Handlungen Rothschilds, nachdem er im November 1970 zum Leiter des CPRS ernannt wurde, darin bestand, sich mit Kissinger zu beraten, der seinerzeit Berater für Nationale Sicherheit der USA war.

Rothschild war nämlich Kissingers halbamtliches Gegenstück in Großbritannien.

Rothschild ist eine einzigartige Erscheinung. Er vertritt den Schnittpunkt der Bankeninteressen, die höchsten Ebenen des Anglo-Sowjet-Trust, die höchsten Ebenen der britischen wissenschaftlichen Intelligenz, die Politik der britischen Erdöl-Multinationalen und die Kräfte hinter der »Umweltschutzbewegung«.

Die frühen siebziger Jahre waren entscheidende Jahre der Einführung einer für den Westen verhängnisvollen Politik durch das transatlantische liberale Establishment, und es ist sicher, daß die Achse Kissinger-Rothschild bei der Ausarbeitung dieser verhängnisvollen Politik eine Schlüsselrolle gespielt hat. □

Chirac sieht keine Änderung in der sowjetischen Militärdoktrin

Jacques Chirac, ehemaliger französischer Premierminister, hob in einem Kommentar in der Pariser Tageszeitung »Le Monde« warnend hervor, daß Moskaus Perestroika das kriegsgewinnende Aussehen des sowjetischen Militärs nicht verändert habe.

Chirac, Vorsitzender der gaullistischen RPR, sagte, er schätze den scheinbaren Fortschritt in der Abrüstung von konventionellen Waffen und hoffe auch, daß Perestroika funktioniert, besonders beim Zugeständnis größerer Freiheiten an die osteuropäischen Völker. Er warnte jedoch davor, daß »dies keine Zeit für Euphorie ist. Das enorme Potential der sowjetischen militärischen Einschüchterung bleibt unangetastet und wird so schnell wie früher modernisiert. Trotz des Versprechens, daß ihre Waffenfabriken eines Tages Spielzeug herstellen werden, baut die Sowjetunion alle zwei Jahre ebensoviele Panzer und Geschütze wie die deutsche Bundeswehr und die französische Armee zusammen besitzen.«

Chirac weiter: »Ich zweifle nicht an Gorbatschows Ehrlichkeit und guten Absichten, aber ich stelle fest, daß kein kommunistisches Regime mit der Zeit in der Lage war, sich einer modernen Wirtschaft anzupassen oder mehr Demokratie durchzusetzen. Die tragischen Ereignisse in Peking haben das mit blutigen Lettern an die Wand geschrieben, nachdem durch die Unterdrückung in Georgien der Alarm ausgelöst worden war. In Moskau warten starke Kräfte auf die Gelegenheit, eine Rückkehr zur ›klassischen Totalherrschaft‹ zu erzwingen. Die Entscheidung, die Rolle der Armee in der Gesellschaft zu verkleinern, war eine der unmittelbaren Ursachen für Chruschtschows Sturz. Gorbatschows Position scheint gefestigter zu sein, aber die Krise des Sowjetsystems ist jetzt tiefer und wahrscheinlich langanhaltender als jemals.

Angesichts dieser Ungewißheit können wir uns nicht erlauben, eine mögliche Änderung der Sachlage, darunter eine Flucht nach vorn in ein ausländisches Abenteuer seitens der Sowjetunion rundweg auszuschließen, falls das Sowjetreich von einem Zusammenbruch oder einem Auseinanderfallen bedroht werden sollte.« □

Gorbatschow meint, USA und Moskau seien Partner

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sagte dem US-Admiral William Crowe, dem Vorsitzenden der US-Joint Chiefs of Staff (vereinigter Generalstab), daß »wir uns von dem Begriff Feind zum Begriff Partner bewegen«. »Um das genauer auszudrükken«, sagte Gorbatschow, »nach den Plänen der Joint Chiefs of Staff werden wir immer noch als Gegner angesehen. Aber der Fortschritt scheint sich nach neuen Richtlinien zu bewegen, und das ist sehr wichtig.«

Gorbatschow nahm auch die Gelegenheit seines Treffens mit Crowe und dem US-Botschafter Jack Matlock wahr, um ungenannte amerikanische Persönlichkeiten zu beschuldigen, »Rückfälle des kalten Krieges« zu sein. Er sagte, einige Leute in den Vereinigten Staaten seien immer noch für »nukleare Einschüchterung«, eine Haltung, die er einen »Kater aus der Vergangenheit« nannte.

Crowe lehnt es ab, zu Gorbatschows Erklärungen bezüglich »Partnerschaft« Stellung zu nehmen, aus dem Beweggrund heraus, daß er »sich nicht mit seinem Staatschef anlegen« wolle. Er sagte jedoch, dieser Besuch habe ihn davon überzeugt, daß die »Sowjets den Amerikanern sehr ähnlich sind«. Er meinte, der »überwältigendste Eindruck«, den er auf dieser Reise gewonnen habe, sei ein Verständnis für die »ausbrennende« Einwirkung des Zweiten Weltkrieges auf die sowjetische Psyche.

»Diese Reise hat mir eine Vorstellung von den ungeheuren Opfern vermittelt, die die Sowjetunion bringen mußte«, stellte Crowe fest. □

Erzbischof von Kiew beschimpft ukrainische Kirche

Der Erzbischof Filaret aus Kiew beschuldigte die im Untergrund arbeitende ukrainische katholische Kirche, eine »politische Bewegung« und keine religiöse Körperschaft zu sein. Die Haltung der Russisch-Orthodoxen Kirche ihr gegenüber sei »unzweideutig ablehnend«.

Filaret, der Leiter der Russisch-Orthodoxen Kirche, gab seine Stellungnahme in einem Interview mit der in Kiew erscheinenden Regierungszeitung »Radianski Ukraina« ab. Als Reaktion auf die Spekulation, daß eine kurz bevorstehende Gesetzgebung zur Religion in der Sowjetunion der katholischen Kirche Legalität verleihen könnte, antwortete Filaret: »Ich kann mit Gewißheit sagen, daß sich die Diskussion hier nicht um die Wiederbelebung dreht. Es gibt keine Grundlage dafür . . . Die ukrainische katholische Kirche ist durch die Geschichte verdammt worden.« □

Magazin »Glasnost« liefert dem Westen Nachrichten

Sergei Grigoryants, der angesehene liberale Dissident und Herausgeber von »Glasnost«, der ersten Zeitschrift für den Test von Michail Gorbatschows Politik der »Offenheit«, gab auf einer Pressekonferenz in New York bekannt, daß er bald einen täglichen Nachrichtendienst herausbringen wird. Die Agentur wird sowjetische Nachrichten nach Westeuropa und in die Vereinigten Staaten übermitteln.

Grigoryants hat den Nachrichtendienst in einen Joint-ventures mit Freedom House, einer wohlbekannten Fassade für die politischen Tätigkeiten des CIA, aufgebaut. Leo Cherne, ein intimer Freund von Henry Kissinger, der vielleicht auf der höchsten Ebene stehende Maulwurf des amerikanischen Geheimdienstes, ist Ehrenvorsitzender von Freedom House, das früher das »Projekt Demokratie« betrieb, bevor es zum offiziellen Teil der Reagan-Bush-Regierung wurde. □



Michail Gorbatschow

Der neue Messias

Heinz Dierke

Der neue Messias der Welt, der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, hatte Mitte Juni die Bundesrepublik besucht – und der Großteil der Bevölkerung jubelte ihm zu, huldigte ihn, hatte Tränen der Freude in den Augen. Dabei war dieser Besuch die reinste Farce; nicht ein konkretes Ergebnis gibt es zu feiern. Ganz im Gegenteil: Wer den Besuch richtig beobachtete, konnte feststellen, mit welcher Brutalität der neue Kreml-Herrscher vorgeht, um sein Ziel zu erreichen, die Stärkung und gleichzeitige Erringung der Vormachtstellung der Sowjetunion. Er verfolgte dabei die Taktik von Zuckerbrot und Peitsche.

Die Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien und der Großteil der bundesdeutschen Journaille überschlugen sich vor Begeisterung über die „gemeinsame Erklärung" von Kohl und Gorbatschow. Diese fängt mit dem bedeutungsvollen und hohes geistiges Niveau beweisenden Satz an: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stimmen darin überein, daß die Menschheit an der Schwelle zum dritten Jahrtausend vor historischen Herausforderungen steht." Wahrlich ein Satz, wie ihn nur zwei bedeutende Staatsmänner als Einleitung wählen können!

Wenn es sein muß, Giftgas und Knüppel

Was steht aber ansonsten noch in dieser »Erklärung«. Zum ersten Mal, so heißt es, habe die UdSSR das „Selbstbestimmungsrecht aller Völker bekräftigt". Nehmen wir die Erklärung doch einmal beim Wort. Wo bleibt dann bitte das Selbstbestimmungsrecht Litauens, des Baltikums, der vielen anderen Völker in der Sowjetunion, die auf dieses Recht pochen?

Fordern dies aber die Bürger dieser frühen freien, im Lauf der Zeit von der Roten Armee einverleibten Staaten, dann schickt Gorbatschow Tausende Soldaten dorthin, läßt diese Bekundung des Willens zur Selbstbestimmung niederknüppeln. Wenn es sein muß, so wie in Tiflis geschehen, mit Giftgas.

Die »Privat-Depesche« schrieb dazu: »Dort waren Sondertruppen des sowjetischen Innenministeriums gegen georgische Demonstranten mit einem ganz schlimmen Giftgas vorgegangen, was verheerende Ausmaße hatte. 19 Tote, Tausende von Verletzten – 4000 Menschen brauchten ärztliche Hilfe, 540 von ihnen erlitten schwere Vergiftungen. Mit Lähmungserscheinungen, Organschäden und Wahnvorstellungen befinden sich zur Zeit immer noch 340 Menschen in den Krankenhäusern.

In Tiflis hatten die Menschen für ihre nationale Souveränität und für Menschenrechte demonstriert – ähnlich wie die Chinesen in Peking. Interessant: Die Führung der georgischen Sondereinheiten hatte ihren Einsatzbefehl direkt aus dem Moskauer Innenministerium erhalten, das in diesen Fällen stets erst Rücksprache mit der Staats- und Parteiführung nimmt.«

Bemerkenswert ist die öffentliche Reaktion im Westen: Während – zu Recht – die freie westliche Welt gegen das brutale Vorgehen der chinesischen KP-Führung gegen die Studenten protestiert, herrscht aber über das genauso schlimme Vorgehen der Sowjets in ihren Staaten – das sich lediglich in der Zahl der Toten von den Vorfällen in China unterscheidet – Stillschweigen. Schließlich darf nicht am Stuck des neuen Barockengels Gorbatschow gekratzt werden.

Rhetorische Frage: Was macht wohl Gorbatschow, wenn eines Tages Hunderttausende Sowjets auf dem Roten Platz demonstrieren und sich weigern, diesen freiwillig zu verlassen?

Die Wirklichkeit hinter schönen Worten

Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans? Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer hat erst kürzlich aufgedeckt, wie es nach dem »Abzug« der sowjetischen Truppen in dem Land wirklich aussieht. 10 000 sowjetische »Berater« sind nach wie vor zur Steuerung der »Verteidigung der Regierungstruppen gegen die Rebellen« in Afghanistan geblieben. Gleichzeitig sind dort die eigentlich atomaren Raketen des Typs SS 12 mit konventionellen Gefechtsköpfen versehen worden. Und zu guter Letzt verschanzt sich das moskautreue afghanische Regime in Kabul hinter einem Wall von etwa 1,5 Millionen Zivilpersonen. Das ist die Wirklichkeit, die auch schöne Worte über das »Selbstbestimmungsrecht aller Völker« nicht ändern.

Weiter heißt es in der »gemeinsamen Erklärung«, daß ein »gemeinsames europäisches Haus« aufgebaut werden soll und daß die »Verwirklichung der Menschenrechte . . . Bauelemente des Europas des Friedens und der Zusammenarbeit« sein müßten.

Auch hier bleibt doch die sowjetische Wirklichkeit hinter den schönen Worten zurück. Gerade in jüngster Zeit hat es wieder viele Verhaftungen von Sowjetbürgern gegeben, die nichts anderes taten, als sich für die Gewährung der elementarsten Grundrechte einzusetzen.

Zwar gab »Amnesty International« Mitte Juni kund, daß die Menschenrechte in der Sowjetunion heute stärker als noch vor einigen Jahren beachtet würden. Auch habe die Zahl der inhaftierten Regimegegner deutlich abgenommen, doch gebe es noch immer »sehr harte und schreckliche Fälle«.

Am deutlichsten zeigt aber Punkt III der »gemeinsamen Erklärung« auf, welcher Hohn diese doch ist. Dort steht wörtlich: »Beide Seiten verurteilen das Streben nach militärischer Überlegenheit. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein. Die Sicherheitspolitik und Streitkräfteplanung dürfen nur der Verminderung und Beseitigung der Kriegsgefahr und der Sicherung des Friedens mit weniger Waffen dienen. Das schließt ein Wettrüsten aus.«

Es werden immer mehr neue Panzer gebaut

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Anhand der nachfolgenden, in den vergangenen Wochen erst bekanntgewordenen Fakten kann sich jeder ein eindeutiges Bild von dem Schein und der Wirklichkeit des Michail Gorbatschow machen.

So meldete die »Privat-Depesche« unter Berufung auf westliche Geheimdienstkreise folgendes: »Seit Anfang dieses Jahres ist die Produktion der Panzer vom Typ T 72 und vom Typ T 80 erheblich gesteigert worden. Bleibt es bei der gegenwärtigen Produktionszahl, kämen die Sowjets 1989 auf 4200 neue Panzer, während sie im vergangenen Jahr nur 3500 bauten. Zum Vergleich: Der den beiden Typen ungefähr entsprechende amerikanische M-1 A1 wird in einer Stückzahl von 600 pro Jahr hergestellt.

Die Steigerung im Panzerbau entwertet natürlich die Aussage Gorbatschows, innerhalb von zwei Jahren 10 000 sowjetische Panzer auszumustern. Er könnte sie durch 9000 neue und feuertauglichere ersetzen.« Und es darf nicht vergessen werden, Panzer sind reine Offensiv-Waffen.

US-Verteidigungsminister Richard N. Perle wies nach dem Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik auf folgendes hin: »Die Deutschen haben über Gorbatschow ihren Verstand verloren. Sie sollten bedenken, nur ein Klimawechsel reicht nicht. Sehen denn die Deutschen die militärischen Realitäten nicht, die den kalten Krieg ausgelöst haben? Seit Gorbatschows Machtübernahme 1985 hat Moskau mehr Panzer- und

Artilleriewaffen produziert, als sich in den Arsenalen von Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik zusammengenommen befinden. 1988 übertraf die Panzerproduktion alle vorhergehenden Jahre. Zwischen dem, was Gorbatschow sagt, und dem, was wir sehen, gibt es einen großen Widerspruch, und der sollte allen Sorgen machen!«

Zuckerbrot und Peitsche als Politik

Der sowjetische Regierungschef Ryschkow gab Anfang Juni kund, daß die UdSSR in diesem Jahr umgerechnet mehr als elf Milliarden Mark in ein »militärisches Weltraumprogramm« investieren wird, das die »Gefechtseffektivität« um das Anderthalb- bis Zweifache erhöhen soll. Weitere 15,3 Milliarden Rubel (etwa 46 Milliarden DM) werden seinen Angaben zufolge im gleichen Zeitraum für Forschungs- und Versuchszwecke und damit für die Entwicklung neuer Waffen aufgewendet.

Dann fällt es natürlich nicht schwer, einige veraltete auszumustern. Und in der DDR wird derzeit mit sowjetischer Hilfe an neuen Giftgasen gearbeitet, obwohl die Sowjetunion lauthals verkündete, zukünftig auf diese Waffen verzichten zu wollen.

Und der neueste Streitkräftevergleich sieht nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums folgendermaßen aus (NATO : Warschauer Pakt):

Kampfpanzer 16 424 : 51 500, Schützenpanzer 4153 : 22 400, sonstige gepanzerte Fahrzeuge 35 351 : 71 500, Artillerie 14 458 : 43 400, Personal 2 213 593 : 3 090 000, Kampfflugzeuge 3977 : 8250, Nukleare Kräfte 88 Lance : 775 Frog und SS 21, Hubschrauber 2419 : 3700 und Rohrartillerie 1200 : 3800. Von einer Abrüstung der Überlegenheit des Ostens ist also nichts zu spüren. Selbst wenn »Gorbi« ein paar Panzer oder Raketen verschrottet, bleibt der Warschauer Pakt haushoch überlegen.

Und auch auf dem militärischen Gebiet wurde das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche angewandt. So begrüßte Gorbatschow zwar einige Beschlüsse der NATO, zeigte sich aber auch auf der anderen Seite enttäuscht darüber, daß beispielsweise die Militärausgaben weiter gesteigert und daß die veralteten westlichen Atomraketen modernisiert werden sollen; was in der UdSSR aber ständig geschieht. Dies könnte auch die Sowjetunion zu entsprechenden Schritten veranlassen.

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Juliy Kwizinskij, spricht immer von den angeblichen – in Wirklichkeit aber gar nicht vorhandenen – Vorleistungen der Roten Armee, wirft dem Westen weitere Aufrüstung vor – was in Wirklichkeit aber in der Sowjetunion geschieht – und droht damit, daß die Sowjets sich dies nicht gefallen lassen würden und gegebenenfalls neue Waffensysteme entwickeln müßten, um nicht in sicherheitspolitische Gefahr zu geraten.

Doch sollte auch folgendes große Beachtung finden: Kreml-Chef Gorbatschow hat sich eine entlarvende Blöße gegeben: Vor dem in Moskau tagenden Kongreß der Volksdeputierten setzte er mit aller Macht durch, daß der Kandidat des Politbüros der KPdSU – des obersten Entscheidungsorgans der Sowjetunion –, der 59 Jahre alte Lukjanow, zu seinem Stellvertreter im Obersten Sowjet gewählt wurde. Im Abstimmungsergebnis: 179 Nein-Stimmen, 137 Enthaltungen.

Zögern nimmt Gorbatschow übel

Hintergrund: Lukjanow ist ein »Mann für harte Sachen«. Er war an der Liquidierung der tschechoslowakischen Reformbewegung im »Prager Frühling« 1968 persönlich beteiligt. Ebenso an der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956. Indirekt ist Lukjanow für das Todesurteil und die Hinrichtung des ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy 1958 mitverantwortlich.

Beachten Sie: Russische Dissidenten sind entsetzt darüber, daß sich Gorbatschow gerade diesen »Liquidierungsspezialisten« zu seinem Stellvertreter ausgedungen hat.

Der Kernpunkt, das, was Gorbatschow wirklich will, steht aber direkt in Punkt I der »gemeinsamen Erklärung«: »Die Erkenntnisse moderner Wirtschaft, Wissenschaft und Technik bieten ungeahnte Möglichkeiten, die allen Menschen zugute kommen sollen. Risiken und Chancen, die sich hieraus ergeben, verlangen gemeinsame Antworten. Es ist daher wichtig, die Zusammenarbeit auf allen diesen Gebieten auszuweiten, Handelshemmnisse jeglicher Art weiter abzubauen, neue Formen des Zusammenwirkens zu suchen und zum beiderseitigen Vorteil dynamisch zu nutzen.«

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieb hierzu unter der Überschrift »Zögern nimmt Gorbatschow übel«: »Unbequem wurde aber Gorbatschow, wenn er über deutsche Manager und Unternehmer redete, die noch mit einem Engagement in der Sowjetunion zögern. Da gebe es Leute, so ist es Gorbatschow zu Ohren gekommen, die erst einmal abwarten wollten, bis in seinem Wirtschaftssystem der Öffnung alles eindeutig geregelt sei. Wer sich so verhalte, so der hohe Gast sinngemäß, falle unangenehm auf. Man werde genau beobachten, wer schon heute mitwirke und wer sich noch zurückhalte. Die im Saal versammelten Pioniere der ersten Gemeinschaftsunternehmen, das sind Fahrensleute nach seinem Herzen. Vorarbeit müsse man schon leisten, auch in einem gewissen Maß risikobereit sein, fordert Gorbatschow.«

Kredite versickern wie Wasser im Sand

Hat es jemals bei einem Staatsbesuch einen so kaltblütigen, kaum kaschierten Erpressungsversuch gegeben? Denn diese Äußerungen bedeuten doch im Klartext folgendes: »Entweder ihr investiert sofort oder ihr geht später leer aus.« Das Risiko soll aber der deutsche Unternehmer selber tragen, oder der Bund über die Hermes-Versicherung.

Dabei hat selbst Andrej Sacharow kürzlich in London gesagt, der Westen solle vorsichtig sein mit einer Öffnung zur Sowjetunion und auf einen »wirklichen Wandel« warten. Westliche Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion würde heute »wie Wasser im Sand versickern« und könne die notwendigen Reformen verhindern, sagte der Nobelpreisträger vor dem »Royal Institute of International Affairs«.

Besonders interessant sind dabei Vergleiche von Äußerungen Sacharows vor einem Jahr und heute. Mußte man vor zwölf Monaten noch fast denken, daß Sacharow sich für die Aufhebung der Verbannung nach Gorki an Gorbatschow verkaufte – so euphorisch klang er –, ist nun aber ein großer Wandel in seinen Reden und Statements zu erkennen.

Doch Gorbatschow braucht dringend westliche Wirtschaftshilfe, wenn er seine Politik erfolgreich fortsetzen will. Denn den Staatsapparat hat er im Griff. Dies bewies unter anderem auch die Tagung im sogenannten Volksdeputiertenkongreß, als Gorbatschow zum Teil in brutalen Tönen alle ernsthaften Versuche von Oppositionspolitikern, seine Macht auch nur etwas zu beschneiden, abwürgte und genau die Ergebnisse mit großer Mehrheit zustande kamen, die er auch wollte.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Laut »Rheinischer Post« kam es »bei der Bestätigung des neuen Generalstaatsanwaltes durch die Volksdeputierten zu Unstimmigkeiten. Während der Auszählung der Stimmen zur Bestätigung von Alexander Sucharew erklärte Gorbatschow unvermittelt, es seien vertrauliche Beratungen notwendig geworden. Er forderte erstmals Fernsehen und Presse auf, den Saal zu verlassen. Das Fernsehen beendete sofort die Direktübertragung.« Und so etwas nennt sich dann »Demokratisierung«!

Moskau rechnet mit einer Hungersnot

Was Gorbatschow aber nicht im Griff hat, ist die Wirtschaft. So sagte Boris Jelzin auf dem bereits erwähnten Volksdeputiertenkongreß, daß es dem Sowjetbürger heute schlechter gehe als vor vier Jahren zu Beginn von »Glasnost« und »Perestroika«. Viktor Belkin von der Akademie der Wissenschaften sagte in Moskau, die Lage der Wirtschaft sei schlimmer, als man sie sich je habe vorstellen können. »Manchmal frage ich mich, ob

Michail Gorbatschow

Der neue Messias

wir überhaupt über den Herbst kommen«, so Belkin.

Und der Direktor des renommierten Instituts der Wirtschaft und designierte stellvertretende Ministerpräsident Leonid Abalkin rechnet sogar mit einer »Destabilisierung der Gesellschaft« aufgrund der mannigfaltigen sowjetischen Wirtschaftsprobleme. Der Agrarwissenschaftler Wladimir Tichonow erklärte, man könne »in sehr naher Zukunft eine Hungersnot« erwarten, wenn nicht schnell eine Bodenreform umgesetzt werde, die den Bauern die Kontrolle über das Land gebe.

Und schließlich meinte Sacharow, in der UdSSR bestehe ein »katastrophaler Vertrauensverlust in die Führung«. Sie müsse nun handeln, um dem Volk grundlegende Freiheiten zu gewähren, wenn sie angesichts wachsender nationaler Unruhe eine Katastrophe wie in China vermeiden wolle. Die wirtschaftliche und soziale Struktur sei zusammengebrochen.

Zugegeben, Gorbatschow befindet sich in einem großen Dilemma. Er braucht das Vertrauen des Militärs, das in der UdSSR noch immer den gewichtigsten Machtfaktor darstellt. Und wie es Militärs auf der ganzen Welt eigen ist, sind diese meist als letzte bereit, eine Beschränkung ihrer Macht hinzunehmen. Zwar sollen die Rüstungsausgaben in den kommenden Jahren drastisch gekürzt werden, machen aber noch immer – inklusive der verschleierten Aufwendungen – etwa 300 Milliarden DM – eher sogar noch etwas mehr – aus. Und wie oben erwähnt, werden die Rüstungsausgaben in einigen Bereichen sogar erhöht.

Sowjets haben kein Vertrauen zu den Reformen

So ist Boris Jelzin zuzustimmen, der erklärte, Gorbatschow leide unter »Widersprüchlichkeiten, Unentschlossenheit, Halbmaßnahmen und einer Anfälligkeit für den Druck vom rechten Flügel«. Das Vertrauen der sowjetischen Bevölkerung in die Reformen nehme ab. Gorbatschow hätte sich bei seinen Reformen zunächst auf die Verbesserung der Lage der Bevölkerung auf Kosten beispielsweise der Verteidigung und Raumfahrt konzentrieren sollen.

Jelzin ist im übrigen der Politiker, der massiv vom Westen unterstützt werden müßte. Denn die Pläne, die dieser Politiker hat, sind genau die, die auch wirklich zu einer Befreiung des sowjetischen Volkes vom Joch des Kommunismus führen würden; doch leider ist dieser Politiker nur populär, ansonsten wird er von der herrschenden Klasse ausgeschaltet, seiner Ämter beraubt und wurde nur deshalb in den Obersten Sowjet gewählt, weil ein anderer Abgeordneter zu seinen Gunsten verzichtete. Warum wird dies im Westen eigentlich nicht skeptisch registriert?

Und eben dies wäre sehr wohl möglich gewesen – wenn Gorbatschow es denn wirklich gewollt hätte. Seit seiner Machtübernahme 1985 gab die UdSSR mindestens 1,5 Billionen DM (1500 Milliarden DM) für Rüstung aus. Zehn Prozent hätte Gorbatschow, nach Ansicht aus Geheimdienstkreisen, einsparen können, ohne ernsthafte Probleme mit dem Militär zu bekommen.

Auch stellt sich die Frage, wo denn die eingesparten Gelder aus den »einseitigen« Abrüstungen, die die Sowjetunion angeblich in den vergangenen Jahren getätigt haben will, geblieben sind? Selbst wenn man diese Summe nur mit fünf bis zehn Milliarden DM ansetzen würde, hätte dies aber zu einer wesentlichen Entlastung der Wirtschaftsprobleme oder zumindest nicht zu dieser drastischen Verschärfung führen müssen. Dies ist aber nachweislich nicht geschehen.

Des weiteren ist nicht bekannt, daß die UdSSR weniger Gelder für Terroristen, wie unter anderem die SWAPO, die Regimes in Kuba und Nicaragua, ausgegeben hat als früher. Und die Summe dieser Gelder liegt insgesamt auch bei mehreren Milliarden DM. Wie man sieht, hätte es für »Gorbi« bei einem ernsthaften Willen seinerseits genügend Möglichkeiten gegeben, die Wirtschaft zu stärken.

Der Westen wird eingeschläfert

Die Welt fällt aber zu einem Großteil auf seine schönen Reden herein. Wahrheiten, die jeder wußte, die aber von der sowjetischen Führung immer geleugnet werden, werden nun zugegeben, und die Welt jubelt. Regimegegner werden nun nicht mehr gefoltert, bekommen Rederecht und werden sogar in einen im Grunde vollkommen einflußlosen Volksdeputiertenkongreß gewählt, und die Welt jubelt. Ein paar schrottreife Waffen werden zusammen mit einem Bruchteil der modernen Waffen eingestampft – was die militärische Überlegenheit der UdSSR nur marginal schrumpfen läßt –, und die Welt jubelt.

Einer neuesten Umfrage zufolge sehen nur noch elf Prozent aller Deutschen eine Bedrohung durch die Sowjetunion!

Und genau das ist es, was Gorbatschow auch will. Der Westen soll eingeschläfert werden, soll Vertrauen in den sich angeblich von einem Grizzly zu einem Teddybären gewandelten Kommunismus sowjetischer Prägung bekommen – und hat dies auch bereits getan. Und da kommen ihm Wirtschaftsprobleme sogar recht.

Denn nun kann er sich, wie auch bereits geschehen, mit Unschuldsmine und voller Verzweiflung vor die Weltöffentlichkeit hinstellen und erklären, seine Reformen, die diese Welt doch schon in den wenigen Jahren seiner Amtszeit um so vieles sicherer gemacht hätten, drohen zu scheitern. Folge wäre eine neuerliche Verhärtung der Beziehungen und eine Stärkung des sowjetischen Militärapparates mit folgender Aufrüstung. Nun sei der Westen gefordert, der schließlich bisher am meisten von seinen Reformen profitiert habe.

Und Gorbatschows Plan geht auf. Manche Politiker reden sogar schon von der Notwendigkeit eines »Marshallplanes für die Sowjetunion«. Wirtschaftshilfe wird allerorten angekündigt und Kredite in Milliardenhöhe bereitgestellt. Westliche Unternehmen gründen Joint-ventures mit sowjetischen Staatsbetrieben – und geben ihnen damit kostenlos schwer erarbeitetes Knowhow.

Moskau braucht Unsummen an Krediten

Und der Hintergrund ist ganz einfach: Die Wirtschaft, und speziell die der Bundesrepublik, wittert Geld, Geld und nochmals Geld. Wie es schon im Musical »Cabaret« heißt: »Money makes the world go round.« Und schon werden alle Prinzipien hintenangestellt. Es wird nicht gefragt, was bringt uns das langfristig, droht vielleicht sogar eine Finnlandisierung Deutschlands, droht vielleicht sogar ein politischer Linksruck mit einer plötzlich auf den Prinzipien eines demokratischen Sozialismus – ein Widerspruch in sich – aufgebauten Regierung? Die Bilanz und damit das Portemonnaie muß stimmen. Der Götze Mammon, der ist das Ideal – und nicht die Freiheit.

Eine weitere taktische Variante Gorbatschows ist eben auch diese sogenannte »Demokratisierung« der Sowjetunion, die nach außen so toll aussieht, in Wirklichkeit aber vollkommen ungefährlich für die Nomenklatur ist. Denn diese soll nur die Tür zum Westen durch Abbau des Mißtrauens öffnen. Sie ist quasi das »Gorbatschowianische Pferd«.

Gorbatschow setzt darauf, daß der Westen mit Wirtschaftshilfe nicht warten wird, bis auch in der UdSSR das westliche Ideal von Freiheit verwirklicht ist – das sicherlich auch viele Fehler hat, den Zuständen in der UdSSR aber jederzeit vorzuziehen ist –, sondern schon eher Hilfsgüter in Form von Geldern, Lebensmitteln und Joint-ventures schickt.

Geschieht dies aber nicht, wird der Freiheitsdrang der sowjetischen Völker zu groß und artikuliert sich sogar in ähnlichen Größenordnungen wie in China, dann wird eben ein Schlußstrich gezogen, und das Militär stellt die alte Ordnung mit aller Brutalität wieder her. Und die Sowjetunion hätte dabei nichts verloren. Zwar würde dies das Ende

des wachsenden Vertrauens des Westens bedeuten, im Endeffekt aber nur den Status quo herstellen, den es bis Mitte der achtziger Jahre gab.

Für die herrschende Klasse in der UdSSR würde sich aber nichts ändern. Sie behält ihre Macht und ihren Lebensstandard. Dem einfachen Volk blieben letztendlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder Revolution oder weiterarbeiten, um damit wenigstens den leeren Magen etwas zu füllen. Und angesichts der anhaltenden, auch innenpolitisch gigantischen Militärmacht und der bekannten Brutalität der kommunistischen Herrscher bleibt für das Volk nur Möglichkeit Nummer zwei.

Keine Vorteile für Deutschland

Weiteres muß aber seitens der UdSSR nicht befürchtet werden. So hat das Beispiel China aufgezeigt, daß die Weltwirtschaft Sanktionen ablehnt und auch weiterhin Geschäfte in großem Stil mit Rotchina betreiben will. Und bei einer ähnlichen Entwicklung in der Sowjetunion wäre das gleiche zu erwarten. Also ist das Risiko für Gorbatschow gleich Null!

Und was hat Gorbatschow nun wirklich für Deutschland gebracht? So gut wie nichts! Sein Besuch brachte keinerlei konkrete Vorteile für Deutschland. Die Ergebnisse sind gleich Null!

Es gab zwar schöne Reden über eine mögliche Wiedervereinigung West- mit Mitteldeutschlands. Doch ist man in Wirklichkeit nicht einen Millimeter näher an dieses Ziel gerückt, denn den Reden folgten keine Taten. Gorbatschow betonte sogar immer ausdrücklich die Souveränität der DDR in dieser Frage, denn er kann sich sicher sein, daß dort nichts in dieser Richtung geschieht. Er ist aber aus der Schußlinie.

Die Sowjets haben die alten Ziele

Zwar dürfen verstärkt Deutsche aus der UdSSR nach der Bundesrepublik ausreisen. Aber neben einer Destabilisierung der bundesdeutschen innenpolitischen Verhältnisse durch die Aussiedler – die im übrigen von jedem volkstreu eingestellten Deutschen mit aller Herzlichkeit hier begrüßt werden müssen –, bringt dies aber für Gorbatschow auch andere Vorteile.

Denn der von Deutschen bewirtschaftete Boden bringt eine ungleich höhere Ernte ein als der von Sowjets bewirtschaftete. Diese fallen aber nun den Sowjets zu und mildern damit zumindest für einige Tausend ihre akuten Hungers- und Wirtschaftsnöte!

Das war es im großen und ganzen aber auch schon. Die sonstigen Verbesserungen sind gesamtpolitisch und vom Nutzen her für die Bundesrepublik als so marginal anzusehen, daß sie getrost vergessen werden können.

Die Demokratie ist für Moskau nur ein Werkzeug

»Der Bolschewismus ist nicht nur ein Glaube, er hat auch ein strategisches Konzept. Ein Kommunist tritt nicht nur für bestimmte Meinungen ein, sondern er ist auch ein eingeschworener Meister, diese Meinungen mit wohlüberlegten Methoden in die Praxis umzusetzen. Die Anatomie der Unzufriedenheit und des Umsturzes ist nach jeder Richtung hin und in jeder Phase durchdacht. Ein wirkliches Exerzierbuch für die Sabotage aller bestehenden Institutionen ist mit wissenschaftlicher Genauigkeit erstellt.

Kein Wort gegenüber Nichtkommunisten braucht eingehalten zu werden. Jeder Schritt guten Willens oder der Toleranz oder versöhnlicher Großzügigkeit seitens fremder Regierungen und Staatsmänner wird nur zu deren Sturz ausgenützt. Dann, wenn die Zeit reif ist und die Gelegenheit günstig, kommt jede Art tödlicher Gewalt – sei es Revolte, sei es individueller, politischer Mord – skrupellos zum Tragen. Die Zitadelle wird unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gestürmt. Ist aber einmal der Machtapparat in den Händen dieser Brüderschaft, dann wird alle Opposition bei Todesstrafe ausgelöscht. Demokratie ist nur das Werkzeug, das nach Gebrauch vernichtet wird.« □

Irangate

Ein Poker um Macht, Drogen und Waffen

Jonathan Richmond

Am 22. November 1963 wurde der amerikanische Präsident John F. Kennedy in Dallas von mehreren Heckenschützen ermordet. Sie handelten im Auftrag der »geheimen Regierung« der Vereinigten Staaten. Der Tod Kennedys und die Vertuschung der Namen derer, die seine Ermordung angeordnet und in die Wege geleitet hatten, ebneten den Weg für die Entstehung eines gesetzlosen, autoritären Polizeistaates, wie er sich heute unter dem Regime der geheimen Regierung in den USA herausbildet. Nach dem Mord an Kennedy haben sich eine ganze Reihe bekannter Persönlichkeiten dazu hergegeben, die Hintergründe des Attentats zu verschleiern. Earl Warren vom Obersten Gerichtshof der USA, der ehemalige Direktor des CIA in Langley, Allen Dulles, und der spätere amerikanische Präsident Gerald Ford deckten die offenkundige und unglaubliche Vertuschung, die unter Federführung der von Präsident Johnson eingesetzten Warren-Kommission stattfand.

Die Existenz einer illegalen, geheimen Regierung ist bereits weithin bekannt. Der demokratische Senator David Boren, Vorsitzender des Geheimdienstausschuses im US-Senat, hat diese Formulierung in mehreren Interviews benutzt, nachdem sein Ausschuß eine vorläufige Untersuchung des Iran-Contra-Skandals beendet hatte. Die »New York Times« bezeichnete die Verschwörung des CIA, des US-Marinekorps und des Nationalen Sicherheitsrates, die in den Notizbüchern von Oberstleutnant Oliver North »Projekt Demokratie« genannt worden war, in einem Leitartikel als eine »geheime Privatregierung«. Diese geheime Regierung wird in zunehmenden Maße als eine mächtige Kraft angesehen, die im Dunkeln arbeitet und für verdeckte Operationen, Attentate, Staatsstreiche, psychologische Kriegsführung, Waffen- und Drogenhandel in vielen Ländern der Welt verantwortlich ist.

Die Durchführung und Vertuschung der Iran-Contra-Operation weist viele Parallelen zur Verschleierung der Hintergründe des Attentats auf Kennedy auf. Der wahre Charakter der Iran-Contra-Politik wurde der Öffentlichkeit schon durch die Kommission vorenthalten, die US-Präsident Reagan einberufen hatte und die sich aus dem ehemaligen texanischen Senator John Tower, dem früheren amerikanischen Außenminister Edmund Muskie und dem einstigen Nationalen Sicherheitsberater Brent Scowcroft zusammensetzte.

Voraussetzung ist Mittäterschaft bei der Verschleierung

In ihrem abschließenden Bericht vom Februar 1987 ließ die Tower-Kommission die maßgebliche Rolle des damaligen Vizepräsidenten Bush und seines Stabes in der Iran-Contra-Operation völlig außer acht und bürdete die gesamte Verantwortung absurderweise dem Stabschef des Weißen Hauses, Ronald Regan, auf.

Es wird vermutet, daß Bush sich bei Tower für dessen Freund-

Irangate

Ein Poker um Macht, Drogen und Waffen

schaftsdienst bedanken wollte, als er ihn an die Spitze des US-Verteidigungsministeriums berief. Das Ergebnis der ausgedehnten Anhörungen vor dem Kongreß im Frühjahr 1989 ist bekannt.

Parallelen zum Kennedy-Mord

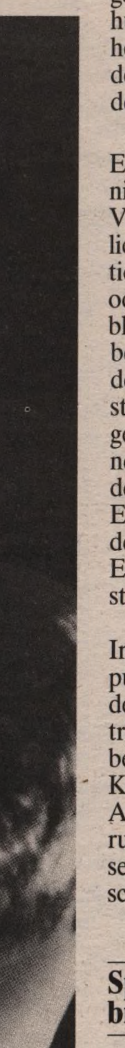
Nachdem Towers Ernennung zum US-Verteidigungsminister gescheitert war, setzte Bush Richard Cheney ins Pentagon – anscheinend ist die Mittäterschaft bei der Verschleierung des Iran-Contra-Skandals unerläßliche Eignungsvoraussetzung für diese Position.

Dann gibt es noch den Prozeß gegen Oliver North vor dem amerikanischen Bundesgericht in Columbia, ein mögliches Gerichtsverfahren gegen Admiral John Poindexter – Norths Vorgesetztem im Nationalen Sicherheitsrat – sowie den Waffenhändlern der geheimen Regierung und pensionierten General Richard Secord und den Waffenhändler Albert Hakim. In diesen Fällen ist der Ankläger nicht das amerikanische Justizministerium, sondern der unabhängige Sonderankläger Lawrence Walsh.

Während der Auseinandersetzungen zwischen Norths Verteidiger Brendan Sullivan und dem US-Justizministerium über den Umfang der vertraulichen und geheimen Akten, die der Verteidigung zur Verfügung stehen sollten, sorgte Justizminister Richard Thornburgh wiederholt dafür, daß der Umfang der Ermittlungen eingeschränkt und weitreichende Enthüllungen verhindert wurden, durch die Bush oder andere belastet worden wären. Trotzdem wurden dem Gericht Dokumente vorgelegt, die erneut beweisen, daß Bush direkt in illegale Machenschaften verwickelt war.

Die Regierung Reagan-Bush gewährte mehr als einem Dutzend Länder verstärkte Auslands- und Militärhilfe, die dann teilweise an die Contras in Nicaragua weitergeleitet wurden.

Auch die Beseitigung von Zeugen und Mittätern weist Parallelen auf, wie ein Schleier über die Hintermänner des Kennedy-Mordes gelegt wurde. Mehr als zwanzig Personen mit nachgewiesenen oder vermuteten Verbindungen zu den Iran-Contra-Operationen sind in den vergangenen Jahren umgekommen. Zahllose Personen mit Verbindungen zum Irangate sind unter den verschiedensten Anschuldigungen angeklagt worden. Zur Verschleierung des Iran-Contra-Skandals gehört schließlich, daß eine Reihe von Personen im Dienst der unsichtbaren Regierung, die entweder zum CIA oder zum »Projekt Demokratie« gehörten oder sonstwie als kompromittiert angesehen wurden, auf die eine oder andere Art und Weise ausgeschaltet wurden.



Der Tod des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy wurde im Autrag der »geheimen Regierung« herbeigeführt.

Nach dem Iran-Contra-Skandal hat die unsichtbare Regierung das Bush-Regime aufgebaut, das aller Voraussicht nach die kommende Umwandlung der USA von einem autoritären Polizeistaat zu einem totalitären Alptraum überwachen wird, wenn die gegenwärtigen Trends nicht radikal verändert werden. Damit wird wahrscheinlich ein weiteres Anwachsen der Rauschgiftplage einhergehen, verursacht durch die Aktivitäten der unsichtbaren Regierung und ihrer internationalen Verbündeten.

Das Gleichgewicht der Mächte

Überdies hat die in der Bush-Administration vorherrschende Kissinger-Doktrin des »Gleichgewichts der Mächte« die Gefahr regionaler Kriege im Nahen Osten und in anderen Krisenherden, die zu einem neuen, weltweiten Konflikt führen könnten, außerordentlich erhöht. Daran ändert auch die Friedenspropaganda nichts, die mit den Bemühungen der Nebenregierung einhergeht, eine Allianz zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion zu errichten.

Es wäre ein grobes Mißverständnis, die Nebenregierung in den Vereinigten Staaten ausschließlich oder überwiegend als ein nationales Phänomen zu sehen oder sich lediglich auf die Kritik bloßer »Rechtsverletzungen« zu beschränken. Die vorherrschende politische, wirtschaftliche und strategische Ausrichtung dieser geheimen Regierung ist zu einem entscheidenden Maß von den politischen Positionen der Elite in Großbritannien und anderen ehemals zum britischen Empire gehörenden Ländern bestimmt.

Im Mai 1982, auf dem Höhepunkt des Malwinen-Krieges, in dem die USA die Monroe-Doktrin brachen und Großbritannien beistanden, bekundete Henry Kissinger, der prominenteste Außenpolitiker der Nebenregierung, feierlich, daß er während seiner gesamten Karriere britischen Interessen gedient habe.

Spuren führen zur britischen Königsfamilie

Unterhalb dieser Ebene erwekken die verschiedenen Untersuchungen des Iran-Contra-Skandals den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten vor allem deshalb mit Israel zusammenarbeiten, um die iranfreundliche Politik der Kreise um General Sharon zu unterstützen. Wenn diese israelischen Verbindungen auch bestehen und eine wichtige Rolle spielen, so verdeckt doch die übermäßige Betonung dieser Beziehungen eine tiefere Wahrheit: Die »geopolitische« Zielsetzung hinter der Bewaffnung des Iran ist Teil einer britischen Strategie.

Hinter dem Sturz des Schahs und der Machtergreifung Khomeinis, wie sie von Carters in Kanada ausgebildetem Nationalem Sicherheitsberater Zbigniew

Brzezinski verfolgt wurde, stand eine Version des Konzepts, wie es im britischen Außenministerium unter der Bezeichnung »Bernard-Lewis-Plan« zirkulierte. Darin ist die Aufteilung und Balkanisierung der Region vom Nahen Osten bis Indien und Bangladesh vorgesehen. Gefördert wurde diese Iran-Politik von einer Gruppe im britischen Oberhaus um Lord Cayser, Lord Victor Rothschild, anderen Gefolgsleuten der Freimaurerei des Schottischen Ritus und dem Herzog von Kent.



Oliver North nannte die geheime Verschwörung des CIA, der US-Marine und des Nationalen Sicherheitsrates »Projekt Demokratie«.

Untersucht man, wer die Drahtzieher hinter den Israelis sind, die erwiesenermaßen in den Iran-Skandal verwickelt waren – wie der umgekommene Amiram Nir, David Kimche, Al Schwimmer und Yacov Nimrodi –, wird man mehr als einmal auf eine direkte Querverbindung zu den Oberen aus den Kreisen der britischen Königsfamilie stoßen.

Die gegenwärtige brutale Herrschaft der Nebenregierung in der amerikanischen Außen- und Innenpolitik wurde durch die Exekutivanweisungen 12333 und 12334, beide von Präsident Reagan am 4. Dezember 1981 unterzeichnet, ermöglicht. Diese beiden Anweisungen ermächtigen private Stellen und Organisationen zu umfassenden geheimen Tätigkeiten, die sich außerhalb des Gesetzes bewegen. Mit Hilfe dieser Anweisungen wurden zahlreiche Verbündete der Vereinigten Staaten, wie zum Beispiel Panama, illegal destabilisiert und die Regierung der Philippinen gestürzt.



Henry Kissinger, der ehemalige US-Außenminister und heute engste Berater des Rokkefeller-Clans, gehört zum »Großen Rat« der geheimen Regierung.

Gleichzeitig wurden ausländische Regierungen, darunter die sowjetische, britische und israelische, in die Lage versetzt, ganze Bereiche des politischen Entscheidungsprozesses in Washington zu kontrollieren.

Das weitestgehende Beispiel für die Auswüchse rechtsmißachtender, privater nachrichtendienstlicher Tätigkeiten unter den Direktiven 12333 und 12334 ist das sogenannte »Projekt Demokratie«, ein Begriff, der 1982 erstmals von Präsident Reagan in seiner Rede in der Londoner Guildhall benutzt wurde. Die Idee zu »Projekt Demokratie« geht auf ein Treffen der Trilateralen Kommission am 31. Mai 1975 in Tokio zurück, auf dem unter anderem die These von der »Unregierbarkeit der Demokratie«, die von Zbigniew Brzezinski, Samuel P. Huntington, Michel Crozier und Joji Watanuki stammte, erörtert und auch Jimmy Carter als nächster Präsident der USA ausgewählt wurde.

Im Herbst 1983 schuf der US-Kongreß per Gesetz die »Nationale Stiftung für Demokratie« (NED), eine private Stiftung, die aber durch öffentliche Mittel über das Außenministerium und die United States Information Agency finanziert wird. Seit 1987 arbeitet die NED als eine Art privater CIA; sie finanzierte bislang 250 politische Projekte, unter anderen zur Destabilisierung der Philippinen, Mexikos, Südkoreas, Panamas und Kolumbiens, und ist in das Waffen- und Rauschgiftgeschäft verwikkelt.

Die Netzwerke der »old boys« des CIA

Das Programm »Projekt Demokratie« hat nichts mit der Bewahrung der Demokratie zu tun, sondern zielt eher auf einen sowjetähnlichen Staat ab, der von internationalen Kartellen beherrscht würde. Kissinger und Walter Mondale gehören zusammen mit den Vorsitzenden der Republikanischen und Demokratischen Partei zu den Gründungsmitgliedern im Vorstand der NED. Der Vorstand der NED ist deshalb auch als »Großer Rat« einer geheimen Regierung bezeichnet worden.

Die Notizbücher, die bei Oliver North gefunden wurden, zeigen bis ins Detail ein Netzwerk für Geldwäsche, Rauschgift- und Waffenhandel sowie verdeckte Operationen auf, das North selbst als »Projekt Demokratie« bezeichnete. Dieses Projekt und die NED sind im wesentlichen identisch. Trotzdem weigerte sich der amerikanische Kongreß, von der Nebenregierung kontrolliert und von der allgegenwärtigen politischen Polizei des FBI unter Druck gesetzt, die Finanzierung des illegal operierenden »Projekts Demokratie« einzustellen.

Die Fußtruppen, Söldner, Abenteurer und Glücksritter, die Piloten, Waffenhändler, Handlanger und anderen Akteure auf der Bühne der Iran-Contra-Operation sind zumeist aus ehemaligen CIA-Leuten rekrutiert worden. Sie gehören zu den sogenannten »old boys«.

Das Netzwerk der »old boys« stellte den Apparat für verdeckte Operationen des CIA, wie zum Beispiel die Fluchttunnel-Operationen in Berlin während der frühen sechziger Jahre, Rauschgifthandel in Indochina während der sechziger und siebziger Jahre, Rauschgifthandel und Attentate in der Karibik, Waffen- und Rauschgifthandel in Nordafrika, Nahost und Iran während der letzten drei Jahrzehnte.



Der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan ließ das Netzwerk der »old boys« gewähren.

Irangate

Ein Poker um Macht, Drogen und Waffen

Eine der typischen Operationen dieser Netzwerke lief über Air America, eine CIA-eigene Fluggesellschaft, die in der Zeit des Vietnam-Krieges Rauschgift in Laos und im übrigen Indochina verschob.

Eine erstaunlich große Zahl von Piloten, die im Iran-Contra-Handel tätig waren, sind ehemalige Angestellte von Air America. Dieser Apparat ist auch intakt in Form der Southern Air Transport, einer weiteren Fluglinie des CIA, die Waffen an die Contras und Rauschgift der Contras zurück in die USA transportierte. Man kann die Contras am besten als eine weitere Ausprägung dieses mit Rauschgift handelnden CIA-Netzwerks der »old boys« charakterisieren.

Regierung Bush als Krisenmanagement

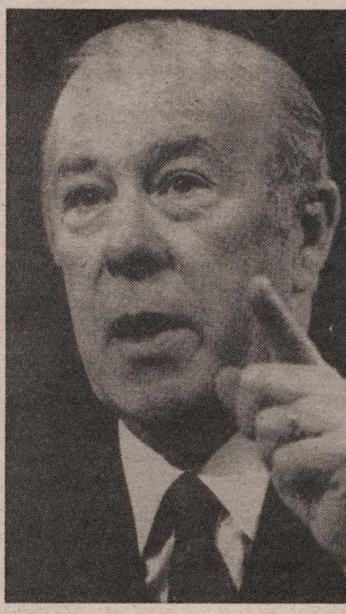
Die wichtigsten politischen Ziele, die »Projekt Demokratie« und die Nebenregierung verfolgen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Errichtung der Diktatur Khomeinis im Iran und die Auslösung des Krieges zwischen Iran und Irak. Dies waren die ersten Schritte zur Verwirklichung des Bernard-Lewis-Planes im gesamten Krisenbogen Naher Osten.

2. Waffen- und Rauschgifthandel mit den Contras. Entsprechende Beweise sind vom FBI und US-Justizministerium systematisch unterdrückt und dann von der Tower-Kommission und den Untersuchungen im amerikanischen Kongreß ignoriert worden.

3. Die Errichtung eines totalitären Regimes in den Vereinigten Staaten.

Die verstärkten Vorbereitungen für einen »schleichenden« oder »kalten Putsch« entsprechen auch dem allgemeinen Profil der Regierung Bush, die als »Krisenmanagement« bezeichnet wurde. Diese Administration besteht aus erfahrenen Regierungsbürokraten der Regierungen Nixon, Ford und Reagan, deren »Wille zur Macht« genau motiviert ist: Ihr Lebensziel ist die Ausübung der Macht um ihrer selbst willen und nicht aus dem Wunsch heraus, eine Mission oder Aufgabe zu erfüllen.

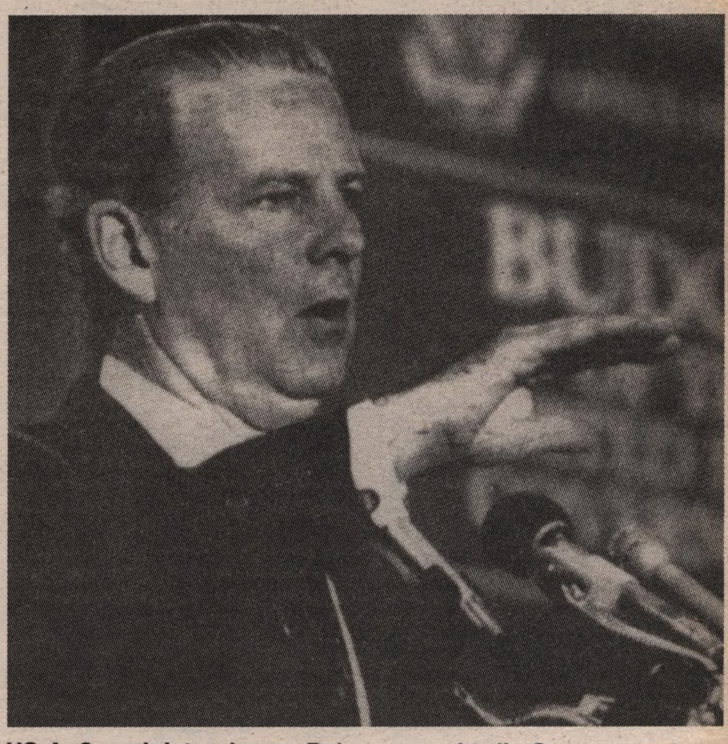


George Shultz, ehemaliger US-Außenminister, kannte alle Details des Netzwerks für Geldwäsche, Rauschgift- und Waffenhandel.

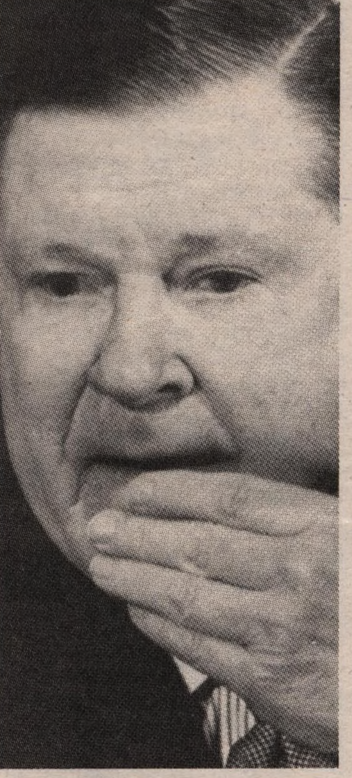
Während sie sich selbst als die fähigsten Regierungsexperten betrachten, die jemals zusammengebracht wurden, sind sie von einer Arroganz der Macht besessen, die sie nach außen vorsichtig und vornehm zurückzuhalten wissen. Sie sind entschlossen, die bankrotte Politik der letzten zwanzig Jahre ohne Abstrich fortzusetzen, und greifen dabei instinktiv auf bürokratische Strafmaßnahmen und repressive Polizeistaatsmethoden gegen alle jene zurück, die ihre Politik in Frage zu stellen wagen.

Da sie keine neue Ideen entwickeln können, bleiben sie in der politischen Wirklichkeit unbeweglich. Aus diesem Grund sind sie höchst empfänglich für Interventionen von außen, wie ihr Aufgreifen der Politik Kissingers und dessen britischer und sowjetischer Gesinnungsgenossen beweist.

Die Regierung Bush zeigt sich deshalb als eine Karikatur des Bonapartismus, eines Regimes also, das zum Einsatz der repressiven Macht von Polizei, Justiz und natürlich der allgegenwärtigen Nachrichtendienste tendiert, wenn die Ordnung des Systems durch die wirtschaftliche und strategische Politik des Regimes selbst untergraben wird.



US-Außenminister James Baker versucht die Spuren von Irangate zu verwischen.



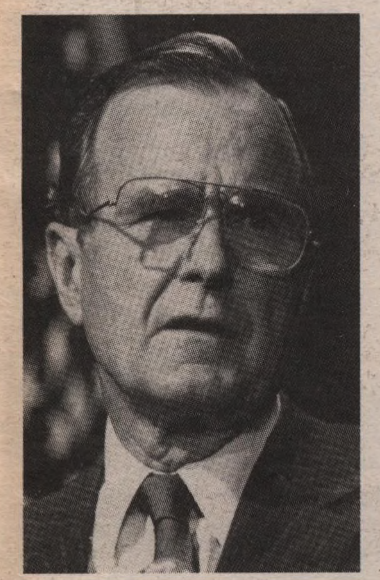
Senator John Tower wurde von Bush als Verteidigungsminister vorgeschlagen als Dank für dessen Freundschaftsdienste bei Irangate.

Öffentliche Proteste gegen Sparmaßnahmen, gegen den Zusammenbruch der sozialen Dienstleistungen in den USA oder gegen soziale Ungerechtigkeiten werden durch den Rückgriff auf Notstandsmaßnahmen zerschlagen. Ein wahrer Prozeßterror des amerikanischen Justizministeriums zielt auf schwarze und auch andere Politiker, Gewerkschaftler und deren Führung, osteuropäische, asiatische und andere antikommunistische ethnische Gruppierungen, kirchliche Führungspersönlichkeiten mit unabhängiger finanzieller und organisatorischer Basis und Farmer, die unter der Austerität der Nahrungsmittelkartelle leiden.

Die Familien, die heute regieren

Ronald Reagan arbeitete zwar kurzfristig einmal als Informant für das FBI, aber George Walker Bush ist der erste amerikanische Präsident, der offiziell als Beamter und dann als Direktor des CIA tätig war. Genauer besehen wird die Regierung Bush

von bestimmten Patrizierfamilien des anglophilen, liberalen Ostküsten-Establishments getragen. Diese Familien haben in einem Zeitraum von mehr als drei Generationen eine Allianz zum gegenseitigen Nutzen geschlossen.



US-Präsident George Bush, ehemaliger Direktor des CIA, kann sich heute an die Iran-Contra-Operation nicht mehr erinnern.

Die Familie Bush ist eng mit der New Yorker Investmentbank Brown Brothers Harriman liiert. Mit Prescott Bush aus Connecticut, dem Vater des jetzigen Präsidenten, der 1952 in den Senat gewählt wurde, verfügte die Bank über wertvollen Einfluß im Finanzausschuß.

Brown Brothers Harriman ist die bekannteste amerikanische Investmentbank, die die Interessen des »anglo-sowjetischen Trusts« vertritt. Leitende Direktoren waren W. Averill Harriman, Roosevelts Botschafter bei Churchill und Stalin, und später der Mann hinter Harry Truman: David Bruce, der im Geheimdienst OSS, dessen Nachfolgeorganisation der CIA ist, und im amerikanischen Außenministerium arbeitete, und Robert Lovett, der die Mitglieder für Kennedys Kabinett auswählte.

Wie sein Vater besuchte George Bush die Yale-Universität und war Mitglied der exklusivsten Geheimgesellschaft der Universität »Skull and Bones« (auch Russel-Trust genannt). Skull und Bones – wörtlich: »Totenschädel und Knochen« – sucht jeweils zwölf Absolventen der Abschlußklassen aus. Eine Durchsicht der neueren Mitgliederlisten ergab, daß die Berufung zu dieser Geheimgesellschaft automatisch den Weg ebnete für zentrale Positionen im CIA und im amerikanischen Außenministerium. Mitglieder waren unter anderem William Buckley vom »National Review«, William Sloane Coffin, William Bundy und W. Averill Harriman.

Bush gehörte auch der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen Kommission an. Als George Bush sich anschickte, das Glück auf den texanischen Ölfeldern zu suchen, wurde das notwendige Startkapital von der Familie Meyer gestellt, zu deren Besitz auch Katharine Meyer-Grahams Zeitung »Washington Post« gehört.



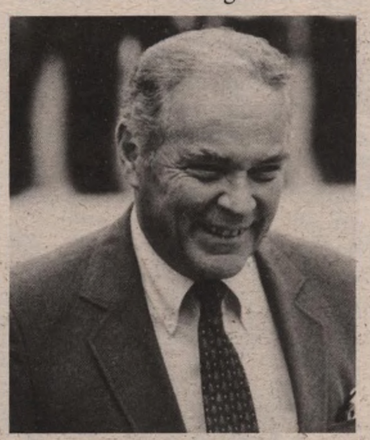
Zbigniew Brzezinski, ehemaliger US-Sicherheitsberater, setzte auf den islamischen Fundamentalismus als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Eine Zeitlang saß Bush im Vorstand der Eli Lilly Co., eines Pharmakonzerns, der in die Experimente des CIA mit halluzinogenen Drogen und der Kontrolle des Sozialverhaltens verwickelt war, die den Codenamen »Projekt MK-Ultra« trugen.

Die Schatten der Regierungsmitglieder

Die Anwaltskanzlei Baker und Botts in Texas vertrat die Interessen des Eisenbahnunternehmens von E. H. Harriman, dem Vater Averill Harrimans. James Baker III., der Sohn des einen Partners der Firma, war unter Präsident Reagan Stabschef des Weißen Hauses und Finanzminister und ist heute unter Präsident Bush amerikanischer Außenminister.

Clayland Boyden Gray war während George Bushs Amtszeit als amerikanischer Vizepräsident acht Jahre lang dessen persönlicher Anwalt. Jetzt ist er der Rechtsberater im Weißen Haus, der die Antworten formuliert, die Präsident Bush abliest, wenn er zu seiner Rolle in der Iran-Contra-Affäre befragt wird.



Alexander Haig, damals Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte, verhinderte einen Putsch des Militärs gegen Khomeini.

Boydens Vater Gordon Gray war der erste Staatssekretär für die Streitkräfte, der von Präsident Truman im Rahmen des »Nationalen Sicherheitsgesetzes« von 1947 ernannt wurde. Er führte 1951 bis 1952 verdeckte Operationen durch und leitete unter Eisenhower von 1958 bis 1961 den Nationalen Sicherheitsrat der USA. Von 1961 bis 1977 saß Gordon Gray im »außenpolitischen Beraterstab« des Präsidenten, einem Gremium einflußreicher privater Persönlichkeiten, die das Weiße Haus beraten. Gegenwärtig übt Henry Kissinger über dieses Gremium direkten Einfluß auf den Präsidenten aus.

Gordons Vater war Direktor der Tabakfirma R. J. Reynolds, einem amerikanischen Zweig des britisch beherrschten Welttabakkartells. Der Einfluß der Familie Gray wurzelt vor allem in dem vom Tabakanbau dominierten North Carolina; dort gilt die Familie als Gönner von Senator Jesse Helms, der ein wichtiger Vertreter der Tabakindustrie-Lobby im amerikanischen Kongreß und führender Republikaner im Landwirtschaftsausschuß des Senats ist.

Der 45jährige C. Boyden Gray, der Harvard 1964 absolviert hatte, geriet kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Bush und seiner Ernennung zum Ethik-Berater des Weißen Hauses ins Rampenlicht, weil er versäumt hatte, seine Beteiligung an der familieneigenen Firma Summit Communications entsprechend den Ethik-Vorschriften des Weißen Hauses, über deren Einhaltung er selbst zu wachen hat, einer Vermögensverwaltung zu übergeben. Um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, sorgte Gray dafür, daß bekannt wurde, daß Außenminister James Baker während seiner gesamten früheren Amtszeit als Finanzminister Aktien der Chemical Bank im Wert von Hunderttausenden und vielleicht sogar Millionen Dollar gehalten hatte.

Gray fiel mehrmals auf, als er Aktenaufzeichnungen über die Verwicklung Bushs und dessen Stab in die Iran-Contra-Affäre verfälschte. Gray bekannte sich öffentlich zu der Unterdrückung von Notizen von Bushs Referent Craig Fuller, wobei es um ein Treffen Bushs mit Amiram Nir am 29. Juli 1986 in Jerusalem ging.

Nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums wurden diese Notizen aus »diplomatischen« Gründen im Bericht des Boren-Ausschusses gelöscht. Im Dezember 1987 gab Gray zu, daß Bush »versehentlich« eine »unvollständige« Chronologie der Verhandlungen seines Büros mit den Contras vorgelegt habe.

Die Spuren führen immer wieder nach Irangate

Zu den unterdrückten Fakten zählen zwei Reisen von Bushs damaligem Sicherheitsberater Oberst Sam Watson nach Honduras, auf denen er die dortigen Stützpunkte der Contras besuchte. Im Mai 1988 gab Gray zu, daß auch die überarbeitete Chronologie von Bushs Aktivitäten mit keinem Wort auf ein Treffen in Oberst Watsons Büro am 25. Juni 1985 einging. An diesem Treffen hatten Felix Rodriguez – alias Max Gomez –,

Irangate

Ein Poker um Macht, Drogen und Waffen

General Secord und Oberst Robert Dutton, ein Assistent Oliver Norths, teilgenommen.

Rodriguez war der verantwortliche CIA-Beamte für die Unterstützung der Contras, dessen Telefonnummer in der über Nicaragua abgeschossenen Maschine von Hasenfus gefunden wurde.

Der Urgroßvater des neuen amerikanischen Finanzministers war ein irischer Katholik, der sich in Zusammenarbeit mit den Familien Aldrich, Widener, Bryan, Payne und Whitney im Transportgewerbe ein Vermögen erarbeitete. Der Vater Nicholas Bradys war Mitglied von Vincent Astors privatem Nachrichtendienst »The Room«, und sein Onkel baute den amerikanischen Zweig des souveränen Militärordens von Malta auf. Dieser Orden diente in jüngerer Zeit den Wünschen J. Peter Graces, William Caseys und des verstorbenen Edward Benett Williams.

Dies ist die Familie der Präsidenten-Gattin Barbara Busch, deren Wurzeln angeblich bis zu Präsident Franklin Pierce zurückreichen. Ihr Vater, Marvin Pierce, arbeitete als Verleger und hatte leitende Positionen bei McCalls, Time-Life und Cowles inne.

Ihr Bruder Scott Pierce war von 1975 bis 1983 Direktor der Wall-Street-Maklerfirma E. F. Hutton, also in der Zeit, in der diese Firma von den Behörden bei Wechselreitereien ertappt wurde, die E. F. Hutton immerhin mehr als 250 Millionen Dollar einbrachten. Scott Pierce und die anderen Angestellten von E. F. Hutton entgingen der Strafverfolgung möglicherweise, weil John Walker, der Vetter George Bushs, eingriff. Walker war damals Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium und für die Vollstreckungsabteilung verantwortlich.

Die angeführten Fakten und selbst die der Öffentlichkeit bekannten Indizien sprechen dafür, daß der heutige amerikanische Präsident George Bush an jeder Phase der sogenannten Iran-Contra-Operationen aktiv beteiligt war.

Die Blutspur der Iran-Affäre

Die Verhaftung des saudiarabischen Geschäftsmannes Adnan Kashoggi könnte vielleicht mehr Licht in die politischen Verwicklungen der Iran-Contra-Affäre bringen und neue Fakten über die persönliche Verwicklung des amerikanischen Präsidenten Bush vor allem beim Geschäft »Waffen für die Contras« ans Tageslicht fördern.

Offiziell heißt es, daß Kashoggi im Rahmen der Ermittlungen der amerikanischen Regierung gegen Ferdinand Marcos verhaftet wurde und ihm eine 35jährige Gefängnisstrafe drohe. In Wirklichkeit ist es der Versuch, einen weiteren Schlüsselzeugen der Waffengeschäfte mit dem Iran zum Schweigen zu bringen. Inzwischen ist Kashoggi an die USA ausgeliefert worden. Nach kurzer Haft wurde er durch Hinterlegung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt; er mußte allerdings seinen Paß abgeben und darf den Bezirk New York nicht verlassen. Jedenfalls erklärte einer seiner engsten Partner und Schlüsselfiguren in der Iran-Affäre, Miles Copeland, gegenüber der Londoner »Times«: »Sollte er je in den Zeugenstand kommen, könnte er die US-Regierung in peinliche Verlegenheit bringen.«

Aber es ist nicht zu erwarten, daß es in diesem Fall soweit kommen wird, und Washington zieht bereits die Fäden, um zu verhindern, daß Kashoggi seine Sicht der Iran-Affäre zur Sprache bringt. Vielleicht war seine Verhaftung in Bern nur eine ernste Warnung, um ihm ins Gedächtnis zu rufen, daß man ihn in der Hand hat, falls er die Washingtoner Regierung jemals bedrohen sollte.

Kashoggi kann sich in der Tat glücklich schätzen, daß er noch am Leben ist. Die schmutzigen Waffengeschäfte mit dem Iran sind eines der blutigsten Kapitel in der Geschichte der westlichen Nachrichtendienste überhaupt. Geschäftsleute, Waffenhändler und Ministerpräsidenten mußten ihr Leben lassen, sobald sie den Geheimcharakter der Verschwörung, die in den letzten Jahren zu einem Multi-Milliarden-Geschäft anwuchs, zu bedrohen schienen.

Wir haben eine Liste von Opfern der Iran-Contra-Affäre zusammengestellt, die sicherlich unvollständig ist. Im Zusammenhang mit der Ermordung Kennedys läßt sich eine ähnliche Liste von Zeugen aufstellen, die beseitigt wurden, ohne daß ihre Mörder je ermittelt worden wären. In allen Fällen ist von »natürlichem Tod«, »Unfall« oder »Herzschlag« die Rede.

Keine Regierung hat es bis heute gewagt, öffentlich die Frage zu stellen, welch ein politischer, finanzieller und logistischer Apparat notwendig ist, um solche Aufgaben wirksam zu erfüllen – und es muß ihn geben. Die meisten Fälle kann man als »geräuschlose Morde« beschreiben; andere, wie der Mord an Olof Palme, haben Schlagzeilen gemacht; wieder andere haben viele Fragezeichen hinterlassen, wie etwa die unglaubwürdigen Umstände, unter denen Cyrus Hashemi im Juli 1986 plötzlich in London an »Leukämie« verstarb, oder der Absturz des Flugzeugs mit Amiram Nir an Bord im Dezember 1988. Keiner dieser Todesfälle ist je öffentlich geklärt worden. Die Verschwörung des Schweigens, erzwungen durch Mord und politische Erpressung durch Skandale, war erfolgreich.

Letztlich entspricht diese Situation einer Politik, die nicht erst 1985 in Gang kam, sondern bereits in den späten siebziger Jahren durch eine systematische Destabilisierung des Iran begann. Diese Politik wurde vom westlichen Establishment beim Guadeloupe-Gipfel im Januar 1979 festgeschrieben, als die Entscheidung fiel, daß der Schah den Iran zu verlassen habe.

Die Balkanisierung des Nahen Osten

Einen Monat später sandte General Alexander Haig, der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte, General Huyser nach Teheran, um einen Putsch des Militärs gegen Khomeini zu verhindern und führende Armeeoffiziere in Handschellen der Exekution durch Ruhollah Khomeinis Revolutions-Garden auszuliefern.

Warum? Der damalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski gab am 2. November 1979 dazu eine deutliche Erklärung ab: »Der islamische Fundamentalismus wird zum Bollwerk gegen den Kommunismus werden.«

Trotz der gewaltsamen Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979, trotz des vielfachen Mords an amerikanischen Soldaten und trotz systematischer Geiselnahmen war dies die Doktrin der amerikanischen Regierung unter Carter und Reagan, durch die die Stellung der Sowjetunion in dieser Region mehr gestärkt wurde, als Moskaus eigene Diplomatie es je hätte erreichen können.

Es ging darum, einen politischen Prozeß in Gang zu setzen, der Ende der siebziger Jahre als der sogenannte »Bernard-Lewis-Plan« entstanden war, benannt nach dem gleichnamigen Professor der Universität Princeton. Dieser Plan verfolgte die Balkanisierung des gesamten Nahostraums nach ethnischen und religiösen Gesichtspunkten. Schiiten würden gegen Sunniten und gemäßigte Moslems gegen fundamentalistische Gruppen aufstehen, separatistische Bewegungen und eigenständige regionale Gebilde wie Kurdistan und Balutschistan würden entstehen.

Ein Iran unter Khomeinis Herrschaft sollte diesen politischen Verfallsprozeß beschleunigen, der heute angesichts der drohenden Teilung des Libanon und des Bürgerkrieges in Afghanistan und möglicherweise demnächst in Pakistan nur allzu offensichtlich ist.

Mit dieser Veränderung der Landkarte im Nahen Osten – der radikalsten seit Ende des Ersten Weltkrieges und der Zerschlagung des Osmanischen Reiches – war nie beabsichtigt, die Sowjetunion einzudämmen. Man wäre höchstenfalls bereit, unter bestimmten Umständen auf lokaler Ebene Druck auf die Sowjets auszuüben. □

Die Sowjets wollen das Land halten

George Nicholas

Die Sowjetunion führt Versorgungsflüge rund um die Uhr »ebenso intensiv wie die Berliner Luftbrücke« durch, um Afghanistan im Griff zu halten, warnte die pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto. Ihr Bericht wurde von John Burns, dem ersten amerikanischen Journalisten, bestätigt, der in einer der sowjetischen Militärtransportmaschinen IL-76 mitfliegen durfte, die jetzt zwischen Taschkent, der Hauptstadt des sowjetischen Usbekistan, und Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, eine Luftbrücke bilden.

Seitdem die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich 1948 die Berliner Luftbrücke einrichteten, um die sowjetischen Besatzungskräfte davon abzuhalten, die ehemalige Reichshauptstadt des Deutschen Reiches zu schlucken, hat es so etwas wie den sowjetischen Güter-Pendelflugverkehr nach Afghanistan nicht mehr gegeben, erklärte Burns.

Die sowjetische Luftbrücke ist länger

»Einerseits ist diese sowjetische Luftbrücke länger«, meint Korvettenkapitän Jean-Pierre Villard, ein französischer Militärexperte des UN-Beauftragten Stevan Mistura, der die internationale Hilfe für das durch den Krieg verwüstete Afghanistan koordiniert.

»Die Entfernung zwischen Taschkent und Kabul beträgt 600 Luftmeilen. Und obwohl die Flugzeuge nicht ganz so häufig fliegen, tragen sie jedoch viel größere Lasten.«

Von Mitarbeitern der UN-Hilfsstelle, die jede Woche zwischen dem Hauptsitz der Weltorganisation in New York und Afghanistan hin- und herfliegen, erhielten wir genaue Daten, aus denen hervorgeht, daß etwa 45 IL-76-Transportmaschinen der sowjetischen Luftwaffe, jede davon mit einer Traglast von 50 Tonnen Militärnachschub und Lebensmittelrationen, in den letzten drei Monaten jeden Tag zwischen Taschkent und Kabul hin- und zurückgeflogen sind.

»Längs dieser rauhen Flugroute über die verschneiten Gipfel des Hindukusch stellen 45 bis 50 Flüge pro Tag eine außergewöhnliche Leistung dar«, sagte Villard. »Und die Sowjets scheinen entschlossen zu sein, die Luftbrücke aufrechtzuerhalten. Es ist eine strategische Maßnahme.«

Kabul erhält von Moskau volle Unterstützung

Das Ziel dieser sowjetischen Strategie ist es, so verlautet aus Kreisen des Washingtoner Geheimdienstes, die Moral und die Feuergeschwindigkeit der kommunistischen Truppen, die sich eingegraben haben, um Afghanistans größere Städte gegen die vordringenden Kolonnen der islamischen Freiheitskämpfer zu verteidigen, zu verbessern.

In einem Guerillakrieg gegen die sowjetische Besatzungsarmee, die 1979 in Afghanistan einfiel und sich schließlich auf eine Stärke von 145 000 Mann vergrößerte, haben die antikommunistischen Kämpfer, als Mudjahedin bekannt, den Eindringenden immer größere Verluste beigebracht. Um diese Verluste zu verringern gab der sowjetische Führer Michail Gorbatschow im vergangenen Jahr bekannt, daß er seine Armee aus Afghanistan abziehen würde.

Am 15. Februar 1989 befanden sich die letzten sowjetischen Panzerverbände auf dem Heimweg. Sie ließen schätzungsweise 15 000 Tote und den Gestank der Niederlage zurück.

»Wir alle glaubten zu wissen, was nun kommen würde, nämlich ein schneller Sieg für die Mudjahedin«, sagte Ivor Gooding, der häufig für den »Economist« und andere Londoner Blätter Erkundungsreisen nach Afghanistan unternimmt.

»Aber das geschah nicht. Das Kriegsglück änderte sich plötzlich.« Die Sowjets setzten in Kabul eine Marionettenregierung ein und übertrugen dieser die Verantwortung, mit einem Krieg fertig zu werden, der einen bösen Verlauf nahm. »Die Sowjets gaben ihren Speerträgern in Afghanistan volle diplomatische und logistische Unterstützung«, sagte Gooding.

Aus Washington kommen miserable Ratschläge

Der stellvertretende sowjetische Außenminister Yuli Worontsow, einer von Gorbatschows Haupt-Störungssucher, flog um den Erdball zu einer Reihe von Treffen mit Führungskräften der Welt, um eine »Einigung durch Verhandlung« in Afghanistan zu erreichen.

Worontsow, ein geschmeidiger Verhandler, stattete Zwischenbesuche in Saudi-Arabien – den ersten einer sowjetischen Führungspersönlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg – und anderen islamischen Ländern ab, von denen bekannt ist, daß sie die Mudjahedin unterstützen.

Die sowjetische Regierung richtete ein besonders lukratives Angebot an den Iran, der unter den afghanischen Moslem einen wesentlichen Einfluß ausübt, der sich auf Militär- und Handelshilfe bezieht, falls der Iran sich als Makler für eine »friedliche Lösung« in jener durch Zwistigkeiten zerrissenen Region zur Verfügung stellen würde.

Aber in Afghanistan bewegten sich die Sowjets nicht auf den Frieden, sondern auf eine Eskalation des Krieges zu. Sie flogen Zehntausende von Tonnen an Waffengerät ein, darunter zahlreiche Hubschrauber, Kanonenboote, Schnellfeuergeschütze und starke Raketen-Batterien vom Typ Scud B, zusammen mit kampferprobten Militärberatern und High-Tech-Fernmeldegerät.

Die Mudjahedin, die inzwischen die Vereinigten Staaten als ihren Hauptbeschützer betrachten, erhielten weit weniger Unterstützung als die Kommunisten.

»Was am schlimmsten ist, sie bekamen schlechtere Ratschläge«, sagte Villard. »Washington überredete die Rebellen, daß ihr nächster Schritt die Bildung einer antikommunistischen Regierung sein müsse, die in einer größeren Stadt irgendwo auf afghanischem Gebiet etabliert werden könnte, um den Guerilla-Legionen Substanz und Legitimität zu verleihen. Es funktionierte nicht.«

Es tobt ein erbarmungsloser Krieg

Erfahrene Beobachter wie Gooding stellen fest, daß dies bekanntlich auch in Nicaragua nicht funktioniert hat, wo Washingtoner Bürokraten schon vor Jahren versuchten, die gleiche Formel anzuwenden – und versagten.

»Die Mudjahedin wählten Jalalabad, eine große Provinzhauptstadt etwa 50 Meilen (80 km) westlich von Kabul gelegen, als Sitz ihrer Rebellenregierung aus und versuchten sie im vergangenen März einzunehmen«, berichtete Gooding. »Dies war keine gewöhnliche Guerillakriegsführung mehr.«

In den letzten drei Monaten ist der afghanische Bürgerkrieg festgefahren. »Bei den Vereinten Nationen höre ich den sowjetischen Sprecher fast jeden Tag beruhigend über Abrüstung und Weltfrieden reden«, stellte Villard, ein erfahrener Stratege, fest. »Aber wenn ich mit einem Hilfsauftrag nach Kabul fliege, dann sehe ich, wie auf beiden Seiten ein brutaler, erbarmungsloser Krieg geführt wird. Ich hoffe, daß dieser Kontrast nicht an den Washingtoner Politik-Experten, die Gorbatschows Friedensoffensive für bare Münze halten, vorbeigeht.« □

China

Der Verrat begann vor Jahrzehnten

Fred Blahut

Die Medien des Establishments – Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen – sind damit beschäftigt zu berichten, wie die kommunistischen Herrscher in Rotchina ihre Macht wieder festigen. Verfasser und Leser sind schockiert und entrüstet über die Vorgänge in China.

Welch einen Unterschied ein paar Monate ausmachen. Sind dies die gleichen Leute und Organisationen, die uns erzählten, wie »gemäßigt« die rotchinesische Regierung in den letzten Jahren geworden sei? Sind dies die gleichen chinesischen kommunistischen Führer, die in allen Medien des Establishments in Westeuropa und den Vereinigten Staaten als »aufgeklärt« und »nach vorne blickend« gerühmt wurden?

Die Waffenbrüder in den Medien

Hat sich der Liebling der Medien Teng Hsiao-ping tatsächlich über Nacht mit einem unerklärlichen Purzelbaum von einem klugen gütigen Wohltäter in einen üblen blutdürstigen Killer verwandelt? Könnten die kalten Krieger hinsichtlich der kommunistischen Diktatur die ganze Zeit im Recht gewesen sein? Würde das bedeuten, daß die Gelehrten der Linken und ihre Waffenbrüder in den Medien das Volk die ganzen Jahre hindurch belogen haben?

Dies sind die Fragen, die nach den Berichterstattungen in den Establishment-Medien auftauchen. Aber in all den eilig zusammengeschusterten, gedruckten oder gesendeten Rückblenden ist nirgendwo der wirkliche Grund zu finden, warum die Kommunisten in China überhaupt an die Macht gekommen sind.

Tschiang-Kai-schek, der erste demokratisch gewählte Präsident von China, wird immer noch als machthungriger, korrupter kleiner Kriegslord dargestellt. Die kriecherische Verehrung Mao-Tse-Tungs durch die Medien zur Zeit der kommunistischen Machtübernahme und in den Jahren danach wird in diesen Rückblicken geflissentlich übersehen.

Der Verlust Chinas an den Kommunismus kam keineswegs überraschend. Und er trat auch nicht zufällig ein.

Der ehemalige amerikanische Senator Barry Goldwater sagte, während seiner Amtszeit einer der leidenschaftlichsten Fürsprecher Chinas, vor dem Kongreß: »Angefangen in den dreißiger Jahren und durch den Zweiten Weltkrieg hindurch spiegelte unsere offizielle Haltung gegenüber den Fernen Osten die Denkweise des Institute for Pacific Relations (IPR) wider. Männer des IPR wurden in wichtige Positionen geschleust. Sie beherrschten die Abteilung für asiatische Angelegenheiten des US-Außenministeriums.



Die Medien des Establishments stellten Mao und seine kommunistischen Freunde als »Landreformer« der Öffentlichkeit vor.

IPR-Veröffentlichungen waren das gängige Lesematerial für die bewaffneten amerikanischen Streitkräfte, in den meisten Universitäten des Landes, und wurden in 1300 höheren Schulen verwendet. Das IPR stand hinter jeder Entscheidung, Hilfeleistungen an Tschiang-Kai-schek zu beschneiden, es sei denn, er würde sich mit den Kommunisten verbünden; und der Council on Foreign Relations (CFR) war die Dachorganisation des IPR.«

Auf dem Weg zur Weltherrschaft

Das IPR sollte später wieder auftauchen, vertreten durch eine sehr bedeutende Persönlichkeit.

Obwohl Wladimir Iljitsch Uljanow, der westlichen Welt als V. I. Lenin bekannt, glaubte, China würde die erste große Nation der Welt außerhalb der UdSSR sein, die von den Kommunisten auf ihrem Marsch zur Weltherrschaft erobert wird und die Vereinigten Staaten die letzte, und obwohl die Kommunisten schon 1920 in China mit ihrer Wühlarbeit begannen, machten sich die Ergebnisse ihrer Bemühungen erst 1926–27 bemerkbar.

Um diese Zeit herum waren Earl Browder, Michael Borodin und verschiedene andere Kommunisten bereits als Berater und Schützlinge von Dr. Sun Yat-sen oder von Frau Sun nach dem Tode ihres Ehemanns in die Kuomintang (chinesische »Nationalpartei«) eingedrungen.

Die Tagesordnung der Kommunisten in China wurde auch entscheidend von einem der führenden Leuchten der intellektuellen Linken, dem kürzlich verstorbenen Owen Lattimore, beeinflußt. In England erzogen (1915–19), ließ er sich anscheinend gleichzeitig vom Kommunismus betören – was seinerzeit unter der intellektuellen Elite auf beiden Seiten des Atlantiks nur allzu gewöhnlich war.

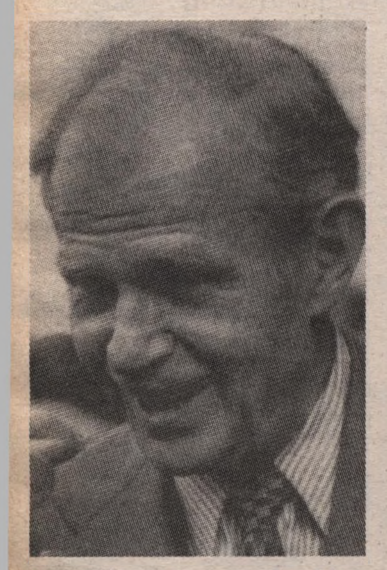
Die USA setzen auf die Roten

Lattimore betätigte sich in China in der Zeit von 1920 bis 1926 in Geschäften und »Zeitungsarbeit«, wobei er mit Browder und Borodin zusammenarbeitete, um Tschiang zu unterminieren.

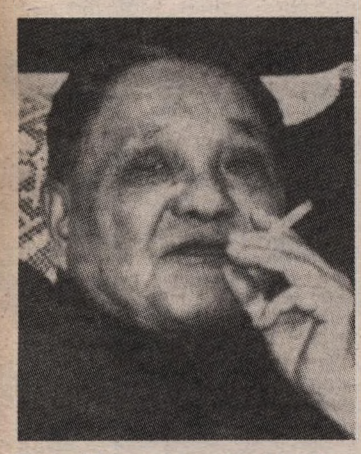
Von 1938 bis 1950 war er Direktor der Page School of International Relations in Johns Hopkins, anerkannt als führender

Formulierer der amerikanischen Politik in Asien. Von 1934 bis 1941 gab er die »Pacific Affairs«, ein Organ der IPR, heraus. Von 1941 bis 1942 diente er als Berater für Tschiang-Kai-schek, während dieser von den USA verraten wurde.

1950 wurde er von US-Senator Joe McCarthy beschuldigt, der oberste Spionageagent der So-



Alger Hiss nutzte seine Vertrauensposition bei US-Präsident Roosevelt, um den Roten zu helfen.



Teng Hsiao-ping, der Liebling der westlichen Medien, wurde von einem gütigen Wohltäter in einen Killer verwandelt.

wjetunion in den Vereinigten Staaten zu sein. 1952 wurde durch ein Bundes-Untersuchungsschwurgericht in sieben Fällen öffentliche Anklage wegen Meineids gegen ihn erhoben, weil er gelogen haben sollte, als er im gleichen Jahr vor einem internen Unterausschuß für Sicherheit erklärt habe, weder dem Kommunismus noch kommunistischen Interessen gedient zu haben.

Er wurde schließlich in allen Anklagepunkten freigesprochen, aber diejenigen, die mit der Untersuchung befaßt waren, behaupten weiterhin, er sei ein kommunistischer Agent gewesen, vielleicht kein bezahlter dann aber ein unbezahlter.

Lattimore, der als Autor und Gelehrter gehandelt wird, wurde am 1. Juni 1989 von der »Los Angeles Times« in einem Nachruf als berühmte Persönlichkeit hochstilisiert. Seine Verbindung mit der Übernahme des chinesischen Festlands durch die Roten wird darin mit keinem Wort erwähnt.

Browder ist den Amerikanern wohlbekannt als Kandidat der Kommunistischen Partei für die Präsidentschaft und Herausgeber des Organs dieser Partei, des

darunter die obenerwähnten Agenten, hinaus. Aber als er sich 1927 auf seinem berühmten »Nordfeldzug« befand, nahmen Borodin und Browder mit Unterstützung von Frau Sun die Mechanismen der Macht in der Hauptstadt Hankow in die Hand und versuchten, sich selbst als Zentralregierung zu konstituieren.

Stalins Mann heißt Mao

Tschiang kehrte um und warf den ganzen Haufen mit Waffengewalt hinaus. Browder und Borodin flohen beide in die UdSSR. Browder ging nach einem kurzen Aufenthalt in Moskau zurück nach Amerika. Borodin blieb dort und brachte die »Moscow News« heraus.



Tschiang (links) trifft sich mit Roosevelt und Churchill in Kairo am 22. November 1943 und muß erfahren, daß der Ausverkauf seines Landes bereits beschlossene Sache ist.

»Daily Worker«. Er kam wegen seiner antiamerikanischen Tätigkeit ins Gefängnis, wurde jedoch 1942 durch Roosevelt auf freien Fuß gesetzt.

Borodin ist außerhalb der Kreise des amerikanischen Außenministeriums oder der Presse weniger gut bekannt. Er war am besten als Funktionär Moskaus bekannt, der als Verbindungsmann zwischen dem sowjetischen Außenministerium und den amerikanischen Zeitungsleuten diente.

Als Tschiang nach Suns Tod in der Kuomintang die Macht ergriff, warf er die Kommunisten,

Tschiang wurde somit einer von nur zwei Männern, die den Spieß gegen die Kommunisten umdrehten und deren Taktik gegen sie anwendeten. Der andere war General Francisco Franco in Spanien. Natürlich wurden beide – und werden heute immer noch – in den Medien des Establishments verunglimpft.

Das zweite kommunistische Attentat auf China – das schließlich erfolgreich war – wurde 1929 durch Jossif Wissarionowitsch, eigentlich Dschugaschwili, im Westen als Josef Stalin, der »Mann aus Stahl« bekannt, in die Wege geleitet.

Stalin begann damit, daß er sich einen jungen chinesischen Intellektuellen namens Mao Tse-Tung zu seinem Agenten auswählte; indem er diesen Agenten einer Metamorphose (Gestaltswandel) äußerer Merkmale unterziehen ließ und Mao und seine Handvoll von Helfern unter Außerachtlassung der Großstädte in einer ländlichen Provinz Chinas einsetzte, um von dort aus den Kommunismus unter dem Tarnbegriff »Landwirtschaftsreform« zu fördern.

Stalin als größter Verbündeter der USA

So wurde Mao auch im Westen dargestellt und so pflegen die Medien des Establishments tatsächlich kommunistische und sonstige frischgebackene Diktatoren darzustellen. Die »New York Times« nannte Fidel Castro einen Landwirtschaftsreformer.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Tschiang gezwungen, an zwei Fronten zu kämpfen – gegen die Japaner und gegen die Streitkräfte Maos. »Aber halt«, werden Sie sagen, »kämpften die Kommunisten nicht gegen die Japaner?«

Das möchte das Establishment der Öffentlichkeit gerne weismachen. Schließlich war der größte Kommunist von allen, Stalin, Amerikas »guter Verbündeter«. Aber in Wirklichkeit kämpften die Kommunisten um die Herrschaft über China, ebenso wie die Japaner. Dies zwang Tschiang dazu, immer größere Teile seiner Streitkräfte gegen die Maoisten einzusetzen, so daß ihm immer weniger Soldaten zum Kampf gegen die Japaner verblieben.

Mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde Mao dem amerikanischen Volk als gleichwertig, wenn nicht besser als Tschiang für den Kampf gegen die Japaner präsentiert, obwohl die Vereinigten Staaten Tschiang immer noch offiziell als Führer Chinas anerkannten.

Mao wies seine Generale an, 30 Prozent ihrer Bemühungen dem Kampf gegen die Japaner und 70 Prozent dem Kampf gegen Tschiang zu widmen . . .

Der Verrat begann vor Jahrzehnten

Bis 1945 war Maos Armee auf über eine Million Mann gewachsen. 1937 hatten die Kommunisten Gebiete in Schensi mit einer Einwohnerschaft von insgesamt 500 000 oder rund ein Achtel der Bevölkerung Chinas in der Gewalt. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, beherrschten sie große Teile der bevölkerungsreichen Provinzen Hopei, Chahar, Jehol, Schensi, Schantung, Kiangsu und Ahnwei.

In Jalta wurde auch Chinas Schicksal entschieden

Aber mit der Kapitulation der Japaner gab es immer noch eine Chance, China von den Kommunisten zu retten. Der amerikanische Kongreß stimmte sogar für Lieferungen und Unterstützung für Tschiang, die der prowestliche Führer jedoch niemals erhielt. Aber Amerikas Regierung – das heißt die Regierung Franklin Roosevelt/Harry Truman – unternahm eine Reihe von Schritten, um Maos Erfolg zu sichern.

Der erste waren die Geschenke an Stalin in Jalta. Alger Hiss sorgte mit dafür, daß dem sowjetischen Diktator Porth Arthur, Dairen, die Kurilen und die Äußere Mongolei ausgeliefert wurden.

Gleichzeitig wurde Stalin dringend nahegelegt, in die Mandschurei einzufallen und diese zu besetzen.

Amerikas chinesischer Verbündeter, Tschiang Kai-schek, war in Jalta nicht anwesend und wurde nicht einmal zu Rate gezogen, als dieser Handel abgeschlossen wurde.

Angeblich wurde dieser Handel abgeschlossen, um die UdSSR dazu zu verleiten, in den Krieg gegen Japan einzutreten. Und Harry Truman soll gejubelt haben, als Stalin genau das tat.



Tschiang Kai-schek mit seiner Frau. Er war der erste demokratisch gewählte Präsident Chinas, aber die USA unterstützten die Kommunisten.

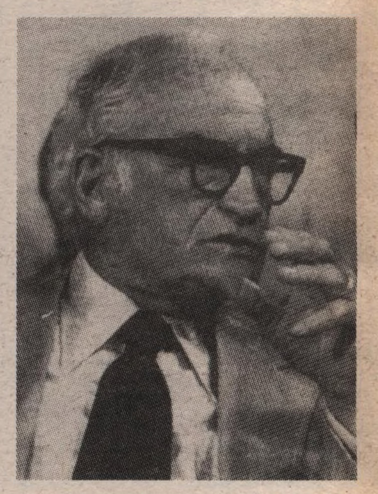
Aber die Sowjets traten erst sechs Tage vor der Kapitulation des japanischen Kaisers in den Krieg gegen Japan ein – genau zum rechten Zeitpunkt, um die Beute einzuheimsen. Es bestand für die UdSSR keine militärische Notwendigkeit, in den Krieg einzutreten.

Und während dieses Zeitraums fand jemand im amerikanischen Außenministerium einen Vorwand, um Stalins transsibirischen Streitkräften doppelt soviel Kriegsmaterial zu liefern, als Amerika Tschiang in den ganzen vier Jahren seines Kampfes als Verbündeter der USA zukommen ließ.

Die USA halten zu den Roten

Unter Verwendung von amerikanischen Waffen und Nachschub eroberte Stalins Armee die ganze Mandschurei, plünderte sie um Industrieausrüstung im Werte von annähernd zwei Milliarden Dollar aus und lieferte die Provinz dann als Operationsbasis an Mao aus.

Jetzt mußten die Vereinigten Staaten alle ihre Streitkräfte aus China abziehen, um Mao freie Hand zu lassen. Das geschah auch. Als nächsten Schritt mußte Tschiang vom amerikanischen Nachschub abgeschnitten werden. Und riesige Mengen an militärischem Gerät, das auf seinem Wege zu Tschiang schon bis Indien gekommen war, wurden nach dem Sieg über Japan vernichtet. General George C. Marshall verhängte ein zehnmonatiges Embargo sogar auf den Verkauf von Waffen und Ersatzteilen an National-China, und das alles zur gleichen Zeit als die Sowjets die ganzen ungeheuer großen japanischen Heeresre-



Der ehemalige amerikanische Senator Barry Goldwater war während seiner Amtszeit ein leidenschaftlicher Fürsprecher Chinas.



US-General George C. Marshall (Mitte) war Trumans Sonderbotschafter für China. Auch er sprach von den Kommunisten als »Landreformer«.

serven, die in der Mandschurei gelagert worden waren, an Mao auslieferten.

Dann wurden die Vereinigten Staaten dazu überredet, eine neutrale Stellung zu beziehen, anstatt Tschiang zu unterstützen. Letztendlich vertrieb Mao natürlich Tschiang vom chinesischen Festland auf die Insel Formosa, die jetzt als Taiwan bekannt ist.

In einem Artikel mit der Überschrift »What Americans Don't Know About Asia« (»Was die Amerikaner über Asien nicht wissen«) in der Zeitschrift »Life« vom 4. Juni 1951 schreibt der Gewinner des Pulitzer-Preises, James Michener:

»Um die Größe unseres Verlustes (von China) ermessen zu können, muß man Formosa besuchen. Diese Insel ist heute der helle Punkt von Asien. Die nationale Regierung, durch die Katastrophe auf dem Festland bis ins Mark erschüttert, ist durch die Züchtigung der Niederlage erstaunlich gereift.

Die Kommunisten sind überall

Sie hat ein aufgeklärtes Gemeinwesen errichtet. Nirgendwo in Asien wird das Nahrungsmittelproblem gerechter gehandhabt. Nirgendwo werden Justiz, die Sicherheit des einzelnen und das Eigentum – jene universalen Maßstäbe einer guten Regierung – so geachtet und abgesichert wie dort. Der Amerikaner kann dieses Land nicht besuchen, ohne von Wehmut erfüllt zu werden. Dies hätte das China von heute sein können.«

Die Briten haben auch ein kurzes Gedächtnis. Vor der Jahrhundertwende wird die Thatcher-Regierung Hongkong den Kommunisten ausliefern. Sie haben anscheinend vergessen, wie es 1949 war.

»Sie mußten am Eingang zu ihrem ehemaligen Imperium sitzend ihr bescheidenes Brot aus der Hand der Kommunisten essen«, schreibt Mary L. Knight in »Red Blight«. Ihre Investitionen von 1,2 Milliarden Dollar, der Schlüssel zu dem, was ihnen von ihrem Empire im Fernen Osten verblieb, standen auf dem Spiel. Unmittelbar nach der kommunistischen Machtübernahme schrieb ein britischer Korrespondent aus Hongkong:

»Die Stadt ist mit Flüchtlingen, Chinesen, Briten und Amerikanern überfüllt. Alles ist furchtbar teuer hier. Bevor man ein Zimmer mieten kann, muß man sage und schreibe 3000 Hongkong-Dollar als Anzahlung hinterlegen, und auch alles andere ist unwahrscheinlich teuer. Es ist schrecklich heiß, es gibt nur wenige Parks oder Plätze unter freiem Himmel, wo man sich niedersetzen kann, und fast nirgendwo kann man essen.

Die Kommunisten sind überall. Sie haben die meisten Buchläden geschlossen, abgesehen von denen, die von Kommunisten betrieben werden, und darin ist natürlich nichts zu haben außer Bücher und Zeitschriften über den Kommunismus. Sogar die englischen Geschäfte werden gezwungen, Parteiliteratur zu führen.

Es war unmöglich, einen Arzt zu bekommen, als meine Frau krank war, da die Kommunisten nur britischen Ärzten eine Lizenz zur Ausübung ihres Berufes erteilen, und diese sind so mit der Versorgung sowohl von Chinesen als auch von Ausländern überlastet, daß sie erschöpft sind.

Washington setzt wie immer auf die rote Karte

Bei einer derartigen Überfüllung sind, wie man sich vorstellen kann, viele krank. Ich wünschte, ich könnte meine Familie nach Hause schicken, aber das ist unmöglich. Es dauert viele Wochen oder Monate, bevor man eine Reservierung bekommt. Wir sitzen einfach in der Falle.«

John T. Flynn führt in seinem Buch »While You Slept« (»Als Sie schliefen«) aus: »Der einzige Unterschied zwischen dem Krieg (der UdSSR) gegen China und dessen Krieg gegen Korea bestand darin, daß wir die Südkoreaner mit Waffen und Nachschub versorgten, um den Kommunismus zu bekämpfen, während wir in China, so unglaublich das klingen mag, der chinesischen Regierung (Tschiang Kai-schek) sagten, das zu tun, was die Sowjets wollten, nämlich sich mit den Kommunisten zu vereinigen. Als Tschiang Kai-schek sich weigerte, dies zu tun, haben wir ihn entwaffnet.«

Die »New York Times« (22. April 1940) druckte eine Depesche aus China ab, aus der hervorging, daß sowjetische Lastkraftwagen-Fahrer in Sinkiang Landkarten von China, wie die Sowjets es planten, verteilt haben. Eine punktierte Linie deutete die vorgeschlagenen Grenzen zwischen Sibirien und China an. Auf sowjetischer Seite befand sich der größte Teil von Sinkiang, die ganze Mongolei und Teile der Inneren Mongolei.

Die Mandschurei gehörte nicht dazu, weil die UdSSR ein Bündnis mit Japan und die Mandschurei bereits als japanisches Besitztum anerkannt hatte.

Keine Hilfe für das Tschiang-Regime

Frederick Vanderbilt Field schrieb auf dem Schreibpapier des Institute for Pacific Relations einen scharfen Brief an die »Times«, in dem dieser Bericht als »ungeschickte Fälschung« gebrandmarkt wurde, und die kommunistische »New Masses« fügte ihre Verdammung hinzu. Die Geschichte machte beide zu Lügnern.

Ein Beobachter in Hongkong nannte Mao und seine Anhänger 1946 Kommunisten. General George Marshall sagte: »Machen Sie sich nicht lächerlich. Diese Burschen sind bloß altmodische Landwirtschaftsreformer.«

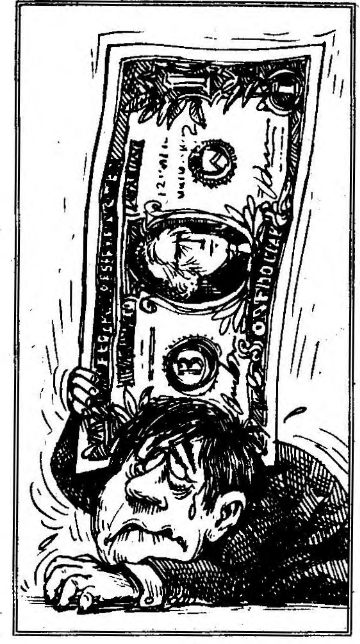
Es sei dahingestellt, ob der amerikanische General wirklich so dumm war. Das war die offizielle Haltung des US-Außenministeriums im Jahre 1946. General Albert C. Wedemeyer, Verfasser des berühmten »Wedemeyer Report«, wurde 1947 nach China entsandt, um die dortige Lage zu erkunden. In seinem Bericht an US-Präsident Harry Truman stellte er fest, daß, obwohl es in der Tschiang-Regierung Korruption gebe, die Kommunisten schlimmer seien, und gewisse strategische Luft- und Marinestützpunkte seien für die amerikanischen Interessen lebenswichtig. Er rief zu einer umfangreichen Hilfe für Tschiang auf. Aber die Truman-Regierung sorgte dafür, daß die Hilfe an Tschiang eingestellt wurde. Jedoch wegen der Proteste aus dem amerikanischen Kongreß, vor allem der Abgeordneten Walter Judd und John Vorys im Dezember 1947, wurden die chinesischen Streitkräfte Tschiangs in ein einstweiliges Hilfsgesetz zum Empfang von 18 Millionen Dollar an Hilfeleistungen einbezogen. Dann, Anfang 1948, sollte das Tschiang-Regime etwa 275 Millionen Dollar an Wirtschaftshilfe und 125 Millionen Dollar an Militärhilfe erhalten.

Amerika gibt den Roten freie Bahn

Man kann darüber streiten, ob Tschiang diese Hilfe jemals erhielt oder nicht. Aber selbst wenn sie angekommen ist, dann war das zu wenig und zu spät.

In einem vom US-Außenministerium am 5. August 1949 herausgegebenen Weißbuch behauptete Dean Acheson, daß das »unheilvolle Ergebnis« des chinesischen Bürgerkriegs durch »interne chinesische Kräfte« verursacht wurde und daher außerhalb des Einflusses der Amerikaner stand.

Die Vereinigten Staaten hätten keine Wahl gehabt, da sie keine »Intervention auf breiter Basis für eine Regierung, die das Vertrauen ihrer eigenen Truppen und ihres eigenen Volkes verloren hatte«, riskieren wollte. □



Kuba

Castro will Drogenhandel unterbinden

Martin Mann

Der kubanische kommunistische Diktator Fidel Castro, der von einer Flut von Schwierigkeiten überschwemmt wird, hat einen Privatbotschafter zum amerikanischen Präsidenten George Bush geschickt mit dem Angebot, »den illegalen Drogenhandel zu beenden«, wenn die Vereinigten Staaten das Embargo aufheben, das Kubas Wirtschaft seit Jahren lähmt.

Wie aus Geheimdienstkreisen in Florida und aus amerikanischen Regierungskreisen verlautet, hat eine geheime Kontaktaufnahme zwischen George Bush und Fidel Castro stattgefunden. Obwohl sich das Weiße Haus über Castros Vorschlag in Stillschweigen hüllt, werden Einzelheiten darüber durch amerikanische Geheimdienstagenten bekannt, die einen hochstehenden Überläufer des kubanischen Militärs verhörten, der in einem Kleinflugzeug von Kuba nach Florida geflohen ist.

Verhaftung altgedienter kubanischer Militärs

Er entfloh einer plötzlichen Säuberung, die mit der Verhaftung von altgedienten kubanischen Heerführern begann und sich schnell auf deren Untergebenen ausdehnte.

Im Zuge dieser Aktion wurde auch General Arnaldo Ochoa Sanchez eingesperrt, der höchstausgezeichnete Kampftruppenführer, der als Nationalheld angesehen wird, seitdem er in einer Reihe von weit auseinanderliegenden Unruheherden von Äthiopien und Angola bis Nicaragua Kommandeur der kubanischen Expeditionsstreitkräfte war.

Ochoa, der zum stellvertretenden Verteidigungsminister Kubas aufgerückt war und an der Spitze der kubanischen Militärführung stand, wurde im Juni ergriffen und wegen illigalen Drogenhandels angeklagt. Zwei Wochen später wurde er in einem dramatischen Schauprozeß vor einem »Ehrengericht« aus 47 höheren Kommandeuren degradiert und dazu verurteilt, sich wegen Verrats vor einem Kriegsgericht zu verantworten.

Aber obwohl Zollfahnder in Florida bestätigen, daß Kuba in den letzten Jahren zu einem häufig benutzten Umschlagplatz für Drogenschmuggler geworden ist, sagen Experten des Geheimdienstes, daß sie daran zweifeln, daß Ochoa die Schuld trägt – oder sogar, daß dies der wahre Grund für seine Verhaftung war.

»Castro hängt wirtschaftlich in den Seilen«, sagt Agustin Alles, ein kubanisch-amerikanischer Zeitungsmann, der Direktor von »WCMQ News«, des führenden Rundfunkzentrums spanischer Sprache in Miami, ist.

»Seine ›Revolution‹ liegt tot im Wasser. Seine Wirtschaftsfelle sind ihm davongeschwommen. Er mußte sich bislang mit Hilfeleistungen und Aufmunterungen aus der Sowjetunion über Wasser halten, aber jetzt läuft das auch aus. Die Kubaner haben lange in schwelender Unzufriedenheit gelebt, doch jetzt seiht sich Castro einem aufflackernden Widerstand gegenüber.«

Die Abneigung hat sich höchst gefährlich ausgebreitet, sagen Beobachter des Geheimdienstes, darunter kubanische Offiziere, die außer Landes geschickt wurden, um Seite an Seite mit und oft unter sowjetischen Kommandeuren zu dienen.

Auf Kollision mit Kremlboß Gorbatschow

»Seit den sechziger Jahren entsandte Castro seine besten Offiziere zur Ausbildung im Felddienst auf Kommandostellen«, erklärte Alles. »General Ochoa zum Beispiel stieg nach dem Durchlaufen einer Reihe von sowjetischen Schulen, darunter die berühmte Militärakademie Frunze, bis an die Spitze hoch. Und jetzt, wo Castro und Sowjet-Boß Gorbatschow auf politischen Kollisionskurs gegangen sind, stellen diese Männer ein Problem dar. Viele von ihnen steuern den sowjetischen Kurs und es gefällt ihnen, was Gorbatschow sagt. Castro aber haßt es.«

Zusammen mit Nordkoreas Kim Il Sung gilt der kubanische Diktator als einer der letzten überlebenden Stalinisten im Sowjetblock. »Er ist ein Kommunist des kalten Krieges, der öffentlich gegen die sogenannte Liberalisierungswelle opponiert – und sie privat fürchtet –, die die Sowjetunion und ihre europäischen Satelliten überflutet hat«, sagte Henry Gonzales, der vor seiner Pensionierung im Jahre 1987 länger als ein Jahrzehnt als Schreibtischoffizier für kubanische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium gedient hatte.

»Obwohl der Kommunismus in der ganzen Welt tot sein mag, Castro möchte ihn in Kuba am Leben erhalten. Das ist ein riskantes und kostspieliges Vorhaben.«

Washington soll Hilfe leisten

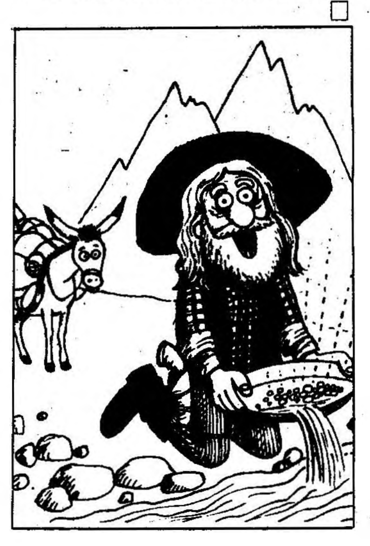
Castro versucht nun mit den Gefahren seiner Isolation fertig zu werden, indem er Ochoa und seine Verbündeten, die als Volkshelden für eine pro-sowjetische Abweichung von Castros hartem Kurs sind und die als Kommandeure des Militärs für seine Diktatur eine dreifache Gefahr darstellen, beseitigen läßt.

In der Erkenntnis, daß die Säuberung von Generalen zu weiteren Einschnitten in der von Gorbatschow gewährten Hilfe führen könnte, hat Castro einen kühnen Schritt unternommen: Er appellierte an Bush, ihm durch Sicherungsleistungen aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen, und bot ihm als Gegenleistung die einzige Sache an, die einen Drogenkrieg führenden amerikanischen Präsidenten zu interessieren scheint – ein Ende des illegalen Drogenhandels in der Karibik.

»Es ist nicht so wild, wie es aussieht. Jeder andere – diebische Banker, abgesägte tropische Politiker – bekommt seine ›Bailouts‹ von Bush. Warum nicht Castro?« kommentierte Alles. »Natürlich sind die meisten von uns, die aus Kuba kommen, gegen solch einen Handel. Aber unsere Ansichten haben in den letzten Jahren in Washington kaum ein offenes Ohr gefunden.«

Kenntnisreiche US-Regierungsbeamte teilen die Einschätzung. »Castro behauptet, daß die Säuberung unter seinen Generalen Teil einer Razzia auf Drogen ist«, bemerkte Patrick O'Brian, Chef der Zollvollstreckung in Florida.

»Aber unsere Radarvisiere zeigen uns, daß Kokainflüge durch Kuba im gleichen Rhythmus weitergehen – mindestens ein Dutzend pro Woche. Wenn er den wirklichen Leiter des illegalen Drogenhandels hinter Gittern sehen möchte, dann muß Castro sich schon selbst stellen.« □



Washington prüft Castros Angebot

Martin Mann

Die Regierung von US-Präsident George Bush hat die Öffentlichkeit bislang noch nicht von Fidel Castros Angebot unterrichtet, den Drogenschmuggel in der Karibik im Austausch für eine Beendigung des amerikanischen Handelsembargos gegen das kommunistische Regime in Kuba zu »beenden«.

Aber hinter den Kulissen der amerikanischen Regierung in Washington hat der Vorschlag unter den Beamten der Drogenbekämpfungsbehörde eine Diskussion ausgelöst, von denen viele dahingehend argumentieren, daß die Vereinigten Staaten die Beweismittel in ihren geheimen Akten verwenden sollten, um Castro als kriminellen »Drogen-Strolch« unter Anklage zu stellen, anstatt ein Abkommen mit ihm zu treffen.

Wenn nötig mit Kanonen- und Raketenfeuer

In einer durch einen Kurier im Weißen Haus zugestellten Geheimbotschaft gab Castro zu, daß das kolumbianische Kokainkartell mindestens sechs Tonnen Drogen über Kuba in die Vereinigten Staaten versandt hat.

Hohe kubanische Militärs waren in diese Verbrechen verwickelt. Einige von ihnen erhielten 1200 Dollar für jedes durch Kuba geleitete Kilogramm Kokain, teilte Castro nach Informationen aus amerikanischen Regierungskreisen mit, die mit den Einzelheiten seiner Botschaft an den US-Präsidenten vertraut sind.

Um die Dinge zu bereinigen, bot Castro wie berichtet an, den Schmuggelverkehr in der Karibik, »wenn nötig mit Kanonen- und Raketenfeuer« zu beenden. US-Zollfahnder sagten, sie seien von der Aussicht auf eine Razzia auf »Koks und Rauch« durch Castro »fasziniert«.

»Wenn die Kubaner mit scharfer Munition das Feuer auf Drogenschnellboote und Flugzeuge eröffnen, dann wird es im karibischen Schmuggelverkehr dramatische Veränderungen geben«, sagte der langjährige Zollfahnder Benito Alvarez. »Aber dies wird den Drogenhandel nicht beenden, es wird lediglich zu einer Neugliederung der Drogenkanäle kommen.

Wie üblich, verspricht Castro viel mehr, als er halten kann – oder zu halten beabsichtigt.«

Andere erfahrene Veteranen der amerikanischen Bundesdrogenfahndung stimmten mit dieser Ansicht überein. Mit fast einheitlicher Stimme warnten sie dagegen, »zuviel Vertrauen in das zu legen, was Castro sagt«, wie ein regionaler Koordinator der Drug Enforcement Administration (DEA) – Drogengesetz-Vollstreckungsbehörde – es ausdrückte.

Castro leitete selbst den Drogenschmuggel

»In den letzten Jahren hat sich Kuba in eine aktive Umschlagstelle für immer zahlreicher werdende Kokainsendungen aus Kolumbien entwickelt«, sagte Patrick O'Brian, Direktor der Drogengesetzvollstreckung für die US-Zollbehörden in Florida. »Diese Schmuggelsendungen sind zum Teil wegen der Unterstützung, die sie von den bewaffneten Streitkräften Kubas bekommen, nach USA durchgekommen. Es besteht keine Frage – wir haben sowohl menschliche wie elektronische Nachrichten, um dies zu beweisen –, daß Castro selbst diese Untergrundoperationen leitet.«

Nach der Ansicht von Experten, die seit langem Zugang zu den Akten der Drogengesetzvollstreckung haben, ist die Anklage der US-Regierung gegen Castro jetzt stark genug, um eine Strafanzeige wegen illegalen Drogenhandels gegen ihn zu erheben.

Zu den Beweismitteln gehören:

Die beiden Untersuchungsschwurgerichte, die im vergangenen Jahr in Miami und Tampa öffentliche Anklage gegen den panamesischen General Manuel Antonio Noriega erhoben und die auch eine Beweisaufnahme durchführten, die darauf schließen ließ, daß Castro in einige der gleichen Verbrechen stillschweigend verwickelt war. Das amerikanische Außenministerium schaltete sich jedoch ein und überredete das Justizministerium, den Fall Castro zu den Akten zu legen.

Vor einem Bundesrichter sagten Reinaldo Ruiz und sein Sohn Ruben, beide Kokain-Großhändler aus Miami, im März aus und berichteten darüber, wie sie ihre Drogen mit Unterstützung von kubanischen Beamten, die MIG-Jäger-Begleitflüge für hereinkommende kolumbianische Drogenflugzeuge und Marineeinheiten, ausgerüstet mit Langstrecken-Radargeräten, um die Schnellboote der Schmuggler nach Florida zu geleiten, organisierten.

Drogen flossen in die USA, dafür Waren nach Kuba

Ein Geheimagent der DEA, der mit dem kolumbianischen Kokainkartell zusammenarbeitete, gab den amerikanischen Behörden eine detaillierte Beschreibung der von den Drogen-Großhändlern, die ihre illegale Ware durch Kuba schleusten, benutzten Schmugglerrouten.

Castro und seine Spitzengehilfen »haben sich die ungesetzliche Mentalität von Schmugglern vor mehr als 20 Jahren angeeignet«, heißt es in einem Kommentarblatt, das diesem Agentenbericht beigefügt war.

Die emsigen Kanäle für Schmuggelwaren, die Florida und Kuba miteinander verbinden, reichen bis in die sechziger Jahre zurück, als sich das Castro-Regime dem Schmuggel zuwandte, um das lähmende US-Handelsembargo zu umgehen. In den achtziger Jahren wurde dieser versteckte Handelsverkehr zweiseitig, das heißt, Drogen sickerten durch Kuba in die Vereinigten Staaten und amerikanische Waren flossen über die Rückroute, heißt es in dem Memorandum des amerikanischen Justizministeriums.

Schon 1982 wurde durch ein Untersuchungsgeschworenengericht des Bundes gegen Admiral Aldo Santamaria, der damals als Oberkommandeur der kubanischen Marine diente, öffentliche Anklage erhoben, weil er dem kolumbianischen Kokainkartell »Beihilfe« geleistet haben soll.

Castro ist nur ein roter Noriega

Seit dieser Zeit, versichern Drogenfahnder im Außendienst, zeigt das wachsende Beweismaterial gegen Castro, daß er »nur ein roter Noriega« ist – das heißt nicht weniger ein illegaler Drogenhändler als Panamas widerlicher Diktator, wie sich ein Zollfahnder ausdrückte.

Der Konsensus unter den altgedienten amerikanischen Drogengesetzvollstreckungs-Experten – die Kampftruppen des sogenannten »Kriegs gegen die Drogen« – lautet dahingehend, daß Castro sich keine Abmachungen oder Sonderbehandlungen verdient hat.

»Castros Angebot scheint verlockend, aber am Ende wird er alle Lorbeeren ernten«, sagte ein Mitarbeiter der DEA, der seinen Dienstsitz in Miami hat. »Wenn wir seine Zusammenarbeit akzeptieren, verlieren wir die Chance, ihn als gewöhnlichen Verbrecher öffentlich anzuklagen – was der einzig wirksame Schlag wäre, der ihn von seinen schwankenden Verbündeten des Sowjetblocks trennen könnte.« □



Die Unwahrheiten der US-Presse

Alec de Montmorency

Es ist dunkles Kapitel in der Geschichte der »New Yorks Times« und der anderen großen Medien in den Vereinigten Staaten, die systematisch das amerikanische Volk im Jahr 1941 über bedeutsame politische Vorkommnisse falsch informiert haben. Wenn sie nicht sozusagen gelogen hätten, dann wären vielleicht Millionen Menschen vor dem Tod während des Zweiten Weltkrieges gerettet worden.

Die Grundlagen dieser Lügen war die Darstellung des sowjetischen Diktators Josef Stalin durch die »New York Times«. Diese amerikanische Zeitung machte aus dem sowjetischen Diktator einen Helden. Inzwischen sehen sogar die Kommunisten in Stalin einen der blutrünstigsten Gewaltherrscher, den die Welt jemals gekannt hat.

Alle Abhandlungen haben Lücken

Es gibt gelehrte Abhandlungen über den deutschen Feldzug gegen die Sowjetunion im Jahr 1941, die bis zur letzten Einzelheit dokumentiert sind, in denen Adolf Hitlers und Stalins Pläne und Strategien genau dargelegt werden. Aber sie haben alle eine große Lücke: Was genau ist geschehen, nachdem Hitler Stalin am 22. Juni 1941 angegriffen hatte? Was geschah an den darauffolgenden Tagen?

Stalin konnte die Kampfkraft der Roten Armee nur steigern, indem er vom »Vaterländischen Krieg« sprach und alte Zarentraditionen wieder erweckte.

Die Historiker des Establishments sind sich einig, indem sie in ihren Abhandlungen weit und breit die Strategie der verbrannten Erde und deren Ursprung im Kampf Alexander I. gegen Napoleon im Jahr 1812, mit den dahinterstehenden Philosophen, die bis zu Dschingis Khans Einfall in Europa im späten Mittelalter zurückgehen, beschreiben.

Aber die Lücke bleibt und taucht auch wieder in den neuesten Nachschlagewerken auf, die in der westlichen Welt veröffentlicht werden und zur Verwendung an Schulen und Universitäten zugelassen sind.

Wir wollen mit dem Anfang beginnen: Als am 25. Juni 1812 die Nachricht von Napoleons Einfall in das russische Reich eintraf, befand sich Alexander I. in einem Ballsaal in Zakret, dem Familiensitz des General Benningsen im Vorortgebiet von Wilna in Litauen. Er verließ die Festlichkeiten heimlich und schloß sich für den Rest des Abends mit Prinz Peter Wolkonsky und Admiral Schiskow, seinem Mentor, der später Präsident der Akademie der Wissenschaften war, ein.

Am nächsten Morgen sandte der Zar einen »Klich« (kaiserlichen Befehl) an Ataman Platow und die anderen Kosakenhäuptlinge, nach Norden zu reiten und Napoleons Nachschubverbindungen abzuschneiden. Es wurde gleichzeitig befohlen, sich niemals mit Napoleons Streitkräften in eine längere Schlacht einzulassen. Der Befehl lautete: Überraschungsschlag und dann verschwinden.

Er wandte sich dann an die hohe Synode der Orthodoxen Kirche in Moskau und teilte den versammelten Prälaten mit, daß er bis zum bitteren Ende kämpfen und solange keinen Pakt mit Napoleon schließen wolle, bis alle feindlichen Streitkräfte aus Rußland vertrieben worden seien.

Die Politik der verbrannten Erde

Marschall Barclay of Tolly, Nachkomme eines schottischen Edelmannes aus dem 17. Jahrhundert, des Laird (Lord) von Tolly, der während des Dreißigjährigen Krieges in die Dienste von Gustavus Adolphus (Gustaf II.) von Schweden getreten war, der 1812 Oberkommandierender der russischen Armee war, erhielt die Zustimmung zur Politik der »verbrannten Erde«, die er für den Fall eines Ansturms Napoleons vorgeschlagen hatte.

Die Gemeinden hörten, wie ihre Priester Napoleon als Antichristen verdammten. Platow und seine Kosaken kamen herbeigeritten, und das war das Ende von Napoleons Vorstoß nach Rußland hinein.



Josef Stalin, der blutrünstigste Gewaltherrscher, den die Welt jemals gekannt hat, wurde in den US-Medien als Held dargestellt.

Zwei Jahre später kampierten die Kosaken auf den Champs Elysées und führten ein neues Wort in die französische Sprache ein: »Bistro«, was auf russisch »schnell« heißt, was aber auf französisch als Bezeichnung für den Ort übernommen wurde, wo man an der Bar trinken kann. Vorher saß man in den französischen Kneipen an einem Tisch und wurde bedient.

Doch jetzt kam es immer wieder vor, daß ein Kosaken-Reiter hereinstürmte, eine kleine Silbermünze auf die Theke warf und sofort bedient werden mußte, weil seine Kameraden drau-

ßen warteten, bis sie an der Reihe waren.

Der »Große Vaterländische Krieg«

Stalin hatte den Präzedenzfall Napoleon aufmerksam studiert, als er Hitlers Angriff voraussah, besonders nach dem Zusammenbruch Frankreichs.

Er hatte zuviel Öl und Ölprodukte nach Deutschland geliefert, und Hitler verbrauchte nur einen geringen Teil davon bei seinen Luftangriffen auf England – dies ließen zumindest die in England während des Winters 1940–41 abgehörten Rundfunksendungen aus Moskau durchblicken, in denen den Briten gesagt wurde, daß sie mit weit größeren Einsätzen der Luftwaffe zu rechnen hätten – und das genau zu dem Zeitpunkt, als diese allmählich nachließen.



Die russischen Soldaten liefen in Scharen zu den Deutschen über. Sie wurden dann in eigenen Verbänden zusammengestellt.

Es gab scheinbar keine Ähnlichkeiten zwischen Stalin und Alexander. Der Zar war ein langbeiniger, athletischer Mann von heller Hautfarbe und mit einem statuenhaften Gesichtsausdruck. Stalin war körperlich gesehen das, was die Körper-Anthropologen einen Armenoid nennen. Er war kurzbeinig und behaart, mit einem kantigen Gesichtsausdruck und einer verkrüppelten rechten Hand.

Stalin wies jedoch eine Ähnlichkeit mit Napoleon auf; nicht gerade die Tatsache, daß beide kurzbeinig waren. Die Ähnlichkeit besteht darin, daß er ebenso wie Napoleon einen nervösen Magen hatte. Das hatte einen bestimmten Einfluß auf die Ereignisse nach der deutschen Invasion.

Als die Nachricht, daß Hitler auf dem Vormarsch war, in Moskau eintraf, hatte Stalin einen Nervenanfall mit ernsthaften Magen- und Darmbeschwerden, die ihn für über eine Woche außer Gefecht setzten. Als er wieder einsatzfähig war, schickte er sich an, die Taktik des Zaren anzuwenden und sie noch zu verbessern.

Während Alexander I. vor die Russisch-Orthodoxe Synode gegangen war, um diese über seine Absichten zu unterrichten, ließ sich Stalin bei dem Patriarchen von Moskau selbst und den Erzbischöfen von Nowgorod und Kiew aus und veranlaßte sie zu erklären, daß sein Feldzug gegen Hitler der »Große« Vaterländische Krieg sei, wobei er Alexanders Bezeichnung »Vaterländischer Krieg« noch übertraf.

Der Erfolg blieb hinter seinen Erwartungen zurück. Die meisten Russen ließen sich nicht von dem beeindrucken, was sie als opportunistische Clownereien betrachteten.

Die Deutschen wurden als Befreier empfangen

Zum einen sah dieses plötzliche religiöse Gehabe nach Jahrzehnten der Kirchenverfolgung und nach der Plünderung der Kirchen in der UdSSR und in den Ländern, die unter die sowjetische Herrschaft fielen, wie finstere Verdrehungen eines Heuchlers aus, die alles andere als lachhaft waren.

Und so erhielt der »Führer der Völker« als Antwort so etwas wie einen Verachtungsschnalzer.

Überall wurden die deutschen Streitkräfte als Befreier empfangen, und die Soldaten der Roten Armee liefen massenweise über. In der Tat liefen ganze Einheiten bei der ersten Gelegenheit zu den Deutschen über, ohne auch nur einen Schuß aus ihren Gewehren abgefeuert zu haben.

Aber das war für Stalins großen Verbündeten, Franklin Delano Roosevelt und dessen Mannschaft, zu viel, und deshalb erschien kein einziges Wort darüber in den großen metropolitanischen Zeitungen in den Vereinigten Staaten – oder ist jetzt in den Geschichtsbüchern und Abhandlungen über die Geschichte, die heute von den Universitäten und steuerfreien Stiftungen benutzt werden, zu lesen.

Der Grund dafür ist natürlich darin zu sehen, daß alle diese Institutionen von nicht gewählten Beamten gesteuert werden, die immer noch unter dem System des News Management (Beherrschung des Nachrichtenwesens) arbeiten, das in den USA seit den Tagen von Roosevelt besteht.

Aber wie funktioniert dieses System unter dem berühmten amerikanischen »Recht zu wissen«? Auf verschiedene Art und Weise.

Nachrichten werden aus den Zeitungen herausgehalten

Dies ist ein Weg, der eingeschlagen wurde, um unter dem stolzen Motto »Alle Nachrichten, die sich dazu eignen, abgedruckt zu werden«, die unliebsamen Nachrichten aus den Spalten der »New York Times« herauszuhalten.

George Axelsson, der 1941 Korrespondent der »New York Times« in Berlin war, erhielt die Genehmigung, selbst nachzuforschen. »Ax«, wie ihn seine Kollegen nannten, bevor er 1936 zur »New York Times« stieß, hatte an der Riviera gelebt, wo er von einer Freundin Russisch lernte. Und so mischte er sich unter Tausende von russischen Kriegsgefangenen, die auf einem großen Acker in Bialystok versammelt waren, und interviewte sie einen nach dem anderen.

Revisionismus

Die Unwahrheiten der US-Presse

Die Story, die er an die »New York Times« kabelte, war sensationell. Sie besagte, daß die Gefangenen die Gelegenheit, die sich ihnen durch den deutschen Angriff bot, benutzt hätten, überzulaufen und sich Stalins Feinden anzuschließen, um ihr »Rodina« (Vaterland) aus den Klauen der Bolschewisten zu befreien.

Es war ein Exklusiv-Bericht, der auf persönlichen Gesprächen mit den Hauptbeteiligten beruhte, und nicht nur die Depesche eines Korrespondenten, der, ohne auch nur ein Wort Russisch zu verstehen, lediglich eine Pressemitteilung weiterleitet, die aus Hitlers Hauptquartier an der Ostfront stammte.

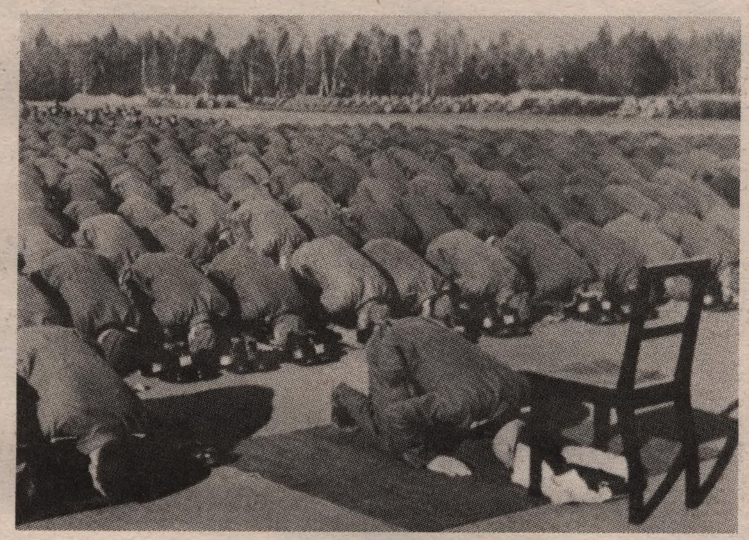
Nun, was geschah mit dem druckfrischen Bericht? Er wurde aufgespießt, und Ax wurde von der Hauptgeschäftstelle der Zeitung am Times Square in Manhattan angewiesen, daß er niemals wieder Gelder der »New York Times« verwenden dürfe, um für die Sowjetunion ungünstige Berichte zu senden. Und dem Telegramm wurde eine sanfte Erklärung beigefügt: Adolf Ochs, Eigentümer der »New York Times«, habe ein Herzleiden, und es könne ihm wehtun, über Hitlers Erfolge zu lesen.

Tendenziöse Berichte von der Ostfront

Ax erzählte dies dem Verfasser dieses Artikels, als er im Oktober 1944 nach Göteborg kam, um dort die »Grippsholm« anzutreffen. Es würde für den Zweck dieses Artikels zu weit führen, die Berichte von der Ostfront zu zitieren und zu analysieren, die seinerzeit in anderen großen Tageszeitungen der amerikanischen Großstädte erschienen, die es sich leisten konnten, einen Korrespondenten in Hitlers Hauptquartier an der Ostfront zu unterhalten.



Russische Wehrmachtsfreiwillige fordern Soldaten der Roten Armee zum Überlaufen auf.



Muselmanisches Turkmenenbataillon der SS bei der Gebetsübung.

Wenn man jedoch »Time magazine«, damals das führende Nachrichtenmagazin, durchblättert, dann sieht es so aus, daß den amerikanischen Leser, der sich für auswärtige Angelegenheiten interessierte, nur gesagt wurde, daß die Sowjets den Invasoren in ihr Mutterland grimmigen Widerstand leisteten.

Kein Wort über die jubelnden Volksmassen, die die deutschen Truppen als Befreier begrüßten – wie Bilder und Depeschen in der neutralen Presse Schwedens, der Schweiz, Spaniens und Portugals ihren Lesern gegenüber belegten.

Gab es irgendeinen Abgrund, einen mythologischen gähnenden Abgrund zwischen jenen Ländern und den Vereinigten Staaten?

Stalins nächster Schritt in der Nachahmung des Beispiels Alexander I. bestand darin, den Ausführenden der Strategie der »verbrannten Erde« auszuwählen. Es war ein aus der zaristischen Armee übernommener alter Offizier, ein gewisser General Schaposchnikow, der zum Feldmarschall befördert wurde und der die Geschichte von Barclay of Tolly und auch von Dschingis Khan studiert hatte.

Über 30 Millionen starben durch Stalin

Großstädte, Städte und Dörfer wurden pflichtschuldig verbrannt. Nicht nur wurden alle Häuser von der sich auf dem Rückzug befindlichen Roten Armee angezündet, sondern auch die Säcke mit Weizen und anderen Getreidearten, die die kollektivierten Bauern in ihren Kolchosen (Kollektiv-Bauernhöfe) und Sowchosen (größere »Staatsbauernhöfe«) gespeichert hatten.

Dorfbewohner, die versuchten, sich diesem Vorgehen zu widersetzen, wurden niedergemetzelt.

Lawrentij Pawlowitsch Berija wurde die Aufgabe übertragen, die Rote Armee verläßlicher zu machen. Das Ergebnis war eine Zwei-Schichten-Armee: ein Teil war dazu bestimmt, sich den deutschen Streitkräften zu stellen, der andere, größere Teil, sollte als Vollstrecker dienen. Letzterer Teil erhielt den Namen Zagrad Otriad – die »Schranken-Abteilung«.

Deren Aufgabe bestand darin, jeden sowjetischen Soldaten zu erschießen, der versuchte, sich den Deutschen zu ergeben.

Eine Folge davon war die Verlangsamung und schließlich die Umkehrung des Schlachtenglücks, vor allem mit dem Eintreffen des Kriegsgeräts aus dem Pacht-Leihvertrag mit den Vereinigten Staaten – und eine gewaltige Steigerung der Kriegsverluste.

Eine schwedische Korrespondentin in der UdSSR in den fünfziger und sechziger Jahren nahm eine Kopfzählung von Männern und Frauen der Kriegsgeneration in verschiedenen Gebieten der UdSSR vor. Es war Disa Maansson vom »Sydsvenska Dagbladet«, der großen Provinzzeitung von Malmö, die von wohlhabenden Bauern, Großgrundbesitzern und Industriellen der Gegend gelesen wird.

Mit Hilfe von Rechnern ausgewertet, deutete jene Kopfzählung darauf hin, daß sich die Zahl der sowjetischen Toten im Zweiten Weltkrieg nicht auf 20 Millionen, wie die Sowjet-Regierung angibt – und die Herausgeber von Nachschlagewerken sklavisch veröffentlichen –, sondern auf 33 bis 34 Millionen Tote beläuft.

Es gibt hier wenig hinzuzufügen, außer daß Leute, die die Wahrheit über den deutsch-sowjetischen Krieg wissen wollen, wachsam sein müssen bei dem, was sie in Veröffentlichungen des Establishments, darunter Geschichtsbücher und Nachschlagewerke, die sie in Büchereien der Universitäten finden, lesen. □

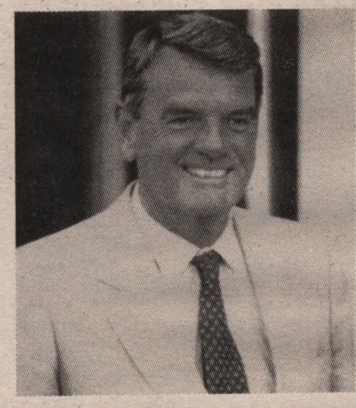
David Irving

Ein Historiker vor der Presse

Karl Philipp

Als vor mehr als 40 Jahren sowjetische Truppen das deutsche Konzentrationslager Auschwitz überrannten, konnte niemand ahnen, welche ethnopolitische, kulturpolitische, familienpolitische und militärpolitische Auswirkung die Geschehnisse in diesem Lager für Deutschland und die Welt zur Folge haben würde.

Die bis dahin in fast allen Menschen fest verwurzelte Erkenntnis, daß sich Rassen voneinander unterscheiden, mußte einer Ideologie weichen, die es fortan für richtig befand, daß alle Menschen und Rassen gleich seien. Auschwitz lieferte die Begründung, Unterschiede zu erkennen, so könnte man annehmen, berge die Gefahr, Verbrechen an Andersrassigen Vorschub zu leisten. Die in den Nachkriegsjahren entstandenen Völkerwanderungen wären von den europäischen Ländern – allen voran die Bundesrepublik – niemals mit einer derartigen Demut hingenommen worden, hätten nicht die Medien als auch die Politiker der betroffenen Länder immer wieder auf Auschwitz verwiesen.



Der britische Historiker David Irving stellte das Leuchter-Gutachten der internationalen Presse vor.

Wem nutzt diese Politik?

Das was sich an Kultur bis zum Ende des Dritten Reiches herausgebildet hatte, ließ es auch zu, daß sich eine Kulturnation wie die Deutsche, Auschwitz auf sich lud. Diese »alte« Kultur verkrampfte sich seither unter dem Krampf der »neuen« Kultur. Die womöglich mehr »auschwitzfern« strukturiert ist. Viele der aus mehr als 3000 Jahren Kulturgeschichte stammenden Werte wurden praktisch entwertet. Was als schön galt, mußte oftmals dem Häßlichen weichen und das Häßliche wurde als das Schöne gepriesen.

Als Zeitzeugen wurde die Kriegsgeneration kriminalisiert und deren Kinder in subtiler Art und Weise gegen sie selbst aufgehetzt. »Alle waren dabei«, somit waren alle Verbrecher.

Und als es um die Aufstellung von Pershing-Raketen in der Bundesrepublik ging, schrieben maßgebliche amerikanische Zeitungen; nach Auschwitz hätten die Deutschen kein Recht mehr, über ihre Lage im Kriegsfalle nachzudenken. Was damit gemeint war, erklärte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter in einem Rundfunktinterview: In einem militärischen Konflikt mit der Sowjetunion würden die USA Deutschland und Österreich der atomaren Vernichtung preisgeben.

Ohne hier zu beleuchten, wem diese Politik nützt, bleibt die Tatsache unübersehbar, daß diese Nachkriegsideologie das Denken und Handeln der Mächtigen im Westen selber beherrscht. Es scheint ihnen wichtig zu sein, kein Jota davon abzurücken. Die Europäische Gemeinschaft legt dafür Zeugnis ab.

Am 23. Mai 1989 ereignete sich in London etwas, was die Nachkriegspolitik sowohl in Deutschland als auch in der Welt verändern könnte. Anläßlich der Veröffentlichung des »Leuchter-Gutachtens« in Großbritannien, lud der Verlag Focal Point Publications zu einer Pressekonferenz ein. Kein geringerer als der bekannte britische Historiker David Irving schrieb zum Leuchter-Gutachten das Vorwort und hielt selbst die Medienkonferenz ab.

Irving schlug alle Rekorde im Aufdecken von Falschdarstellungen

Irving, umstritten, aber bislang immer im Recht, ist der Autor von nahezu 30 Büchern über die Hitler-Ära und das Dritte Reich. Seine Bücher basieren immer auf Dokumenten und auf Archivmaterial. Niemals beschied er sich mit Zitieren. Irving schlug alle Rekorde im Aufdekken von Schwindeln und Falschdarstellungen. Ungewöhnlich sind seine Methoden.

Einmal machte er Gebrauch von den Londoner Labors zur Aufklärung von Dokumentenbetrug und präsentierte der verdutzten Fachwelt sowie der staunenden Öffentlichkeit die raffiniert gefälschten Tagebücher von Wilhelm Canaris. Als das Hamburger Nachrichtenmagazin »Stern« im April 1983 auf einer Pressekonferenz in Hamburg seine Hitler-Tagebücher als Sensation vorstellte, war es Irving, der sie zuerst als Fälschung entlarvte.

Irving stellte sich jetzt mit seinem Vorwort zum Leuchter-Gutachten an die Spitze einer ständig wachsenden Anzahl von Historikern überall in der Welt, die den Aussagen über die planmäßige Massenvernichtungen durch Giftgas in den deutschen Konzentrationslagern skeptisch gegenübersteht.

Die teilnehmenden Journalisten repräsentierten alle wichtigen internationalen Nachrichtenagenturen. Sogar die »Deutsche Presse Agentur« war vertreten. Neben den wichtigsten großen englischen Tageszeitungen fanden sich auch drei arabische Universitätsprofessoren ein.

Der Historiker kam nach einer höflichen Begrüßung seiner Gäste sogleich zum Thema. Die Anwesenden erfuhren von Irving: »Es gab weder in Auschwitz, noch in Birkenau, noch in Majdanek Gaskammern in den deutschen Konzentrationslagern. Es gab keine Massenvernichtung durch Giftgas.«

Irving verglich die über Auschwitz gewonnenen Erkenntnisse durch die wissenschaftliche Arbeit des amerikanischen Ingenieurs Fred Leuchter mit der Entlarvung des Betruges im Zusammenhang mit dem »Leichentuch Christi» in Turin. Über Jahrhunderte hinweg behauptete die Kirche wissentlich oder unwissentlich gegenüber von Millionen von gutgläubigen Pilgern, das dort zu beweinende Leichentuch stamme von Jesus Christus und sei mit dessen Blut getränkt. Modernste Technik und Gerätschaft bereitete dieser Version ein Ende.

Ein Expertenteam machte Gesteins- und Bodenproben

Dank solcher ultramodernen Technik und Untersuchungsmethoden wurde, so Irving, das »Leichentuch« von Auschwitz sehr viel schneller als Fälschung entblößt.

Fred A. Leuchter ist Ingenieur für Vergasungsanlagen in US-amerikanischen Zuchthäusern. Diese Arbeit führt er seit mehr als 25 Jahren aus. Eines seiner Hauptprojekte war die Konstruktion einer neuen Gaskammer für das Staatszuchthaus Missouri in Jefferson City. Wie Irving von Leuchter erfuhr, wurden in den USA seit 1924 Exekutionen mit Giftgas durchgeführt. Allerdings traten bis 1988 große Probleme bei der Konstruktion von Gaskammern auf. Eine gewichtige Schwierigkeit war die Abdichtung.

Am 24. Februar 1988 reiste Ingenieur Fred Leuchter mit seiner

David Irving

Ein Historiker vor der Presse

Frau Carolyn, mit Zeichner Howard Miller, mit Videokameramann Jürgen Neumann und mit dem Dolmetscher Theodor Rudolph nach Polen. Als die Mannschaft acht Tage später zurückkehrte, erstellte Fred Leuchter sein Gutachten über die inspizierten Lager Auschwitz, Birkenau und Majdanek.

Der Kernpunkt seiner wissenschaftlichen Untersuchungen förderte im Rahmen seines 192 Seiten umfassenden Gutachtens die Erkenntnis zutage, daß in diesen Konzentrationslagern weder damals noch heute Menschen durch Giftgas getötet werden konnten beziehungsweise werden könnten. Die Expertenkommission unter Leitung von Ingenieur Leuchter entnahm in Auschwitz, Birkenau und Majdanek gerichtsverwertbares Gesteins- und Bodenmaterial, legte Zeichnungen an, nahm Abmessungen vor, untersuchte Konstruktions- und Ausführungsliteratur hinsichtlich der Tötungsverfahren in diesen Konzentrationslagern.

Die Gesteins- und Bodenproben von den als Gaskammern ausgewiesenen Gebäuden enthielten keine nennenswerten Cyanidrückstände, während die Proben aus den Entlausungsgebäuden starke Cyanidrückstände aufweisen. Das ist die Meinung eines Ingenieurs, beruhend auf wissenschaftlichen Meß- und Untersuchungsmethoden.

Irving eröffnete den staunenden Anwesenden, daß der englische Dienst für psychologische Kriegsführung (PWE) die Gaskammerversion bereits im Jahr 1942 erfand, und daß die Augenzeugen von Massenvergasungen sich entweder geirrt haben, oder unter Wahnvorstellungen litten beziehungsweise faustdicke Lügen auftischten. Er fügte hinzu, daß die sogenannten Augenzeugen selbst lebende Zeugnisse für das Nichtvorhandensein eines Vernichtungsprogrammes durch Giftgas seien.



Ernst Zündel hatte für seinen Prozeß den amerikanischen Ingenieur Fred Leuchter mit der Einstellung eines Gutachtens beauftragt.

Eine Stecknadel hätte man fallen hören können, als er den Anwesenden das Entstehen der »Vergasungslüge« schilderte. Seinen Ausführungen zufolge fand er in britischen Archiven stoßweise Material darüber, demnach wollte die englische Regierung das stalinistische Massaker an mindestens 4000 polnischen Offizieren nach Bekanntwerden der deutschen Wehrmacht unterschieben.

Menschen können sich irren

Churchill konnte sich mit dieser Idee später doch nicht mehr anfreunden und rückte davon ab. Er beauftragte nunmehr den Stab der PWE eine noch grauenvollere Propagandalüge zu modellieren, die gleichzeitig glaubhafter sein sollte. Die amerikanischen Gaskammern inspirierten zu einer – wie sich später zeigte – Greuellüge, die jedwede Propagandaerfolge aller Zeiten in den Schatten stellen sollte.

Im August 1943 informierte der Chef des PWE in einem vertraulichen Rundschreiben das englische Kabinett, daß entgegen allen publizierten Geschichten im Zusammenhang mit den Vergasungen nicht die geringsten Anhaltspunkte für die Existenz solcher Einrichtungen vorhanden seien. Er warnte in seinem Rundschreiben, daß gewisse Quellen hierzu ganz besonders verdächtig erschienen.

Nach seinen Ausführungen über die gerichtswissenschaftlichen Untersuchungen in den Konzentrationslagern und über die Entstehung der dazugehörigen Propagandakampagne stellte sich David Irving den Fragen der Anwesenden. Eine ganze Weile verstrich, bis sich der erste gesammelt hatte und eine Frage zu formulieren schien. Anstatt einer Frage, mußten sich die auf Neuigkeiten wartenden Zuhörer eine Auschwitz-Geschichte anhören. Zumindest war es möglich, die Substanz der Rede als Frage zu identifizieren. Wollte Irving behaupten, all die vielen Gaskammer- und Vergasungszeugen hätten gelogen?

David Irving: »Wenn sie sich nicht geirrt haben oder nicht unter Wahnvorstellungen litten, haben sie gelogen.«

Der Historiker zitierte in diesem Zusammenhang Samuel Kradowski, Direktor der israelischen Archive in Ya Vashem: »Die meisten Zeugenaussagen, die wir hier in den Unterlagen haben, sind in bezug auf Orte und Daten falsch. Einem Historikergutachten würden sie nicht standhalten.«

Daraufhin kam die Frage: »Aber was ist mit Treblinka?«

Irving: »Verstehe ich Sie richtig, daß Sie sagen; nun gut, Auschwitz haben wir verloren, ziehen wir uns nach Treblinka zurück?«

Journalist: »Aber so viele Zeugen können sich nicht irren.«

Irving: »Menschen können sich irren und sie können die Unwahrheit sagen. Labors, Maschinen und ultramoderne Ausrüstungen sind unbestechlich. Für sie gibt es nur ein Ja oder Nein. Auf die Frage, gab es in Auschwitz Gaskammern und Vergasungen, bekamen wir ein klares Nein. Wenn ein Überlebender andere Zeugnisse ablegt, sind diese wissentlich oder unwissentlich falsch.«

Journalist: »Sie glauben wirklich, daß die maßgeblichen Zeugenaussagen, was diesen Komplex anbelangt, falsch sind?«

Gorbatschow soll die Archive öffnen

Irving: »Die gerichtswissenschaftlichen Untersuchungen haben diese Zeugen widerlegt.

Aber lange bevor die Wissenschaft die Zeugen ad absurdum führte, gab es jüdische Historiker, die streng mit diesen ins Gericht gingen. So beispielsweise Samuel Gringauz, selbst Überlebender, der sich in den ›Jewish Social Studies‹ bereits 1950 besorgt darüber ausließ, daß die Überlebenden ›judaozentrisch, logozentrisch und egozentrisch‹ seien. Für ihn bestanden die meisten Erinnerungen aus einer Anhäufung widersprüchlicher, alberner Wortschwalle. Und selbst Raul Hilberg bestätigte der ›Jerusalem Post‹ in einem Interview am 28. Juni 1986, daß viele Zeugenaussagen von Überlebenden unzuverlässig im Zusammenhang mit Namen, Orten und Daten waren.«

Die Argumente, daß die Existenz der Gaskammern durch Zeugenaussagen bewiesen sei, zeigten sich als nicht tragfähig. Das mußten die Journalisten zur Kenntnis nehmen. Interessant war auch, daß vorwiegend nur einer fragte. Offensichtlich ein mit dem Thema vertrauter junger Mann. Gleichzeitig waren seine Einlassungen – mehr Reden als Fragen – äußerst arrogant und aufdringlich vorgetragen. Als es mit den überlebenden Zeitzeugen nicht so recht weiterging, wollte er von Irving wissen, wo denn die 3,5 Millionen Juden geblieben seien, die 1939 in Polen lebten? Wo, in welchem Teil Polens sollten sie angesiedelt sein? Diese Gegenfrage von Irving konnte der Journalist nicht beantworten.

Irving: »Sie stellen also Behauptungen auf, von denen Sie selbst keine Ahnung haben. Polen war von September 1939 bis Mitte 1941 von den Sowjets besetzt. Die von ihnen genannte Größenordnung der jüdischen Bevölkerung kann also durchaus im stalinistisch gesetzten Teil Polens gelebt haben. Eines ist aber

gewiß. Vergast wurden sie in Auschwitz nicht. Ich schlage vor, Sie drängen Gorbatschow, die russischen Archive zu öffnen. Vielleicht erfahren Sie dort mehr darüber. Katyn und Kiew wurden in diesem Jahr von den Sowjets als Verbrechen der Stalin-Ära eingestanden. Die Weltöffentlichkeit aber wurde seit mehr als 40 Jahren belogen. Die Lügen-Version, Hitlers SS hätte die mehr als 4000 polnischen Offiziere im Wald von Katyn und die mehr als 240 000 Ukrainer bei Kiew abgeschlachtet, fand wider besseren Wissens Eingang in die Geschichtsbücher.«

Es wäre verhängnisvoll alles weiß zu waschen

Auch diese Argumentation führte den Journalisten in die Sackgasse. Der Fragesteller lehnte sich in seinem Stuhl zurück und glaubte wohl, seine erneute Frage müßte unter Zuhilfenahme eines überheblichen Lächelns David Irvings Harnisch durchbohren:

»Herr Irving, wenn ich mich nicht täusche, hat Herr Leuchter für sein Gutachten 35 000 US-Dollar bekommen. Glauben Sie nicht auch, daß manch einer für diese Summe Geld alles mögliche schreiben würde?«

Irving: »Manch einer ja. Ingenieur Fred Leuchter wohl kaum. Er ist ein finanzell gut situierter Mann. 35 000 US-Dollar machen ihn nicht wesentlich reicher. Weder befand sich Ingenieur Leuchter noch befindet er sich in einer Lage, die ihn nötigen hätte können oder nötigen könnte, ein falsches Gutachten beziehungsweise eine falsche eidesstattliche Versicherung vor Gericht abzugeben. Schon gar nicht in einer Angelegenheit mit einer solchen Tragweite. Zum anderen arbeitet Herr Leuchter für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Er würde sich sein Leben und das seiner Familie ruinieren und 35 000 Dollar könnten ihm seinen Lebensabend – Herr Leuchter ist jetzt 45 Jahre alt – bestimmt nicht absichern. Nur ein Verrückter würde derartiges annehmen. Aber nehmen wir wiederum den ungünstigsten Fall an (worse case scenario): Fred Leuchter ist in Wirklichkeit ein verkleideter Gauleiter Hitlers, der das Dritte Reich von jeglicher Schuld reinwaschen möchte. Dann liegt es jetzt an Ihnen meine Herren, an den Gerichten, an den Holocaust-Historikern, eine Expertengruppe zu beauftragen, nach Auschwitz zu reisen und Gasrückstände nachzuweisen.«

Daraufhin verließ eine Delegation von vier Journalisten nacheinander die Pressekonferenz. David Irving konnte anschließend sachliche Fragen im Zusammenhang mit dem Leuchter-Gutachten beantworten. Jedem Anwesenden wurde dieses Gutachten ausgehändigt. Die verbliebenen Journalisten waren sichtlich irritiert, von dem, was sie sahen und hörten. Vor allem schon deshalb, weil das Leuchter-Gutachten von dem jüdischen Gaskammer-Propagandisten Raul Hilbert in einem Interview mit der »Los Angeles Times« vom 23. Februar 1989 bestätigt wurde: »Ein Gutachten (das Leuchter-Gutachten), das ein Auschwitz-Gebäude als nicht gaskammerfähig ausweist, ist korrekt, aber irrelevant.«

Die von David Irving im Zusammenhang mit dem »Leuchter-Gutachten« gewonnenen Erkenntnisse befassen sich einzig und allein mit den Geschehnissen in den Konzentrationslagern von Auschwitz, Birkenau und Majdanek. Die übrigen deutschen Konzentrationslager sind davon ausgenommen. Darüber hinaus behandelt das Gutachten lediglich die Frage, ob Massentötungen in genannten Lagern mittels Giftgas (Zyklon B) durchgeführt wurden. Andere Methoden zur Tötung von Inhaftierten dieser Lager wurden ebenfalls nicht untersucht. Es ist die Meinung des Berichterstatters, daß auch Verbrechen von Deutschen begangen wurden. Nicht umsonst wurden zwei Lagerkommandanten von der Reichsregierung wegen Verfehlungen hingerichtet. Es wäre verhängnisvoll, anhand von neuen Erkenntnissen alles weiß waschen zu wollen und zu behaupten, es sei nichts geschehen. Berichterstattungen über wissenschaftliche Erkenntnisse können nur dazu dienen, der Wahrheit langfristig zum Sieg zu verhelfen, die Vorgänge auf das wirkliche Geschehen zu reduzieren und die Lüge, da, wo es möglich ist, Lüge zu nennen. □

Vorwort zum Leuchter-Gutachten

David Irving

Der britische Historiker David Irving schrieb zur englischen Ausgabe des Gutachtens des amerikanischen Gaskammer-Experten Fred A. Leuchter das folgende Vorwort. Das Gutachten ist bisher nur in englischer Sprache erschienen, und zu beziehen über den Verlag Focal Point Publications, 81 Duke Street, London W1M 5DJ, Telefon 0044-1-4999409. Kaufpreis: 5 englische Pfund – ungefähr 17,- DM.

Im Gegensatz zur Geschichtsschreibung ist Chemie eine exakte Wissenschaft. Altmodische Historiker der Zeitgeschichte genügten sich bislang meistens mit endlosen, auswendig gelernten Debatten über Bedeutungen und Interpretationen. Die ganz Trägen unter ihnen entwickelten geradezu eine schwarze Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen. Das ganze diente als Ersatz für das anstrengende Durchforsten von Dokumenten in den Archiven im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Dokumente, die plötzlich in beschämender Fülle zur Verfügung stehen.

In letzter Zeit jedoch wagten sich die etwas Kühneren unter ihnen an die Werkzeuge der gerichtskriminalistischen Wissenschaft heran. Sie benutzten Hilfsmittel wie Kohlenstoffanalysen, Gasfarbenraster und simple Tintenaltertests und brachten etwas Licht in die verschwommenen Vorgänge der Zeitgeschichte, und nicht selten zerbrach so mancher Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts daran.

Manchmal begrüßt die Öffentlichkeit solche Resultate. Des öfteren allerdings auch nicht. Ein ganz besonderes Beispiel für ein unpopuläres Ergebnis im Zusammenhang mit gerichtskriminalistischen Analysen ist das Leichentuch Christi in Turin. Es handelte sich vielleicht nicht um einen vorsätzlichen Schwindel. Aber auf keinen Fall war es nur annähernd so alt, wie es die Priester Millionen von leichtgläubigen Touristen versicherten.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Weltöffentlichkeit schon jetzt aufnahmebereit ist für die leidenschaftslose und professionelle chemische Untersuchung hinsichtlich von Stein- und Bodenproben des Konzentrationslagers Auschwitz.

Das Leuchter-Gutachten hat diese Tatsache jedoch zum Inhalt.

Niemand läßt sich gerne anschwindeln, besonders dann nicht, wenn beträchtliche Summen von Geld im Spiel sind – der Staat Israel erhielt seit 1949 von der Bundesrepublik Deutschland mehr als 90 Milliarden DM freiwilliger Wiedergutmachungszahlungen; im wesentlichen handelte es sich hierbei um Bußzahlungen für die »Gaskammern von Auschwitz«.

Allein dieser Umstand macht deutlich, warum dieser Mythos nicht so leicht entmystifiziert werden kann. Hunderte von Millionen ehrlicher, intelligenter Menschen wurden durch extrem finanzstarke wie auch brillant gemachte Nachkriegspropaganda hinters Licht geführt.

Es handelte sich bis heute um die Fortführung des bereits 1942 ausgeklügelten Planes des PWE Psychological Warfare Executive (Amt für psychologische Kriegsführung). Schon damals sollte in allen am Krieg beteiligten Ländern verbreitet werden, die Reichsregierung töte Millionen von Juden und anderer unliebsamer Volksgruppen in »Gaskammern«.

Im August 1943 informierte der Chef des PWE in einem vertraulichen Rundschreiben das englische Kabinett, daß entgegen allen publizierten Geschichten im Zusammenhang mit den Vergasungen nicht die geringsten Anhaltspunkte für die Existenz solcher Einrichtungen vorhanden seien. Er warnte in seinem Rundschreiben, daß jüdische Quellen hierzu ganz besonders verdächtigt seien.

Als Historiker hatte ich Gelegenheit, Labors zur Identifizierung gefälschter Dokumente zu benutzen, um kontroverse Dokumente auf ihre Echtheit zu untersuchen. Ende der sechziger Jahre entlarvte ich bestimmte Tagebücher von Vizeadmiral Wilhelm Canaris, die mir und den Verlegern William Collins Ltd. angeboten wurden.

Es stellte sich heraus, daß die in den Tagebüchern benutzte Tinte, mit der die Unterschriften geleistet wurden, während des Zweiten Weltkrieges noch gar nicht existierte. Ich war es, der die »Hitler-Tagebücher« des Nachrichtenmagazins »Stern« während einer internationalen Pressekonferenz im April 1983 in Hamburg als Fälschung entblößte.

Und trotzdem muß ich gestehen, daß es mir nie in den Sinn gekommen wäre, Auschwitz und seine »Gaskammern« – der heiligste Schrein der Religion des zwanzigsten Jahrhunderts – anzuzweifeln und sein Gemäuer sowie seine Erde chemischen Tests zu unterziehen, um zu sehen, ob darin Spuren von Cyanid enthalten wären.

Die wesentlichen Resultate des Leuchter-Gutachtens: In den Gesteinsproben der Entlausungsgebäude – wo das tödliche Zyklon B zur Desinfizierung von Bekleidung verwendet wurde – fanden die Labors beträchtliche Rückstände an Cyanid. In den von den international anerkannten »Holocaust-Experten« ausgewiesenen »Gaskammern« hingegen fanden sich keine nennenswerten Rückstände.

Des weiteren bringt der Gaskammer-Experte klar zum Ausdruck, daß die Konstruktion sowie die Bauweise der besagten Gebäude in keiner Weise als Gaskammern zur Massenvernichtung von Menschen zu gebrauchen waren.

Während ich als Zeitgeschichts-Experte im Zündel-Prozeß im April 1988 als Zeuge aussagte, wurde ich zum ersten Mal mit diesen Laborberichten konfrontiert. Sie waren für die gängigen »Gaskammer-Versionen« vernichtend. Es bestand nicht der geringste Zweifel an der Genauigkeit der Befunde.

Ich persönlich, so muß ich gestehen, hätte gerne strengere Methoden angewandt, um die in Auschwitz entnommenen Gebäude- und Bodenproben als Labormaterial zu identifizieren. Nichtsdestoweniger muß ich die enormen Schwierigkeiten akzeptieren, mit denen sich die Expertenkommission an einem Ort, der heute polnisch ist, konfrontiert sah.

Gesteinsbrocken hinter den Rücken der neuen Lagerbewacher in leeren Räumen herauszumeiseln, ist nicht einfach. Alle Arbeiten wurden mit aktuellen Videoaufnahmen belegt. Diese Aufnahme habe ich sorgfältig studiert. Sie beweisen zwingend, welch peinlich genaue Arbeitsmethoden dem Gutachten zugrunde gelegt wurden.

Bis zum Ende dieses tragischen Jahrhunderts wird es immer wieder unverbesserliche Historiker, Staatsmänner und Publizisten geben, die streng daran glauben, oder weil sie keine andere wirtschaftliche Überlebenschance haben, als daran zu glauben, daß die Nazis »Gaskammern« benutzten, um in Auschwitz Menschen zu töten.

Allerdings sind jene jetzt an der Reihe, mir als intelligenten und kritischen Studenten der modernen Geschichte zu erklären, warum sich keine nennenswerten Rückstände – außer eben solche, die von Reinigungsmitteln stammen – von Cyanid in gerade den Gebäuden fanden, in denen die angeblichen Vergasungen durchgeführt wurden, während sich in den von den weltbekannten Auschwitz-Experten als Entlausungsgebäude identifizierten Komplexen beträchtliche Mengen an Cyanid feststellen ließ. Gerichtswissenschaftliche Chemie ist, ich wiederhole noch einmal, eine exakte Wissenschaft. Der Ball ist jetzt im Hof der anderen. □

Revisionismus

Das Wie und das Warum

Fred. A. Leuchter

Der amerikanische Gaskammer-Experte Fred A. Leuchter hielt den nachstehenden Vortrag auf der diesjährigen Tagung des Instituts for Historical Review in Kalifornien. Der Vortrag erschien jetzt in der Vierteljahresschrift des Instituts.



Der Eingang zum Lager Auschwitz-Birkenau, das Fred Leuchter auch besuchte.

Das Jahr 1988 war für mich ein ebenso informatives wie beunruhigendes Jahr. Ich war entsetzt zu erfahren, daß viele von dem, was mir in der Schule über Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und des Zweiten Weltkrieges beigebracht wurde, ein Mythos, wenn nicht eine Lüge war. Ich war zuert erstaunt; dann wurde mir klar: der Mythos des Holocaust war tot.

Wie alle während und nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen amerikanischen Kinder wurde ich über den durch die Nazis an den Juden begangenen Völkermord belehrt. Zum Zeitpunkt meines Eintritts in die Universität hatte ich keinen Grund, irgend etwas von meiner Bildung anzuweifeln, abgesehen davon, daß ich einige Probleme hatte, die Zahl der Todesfälle zu schlucken, die insgesamt mehr als sechs Millionen betragen haben soll. Aber da hörte es auch schon auf. Ich glaubte an den Nazi-Völkermord. Ich hatte keinen Grund nicht daran zu glauben.

Rund 24 Jahre später saß ein gutgläubiger Ingenieur an einem verschneiten Nachmittag im Januar 1988 an seinem Schreibtisch und arbeitete, als das Telefon läutete. Dieser gutgläubige Ingenieur war dabei, eine sehr erschütternde Geschichtslektion erteilt zu bekommen, eine, die ihn dazu veranlassen würde, jene 50 Jahre alte Holocaust-Lüge und die Anwendung dieser Lüge an Generationen von Kindern in Frage zu stellen. »Hallo, hier spricht Robert Faurisson« – und der gutgläubige Ingenieur hörte auf zu glauben.

In den vergangenen neun Jahren habe ich mit den meisten, wenn nicht allen Staaten der Vereinigten Staaten, wo es die Todesstrafe gibt, zusammengearbeitet. Ich entwerfe und baue Hinrichtungsausrüstungen aller Arten, darunter Hinrichtungsanlagen durch Elektrizität und Gaskammer-Einrichtungen. Ich war als Berater tätig und lieferte Ausrüstungen an die meisten in Frage kommenden Staaten und an die Bundesregierung.

»Ich wurde gefragt, ob ich nach Polen reisen würde«

Wegen meiner Verbindung mit den Staaten in dieser Eigenschaft hatte mich der Chef-Wärter des Missouri Penetentiary, Bill Armontrout, der Zündel-Verteidigungsmannschaft als Berater empfohlen.

Nach Beendigung meines Telefongespräches an jenem kalten Januartag traf ich zweimal in Boston mit Professor Robert Faurisson zusammen, und als Ergebnis dieser Besprechungen wurde ich aufgefordert nach Toronto zu kommen, um dort mit Ernst Zündel, dem Anwalt Douglas Christie und den übrigen sehr kompetenten Mitarbeitern Zündels zusammenzutreffen.

Robert Faurisson hatte schon vor 13 Jahren gefordert, man sollte sich nach einem Spezialisten für Gaskammern umsehen, der die angeblichen Gaskammern in Polen begutachtend über die Verwendbarkeit zu Hinrichtungszwecken, was wir Revisionisten bereits wußten, unmöglich war, zu berichten.

Am Wochenende des Valentinstages flog ich mit Carolyn, die zwei Wochen vorher meine Frau geworden war, nach Toronto. Es folgten zwei Tage mit längeren Sitzungen, bei denen mir Fotografien von den angeblichen Gaskammern in Polen, deutsche Dokumente und alliierte Luftaufnahmen vorgelegt wurden. Meine Untersuchung dieses Materials führte mich zu der Frage, ob diese angeblichen Gaskammern wirklich Hinrichtungseinrichtungen waren oder nicht.

Ich wurde gefragt, ob ich nach Polen reisen würde, um dort eine persönliche Inspektion und eine forensische Untersuchung mit einem abschließenden schriftlichen Gutachten über diese angeblichen Hinrichtungsgaskammern durchzuführen, von denen sich einige an Orten befanden, von denen ich nie etwas gehört hatte.

Nach reiflicher Überlegung stimmte ich zu und traf Vorbereitungen für eine Reise nach Polen, einen Zeitpunkt des geringsten Schneefalls abwartend. Ich erklärte auch, daß, obwohl die Fotos und Dokumente die Ansicht zu untermauern schienen, daß diese Örtlichkeiten tatsächlich keine Hinrichtungseinrichtungen waren, ich mir meine endgültige Beurteilung aber bis nach meiner Untersuchung vorbehalten würde.

Und wenn ich feststellen sollte, daß diese Einrichtungen tatsächlich Hinrichtungs-Gaskammern waren oder gewesen sein könnten, ich dies dann in meinem Bericht hineinschreiben würde. Der endgültige Bericht sollte als Beweismaterial zu Zündels Verteidigung im laufenden Strafverfahren in Toronto verwendet werden, und ich war darauf vorbereitet, unter Eid aussagen zu müssen.

Geschenke für die Museumsleute

Zu den Vorbereitungen für meine Reise gehörten die Beschaffungen von Probesäckchen, Dokumentations-Handbüchern und Werkzeugen. Weil wir in einem kommunistischen Land sein würden, mußte ich mit den Werkzeugen vorsichtig sein. Sehr wenige Touristen schleppen auf ihrer Reise Hammer, Meißel, Sternbohrer und Meßbänder mit. Ich versteckte diese Gegenstände im Bezug meines Koffers und hoffte auf das Beste.

Revisionismus

Das Wie und Das Warum

Außerdem hatte ich Karten von Polen, der Tschechoslowakei und Österreich mit, für den Fall, daß wir uns eilig und unerwartet aus dem Staube machen mußten. Und schließlich Geschenke, um die Museumsleute zu bestechen, damit sie uns Kopien von Dokumenten aus dem Archiv des Museums beschafften.

Ich hatte das Glück, eine fähige und verläßliche Mannschaft von Professionellen bei mir zu haben: meine Frau Carolyn; mein allgemeiner Assistent, Mr. Howard Miller, Zeichner; Mr. Jürgen Neumann, Kameramann; Herr Tijudar Rudolph, Dolmetscher. Alle waren wir uns darüber im klaren, daß, wenn wir geschnappt würden, die polnischen Behörden unsere Tätigkeit und Absicht, ganz zu schweigen von meiner Entnahme von gerichtlich verwertbaren Proben aus nationalen Gedenkstätten, keineswegs mit Wohlwollen betrachten würden.

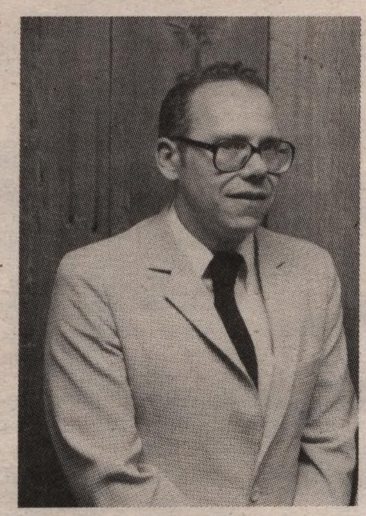
Und die beiden ex officio-Mitglieder unserer Mannschaft, Mr. Ernst Zündel und Professor Robert Faurisson, die uns aus offensichtlichen Gründen nicht persönlich begleiten konnten, die uns nichtsdestoweniger in Gedanken auf jedem unserer Schritte begleiteten, waren mit von der Partie.

Am 25. Februar 1988 reisten wir nach Polen ab. Neumann und Rudolph, der kanadische Teil unserer Mannschaft, stießen mit mir und der übrigen Mannschaft in Frankfurt zusammen. Die Reise dauerte bis zum 3. März 1988.

Wir trafen am späten Nachmittag in Krakau ein und verbrachten unsere erste Nacht im Hotel Orbis. Wir nahmen die erste von drei anständigen Mahlzeiten ein, während wir in Polen waren. Am nächsten Tag fuhren wir nach Auschwitz. Wir kamen am Auschwitzer Hotel an und wurden von dem Gestank eines Schwefelbenzin-Desinfektionsmittels begrüßt, etwas, was ich seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hatte. Das Hotel ist anscheinend die ehemalige Offiziersunterkunft für das Lager.

Wir aßen im Speiseraum des Hotels, eine Art Cafeteria, zu Mittag. Es war unsere erste nicht identifizierbare Mahlzeit, Stärkemehlsuppe und diverse Beilagen.

Wir unternahmen einen Erkundungsgang durch das Lager, der bis in die Dämmerung des polnischen Nachmittags mit Schneestürmen, dort keine ungewöhnliche Erscheinung, dauerte. Wir aßen nicht zu Abend, da wir nach Sonnenuntergang an unserem ersten Abend in Auschwitz kein Speiselokal fanden.



Fred. A. Leuchter ist Gaskammer-Experte der amerikanischen Bundesbehörden.

»Wir dokumentierten unsere Tätigkeiten«

Am darauffolgenden Tag begannen wir mit unserer Arbeit in der angeblichen Gaskammer im Lager Auschwitz. Leider konnten wir nicht viel erreichen wegen ständiger Unterbrechungen sowohl durch offizielle als auch durch inoffizielle sonntägliche Besichtigungen. Carolyn schob an einem Eingang Wache und Tijudar am anderen, und sie warnten mich, Jürgen und Howard, wenn jemand auftauchte. Es war zu gefährlich, gerichtlich verwertbare Proben zu nehmen und Abmessungen vorzunehmen, daher begaben wir uns gegen Mittag nach Birkenau.

In Birkenau unternahmen wir einen vierstündigen Rundgang in der feuchten polnischen Kälte und durch Schneegestöber, die so dicht waren, daß wir uns auf eine Distanz von ein paar Fuß gegenseitig nicht mehr sehen konnten. Leider hatten wir nicht damit gerechnet, daß unser Spaziergang durch das Lager so lange dauern würde, und da innerhalb des Lagers keine Fahrzeuge zugelassen sind, hatten wir Carolyn im Wagen zurückgelassen. Da wir vergessen hatten, ihr die Wagenschlüssel zu belassen, wäre sie an diesem kalten Nachmittag in Polen fast erfroren.

Wir besuchten die Baracken, die Krematorien II, III, IV und V, die Sauna und die angeblichen Leichenverbrennungsgruben.

Wir nahmen Proben, dokumentierten unsere Tätigkeiten auf Videoband und Standfotos und fertigten maßstabsgerechte Zeichnungen von diesen Einrichtungen an, wobei wir die Entnahmestellen aller Proben sorgfältig dokumentierten. Wir mußten in das Saunagebäude einbrechen, weil es verschlossen war.

Im Krematorium II stieg ich in die Tiefe der angeblichen Gaskammer hinab, in einen dunklen unterirdischen Ort, der in fast fünfzig Jahren von Menschen nicht mehr betreten worden war, da das Gebäude, wahrscheinlich durch ein Sprengkommando der deutschen Wehrmacht, in einen Trümmerhaufen verwandelt worden war. Glücklicherweise waren dort weniger Wachposten und weniger Fußgängerverkehr, so daß hier die Arbeitsbedingungen wesentlich besser waren als vorher in Auschwitz.

Nachdem sich unsere seit dem Abend zuvor leeren Mägen gemeldet hatten, suchten wir das Restaurant an der Bushaltestelle, das einzig gesetzlich zugelassene Restaurant in Auschwitz, auf und aßen dort. Dann kehrten wir für die Nacht zum Auschwitzer Hotel zurück.

Am nächsten Tag, Montag, nahmen wir unsere Arbeit in Auschwitz wieder auf, nachdem die Sonntagstouren aufgehört hatten. Wir konnten unsere Proben nehmen, die Abmessungen und Aufzeichnungen vornehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir schon Blaupausen von der angeblichen Gaskammer-Einrichtung und konnten die baulichen Veränderungen bis zu den fraglichen Daten zurückverfolgen.

Wir stellten auch das Vorhandensein eines Bodenablaufes für die Zeiten der angeblichen Verwendung dieser Einrichtung als Gaskammer fest. Nachdem wir unsere Arbeit in Auschwitz beendet hatten, fuhren wir wieder nach Birkenau, um in der Entlausungsanlage Nummer eins unsere Kontrollprobe zu entnehmen. Leider war das Gebäude verschlossen und wir mußten wieder einbrechen, um uns Zugang zur Entlausungskammer zu verschaffen.

Von Auschwitz nach Birkenau

Wir aßen wieder an der Bushaltestelle und zogen uns frühzeitig ins Auschwitzer Hotel zurück.

Am Dienstagnachmittag, als wir Tijudars leider erfolglosen Versuch abwarteten, eine Dose mit Zyklon B zu erhaschen, machten Jürgen und ich Videoaufnahmen von den Örtlichkeiten innerhalb des Lagers. Wir fuhren vom Auschwitzer Hotel zu einem in der Nähe liegenden Gasthof und buchten dort gerade freigewordene Zimmer. Wir aßen wieder an der Bushaltestelle und zogen uns früh zur Nacht zurück.

Am Mittwochmorgen nahmen wir ein sehr genußreiches Frühstück, bestehend aus Schinken, Käse und Brot – unsere zweite anständige Mahlzeit in Polen – ein, und traten unsere Reise nach Lublin an, um Majdanek zu besuchen. Nach einem letzten Blick auf Auschwitz fuhren wir mit dem Wagen nach Majdanik.

Einige Stunden später kamen wir in Majdanek an, besuchten das Museum, die neu errichtete angebliche Gaskammer und das Krematorium. Zuletzt kamen wir zur Desinfektion I und II und untersuchten diese Einrichtungen. Es war äußerst schwierig dort zu arbeiten, da ein Wachposten alle zehn oder fünfzehn Minuten seine Runde machte.

Die angeblichen Gaskammern waren durch Tore abgesperrt und standen der Öffentlichkeit nicht für eine eingehende Besichtigung zur Verfügung. Ich mußte mich unerlaubterweise hinter diese Tore auf verbotenes Gelände begeben. Wiederum standen Carolyn und Tijudar Wache, während ich Aufmaße vornahm und diese Bereiche eingehend untersuchte.

Einmal wären wir fast geschnappt worden. Ich mußte eine Flanke über das Tor machen und befand mich noch in der Luft und in der Mitte meines Sprungs als der Wachposten hereinkam. Glücklicherweise interessierte er sich mehr für Jürgen und seine Kamera und sah mich erst, als ich wieder auf dem Boden stand.

25 Pfund verbotene Proben

Das Lager schloß am frühen Nachmittag seine Tore und der Wachposten forderte uns freundlich auf zu gehen. Gegen drei Uhr befanden wir uns auf dem Weg nach Warschau, eine Fahrt, die bei Regen und Schnee fünf Stunden dauerte. Unsere Hotelbuchung war gestrichen worden, aber glücklicherweise konnten wir mit der Unterstützung eines Botschaftsattachés Zimmer in einem anderen Hotel sicherstellen.

Wir nahmen an diesem Abend unsere dritte genießbare Mahlzeit in Polen ein und gingen nach Vorbereitungen für unsere Heimreise zu Bett.

Wir bestiegen nach der Zollabfertigung die Maschine der polnischen Luftlinie – mein Koffer enthielt 25 Pfund verbotener Proben, von denen glücklicherweise nichts entdeckt wurde. Ich atmete erst auf, als wir in Frankfurt durch den Zollkontrollpunkt schritten. Unsere Mannschaft trennte sich in Frankfurt zum Heimflug in die Vereinigten Staaten beziehungsweise Kanada.

Nach unserer Rückkehr lieferte ich die gerichtlich verwertbaren Proben im Untersuchungslabor Massachusetts ab. Nach Eingang der Untersuchungsergebnisse schrieb ich meinen Bericht, in dem ich meine Kenntnisse über Hinrichtungseinrichtungen und -verfahren mit der Forschung, die ich in den Krematorien und bei Herstellern von Retorten in den USA durchgeführt hatte, miteinander verband. Ich glaube, daß die Ergebnisse meiner Forschungsarbeit Ihnen allen bekannt sind.

Nach Fertigstellung meines Berichts sagte ich in Toronto vor Gericht aus – aber das ist eine andere Geschichte für einen anderen Zeitpunkt.

Die gutachtlichen Erkenntisse

Die in meinen Bericht veröffentlichten Daten sind eine wichtige Sache. Es wird kategorisch festgestellt, daß keine der in Auschwitz, Birkenau oder Lublin untersuchten Einrichtungen zu Massenhinrichtungen unter Verwendung von Cyanwasserstoffsäure (HCN), Kohlenmonoxyd oder irgendeines anderen angeblich oder tatsächlich tödlichen Gases benutzt wurden.

Auf der Grundlage von sehr großzügig bemessenen Höchstbenutzungsquoten für alle angeblichen Gaskammern von insgesamt 1693 Personen pro Woche und unter der Annahme, daß in diesen Einrichtungen überhaupt Hinrichtungen durch Gas möglich waren, hätte es achtundsechzig Jahre bedurft, um die behauptete Anzahl von sechs Millionen Personen hinzurichten. Dies bedeutet, daß das Dritte Reich rund fünfundsiebzig Jahre bestanden haben muß.

Von diesen Einrichtungen zu behaupten, sie seien für Massen-, Mehrfach- oder auch nur Einzelhinrichtungen geeignet gewesen, ist ebenso lächerlich wie beleidigend für jeden Menschen auf diesem Erdball.

Gerichtlich verwertbare Proben

Weiterhin sind diejenigen, die diese Unwahrheit fördern, nachlässig und unverantwortlich, weil sie diese Einrichtungen nicht untersucht und die Wahrheit festgestellt haben, bevor sie die Welt mit dem indoktrinierten, was vielleicht zum größten Propagandatrick in der Geschichte geworden ist.

Von ebenso großer Bedeutung sind die Irrtümer der Verfechter der Vernichtungsthese in bezug auf die Krematorien. Wenn diese Krematorien, mit einem theoretischen Höchstausschuß pro Tag betrieben, ohne jede Stillstandszeit mit konstanter Geschwindigkeit – eine unmögliche Situation –, und wenn wir die Anzahl von mindestens sechs Millionen Hingerichteten akzeptieren, dann hätte das Dritte Reich mindestens zweiundvierzig Jahre bestanden, denn es dauert fünfunddreißig Jahre bei einer schon unmöglichen Benutzungsquote, um diese sechs Millionen Seelen zu kremieren.

Niemand würde in seiner wildesten Vorstellung behaupten oder gar glauben, daß das Dritte Reich 75 oder auch nur 42 Jahre Bestand hatte, und doch will man uns glauben machen, daß sechs Millionen Seelen mit einer Ausrüstung hingerichtet wurden, die unmöglich funktioniert haben kann, und das in weniger als ein Siebentel der absoluten Mindestzeit, die es möglicherweise gedauert haben könnte.

Analysebesagt, hier wurde nicht mit Gas hingerichtet

Gerichtlich verwertbare Proben wurden an den inspizierten Standorten entnommen. Eine Kontrollprobe wurde aus der Entlausungsanlage Nummer eins in Birkenau entnommen. Es war zwingend angenommen worden, daß wegen des hohen Eisengehalts des Baumaterials in diesem Lager das Vorhandensein von Cyanwasserstoffgas zur Bildung von Ferriferrocyanid-Verbindungen führen würde.

Eine bis ins einzelne gehende Analyse der 32 in den Bereichen Auschwitz und Birkenau entnommenen Proben ergab 1050 mg/kg Cyanid und 6170 mg/kg Eisen. Höhere Eisenanteile wurden in allen angeblichen Gaskammern gefunden, jedoch keine nennenswerten Spuren von Cyanid. Dies wäre unmöglich, wenn diese Standorte dem Cyanwasserstoffgas ausgesetzt gewesen wären, da die angeblichen Gaskammern, wie anzunehmen ist, weit höheren Gasmengen ausgesetzt worden wären wie die Entlausungskammer.

Daher bestätigt die chemische Analyse weiterhin die Tatsache, daß diese Einrichtungen niemals zu Hinrichtungszwecken mit Gas verwendet wurden.

Die Bauweise dieser Einrichtungen zeigt weiterhin, daß sie niemals als Gaskammern benutzt wurden. Keine dieser Einrichtungen war versiegelt oder abgedichtet. Es wurden niemals Vorkehrungen getroffen, um eine Kondensierung von Gas an Wänden, Fußböden oder Decken zu verhindern. Es war niemals eine Vorrichtung vorhanden, um die Luft-Gas-Mischung aus diesen Gebäuden abzuziehen. Auch gab es jemals eine Vorrichtung zur Einführung und Verteilung des Gases überall in der Kammer.

Keine dieser Einrichtung war eine Hinrichtungskammer

Es war keine explosions-geschützte Beleuchtung vorhanden, und kein Versuch wurde jemals unternommen, um das Eindringen des Gases in die Krematorien zu verhindern, obwohl dieses Gas hochexplosiv ist. Kein Versuch wurde gemacht, um das Bedienungspersonal vor dem Gas zu schützen oder zu verhindern, daß unbeteiligte Personen diesem Gas ausgesetzt wurden.

Insbesondere war in Auschwitz ein Bodenablauf in der angeblichen Gaskammer direkt an die Kanalisationsanlage des Lagers angeschlossen. In Majdanek hätten sich in einem tiefliegenden Gang, um die angeblichen Gaskammern herum, durchgesickerte Gase angesammelt und dieser Gang wäre für das Lagerpersonal zur Todesfalle geworden. Abzugskamine waren niemals vorhanden.

Cyanwasserstoffgas ist ein äußerst gefährliches und tödliches Gas, und es gab nirgendwo irgendwelche Vorrichtungen, um das Gas auch nur einigermaßen sicher zu handhaben. Die Kammern waren zu klein, um auch nur einen winzigen Bruchteil der behaupteten Personenzahl aufnehmen zu können. Klar und einfach gesagt, diese Einrichtungen können nicht als Gaskammern zur Hinrichtung benutzt worden sein.

Nach gründlicher Untersuchung der angeblichen Hinrichtungseinrichtungen in Polen und den damit verbundenen Krematorien ist es die einzige Schlußfolgerung zu der eine vernünftig denkende und verantwortungsbewußte Person kommen kann, daß keine dieser Einrichtungen jemals als Hinrichtungs-Gaskammer geeignet war oder als solche benutzt wurde. □

Revisionismus

Die »Endlösung« im Rückblick

Robert Faurisson

In ihrer Ausgabe vom 15. Mai 1989 kündigte die Wochenzeitschrift »Newsweek« einen »Sturm um ein neues Buch« an, das »der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg« gewidmet ist. Das Buch trägt den Titel »Why Did the Heavens not Darken? The ›Final Solution‹ in History« (»Warum hat sich der Himmel nicht verdunkelt? Die Endlösung in der Geschichte«), erschienen im Verlag Pantheon Books in New York.

Der Verfasser des Buches, Arno J. Mayer, wurde 1926 in Luxemburg als Sohn einer jüdischen Familie geboren. Er ist Professor in Princeton, wo er europäische Geschichte lehrt. In einem 1987 erschienenen Buch »Les Assassins de la Mémoire« (Editions la Découverte) nannte ihn Pierre Vidal-Naquet seinen »Kollegen und Freund« und erwähnte ihn neunmal. Er schrieb zum Beispiel: »Ich schulde Arno J. Mayer viel, dem ich herzlich danke.«

Die bedeutendste Bemühung

Er habe im Manuskript das Werk gelesen, das dieser 1988 unter dem wahrscheinlichen Titel »The Final Solution in History« veröffentlichen würde. Offensichtlich hatte der amerikanische Professor 1982 im Verlauf des Internationalen Kolloquiums der Sorbonne unter dem Vorsitz von Françoise Furet und Raymond Aron – 29. Juni bis 2. Juli – heftige Reaktionen seitens eines israelischen Kollegen ausgelöst. Er hatte wahrscheinlich schon damals den Mut, Vorbehalte hinsichtlich des Dogmas des Holocaust und der Gaskammern zum Ausdruck zu bringen.

Jedenfalls kommen seine eigenen Ausführungen in dem drei Jahre später veröffentlichten Buch, das angeblich das Ergebnis dieses Kolloquiums enthalten soll (»L'Allemagne nazie et la génocide juif«, Gallimard/Le Seuil, 1985), nicht vor. Von 1982 bis 1988 sind wir daher über die These von Arno J. Mayer in Unwissenheit gehalten worden.

Wenn man dem Verfasser Glauben schenken darf, dann hat er sein Manuskript drei Größen der jüdischen Geschichtsschreibung zur Durchsicht vorgelegt: Raul Hilberg (USA), Hans Mommsen (Bundesrepublik Deutschland) und Pierre Vidal-Naquet (Frankreich).

Auf der vierten Seite des Umschlags ist die folgende Würdigung zu lesen: »Die bedeutendste Bemühung, die jemals von einem Historiker unternommen wurde, um das Undenkbare unter kritischen Bedingungen zu überdenken.« (Pierre Vidal-Naquet, Ecole des Hautes études en sciences sociales, Paris).

Seltene und zweifelhafte Quellen

Arno J. Mayer sagt, er glaube daran, daß es eine Politik der Judenvernichtung gab, und daß die Gaskammern zur Menschentötung eine Realität sind. Aber gleichzeitig schreibt er Seiten und erlaubt sich Beobachtungen, die von vielen Historikern der revisionistischen Schule gegengezeichnet würden.

In seiner Bibliographie hat er im übrigen keine Hemmung, zwei revisionistische Werke aufzuführen: »Die Lüge des Odysseus« von Paul Rassinier in der Ausgabe des Verlags La Vieille Taupe von 1979 sowie das Werk von Arthur Robert Butz »The Hoax of the Twentieth Century« (»Der Jahrhundert-Betrug«).

Für ihn gibt es keine Spur irgendeines Plans zur Vernichtung der Juden, und hinsichtlich der Gaskammern schreibt er in seinem Kapitel über Auschwitz folgenden, für einen Freund von Pierre Vidal-Naquet sehr erstaunlichen Satz: »Sources for the study of the gas-chambers are at once rare and unreliable« (»Quellen zum Studium der Gaskammern sind ebenso selten wie unzuverlässig«).

Er fügt hinzu: »Das meiste, was über dieses Kapitel bekannt ist, beruht auf Aussagen von Nazifunktionären und -henkern in Nachkriegsprozessen und auf dem Erinnerungsvermögen der Überlebenden und Tatzeugen. Diese Zeugenaussagen müssen sorgfältig gesiebt werden, denn sie können von subjektiven Faktoren großer Komplexität beeinflußt sein.«

Kann man noch besser zum Ausdruck bringen, daß man sich vor den angeblichen Geständnissen, Bekenntnissen, Zeugenaussagen, auf die sich die Verfechter der Judenvernichtungsthese leichtfertig zu berufen pflegen, hüten muß? Und dann fügt der Verfasser hinsichtlich dieser Quellen hinzu: »Man kann die zahlreichen Widersprüche, Zweideutigkeiten und Irrtümer in den vorhandenen Quellen nicht ableugnen.«

Es wäre gut, wenn Arno J. Mayer einige dieser Widersprüche, Zweideutigkeiten und Irrtümer einmal Revue passieren ließe; zweifellos zielt er hier auf die »Quellen« ab, aus denen sich die Verfechter der Vernichtungsthese seit über vierzig Jahren versorgen.

Der Verfasser erwähnt die »Vergasungen« in Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka, aber das sind lediglich Ausflüchte, die in einer Flut von seltsamen Betrachtungen zum Thema untergetaucht sind. Allgemein gesagt, ist durch das ganze Buch hindurch das Hauptthema, das heißt der angebliche Völkermord an den Juden – hier »Judeozig« genannt –, buchstäblich unter einer Ansammlung von Abweichungen, besonders übe den Antisemitismus des Mittel alters oder über den Rußland feldzug vergraben. Es handel sich um das, was die Akademiker bereitwillig die Untersuchung des Zusammenhangs nennen; eine Untersuchung des Textes, anders ausgedrückt des Themas wäre jedoch vorzuziehen.

Mehr natürliche als unnatürliche Todesfälle

Arno J. Mayer engagiert sich auch im revisionistischen Sinne, wenn er beharrlich die in den jüdischen Gemeinden des Ostens und in den Konzentrationslagern durch Typhusepidemien angerichteten Verwüstungen unterstreicht. Man vergißt vielfach, daß eines der wichtigsten Motive für die Errichtung von einigen Ghettos durch die Deutschen darin bestand, daß sie von der Furcht besessen waren, der Flecktyphus könne sich überall in diesem Teil der Welt, der bereits stark unter dem Krieg zu leiden hatte, ausbreiten.

So verschwommen Mayer sich zum Thema der angeblichen »Vergasungen« äußert, desto präziser und ausführlicher äußert er sich zum Thema Fleckfieber. Für die Zeit von 1942 bis 1945, das heißt für den Zeitraum, in dem nach Angaben der Historiker »Vergasungen« stattfanden, vertritt er die Ansicht, leider ohne Zahlen zu nennen, daß mehr Juden durch sogenannte »natürliche Ursachen« (Hunger, Krankheiten, Erschöpfung bei der Arbeit) als durch »unnatürliche« Ursachen (Hinrichtungen jeglicher Art) ums Leben gekommen sind.

Er führt im einzelnen aus, daß dies »sicherlich in Auschwitz, aber wahrscheinlich überall der Fall war«. Dieser Hinweis ist nicht unbemerkt vorübergegangen und löste eine lebhafte Kontroverse aus.

Sonst hakt Mayer nacheinander alle Dokumente oder Argumente ab, die bislang vorgetragen wurden, um glauben zu machen, daß die Deutschen eine Judenvernichtungspolitik betrieben (Brief Görings an Heydrich vom 31. Juli 1944, Wannsee-Protokoll, Vorgehen der Einsatzgruppen in Rußland, Himmler-Reden).

Er bezeichnet häufig Fakten als ungewiß oder wenig sicher, die man bisher als endgültig feststehend ansah. Die Zahlen und Statistiken, die letztendlich auf irgendeine Weise einen amtlichen und heiligen Charakter angenommen haben, flößen ihm großes Mißtrauen ein. Indem er einerseits die jüdische »Erinnerung« und andererseits die »Geschichte« voneinander unterscheidet, bedauert er das Vorhandensein eines Kultes der Erinnerung, der mit den Verdrehungen, die diese der historischen Wirklichkeit auferlegt, »zu sektiererisch« geworden sei.

Die Erinnerung, meint Mayer, neige dazu, mit der Zeit zu erstarren, während die Geschichte nach Revision verlangt. Die Historiker haben heute »die dringende Aufgabe, das Undenkbare unter kritischen Bedingungen zu überdenken«.

Zwei Vorschläge für die Zukunft

Zum Thema der Gaskammern in Auschwitz schreibt Mayer: »Wenn sie einmal geöffnet werden, dann könnten die sowjetischen Archive sehr wohl bedeutende Hinweise und Beweise liefern. Darüber hinaus könnten Ausgrabungen am Tatort und in dessen unmittelbarer Umgebung neue Informationen hervorbringen.«

Man gestatte mir, daran zu erinnern, daß dies zwei revisionistische Gedanken sind, um die ich persönlich gekämpft habe. Anfang 1988, im zweiten Zündel-Prozeß, konnte ich durch Vermittlung des Anwalts Doug Christie von einem Gutachter der Anklage, Charles Biedermann, die Bestätigung dafür erhalten, daß sich die »Totenbücher« von Auschwitz, die von den Deutschen nicht vernichtet wurden, tatsächlich zum größten Teil in Moskau befinden. Der Skandal besteht darin, daß diese Register ebenso wie die wenigen Bände, die im Auschwitz-Museum verblieben, unter Verschluß gehalten werden.

Die Amerikaner, die Briten, die Franzosen, die Deutschen und die Israelis beteiligen sich an dieser Geheimhaltung von Dokumenten und gehen soweit, die Auskunft darüber zu verweigern, wie viele Namen die wenigen Bände im Auschwitz-Museum enthalten, von denen sich beim Internationalen Suchdienst in Arolsen (Organ des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes) Fotokopien befinden. Diese Einrichtung befindet sich zwar auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, steht aber unter scharfer Bewachung durch die Alliierten und Israelis, aus Furcht vor einem Eindringen revisionistischer Forscher.

Wäre Mayer damit einverstanden, darauf zu drängen, daß diese »Geheimakte« der Forschung zugänglich gemacht wird? Was die Ausgrabungen betrifft, so haben auch hier die Revisionisten bereits trotz der Verbote die Initiative ergriffen. Ich verweise hierzu auf mein Vorwort zum »Leuchter-Bericht«, der den Namen jenes amerikanischen Ingenieurs trägt, der die angeblichen Gaskammern zur Menschentötung von Auschwitz, Birkenau und Majdanek untersucht hat.

Am 19. Februar 1989 in Los Angeles bei der neunten Internationalen Konferenz des Instituts für die Revision der Geschichte forderte Fred Leuchter die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission über die Gaskammern zur Menschentötung, die von den Deutschen benutzt worden sein sollen. Wäre Mayer damit einverstanden, sich mit seinen gleichgesinnten Kollegen abzusprechen und auf den »Leuchter-Bericht« anders als mit schamhaftem Schweigen zu reagieren? Was hält er von einer internationalen Experten-Kommission?

Fortschritt in zehn Jahren

Vor zehn Jahren hatte Pierre Vidal-Naquet mit Léon Poliakov die Initiative ergriffen, gegen mich eine öffentliche Erklärung zu verfassen, in der zu lesen war, daß es angesichts der Fülle und der Solidarität der Beweise »keine Diskussion über das Vorhandensein der Gaskammern gibt, geben darf« (»Le Monde« vom 21. Februar 1979).

Zu den 34 Signatoren dieser Erklärung zählten Philippe Ariès, Fernand Braudel, Pierre Chaunu, Françoise Furet, Jacques Le Goff, Emmanuel Leroy-Ladurie . . . Aber René Rémond hatte seine Unterschrift verweigert.

Man mußte bis 1988 warten, um zu erleben, daß ein patentierter Historiker wie Arno J. Mayer in einem Kapitel über Auschwitz anerkannte, daß die Beweise für das Vorhandensein der Gaskammern, weit davon entfernt in Hülle und Fülle vorhanden und solide zu sein, wie man behauptet, in Wirklichkeit selten und zweifelhaft sind.

Das ist ein Beispiel unter anderen für die beträchtlichen Fortschritte des historischen Revisionismus in der wissenschaftlichen Gemeinde. Der jüdische Professor in Princeton wird erfahren, was es kostet, das Tabu des Jahrhunderts anzutasten. Er tat es mit tausend Vorsichtsmaßnahmen, ohne Angriffslust oder Herausforderung, aber schon löst er neben einigen beifälligen Reaktionen in der amerikanischen Presse wahrhaftige Bannflüche aus.

So beschuldigt ihn unter der Überschrift »False Witness« (»Falschzeuge«) Daniel Jonah Goldhagen von der Harvard-Universität der Fälschung, der Verdrehung von Tatsachen, des Revisionismus und »die Erinnerung und die Geschichte ins Lächerliche verkehrt« zu haben. Eine bekannte Melodie. Erfreulich für ihn, A. J. Mayer lebt und lehrt in den Vereinigten Staaten und nicht in Frankreich wie Faurisson. □



Die Intifada sorgt für einen heißen Sommer

Die israelisch-palästinensische Krise verschlimmert sich mehr und mehr. Die Möglichkeiten, daß sie in ein Blutbad ausarten könnte, vermehren sich unerbittlich. Die Vereinigten Staaten scheinen hilflos zu sein, solch eine Katastrophe zu verhindern, oder zu verhindern, daß sie sich sogar zu einem neuen isralisch-arabischen Krieg entwickelt – was vielleicht genau das ist, was Israel will.

Der weithin gepriesene einstweilige Friedensvorschlag, in dem nach Gemeindewahlen in der West Bank und im Gazastreifen verlangt wird und den die USA unterstützen, ist offenbar zum Fehlschlag verurteilt. Dies ist nicht nur so, weil die PLO und die Palästinenser am Ort es abgelehnt haben, sich daran zu beteiligen, sondern vielmehr, weil die Israelis selbst versuchen, sich eilig von diesem Plan zurückzuziehen.

Obwohl die Palästinenser von Anfang an erkannten, daß der von Premierminister Yitzhak Shamir und Verteidigungsminister Yitzhak Rabin ausgeheckte Wahlen-Plan keine aufrichtige Bemühung war, um die Intifada oder den Aufstand zu einem friedlichen und ehrenvollen Ende zu bringen, waren sie doch dazu bereit, bei dem Betrug mitzuspielen, indem sie zumindest die Möglichkeit von Gemeindewahlen in Erwägung zogen. Das war natürlich nicht, was Shamir und Rabin im Sinne hatten.

Die beiden Führer entwarfen den Plan weitgehend in der Hoffnung, die amerikanische und internationale Kritik an Israels Politik der Niederschlagung der zwanzig Monate alten Intifada zu besänftigen – während sie gleichzeitig das Fundament zur Beibehaltung der dauerhaften Beherrschung der palästinensischen Lande legte.

Shamir und Rabin hatten niemals die Absicht, über eine Land-für-Frieden-Regelung oder über irgendeinen anderen Kompromiß zu verhandeln, mit dem die nationalistischen Bestrebungen des palästinensischen Volkes anerkannt würden. Aber sie mußten Zeit gewinnen, um die Bühne zur Niederschlagung des Aufstandes ein für alle mal mit militärischen Mitteln zu errichten.

Der Plan ist jedoch einstweilen – aber nur einstweilen – entgleist. Indem sie den Vorschlag zu Wahlen nicht von vornherein als zu geringes und zu spätes Angebot von der Hand wiesen, haben die Palästinenser tatsächlich den Israelis den moralischen Affen auf den Rücken gesetzt. Die Bush-Regierung hat mitgeholfen, dies zu bewerkstelligen, indem sie den israelischen Vorschlag öffentlich unterstützte und die PLO dazu ermutigte, mitzuspielen. Ergo liegt es jetzt an Shamir und Rabin, den Plan funktionsfähig zu machen.

Aber dies ist klar unmöglich, denn erstens sollte der Vorschlag von vornherein niemals politische Wirklichkeit werden. Was die Dinge weiter erschwert, ist die Tatsache, daß Shamir und Rabin bislang nicht einmal in der Lage waren, ihren Vorschlag zu palästinensischen Wahlen ihren eigenen Politikern und Parteien sowie der israelischen Öffentlichkeit schmackhaft zu machen.

Shamirs Rivalen am rechten Flügel aus der Likud-Partei – darunter vor allem die Minister Ariel Sharon, David Levy und Yitzhak Moda'i – arbeiten aktiv daran, den Plan zu versenken, wenn er den Parteien zur Billigung vorgelegt wird. Sie sind entschlossen, dies zu tun, indem sie ihm beschwerliche Änderungen anhängen, die darauf abgestimmt sind, die Palästinenser – und vielleicht sogar die amerikanische Regierung – dazu zu zwingen, den Plan zu verwerfen.

Die vorgeschlagenen Änderungen besagen: Kein diplomatischer Prozeß mit den Palästinensern, bevor der Aufstand beendet ist; keine Verhandlung über den Status von Jerusalem und keine Beteiligung von palästinensischen Bürgern der Stadt an den geplanten Wahlen; keine ausländische Überwachung der Wahlen; und besondere Autonomie für die jüdischen Siedlungen in der West Bank und dem Gazastreifen nach einem noch zu treffenden Abkommen.

Die Annahme der vorgeschlagenen Änderungen wäre eine Verhöhnung der geplanten Wahlen und jeder Hoffnung seitens der Palästinenser auf staatliche Unabhängigkeit. Die Annahme wäre auch für die Bush-Regierung ein Schlag ins Gesicht, die zum Shamir-Plan Änderungen »angeregte«, die gegen solche offensichtlich unannehmbaren Bedingungen sprechen.

Eine Zurückweisung des Plans durch die Likud-Partei oder später durch die Palästinenser oder die USA würde dann genutzt werden, um die derzeitige Regierung der nationalen Einheit zu Fall zu bringen, neue Wahlen in Israel erforderlich zu machen, bevor die Regierung weitere Verhandlungen mit den Palästinensern führen kann.

Die Aussicht auf einen Zusammenbruch der von Shamir geführten Regierung, gefolgt von neuen Wahlen, so glauben einige Beobachter, könnte auch Rabins Kollegen in der Arbeiter-Partei dazu ermutigen, auf die Zerschlagung des bereits belagerten einstweiligen Friedensplans hinzuarbeiten.

Ein Scheitern des Shamir-Rabin-Plans würde zweifellos die Fortdauer und wahrscheinliche Intensivierung der Intifada gewährleisten – und dies scheint der Vorwand zu sein, nach dem viele Israelis suchen, um eine blutige Unterdrückung der palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung zu rechtfertigen. □

Härteres Vorgehen gegen die Palästinenser

Während Premierminister Shamir jeden Gedanken an eine Schlichtung des Streits mit den Palästinensern aus seinem »Friedens«plan strich, strebt der Verteidigungsminister Yitzhak Rabin nach breiteren gesetzlichen Machtbefugnissen, mit denen er die Intifada zerschlagen will. Rabin wurde zum Teil dadurch ermutigt, sich gesetzlichen Rückhalt zu verschaffen, um weitere repressive Maßnahmen ergreifen zu können. Der israelische Geheimdienst glaubt sogar, die Palästinenser stünden »kurz vor dem Zusammenbruch«.

Der Chef des Nachrichtendienstes der Armee, Generalmajor Ammon Shahak, informierte Rabin dahingehend, daß es unter den Palästinensern Anzeichen der Ermüdung gibt. Dies bedeute jedoch nicht, daß in dem Ausmaß der feindlichen Tätigkeit in den besetzten Gebieten eine nennenswerte Verringerung eintreten wird. Laut Shahak stellen sich die Palästinenser selbst die Frage, wohin der Kampf führt.

Es werde ihnen immer offensichtlicher, daß es keinen Zusammenbruch der israelischen militärischen Anstrengungen geben wird, und daß ein durch Verhandlungen geschaffener unabhängiger Palästinenserstaat keineswegs unmittelbar bevorsteht.

Darüber hinaus seien sich die Bewohner der West Bank und des Gazastreifens jetzt darüber im klaren, daß sie und nicht die PLO den hohen Preis für den Aufstand bezahlen müssen.

Obwohl es für die Palästinenser herzerfrischend ist, daß sie die Welt auf ihr Elend aufmerksam machen konnten und dadurch beträchtliche Zwistigkeiten innerhalb Israels und zwischen Israel und den Vereinigten Staaten hervorrufen, »sehen sie immer noch kein Licht am Ende des Tunnels«, meinte Shahak.

Rabin forderte das Justizministerium auf, eine Gesetzgebung vorzubereiten, um dem Militär größere Freiheiten einzuräumen, palästinensische Häuser zu zerstören und Aktivisten der Intifada auszuweisen. Erstaunlicherweise beharrt er darauf, daß die Palästinenser erst eine Woche, nachdem die entsprechenden Befehle erteilt worden sind, das Recht haben sollen, gegen die Entscheidung der Armee, ihre Häuser zu zerstören oder die Bewohner auszuweisen, Berufung einzulegen.

Wenn der Berufung stattgegeben wird, dürfen die ausgewiesenen Palästinenser zurückkehren. Sie bekommen jedoch keine Möglichkeit, ihre Häuser wieder aufzubauen. Rabin wünscht schnellere Prozesse und längere Haftstrafen für diejenigen, die

während des Aufstandes wegen geringerer Vergehen festgenommen wurden. Außerdem verlangt er, daß die Höchstdauer der Untersuchungshaft von sechs Monaten auf ein Jahr verlängert wird.

Einige israelische Regierungsbeamte sind gegen die Vorschläge Rabins mit der Begründung, daß solche Unterdrückungsgesetze »Israels Image im Ausland Schaden zufügen«. Sie setzen aber zynisch hinzu, daß die härtere Maßnahme, die er treffen will, schon unter den bestehenden Gesetzen durchgeführt werden kann.

Der Justizminister Dan Meridor unterstützt jedoch Rabins Forderung. Er sagte vor der Knesseth: »Wir diskutieren über Prozesse, Bestrafung und Verwaltungsmaßnahmen, die wir normalerweise nicht gern anwenden, weil sie sich normalerweise nicht für eine demokratische Gesellschaft ziemen. Aber eine demokratische Gesellschaft, die um ihr Existenzrecht kämpft, ist berechtigt, Maßnahmen wie Untersuchungshaft, Ausweisung und die Zerstörung von Häusern zu treffen. Leider gehören alle diese Maßnahmen zur Realität, die dieser Krieg uns auferlegt hat. Das Gesetz muß so ausgewogen sein, daß es zu den Belangen jener, die diesen Krieg durchfechten, paßt und gleichzeitig mit den Werten unserer Gesellschaft übereinstimmt.«

Rabin, der wie Shamir fest an das Konzept eines Großisrael glaubt, setzt sich schon seit langem für die härtesten Maßnahmen ein, um den Palästinenseraufstand zu zerschlagen. Als Zweigespann arbeitend – Rabin half Shamir ursprünglich, seinen falschen »Friedensplan« zu entwerfen –, könnten die beiden zionistischen Eiferer endlich zu der Formel gekommen sein, die sie brauchen, um die Palästinenser dazu aufzuwiegeln, einen drastischen Schritt zu tun, um sie dann zu vernichten. □

Die Juden und die zionistische Frage

»Amerikanische Juden leben in einer schnell assimilierten Kultur. Man wundert sich darüber, wie bei einem derart hohen Prozentsatz von Mischehen, bei dem ständig wachsenden Vordringen von Juden innerhalb des amerikanischen gesellschaftlichen Establishments es eine Art jüdischer Pseudo-Kultur immer noch schafft, zu blühen und zu gedeihen«, schreibt Gershon Shaked in »The Jerusalem Quarterly«.

»Die Entwicklungen in Amerika bringen die Juden von der zionistischen Lösung ab, weil sie nicht glauben, daß sie Zion benötigen, um ein jüdisches Leben zu leben. Sie erinnern sich vielleicht daran, daß tatsächlich die Wiederbelebung des jüdischen Lebens in Amerika zum Teil durch den Staat Israel als gesellschaftliche und kulturelle Herausforderung ermöglicht wurde, und daß sie immer noch keine autonome Kultur geschaffen haben.

Israel andererseits: Statt der amerikanischen Judenheit einen Mittelpunkt zur Nachahmung und eine alte-neue zum Leben erweckte Sprache, eine neue Kultur zu bieten, haben die Juden Israels in Amerika ein Modell zur Nacheiferung gefunden, und zwar in dem Ausmaß, daß die Anziehungskraft des amerikanischen Mittelpunktes manchmal die des israelischen überwiegt.

Israel hat in den Augen amerikanischer Juden an Ansehen verloren, weil es weniger israelisch geworden ist. Je mehr Israel sich selbst verringert, um so mehr wird es zu einer Art Erweiterung, eine Nachbarschaft, ein Vorort von New York.

Jetzt muß Israel der Herausforderung New Yorks selbst eine Antwort erteilen. Die brennenden Fragen, mit denen wir es zu tun haben, sind: Steht Israel immer beim jüdischen Volk im Vordergrund? Ist es möglich, zwischen den demokratischen und liberalen Bestrebungen einer jungen Nation und der theokratischen Tradition der Repräsentanten einer alten Religion, die versuchen, diese Nation zu beherrschen, einen Ausgleich zu finden? Wie groß ist das Ausmaß der amerikanischen Assimilation in der israelischen Kultur?«

Mit anderen Worten: Kann die Kultur Israels die Herausforderung Amerikas als Land von Milch und Honig für das Weltjudentum überleben? □

Die wahre Kunst der Geheimdienste

Der Geheimdienstberuf ist nichts als die Kunst zu lügen, und die Israelis gehören zu den besten Praktikern des Vorgehens in diesem Geschäft. Eine peinigende Meldung unter der Rubrik »Periscope« in der Zeitschrift »Newsweek« verdeutlicht diesen Punkt.

Nach diesem kleinen Juwel der Berichterstattung – dem Nachrichtenmagazin zweifellos aus israelischen Kreisen zugespielt – dachte die Reagan-Regierung über zahlreiche Möglichkeiten nach, den verstorbenen Ayatollah Khomeini des Iran im Jahr 1985 zu stürzen und hoffentlich zu töten. Ein Plan sah angeblich vor, daß Israel heimlich iranische Dissidenten bewaffnen sollte, die dann gegen das radikal-fundamentalistische Regime des Ayatollah einen Staatsstreich verüben sollten. Ein anderer noch unwahrscheinlicherer Plan sah vor, so behauptet das Magazin, daß ein israelisches Kommando Khomeinis Bollwerk angreifen und ihn selbst ermorden sollte.

Der Staatsstreichplan wurde laut Mitteilung des ehemaligen stellvertretenden CIA-Direktors John McMahon fallengelassen. Der Gedanke sei zu »weit hergeholt«. Der Kommando-Einsatz wurde vorgeblich deswegen zum alten Eisen gelegt, weil dies zu einem »blutigen Massaker« – wahrscheinlich des israelischen Kommandos durch die fanatische Revolutionsgarde des Ayatollah – führen würde. Als Folge davon mußten sich der damalige CIA-Direktor William Casey und die anderen Mitglieder des National Security Council (NSC) der USA damit zufriedengeben, sich Möglichkeiten auszudenken, Khomeini zu vergiften, was anscheinend über israelische Geheimagenten laufen sollte.

All dies mag wahr sein. Schließlich wurden während der Reagan-Jahre tatsächlich einige seltsame Untergrundaktionen durch Casey in die Wege geleitet. Die bemerkenswerteste davon war wohl der große Fehler, »Waffen für Iran gegen Geiseln« und dessen Ableger, der Nebenakt mit den Waffenlieferungen an die nicaraguanischen Contras.

Aber es scheint wahrscheinlicher zu sein, daß die »Newsweek«-Story eben nur das ist – eine Geschichte. Und die Geschichte wurde wahrscheinlich vom Mossad zusammengebraut, um den Anschein zu erwecken, als sei Israel Amerikas bester Verbündeter, ein Freund, der für seinen Kumpel USA alles tun würde.

Ist es nicht seltsam, daß diese Story kurz nach Khomeinis Tod auftaucht, wo die meisten Amerikaner sich an all die Gründe erinnern, warum die USA den Mann und sein Regime von ruchlosen Fanatikern haßten? Zeitlich gut abgestimmt! Nebenbei bemerkt, jetzt konnte auch nichts mehr schiefgehen. Der Iran-Irak-Krieg ist vorbei, und beide Seiten sind jetzt wieder Feinde Israels.

Damit wir uns nicht von der Geschichte über die fragwürdigen geheimen Aktionen einwickeln lassen, sollten wir uns daran erinnern, wie Israel zur Zeit der Reagan-Regierung seine Iran-Karte ausgespielt hat. Es verbrachte die ganzen acht Jahre des Krieges mit der Bewaffnung der Iraner und tat auch sonst alles, um den Krieg in Gang zu halten. Das Ziel seiner Politik war es, daß der Iran und Irak sich zu Tode ausbluten sollten.

Israel verleitete sogar den Herrn Casey vom CIA und den Stab des Weißen Hauses dazu, den Iranern Waffen zu liefern – in der falschen Hoffnung, daß Khomeinis Untergebene ihren Einfluß dazu benutzen würden, die amerikanischen Geiseln zu befreien, die von eifrigen Bewunderern des Ayatollahs im Libanon gefangengehalten wurden.

Warum sollen die Israelis dann bereit gewesen sein, alles zu riskieren – sogar ihre eigenen Kommandos –, um Präsident Reagan und dem »wilden Willi« Casey zu helfen, den verhaßten Khomeini zu stürzen? Das gibt überhaupt keinen Sinn.

Aber jetzt, wo Israels Stern in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit verblaßt, ist es in der Tat sinnvoll, ein wenig wohlwollende Propaganda herumzustreuen. Vielleicht glaubt das sogar jemand. □

Es liegt in der Hand von George Bush

Victor Marchetti

»Die Positionen der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) interessieren mich nicht. Ich will nicht mit ihnen reden, und es kümmert mich nicht, was sie sagen«, schnaubte der israelische Premierminister Yithak Shamir, nachdem er den extremistischen Forderungen des rechten Flügels seiner Likud-Partei nachgegeben hatte, die jetzt seinen »Friedensplan« zur Entschärfung der palästinensischen nationalistischen Bestrebungen voll unterstützt.

Bezüglich der mehr als anderthalb Millionen Palästinenser, die in der israelisch besetzten West Bank und im Gazastreifen leben, sagte Shamir lauthals: »Wenn sie mit uns in Frieden leben und ihre Bedingungen verbessern wollen, dann müssen sie mit der Likud-Partei sprechen.«

Die Alternativen zu diesem Angebot

Mit anderen Worten, das allerbeste, worauf die Palästinenser nach acht Monaten Widerstand hoffen können, ist ein kleines bißchen örtliche Autonomie, die ihnen nur widerwillig und nur unter Shamirs Bedingungen gewährt werden soll. Die Alternativen zu diesem erniedrigenden Angebot zur totalen und permanenten Unterwerfung sind, entweder ihr Heiamtland zu verlassen oder einer niederschmetternden und blutigen militärischen Niederlage ihres nationalen Aufstandes, der Intifada, ins Auge zu schauen. Der Vorschlag heißt, entweder – oder! Solange Shamir an der Macht ist, wird es kein »Land-für-Frieden«-Abkommen geben.

Und was die USA und die übrige Welt betrifft, wer gehofft hatte, die Israelis könnten durch gutes Zureden irgendwie dazu gebracht werden, den schon so lange leidenen Palästinensern ein bedeutsames Entgegenkommen anzubieten, für den ist Shamirs Friedensplan eine hochnäsige Zurückweisung. Der von der Likud-Partei gebilligte Plan ist »ein Signal für außenstehende Parteien, vor allem für die Amerikaner, daß diese Fragen nicht verhandelbar sind«, schnaubte David Levy, der stellvertretende israelische Premierminister.

Im einzelnen sieht das neue härtere Friedensangebot Shamirs vor:

Keine palästinensischen Wahlen in den besetzten Gebieten, solange der Aufstand nicht beendet ist.

Keine Wahlbeteiligung von irgendwelchen Palästinensern, die in Ostjerusalem leben.

Keine Rückgabe von Land in der West Bank oder im Gazastreifen in »fremde Souveränität«.

Keine Beendigung der fortschreitenden Ausdehnung jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten.

Die Fanatiker bestehen auf einer Kraftprobe

Diese Bedingungen sind deutlich darauf abgestimmt, nicht nur für die örtlichen Palästinenser und deren anerkannte Vertretung, die PLO, unakzeptabel zu sein, sondern sie auch in Wut zu versetzen. Offensichtlich haben es Shamir und seine Gruppe von zionistischen Fanatikern auf eine Kraftprobe mit den Palästinensern angelegt.

Die Israelis möchten verzweifelt erreichen, daß ihre besetzten Untertanen auf das erniedrigende »Friedens«-Angebot gewalttätig reagieren. Sie betteln geradezu um einen Vorwand, die Palästinenser ein für alle Mal vernichten zu können – und warnen die USA oder andere davor, sich einzumischen.

Selbst wenn die PLO und die Palästinenser an der West Bank und im Gazastreifen auf die beleidigende Herausforderung durch den Shamir-Plan nicht gewalttätig reagieren, werden die Israelis wahrscheinlich bei der Niederschlagung der Intifada den Druck erhöhen. Dabei wird die zionistische Führung nicht so sehr versuchen, eine palästinensische Kapitulation zu erzwingen als vielmehr einen blutigen Zwischenfall oder eine Reihe von gewalttätigen Reaktionen herauszufordern, die sie dann ausschlachten und schnell zu einem »legitimen« Grund hochschaukeln kann, um ihre volle militärische Kraft gegen das hilflose Volk entfesseln zu können, dessen Land sie unbedingt rauben will – auch wenn das bedeutet, in den besetzten Gebieten einen Holocaust anzurichten.

Washington spricht mit zwei Zungen

Wie die amerikanische Regierung auf Shamirs jüngste Herausforderung reagiert, wird nicht nur in Amerika selbst, sondern auch in der übrigen Welt genau beobachtet werden. Es ist unwahrscheinlich, daß Washington irgendeine Hilfe von Israels Arbeiter-Partei erwarten kann. Shamir und die Likud-Partei reiten offensichtlich auf der Welle des zionistischen Extremismus, der derzeit über die jüdische Nation hinwegfegt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die steigenden Leidenschaften der Israelis völlig außer Kontrolle geraten.

Aber die Vereinigten Staaten sind nicht völlig ohne Einfluß. Die Bewilligung der Auslandshilfe für 1990 steht zur Zeit vor dem amerikanischen Kongreß zur Abstimmung an. Ob irgend jemand im Kongreß – oder was das betrifft in der Regierung – den Mut aufbringen wird, im Lichte der jüngsten Entwicklung Israels Recht auf weitere Bewilligung von jährlich drei Milliarden Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe auch nur in Frage zu stellen, geschweige denn abzulehnen, wird ein neuer Versuch sein, die Macht der amerikanisch-jüdischen Pro-Israel-Lobby auf die Probe zu stellen.

Wenn der US-Kongreß sich formgerecht verhält, werden die Großkopfeten auf dem Capitol Hill dem amerikanischen Steuerzahler – und der übrigen westlichen Welt – ein weiteres Schauspiel von selektiver Entrüstung darbieten. Während sie vor den laufenden Fernsehkameras eine Schau abziehen und die Unterdrückung der Demokratie in China verdammen – wogegen sie natürlich nichts tun können – und Sanktionen gegen die chinesische Führung fordern, werden sie sich gleichzeitig pflichtschuldig vor den gleichen Kameras postieren und ihre unsterbliche Loyalität zu Israel und dessen angekündigter Vernichtung des palästinensischen Volkes – wogegen sie ganz gewiß nichts unternehmen können – verkünden.

Nur US-Präsident George Bush hat es in seiner Hand – wenn er den erforderlichen Mut aufbringt –, der Pro-Israel-Lobby einen wohlverdienten Streich zu versetzen. □



Palästinenser

Ein Bumerang für Israel

Mark Lane

Mit ihrem ruchlosen Versuch, den Palästinenseraufstand zu zerschlagen, hat die israelische Regierung den Palästinensern eine Reihe von harten Strafmaßnahmen auferlegt, die einige Beobachter zu der Schlußfolgerung veranlassen, daß Israels Ziel darin besteht, die Lebensfähigkeit des palästinensischen Volkes für immer zu lähmen. Dies ist natürlich eine Definition des Begriffs Völkermord. Und darauf scheint der zionistische Staat abzuzielen.

Der Chef des israelischen Generalstabs, Generalleutnant Dan Schomron, räumte kürzlich ein, daß es »nur drei Wege gibt, um die Intifada zu beseitigen: Umsiedlung der arabischen Bevölkerung der Gebiete, Aushungerung oder physische Vernichtung, das heißt Völkermord«.

Der ironische Aspekt der Dinge

Der ironische Aspekt aller dieser Verhaltensweisen ist, daß die Israelis selber durch eine merkwürdige Bumerangwirkung auch unter den harten Bestrafungen, die sie den Palästinensern auferlegen, leiden.

Zum Beispiel hat Israel den Palästinensern eine Vielfalt von wirtschaftlichen Sanktionen auferlegt. Eine besonders widerliche Aktion bestand darin, die 120 000 bis 140 000 palästinensischen Arbeiter aus dem eigentlichen Israel zu verbannen, das heißt, sie durften nicht mehr von ihren Wohnungen in den besetzten Gebieten zu ihren Arbeitsplätzen in Israel hin- und herpendeln.

Die Folge: Israel sieht sich nun einem ernsthaften Mangel an Arbeitskräften gegenüber, vor allem bei den niedrigen Gesindearbeiten, die israelische Bürger nicht verrichten wollen, die aber die einzigen Arbeitsstellen waren, die den Palästinensern zur Verfügung standen.

Israel verhängte auch Embargos auf palästinensische Produkte, die nach Israel eingeführt werden – Israel war für diese Güter zum großen Teil der Hauptmarkt. Die Palästinenser reagierten mit einem eigenen Boykott, indem sie den Kauf von israelischen Waren zwanglos in die Acht erklärten.

Aus Israel kamen viele der Grundverbrauchsgüter, die in palästinensischen Läden zu haben waren, wie Molkereiprodukte, Dosenwaren und Zigaretten. Die meisten in Israel hergestellten Grundprodukte sind aus palästinensischen Regalen verschwunden und unternehmungslustige Palästinenser sind in die durch den Boykott entstandenen Marktlücken hineingeschlüpft.

Israelische Marktforscher haben tatsächlich geschätzt, daß israelische Verkäufe in die besetzten Gebiete seit Beginn des Aufstands volumenmäßig um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen sind.

Wohlhabende, im Ausland lebende Palästinenser investieren in Fabriken wie Bekleidungs- und Textilbetriebe und stellen alkoholfreie Getränke, Reinigungsmittel und Zigaretten her. In örtlichen Haushalten werden emsig Bekleidungsstücke und Schuhe produziert und Obst und Gemüse aus dem Hausgarten zum Verkauf angeboten. Sie schaffen dadurch den Rahmen für eine neue, unabhängige palästinensische Wirtschaft.

Die Israelis nehmen die drohende Gefahr einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Palästinenser sehr ernst. Sie führten Bulldozer heran, um palästinensische Obstgärten dem Erdboden gleichzumachen, Tausende von alten Oliven- und Apfelsinenbäumen zu vernichten; was die Palästinenser besonders verbittert und eine Ironie ist, da die Israelis sich oft damit brüsten, die »Wüste« Palästina in den »Garten« Israel verwandelt zu haben.

Indessen haben die Palästinenser mit eigenen diplomatischen Initiativen damit begonnen, eine Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft herzustellen, die bis spätestens 1992 zu einem riesigen europäischen Markt werden soll. Sie waren dabei sehr erfolgreich, weitgehend wegen der Sympathie für ihre Not, die durch Israels hartes Vorgehen ausgelöst wurde. Die Israelis hatten natürlich darauf gehofft, die palästinensische Wirtschaft als eigene Filiale ausbeuten und für beide mit der EG Handel treiben zu können.

Ein weiteres Beispiel für diese Bumerangwirkung ist die Politik, junge Palästinenser in die Gefängnisse zu werfen, weil sie Steine geworfen haben. Die meisten von ihnen werden in Untersuchungshaft festgehalten, ohne Prozeß. Sie werden oft bei gewaltmäßigen Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär einfach zusammengetrieben oder bei militärischen Razzien in ihren Dörfern ergriffen.

Obwohl praktisch alle von ihnen entweder am Aufstand teilgenommen oder zumindest stark mit ihm sympathisiert haben, war keiner von ihnen das, was die israelischen Behörden von ihnen behaupteten: hartgesottene Terroristen. Und doch ist dies genau das, was sie werden, nachdem sie sechs Monate bis zu einem Jahr in einem israelischen Kerker zugebracht haben.

Die Israelis schließen die Schulen

Die Israelis begingen auch einen Fehler, indem sie die Schließung von Schulen in den besetzten Gebieten erzwangen. Die 300 000 palästinensischen Kinder in der West Bank und im Gazastreifen haben fast zwei Jahre ihrer Schulausbildung verloren. Die israelischen Behörden haben nicht nur die Schließung der Schultüren angeordnet, sondern es auch für jeden Lehrer zu einer mit bis zu zehn Jahren Gefängnis zu ahndenden Straftat gemacht, zwanglosen Hilfsunterricht außerhalb des Schulgeländes durchzuführen oder Hausaufgaben zu verteilen. Jede Schulausbildung, sogar in Privatwohnungen, wird nämlich mit der gleichen zehnjährigen Gefängnisstrafe bedroht.

Diese Politik ist von den Vereinten Nationen, Amnesty International, dem International Friends Committee und sogar von einigen Mitgliedern des amerikanischen Kongresses verurteilt worden. Der Abgeordnete Howard Nielson, ein Republikaner, brachte eine Resolution ein, in der Israel dazu aufgefordert wird, die Schulen in den besetzten Gebieten sofort wieder zu eröffnen.

Die Vorenthaltung einer Schulbildung

Die Palästinenser, die die am höchsten gebildete arabische Nation sind und deren Kultur der Erziehung einen hohen Wert beimißt, fühlen sich von dieser Aktion am meisten verletzt. Sie finden geschickte Wege, um sie zu umgehen. In den meisten Dörfern werden Untergrund-Schulklassen abgehalten – verborgen vor der Öffentlichkeit – und die Kinder werden zur Geheimhaltung verpflichtet. In den Zentren mit größerer Bevölkerung wird der Schulunterricht in kleinen Gruppen an entlegenen Orten abgehalten.

Vielleicht verdeutlicht keine andere einzelne Bestrafung, die den Palästinensern von den Israelis auferlegt wird, das anfangs vorgebrachte Argument besser, nämlich, daß die Israelis versuchen, das Gewebe der palästinensischen Einheit zu zerstören. Die Vorenthaltung einer Schulbildung wird, so argumentieren die Israelis, die Aussichten der kommenden Generationen so stark beeinträchtigen, daß die Palästinenser damit zufrieden sein werden, wieder weitgehend landwirtschaftliche, friedliche Gemeinden zu sein, aus denen sich einst ihre Nation zusammensetzte, bevor die Zionisten in ihr Land einfielen. □

Israel

Kritik aus USA

Victor Marchetti

Die Aussichten für Wahlen in der West Bank und im Gazastreifen, die zu einer ausgehandelten Friedensregelung zwischen den Israelis und den Palästinensern führen könnten, verringern sich zusehends. Der amerikanische Außenminister James Baker, der offensichtlich mit Billigung des US-Präsidenten George Bush spricht, verliert über die israelische Verzögerungstaktik immer mehr die Geduld.

Der amerikanische Außenminister James Baker äußerte das bisher stärkste Mißfallen der amerikanischen Regierung über die hinhaltende Taktik von Israels Premierminister Yitzhak Shamir und seiner am rechten Flügel des politischen Spektrums angesiedelten Likud-Partei. Baker sagte, er beabsichtige einen Sonderbotschafter nach Israel zu entsenden, um über die neuen härteren Bedingungen zu sprechen, die Shamir seinem Plan für Wahlen angehängt hat.

Besorgnis in den USA über Shamir

»Es wird jemand in den Nahen Osten reisen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sich die israelische Regierung kurz nach dem Parteitag der Likud-Partei noch an ihren Wahlen-Plan gebunden fühlt«, verkündete Baker. Obwohl der US-Außenminister sagte, er habe zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, wen er entsenden wird, gab es sofort starke Hinweise darauf, daß er seinen Stellvertreter als Außenminister, Lawrence Eagleburger, mit dieser Aufgabe betrauen wird.

Baker unterstrich die Besorgnis der amerikanischen Regierung über die Art und Weise, in der Shamir und die Israelis die Sache mit den Wahlen verkorkst haben. Baker meinte, daß die neuen und härteren Bedingungen »mindestens in unseren Gedankengängen die Frage über die Ernsthaftigkeit der Absicht seitens Israel aufwirft. Wir haben jene Bedingungen, glaube ich, schon als wenig hilfreich charakterisiert, daher wollen wir wirklich sichergehen, daß die Israelis sich diesem Vorschlag – also den Wahlen – gegenüber ebenso verpflichtet fühlen wie wir bisher, wenn wir sie weiterhin so stark unterstützen sollen«.

Baker kritisierte die Änderungen an dem israelischen Wahlen-Plan als »nicht hilfreich«. Dies rief sofort eine scharfe Antwort seitens eines israelischen Regierungsbeamten hervor, der Shamir nahesteht: »Ich glaube nicht, daß Shamir und – der am rechten Flügel stehende Minister – Ariel Sharon Baker sehr hilfreich finden. Leider kann es da eine Verbindung geben.«

Washington droht mit Kürzung der Wirtschaftshilfe

Der Regierungsbeamte mag sich auch auf ein Schreiben bezogen haben, das Baker an den israelischen Außenminister Mosche Arens sandte, kurz nachdem er erfahren hatte, daß Shamir und der Likud dem Vorschlag für Wahlen einschneidendere Bedingungen hinzugefügt haben.

In dem Schreiben kritisierte Baker diese Bedingungen und führte aus, es sei »zwingend erforderlich«, daß den Palästinensern in Ostjerusalem die Teilnahme an den Wahlen gestattet wird. Dabei spielte er darauf an, daß der amerikanische Kongreß in Aktion treten könnte, falls Israel weiterhin jüdische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten errichtet.

Letztere Bemerkung war offensichtlich ein Hinweis darauf – und vielleicht eine Warnung –, daß der amerikanische Kongreß in Kürze über das wirtschaftliche und militärische Hilfsprogramm für Israel in Höhe von drei Milliarden Dollar abstimmen wird, und daß die US-Regierung dort ihr wachsendes Mißfallen über den zionistischen Staat zum Ausdruck bringen könnte.

Als Reaktion darauf zeigen die Israelis ihren Unwillen über die Bush-Regierung und deren ständige Rippenstöße. Vor ganz kurzer Zeit berief Arens den US-Botschafter William Brown zu sich ins Außenministerium, um gegen Washingtons anfängliche Zurückhaltung, das kürzlich geschehene, weithin publizierte Busunglück, das von einem geistesverwirrten Palästinenser verursacht wurde, einen terroristischen Anschlag zu nennen, zu protestieren. Außerdem sagte Arens zu Brown, die Bezeichnung des Busunglücks durch die PLO als »natürliche und menschliche Reaktion« auf Israels Besetzung, stelle eine Verletzung der amerikanischen Bedingungen für Gespräche mit der PLO, die derzeit in Tunis stattfinden, dar.

Das Fenster der Gelegenheiten steht offen

Aus vorhergehenden Untersuchungen durch die israelische Polizei geht hervor, daß der Palästinenser, der den Unfall verursachte, aus eigener Initiative gehandelt hat. Er wollte sich anscheinend dafür rächen, daß sein Bruder von israelischen Soldaten zusammengeschlagen wurde, und daß andere Verwandte von ihm vor kurzem festgenommen wurden. Nichtsdestoweniger übt Israel weiterhin Druck auf Washington aus, den Vorfall als einen von der PLO geschürten Akt des Terrorismus zu bezeichnen.

Indessen teilte Bassam Abu Sharig, ein Berater des PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat, dem amerikanischen Botschafter mit, er glaube daran, daß die Amerikaner »es mit dem Friedensprozeß ernst meinen . . . Aber sie brauchen konkrete Schritte – und das schneller, als sie glauben, denn wenn sie im Langsamgang verbleiben, könnte es zu spät sein.«

Überraschenderweise wurde fast zur gleichen Stunde durch den ehemaligen amerikanischen Botschafter für Israel, Samuel Lewis, ein hartgesottener Anhänger des jüdischen Staates, eine ähnliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Nach Rückkehr von einer Reise nach Israel, die von dem pro-israelischen Washingtoner Institut für Nahostpolitik gefördert wurde, sagte Lewis: »Das Fenster der Gelegenheit steht sehr kurzfristig offen. Es wird nicht mehr sehr lange offen bleiben. Die USA sollten die Dinge mit äußerster Dringlichkeit erledigen. Sie sollten viele der gleichen Dinge – die sie getan haben – tun, aber schneller als zuvor.«

Die Arbeiter-Partei wagt keinen Bruch

Die vom israelischen Finanzminister Shimon Peres geführte Arbeiter-Partei hat auch heftig auf die verhärtete Haltung Shamirs und des Likud zu den palästinensischen Wahlen reagiert. Die Führung der Arbeiter-Partei stimmte darüber ab, ob sie einen Auszug aus der Koalition der »nationalen Einheit« in Erwägung ziehen sollte. Zunächst hat man eine solche endgültige Entscheidung wieder einmal zurückgestellt.

Die meisten Beobachter der Szene messen den Drohungen der Arbeiter-Partei wenig Bedeutung bei. Sie stellen fest, daß die Partei »an einer internen Unpäßlichkeit und der schwächer werdenden Unterstützung durch die Öffentlichkeit leidet«. Der Rückzug der Arbeiter-Partei aus der Koalition würde natürlich zum Sturz der Shamir-Regierung führen und die Abhaltung neuer Parlamentswahlen erforderlich machen. Aber es ist unwahrscheinlich, daß die Arbeiter-Partei dadurch ihre Position verbessern könnte. Mit den wachsenden Wirtschaftsproblemen in den Kibbutzim und in der Industrie – den Hauptstützpunkten der Partei – ist es wahrscheinlicher, daß ihr Einfluß noch weiter zurückgehen würde. □



Israel

Die Botschaft aus Washington

Mark Lane

Einer der interessantesten Aspekte der neuen, ausgewogeneren Annäherung der USA an das israelisch-palästinensische Problem, die derzeit von US-Präsident George Bush und Außenminister James Baker entwickelt wird, ist die Verwendung von einigen Beamten mit Schlüsselfunktionen in der Politik, von denen bekannt ist, daß sie den Israelis gegenüber tiefe Sympathien empfinden.

Während der amerikanische Präsident meistens über den Dingen steht und Baker gestattet, die Richtlinien der amerikanischen Politik kurz und bündig festzulegen, sind es die Israel-Sympathisanten im Außenministerium und im Weißen Haus, von denen verlangt wird, ihren israelischen Freunden die unangenehme Botschaft zu überbringen, daß das Ballspiel sich geändert hat.

In den letzten Wochen lautet die Botschaft, daß Israel gut daran tue, eine Übereinkunft mit den Palästinensern ernsthaft in Angriff zu nehmen. Der stellvertretende amerikanische Außenminister Lawrence Eagleburger, der als einer der besten Freunde Israels gilt, teilte dem israelischen Botschafter Mosche Arad mit, daß die Bush-Regierung entschieden dagegen ist, was sie als unnötig provozierende Schlachtordnung der israelischen Politik in der West Bank und im Gazastreifen erachtet.

Eagleburger fügte hinzu, daß die derzeitige Handlungsweise seitens der Israelis, statt den Friedensprozeß zu fördern, die diesbezüglichen Bemühungen eher untergraben. Die Warnung des US-Außenministeriums erfolgte als direkte Kritik an der zähen Taktik gegenüber den Palästinensern, die von Premierminister Yitzhak Shamir und Verteidigungsminister Yitzhak Rabin verfolgt wird. Indem er Eagleburgers Warnungen unterstützte, sagte ein US-Regierungsbeamter: »Wir können nicht zweideutig sein. Wir müssen uns eindeutig klar ausdrücken.«

Dennis Ross, Chef des Planungsstabes für Politik des US-Außenministeriums, hat die Aufgabe, die »Vorschläge« der Regierung zum Shamir-Rabin-Plan für Wahlen in den besetzten Gebieten der israelischen Führung zu übermitteln. Auch dies wurde als Kritik angesehen.

Aber die Israelis fühlten sich noch mehr durch die Tatsache beleidigt, daß Baker die Vorschläge vorher bei seinem Besuch in Moskau mit den Sowjets besprochen hatte – und weiterhin beabsichtigt, die Sowjets in den Friedensprozeß hineinzuziehen.

Auch wurden seitens des AIPAC (Amerikanisch-israelisches politisches Aktions-Komitee) und anderer jüdischer Gruppen auf einem Treffen mit Richard Haas, dem Experten des National Security Council für den Nahen Osten, im Namen Israels vorgetragene Beschwerden über die ausgewogenere Politik von Bush und Baker im wesentlichen zurückgewiesen.

»Es war Haas' Job«, erklärte ein anderer US-Regierungsbeamter, »den Meckerern deutlich klarzumachen, daß die Regierung in dieser Sache mit einer Stimme spricht.«

Ironischerweise gehörten diese Freunde alle zu der Gruppe von Sympathisanten, die im vergangenen Jahr für Bush einen Sonderbericht erarbeiteten, in dem sie empfahlen, daß er bei seinem Amtseid als Präsident im Grunde genommen den Treueeid gegenüber Israel schwören sollte. Der Bericht wurde dem gewählten Präsidenten von der Presidential Study Group on US Policy in the Middle East (Studiengruppe des Präsidenten für amerikanische Politik im Nahen Osten) als Blaupause für die amerikanische Außenpolitik in der Region vorgelegt.

In dem Bericht werden engere Bindungen mit Israel, keine Kontakte zur PLO empfohlen, und daß ein Sonderbotschafter auf der Ebene des Präsidenten (zweifellos Henry Kissinger) ernannt werde, um den Friedensprozeß zu erleichtern. Eagleburger war Mit-Vorsitzender der Studiengruppe; Ross und Haas waren aktive Mitglieder. □

Israel

Der Krieg der Gebärmutter

Victor Marchetti

Ganz gleich, was in der politischen Arena geschieht, die Israelis verlieren den einzigen Kampf mit den Palästinensern, der wirklich zählt: den Krieg der Gebärmutter. Und dieser Wettbewerb wird letztendlich das Schicksal sowohl Israels als auch Palästinas bestimmen.

Die israelische Regierung neigt dazu, die Zahlen für die jüdische Bevölkerung aufzublasen, aus offensichtlichen Gründen. Das Zentralbüro für Statistik scheint zu glauben, daß, wenn die Israelis den Bevölkerungswettlauf schon nicht durch Geburten gewinnen können, sie dann wenigstens die Niederlage eine Weile auf dem Papier aufhalten können.

Die Israelis werden zahlenmäßig eingeholt

Die Gesamtbevölkerung Israels beträgt 4,5 Millionen, von denen 3,5 Millionen Juden sind. Der Rest sind meistens Palästinenser. Die anderen sind Christen, Drusen und andere Minderheiten.

Die Bevölkerung an der West Bank wird auf annähernd 1,2 Millionen geschätzt. Mit Ausnahme von etwa 70 000 jüdischen Siedlern sind fast alle Einwohner Palästinenser. Der Gazastreifen, eines der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt, hat eine Bevölkerung von fast einer Million, während im Grunde genommen dort keine Juden leben.

So wird die israelische jüdische Bevölkerung zahlenmäßig schnell von den Palästinensern eingeholt, die jetzt schon fast drei Millionen in Israel und den besetzten Gebieten zählen. Es leben jedoch fast eine Million palästinensische Flüchtlinge in Jordanien und Hunderttausende weitere im Libanon – von denen die Mehrheit in die Heimat ihrer Väter in Israel und den Gebieten zurückkehren will.

Seit Jahrzehnten haben sich die Israelis auf das Wirtschaftswachstum der arabischen Ölstaaten am Persischen Golf verlassen, weil dadurch Palästinenser, besonders Akademiker, von der West Bank und vom Gazastreifen abgezogen wurden. Aber die Hochkonjunktur des Öls ist vorbei und mittlerweile haben die Golfstaaten ihren eigenen Kader von Professionellen mit Universitätsbildung entwickelt. Jetzt kehren sogar einige der ausgewanderten Palästinenser wieder in die Heimat zurück.

Während die palästinensische Bevölkerung Israels und der besetzten Gebiete stark expandierte, ist die jüdische Mehrheit im großen und ganzen gleich geblieben. Die Geburtenziffer unter den Aschkenazim (europäische Juden) ist in den letzten beiden Jahrzehnten gefährlich niedrig geblieben, und in den letzten Jahren ist sie unter den Gleichstand gerutscht.

Die jüdische Bevölkerung Israels konnte nur steigen wegen der verhältnismäßig hohen Geburtenrate unter den Sephardim (orientalische oder arabische Juden), die zum größten Teil weniger gebildet sind und sich am Ende der sozial-wirtschaftlichen Leiter befinden. Heute machen die Sephardim fast 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung des zionistischen Staates aus.

Der Traum von Aliya ist nicht verwirklicht

Der Traum, daß Aliya (Rückkehr ins Heimatland) von Juden aus Amerika und Westeuropa die aschkenasische Mehrheit sowie der Juden im allgemeinen in Israel aufrechterhalten würde, hat sich nicht verwirklicht. Die letzte Hoffnung auf ein größeres Einströmen von Aschkenazim wurde zerstört, weil die sowjetischen Juden nicht auf die dringenden Bitten, in den Judenstaat auszuwandern, reagiert haben.

Ein israelischer Gelehrter, Professor Aram Sofer, machte folgende Beobachtung: »Vom demokratischen Standpunkt aus gesehen wird Israel zweifellos zu einem Zwei-Völker-Staat . . . Dies ist die größte Bedrohung für die demokratischen Fundamente des Zionismus und des jüdischen Staates, und niemand kann weiterhin darüber hinwegsehen.« □

Zitate

Multikulturelle Gesellschaft

Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: »Für ein Leben in der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offenhalten für Ausländer und Aussiedler.«

Status

Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission: »Das politische Denken und Handeln hinkt hinterher. Dieser Rückstand ist jedoch nicht aufholbar. Aber der Kapitalismus hat in diesen letzten Jahren dieses zwanzigsten Jahrhunderts einen großen Vorsprung erreicht.«

Bekenntnis

Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich in meiner Arbeit bestrebt bin, einen Teil dazu beizutragen, daß die Welt akzeptabel bleibt oder wieder akzeptabel wird. Vielleicht haben Sie bemerkt, welchen über den Tellerrand des Bankgeschäfts hinausgehenden Initiativen ich mich verpflichtet habe.«

Sowjetunion

Boris Jelzin, Sowjet-Reformer: »48 Millionen leben unterhalb der Armutsschwelle. Das bedeutet, daß wir am Rande des Abgrunds stehen.«

Polen

Lech Walesa, Vorsitzender der Gewerkschaft »Solidarnosc«: »Angesichts steigender Preise und nach dem Zusammenbruch des offiziellen Fleischmarktes wird – wenn nicht bald etwas passiert – die ›Solidarität‹ die Proteste nicht mehr zügeln können. Ich warne vor Unruhen.«

Tschechoslowakei

Vaclav Havel, tschechoslowakischer Dramatiker und Dissident: »Ich denke, für unsere Führung ist sehr schmerzhaft, was in Moskau passiert. Sie würde es vermutlich begrüßen, wenn die Entwicklung dort gebremst oder umgekehrt werden sollte, ganz zu schweigen von den Ereignissen in Polen und Ungarn. Diese sind für sie eine absolute Katastrophe.«

Kommunismus

Vladimir Bukowski, sowjetischer Schriftsteller: »Was ist die Definition eines ›pragmatischen Kommunisten‹? Das ist ein Kommunist, dem das Geld ausgegangen ist. Nach dieser Definition ist die Sowjetunion in großem Maßstab ›pragmatisch‹. Und diese Tatsache ruft revolutionären Sinneswandel in Westeuropa hervor. Die laufende sowjetische Schuldenaufnahme konnte dadurch schockierende zwei Milliarden Dollar im Monat erreichen, überwiegend ungebundene Darlehen. Die gesamte Sowjetschuld hat seit 1984 um 55 Prozent zugenommen – seit die Kommunisten versprochen haben, ›nette Kerle‹ zu sein und seit sie offen das Versagen ihres Systems zugeben.«

Schulden

Walter Seipp, Vorsitzender des Vorstandes der Commerzbank: »Die Schuldenkrise könnte in Zukunft noch stärker dazu führen, daß wichtige geographische Bereiche wie Lateinamerika in ein wirtschaftliches Chaos sinken und herausrutschen aus einer mehr oder weniger integrierten Weltwirtschaft – zwangsläufig zurückfallen, vielleicht ins 19. Jahrhundert, vielleicht weiter zurück. Das ist die große Sorge, die hinter diesem Verschuldungsproblem steht. Sicher, da wird kein schwarzes Loch entstehen. Brasilien wird als großes Land bestehen bleiben, Argentinien auch – ungeachtet aller wirtschaftlichen Probleme, selbst wenn es dort zum wirtschaftlichen Chaos käme. Aber bei dem hohen Grad der Integration, den wir heute in der Weltwirtschaft erreicht haben, bei der Sensibilität, die weltweit für Entwicklungen in anderen geographischen Bereichen besteht, liegt es im Interesse aller Länder, nicht speziell nur der Industrieländer, alles zu versuchen, um zu vermeiden, daß bestimmte wichtige geographische Bereiche aus diesem Integrationsprozeß der Weltwirtschaft ausklinken. Nehmen Sie ein Land wie Argentinien. Argentinien ist im Grunde genommen autark. Argentinien könnte, wenn Sie so wollen, sofort die Grenzen dicht machen. Nur: Die Argentinier werden dann abgeschnitten von dem technologischen Prozeß, der in der Welt stattfindet.«

Deutsches Reich

Sir Julian Bullard, vormaliger britischer Botschafter: »Das Londoner Protokoll vom 12. September 1944, das zwischen der britischen, der amerikanischen und der russischen Regierung vereinbart worden war, hatte bereits alle Zweifel daran ausgeräumt, daß das besetzte Deutschland das Deutschland in seinen Vorkriegsgrenzen vom 31. Dezember 1937 war . . . Die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, nach denen sich die Alliierten richten wollten, wurden am 2. August 1945 im Potsdamer Abkommen niedergelegt. Das Abkommen sah vor, das politische Leben in Deutschland auf demokratischer Grundlage wiederherzustellen und für die Dauer der ersten Besatzungsjahre die wirtschaftliche Einheit zu bewahren. Bezüglich der Fragen der deutschen Grenzen wurde vereinbart, den Norden Ostpreußens unter sowjetische Verwaltung, die übrigen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter polnische Verwaltung zu stellen. Des weiteren wurde vereinbart, die endgültige Festlegung der Grenzen bis zu einer friedensvertraglichen Regelung aufzuschieben, die . . . durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann . . . In Ermangelung einer solchen friedensvertraglichen Regelung ist die britische Sicht der Rechtslage . . ., daß Deutschland in seinen Grenzen von 1937 als Staat fortbesteht, trotz der vielen und wichtigen Entwicklungen, die seit 1945 stattgefunden haben.«

Vatikan

Erzbischof Paul Marcinkus, ehemaliger Chef der Vatikan-Bank und Bankier des Papstes: »Man könnte annehmen, daß der Vatikan ein Platz sei, an dem man Freude findet. Aber setzt einmal drei oder vier Priester zusammen, und sie werden sofort beginnen, andere Personen zu kritisieren. In Wirklichkeit ist dies ein Land – entschuldigen Sie, wenn ich das sage –, ein kleines Land der Waschweiber. Wissen Sie, wie sie das machen? Sie gehen zum Fluß, waschen die Wäsche, schlagen sie, pressen allen Dreck heraus. Im normalen Leben beschäftigen sich die Leute mit anderen Dingen, haben andere Interessen. Aber hier – worüber sonst sollte man reden?«

Macht

Giulio Andreotti, italienischer Politiker: »Die Macht nutzt nur jene ab, die sie nicht haben.«

Ohnmacht

Dieter Wellershof, Generalinspekteur der Bundeswehr: »Das Ziel Frieden ist indes nur zu erreichen, wenn der Staat seine zentrale Funktion erfüllen kann, den Schutz seiner Bürger vor Gewalt im Inneren und von außen zu gewährleisten. Hierzu bedarf der Staat entsprechender Machtmittel, ist doch die staatliche Ohnmacht stets eine Gefahr für den Frieden. Der neuzeitliche Verfassungsstaat hat sich mit der Übernahme des Gewaltmonopols in Polizei und Streitkräfte zugleich auch das Instrumentarium zur Selbstbehauptung zum Schutz seiner Bürger geschaffen. Im demokratischen Rechtsstaat sind staatliche Macht und Gewalt jedoch nicht willkürlich und schrankenlos, sondern müssen auf Recht und Gesetz gegründet sein und wirkungsvoller Kontrolle unterliegen. Dies geschieht auf vielfältige Art und umfaßt verfassungsmäßige Kontrollorgane wie Parlament und Justiz.«

Monopole

Sir Leon Brittan, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel: »Wir lehnen das Argument ab, wonach größere europäische Monopole zugelassen werden sollen, um den Wettbewerb mit Japan und den USA zu erleichtern. Wenn wir innerhalb des großen Binnenmarktes den Wettbewerb nicht am Leben erhalten, haben wir keinerlei Aussicht, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen.« □

Medizin

Wer heilt, hat recht

Günter Carl Stahlkopf

Diese oft gebrauchten Schlagworte werden auch durch ständige Wiederholung weder transparenter noch wahrer. Der Biologe Günter Carl Stahlkopf hat diese Thesen schon lange hinterfragt. Aufgrund seiner fundierten Kenntnisse sowohl der ägyptischen, asiatischen und selbstverständlich der abendländischen Medizingeschichte, von ihrem überlieferten Beginn bis hin zur heutigen Patt-Situation, aus der auch die Außenseitermethoden von Akupunktur bis Zelltherapie keinen überzeugten Ausweg zeigen, reifte in ihm die zunächst hypothetische Krankheits-Ursachen-Schau, aus der heraus er sein Therapie-Konzept, die »Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie« entwickelt.

Die Natur will leben, will sich in Gesundheit erhalten und fortpflanzen, und auf diese Gesunderhaltung in Richtung natürlichem Lebensende in Gesundheit ist die Gesetzmäßigkeit der echten Immunität aufgebaut. Krankheit ist ein echtes Heilbestreben, das man ärztlicherseits nicht wie bisher mit Symptommaßnahmen bekämpfen und damit unterdrücken soll, sondern durch die diagnostische kausale Ursachenschau. Man muß die Ursache behandeln, damit durch die schadlose therapeutische Behandlung der Krankheitsursache, in Beachtung der wahren Gesetzmäßigkeit der Immunologie, das Krankheitssymptom zum Verschwinden gelangt, weil der Sinn der Krankheit mit Zielsetzung natürliche Gesundung und echter Lebensverlängerung durch die kausale Therapie erreicht wird.

Beispiele über wahre Immunität

Fieber, selbst das »kalte« Fieber, ist kein Versagen der Abwehr, sondern die echte Immunität selbst.

Fieber ist ein Reinigungsbestreben, um über die erhöhte Körpertemperatur, die in den Zellen eingelagerten Toxine, über die Zellmembranen in den Lymph- und Blutstrom zur Ausleitung zu bringen.

Beim »kalten Fieber« zeigt es dem kausal denkenden Arzt, daß hier die kapillaren Durchblutungswege blockiert, und die molekularen Lymph- und Blutwege der Bindegewebszellen wie auch Organzellen, den inner- und extrazellulären Stoffwechsel im Grundregulations-System, nicht mehr aufrecht erhalten können, weil toxische Einflüsse von außen oder intoxikatorische von innen dazu geführt haben.

Hier ist also das Heilbestreben unstrittig daran zu erkennen, daß durch die toxische Sperre oder Blockade sich der Körper gegen das Eindringen des bestimmten Toxins in die Zelle wehrt.

Jede externe Eiterung ist ein echtes Heilbestreben des Organismus, sich von vorwiegend Eiweißzerfallsprodukten des eigenen Stoffwechsels zu befreien.

Neben dieser »äußeren Eiterung«, die verhältnismäßig leicht erkennbar und diagnostizierbar ist, gilt es bei allen chronischen Leiden, die »innere Eiterung«, also den nicht sichtbaren Eiweißzerfall zu erkennen und kausal zu therapieren.

Die kausale Herd- und Eitersanierung

Erkennen wir dazu, daß jede durch Symptom-Maßnahmen unterdrückte externe wie »interne Eiterung« als damit unterdrückte echte Abwehr, tausendfach unterschiedlich neue Ursachen bildet für unzählige chronische Leiden.

Unter dem Begriff des »Herd-Geschehens« sind diese »inneren Eiterungen« bekannt. Es gehört zu den Grunderkenntnissen meiner Forschung, daß ich die bisher übliche Behandlung solcher auch »inneren Eiterungen« als Folge einer nichterkannten Entzündung oder deren schlechten Einheilung durch Unterdrükkung derselben durch die bisher chirurgische Sanierung, für ein Überspringen der Selbstregulationskräfte halte.

Das heißt, bisher galt und gilt es noch für unabwendbar und auch für klassisch richtig, daß der »arme Wurmfortsatz« nach unverkennbarer Entzündungs-Symptomatik chirurgisch entfernt wird. Beherrschen wir aber die kausale »Herd- und Eitersanierung« dann muß dies vermeidbar sein. Und sie ist es, wie unsere Therapieerfahrungen beweisen.

Um die Regena-Therapie beim Krebsgeschehen besser zu verstehen, will ich einiges über die Regena-Blut- und Lymphentgiftung als Voraussetzung für mögliche echte Krebsheilung ausführen.

Echte Immunität oder körpereigene Abwehr

Das heißt, einer der Hauptgründe dafür, daß wir bei den chronischen Krankheiten generell, wie bei der Krebs-Krankheit speziell so in die absolute Irre gelaufen sind, ist darin zu suchen, daß wir diese »inneren wie äußeren Eiterungen« als ein Versagen der Immunität hingestellt haben, um andererseits dann diesen Prozeß mit falschen Ein-Heilmaßnahmen – bis hin zu dem dann notwendig werdenden »rettenden« chirurgischen Eingriff – abzuwürgen ohne die Ursachen zu beseitigen.

Hier handelt es sich um eine der größten wissenschaftlichen Trugschlüsse oder Denkfehler in der Fehlbeurteilung der immunologischen Gesetzmäßigkeiten, die dann zusammen mit der irrigen Erreger-Hypothese zur Fehltherapie führen mit allen zwangsweisen Folgen der Nachschädigung.

Das einerseits befreiende, wie andererseits erlösende Neue der Regena-Therapie ist, daß man bei allen chronischen Leiden – und ganz besonders beim Krebsgeschehen – diese bisher symptomatisch behandelten »inneren und äußeren Eiterungen« unter dem Ausdrucksbild der verschiedenen »Herderkrankungen«, die bisher fälschlich rein örtlich oder spezifisch gesehen wurden, in Wahrheit aber Folge eines ganzheitlich gestörten Stoffwechsels sind, nunmehr mit meiner Therapie unter dem Begriff der Blut- und Lymphentgiftung kausal nachbehandeln kann und muß.

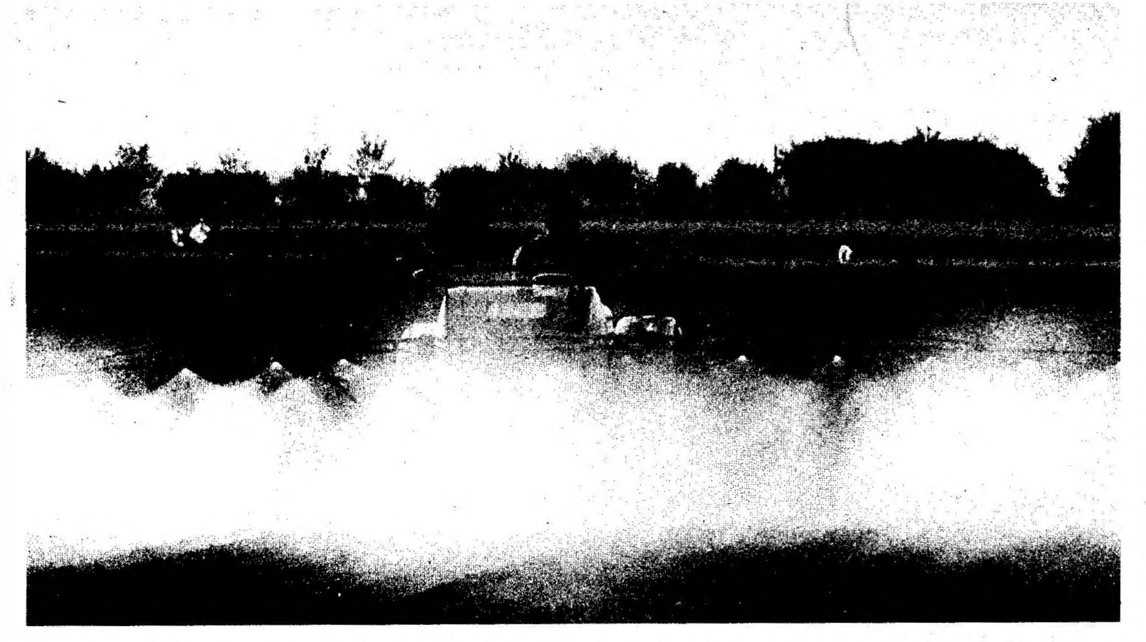
Das heißt, mit der grundsätzlichen Regena-Blut- und Lymphentgiftung beginnt die Therapie einer jeden chronischen Krankheit – und nochmals ganz besonders die gekonnte, erfolgreiche Krebstherapie.

Als ein weiteres Beispiel für die echte Immunität oder körpereigene Abwehr sei hier an die wissenschaftlich irrig oder fälschlich bezeichnete Allergie verwiesen. Nach unseren Erkenntnissen gibt es diese aus der kausalen Sicht nicht.

Beim Heufieber, beim Asthma, bei den verschiedensten Hauterkrankungen so störend, so häßlich sie auch teilweise auftreten, so handelt es sich dabei niemals um ein Versagen der Immunität. Allergene dafür verantwortlich zu machen und zu suchen, gegen die der Organismus angeblich »sensibel« ist, wäre falsch und irrig. Sind dann Allergene endlich gefunden, werden sie durch eine spezifische »Desensibilisierung« zum Verschwinden oder zum Schweigen gebracht; man bezeichnet das dann fälschlicherweise als Abwehrschwäche.

Kausal gesehen ist dies jedoch eine echte Abwehr, um die Reinigung, die Toxinausscheidung, über zum Beispiel noch reaktionsstarke Schleimhäute oder die Haut selbst zu vollziehen.

Borkige, schwielige, durch Körperarbeit verhärtete Hautzonen kommen hierfür nicht in Betracht, sondern nur hoch-aktive, gleich empfindliche Hautzonen von den Ellenbeugen und Oberschenkelzonen angefangen, über die normalen Hautzonen am Gesäß, den Brust-, den Nackenpartien, zwischen den Fingern und den Zehen, bis zu den empfindlichen Mundwinkel-Lippen-Par-



Die Umweltgifte sorgen neben der Inwelt-Vergiftung durch Medikamente für die zunehmenden Krankheiten.

tien, oder von den empfindlichsten Vaginalschleimhäuten angefangen bis zu den entsprechend zart empfindlichen Schleimhäuten, die den Augapfel umgeben.

Aus kausaler Sicht kann der pathogene Stoffwechsel am besten – noch besser als ein Computer-Befund – beurteilt werden bei der Nase als oberster Teil des Atmungsweges mit den Schleimhäuten der Nasenhöhle und deren Entzündung in Form einer Rhinitis nebst Stirn- und Nebenhöhlen bis zu den schwersten Vereiterungen mit Einschluß der Kieferhöhlen.

Krankheit ist ein Heilbestreben

Wir suchen dagegen weder Erreger noch Allergene, weil wir auch diese Prozesse nicht als Versagen einer Immunität ansehen, sondern in Verfolgung unserer Grundvorstellungen über den weisen Erhaltungsprozeß allen Lebens in Gesundheit, auch diese Krankheitssymptome als ein echtes Heilungs- weil reinigungsgleich Entgiftungsbestreben betrachten und fördern.

Immer wieder auch hier: Krankheit ist im Ausdrucksbild seiner Symptomatik kein Zerstörungsprozeß nach der bisher falschen Auslegung einer irrigen Immunologie, sondern von deren Ursächlichkeit her ein weise von der Natur eingeleiteter Prozeß, sich mit den damit eingeleiteten Abwehr- und Reaktionsfunktionen selbst zu helfen in Richtung Überwindung der Krankheit mit dem Ziel der Lebensverlängerung.

Mein Denk-Lehrmeister in der heutigen Krebsforschung als Praktiker, Professor Karitzki vom Roten-Kreuz-Krankenhaus in Bremen, sagte absolut klar sehend vor rund zwei Jahrzehnten: »Während sich die Technik in den letzten 50 bis 60 Jahren seit der Erfindung des ersten Fluggleiters durch Otto Lilienthal bis zur Mondrakete gewaltig entwickelt hat, ist während dieser Zeit in der Medizin – besonders in der Krebsforschung –, nichts Entscheidendes geschehen. Im Gegenteil: Krankheit – und besonders die Krebs-Morbidität – haben um ein Vielfaches zugenommen.«

Die unterlassene kausale Auswertung an sich richtiger Labor-Forschungsergebnisse ist allein verantwortlich für die Sackgasse in der Krebsforschung. Die erhöhte oder abnormale Zellteilung ist nicht ein Versagen der Abwehr, die mit allen danach falsch ausgelegten Folgen zur Geschwulstbildung, zum Krebstod als Krebsursache führt, sondern ist in Wahrheit die echte lebenserhaltende Abwehr selbst.

Mit ihr baut der Organismus nicht zerstörerisch die sogenannte tödliche Krebszelle auf, sondern im Gegenteil entwickelt er eine gesteuerte echte Abwehr, um über eine Notzelle – statt Krebszelle – sie weise als Krebs-Stoffwechsel-Gift-Deponie zu benutzen mit dem eindeutigen Lebenserhaltungs- und Lebensverlängerungsziel, Blut- und Lymphe von diesen tödlichen Krebsgiften freizuhalten.

Das heißt, danach werden in exakter Abwehr und echter Immunologie, je nach der Schnelligkeit der stoffwechselseitig anfallenden »Krebshilfe« diese in Notzellen eingespeichert und damit aus dem tödlichen Stoffwechsel-Ernährungs-Kreislauf gezogen.

Zur Aufrechterhaltung des Lebens

Der sich danach aufbauende Primär-Tumor ist dem echten Abwehrsinne nach, entgegen aller wissenschaftlich falschen Deutung, kein Zerstörungsprozeß, sondern ein echter Lebens-Erhaltungsprozeß.

Zusammengefaßt heißt das, daß die Tumor- und Metastasenbildung keinem Entartung, keinem außer Kontrolle geratenem Zellwachstum, keiner Fehlleistung des Immunsystems entsprechen, sondern über einen weisen Notzell-Bildungsvorgang, regulär zur Einlagerung und Bindung von lebensbedrohlichen Gesamtstoffwechselgiften, die wir vereinfacht mit Krebsgiften bezeichnen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Lebens, zum Beweis einer bestehenden echten Immunität aufbaut.

Wenn also danach die Immunität nicht versagt, worin sind dann die Grundursachen zu sehen? Durch spezielle Erbgifte, die ich für den Ur-Krebs verantwortlich mache. Durch zusätzliche degenerative Zellschäden mit Folgen eines pathologen veränderten innerzellulären Stoffwechsels, die unterschiedlich organ-spezifisch wirksam werden und damit den Gesamtstoffwechsel individuell unterschiedlich von Patient zu Patient erkannt und behandelt werden müssen.

Für diese Zellschäden sind in allererster Linie die bisherigen Medikamentenschäden von der Impfung her nicht nur angefangen, sondern weit vorher wirksam vom Quecksilber-Arsen-Schwefelschaden her aus dem Wirken unseres verehrten Paracelsus, über Altsalvarsan, den Sulfonamiden vor dem Zweiten Weltkrieg, über die Antibiotika bis zu den Corticoiden mit Einschluß aller Substitutions-Arzneimittel mit Hormonen, Vitaminen, Enzymen und aller übrigen Drüsensekretions-Substanzen, die leider in weiten Medizinkreisen noch für »harmlos« angesehen werden.

Hieraus hat sich neben dem Urkrebs zusätzlich der Neuzeitkrebs entwickelt als Folge des zu unrecht gepriesenen modernen wissenschaftlichen Zeitalters. Es hat zu den umfassenden, schädlichen, degenerativen Zellveränderungen geführt, die das genetische Material von Generation zu Generation mehr und mehr geschädigt hat, mit dem Folgezustand der mehr und mehr zunehmenden Morbidität.

Daß die Umweltgifte hierzu zusätzlich ihre unterstützende negative Einwirkung, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Erfindung der DDT-Gifte, gehabt haben, steht für Luft, Wasser, Boden und Ernährung außer Zweifel.

Vordringlich und in der Reihenfolge erstrangig ist eindeutig erklärt zuallererst der Inwelt-Vergiftungsschaden durch Medikamente. □

Weitere Informationen über die Regena-Ganzheit-Regenerations-Therapie und über den Regena-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Vertrauliches

Japan

Sowjets wegen Kurilen in der Sackgasse

»Es gibt in der territorialen Frage von keiner Seite etwas Neues«, sagte ein Sprecher des japanischen Ministerpräsidenten Sosuke Uno. Aus einer Depesche der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass geht hervor, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadze auf Moskaus Initiativen zur Verbesserung seiner Beziehungen im Pazifik, darunter eine Verringerung seiner Truppenkonzentration in der östlichen Sowjetunion und in der Mongolei, hingewiesen habe.

Aber Tass wies auch darauf hin, daß es keine Einigung mit Japan im Streit um die Kurilen, jene Insel-Kette, die sich nördlich von Japans Inseln Hokkaido bis zur sowjetischen Halbinsel Sakhalin erstreckt, gibt. Die Sowjets halten die Inseln seit den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges besetzt.

Tass zitierte Schewardnadze mit der üblichen Redensart, daß der Stand der Beziehungen zwischen Moskau und Tokio »den potentiellen Möglichkeiten, die sich der Sowjetunion und Japan bieten, und dem Ansehen unserer beiden Länder in der Welt nicht angemessen ist«. □

Kanada

Bischöfe verurteilen Syrien

In einer Pressenotiz von der katholischen Konferenz kanadischer Bischöfe wird ein Brief veröffentlicht, der vom Vorsitzenden der Konferenz, Bischof James Hayes aus Halifax, an den kanadischen Ministerpräsidenten Brian Mulroney gesandt wurde, und in dem Syriens blutige Aktionen im Libanon verurteilt werden.

Indem er hervorhebt, daß »Christen libanesischer Abstammung, die in Kanada leben, ihre Besorgnis über das Schicksal ihrer Familien und ihres Vaterlandes zum Ausdruck gebracht hätten«, forderte der Bischof Mulroney auf, »alle diplomatischen Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, der Beschießung Beiruts ein sofortiges Ende zu bereiten und neue Versöhnungsmaßnahmen in die Wege zu leiten.«

»Das libanesische Volk hat ein Recht auf Frieden und Sicherheit«, fügte Bischof Hayes hinzu. »Als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen müssen ihm internationale diplomatische Bemühungen zugestanden werden. Wir wünschen von Herzen, daß der Libanon in dieser traurigen Stunde seiner Geschichte nicht im Stich gelassen wird.« □

Äthiopien

Einigung zwischen Sowjetunion und den USA

Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über das Horn von Afrika, das durch Grenzkonflikte und Bürgerkriege heimgesucht wird, sind das wesentliche Element in dem kürzlichen Putschversuch in Äthiopien, verlautet aus Kreisen des Geheimdienstes. Die Reise des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter nach Äthiopien und seiner von Rebellen besetzten Provinz Eritrea wird in dieser Hinsicht als bemerkenswert betrachtet.

Im Mai brach der äthiopische Herrscher Mengistu Haile Maryam seinen Besuch in Ost-Berlin ab und kehrte in sein Land zurück, um den Putschversuch niederzuschlagen.

Aus informierten Kreisen verlautet, daß sich Sowjets und die Vereinigten Staaten in den letzten Monaten über regionale Verhandlungen am Horn von Afrika unter Beteiligung des Sudans, Äthiopiens und Somalilands geeinigt haben mit dem Ziel, örtliche Konflikte durch Errichtung von föderativen Systemen aus der Welt zu schaffen. Dies war die Zielrichtung während Carters Besuch, der im Namen des amerikanischen Außenministers James Baker stattfand. Mengistu hat bislang solche Pressionen und jeden Gedanken an Konzessionen gegenüber den Rebellen zurückgewiesen, und stattdessen eine neue militärische Offensive gegen die Eritreaner gestartet, die mit einer Katastrophe für die äthiopische Armee endete. Aus vorläufigen Berichten geht hervor, daß dies die Voraussetzungen für sowjethörige Offiziere geschaffen hat, einen Putsch gegen Mengistu zu organisieren. □

Japan

Bauern revoltieren gegen die Herrschenden

Junge Bauern in etwa der Hälfte von Japans 49 Präfekturen haben wegen der Handelskonzessionen des ehemaligen Premierministers Noboru Takeshita gegenüber den Vereinigten Staaten gegen die herrschende Liberaldemokratische Partei rebelliert. Sie ließen sich durch Takeshitas kürzlichen Rücktritt nicht beruhigen.

Die Bauern haben sich geschworen, die herrschende Partei zu bestrafen, indem sie deren Kandidaten bei den kommenden Wahlen fallenlassen wollen. Einige versuchen sogar, eine Bauernpartei ins Leben zu rufen. Die Bauern haben bereits verschiedene LDP-Kandidaten bei örtlichen Wahlen geschlagen. Der gut organisierte Bauernblock, der zwar weniger als fünf Prozent der Bevölkerung ausmacht, stellt dennoch 25 Prozent der japanischen Wahlberechtigten, mit einer Wahlbeteiligung von 93,5 Prozent.

Der Verlust auch nur eines Teils dieser Stimmen könnte für die LDP, die durch den Skandal über Wahlkostenbeiträge, der Takeshita sein Amt als Premierminister kostete, stark angeschlagen ist, nicht zu einem ungünstigeren Zeitpunkt kommen. Einer jüngsten Meinungsumfrage zufolge, werden von den Wählern insgesamt nur einer von vieren für die LDP stimmen.

Die Bauern sagen, die Vereinigten Staaten hätten die Rebellion der Bauern dadurch provoziert, daß sie Takeshita gedrängt hätten, die Einfuhrbeschränkungen auf eine Fülle von landwirtschaftlichen Produkten zu mildern. Viele LDP-Mitglieder hatten den Bauern versprochen, daß dies niemals geschehen würde. Die Bauern verweisen auf Japans Verbot von Reis-Einfuhren und drückten ihre Befürchtungen aus, daß dies das nächste Zugeständnis an die Vereinigten Staaten sein würde.

Ausgehend von der südlichen Insel Kyushi, wo ein Großteil des japanischen Rindfleisches und der Apfelsinen erzeugt werden, dehnte sich die Rebellion der Bauern nach Norden aus.

»Unsere Forderungen sind lange Zeit unbeachtet geblieben, und das rief die Verärgerungen hervor«, sagte Tomoyasi Takeda, ein Rinderzüchter und Reisbauer mit akademischer Bildung, der die Rebellion in der politisch bedeutenden Präfektur Niigata anführt. »Wenn die nicht auf uns hören, dann ist das einzige, was wir tun können, der LDP den Rücken zu kehren.«

Kommentatoren verwenden das altmodische Wort »Ikki« oder Aufstand, das Bilder von Bauern mit Äxten in der Hand beim Angriff auf die Feudalherren heraufbeschwört.

»Wir sagen nicht, daß die LDP vollkommen schlecht ist«, sagt Takeda. »Wenn wir die LDP dazu bringen können, uns zuzuhören und sich selbst zu prüfen, dann wird sie einsehen, daß sie sich auf einem Kreuzweg befindet. Vielleicht können wir sie davon abhalten, Reiseinfuhren zu liberalisieren.« □

Vatikan

Den Wertewandel, den man wirklich will

Immer häufiger wird in den Medien vom Wertewandel berichtet, wobei weder die alten noch die neuen Ideale näher bestimmt werden. Die alten hat man schon vergessen, die neuen schweben diffus im Nebel. Der Wandel ist keine Neuerscheinung, sondern hat sich seit dem Konzil sukzessiv vollzogen.

Es sollen verändert werden: Die Religion zur Sozialtherapie; die Moral zur Libidoanalyse; die Familie zur Wechsel-Partnerschaft; die Philosophie zur Ideologie; die Geschichtswissenschaften zum historisch-materialistischen Dogma; der naturwissenschaftliche Fortschritt zum Nullwachstum-Glauben; die Musik zur Kakaphonie; die freie Information zur Indoktrination; das Vaterland zur multikulturellen Gesellschaft; die Landesverteidigung zur Kapitulations-Strategie; die Demokratie zur Öko-Anarchie. □

USA

Samen per Post

In New York wurde das erste Samenbank-Warenhaus der Welt eingerichtet. Dort kann man per Nachnahme den tiefgefrorenen Samen bestellen, um sich dann damit beim Gynäkologen künstlich befruchten zu lassen. □

Johannes Paul II.

Würdigung der Rotarier

Im Februar 1989 fand in Rom der Kongreß von »Rotary International«, der Dachorganisation der Clubs statt. Fünfhundert Teilnehmer dieses Kongresses wurden von Johannes Paul II. in Audienz empfangen und der Einsatz der Rotarier für Frieden und gegenseitiges Verständnis zwischen den Menschen aller Rassen und Religionen gewürdigt. Es muß nicht betont werden, daß die »edlen Ideale«, die Wojtyla in seiner Ansprache ausdrücklich betonte und die der Rotary-Club verfolgt, sich an freimaurerischen Vorbildern orientieren. □

Greenpeace

Sieg im Walfangstreit

Greenpeace errang auf der Jahresversammlung der Internationalen Walfang-Kommission in San Diego einen Sieg. Die Kommission stimmte zu, die Schonzeit für Wale im Indischen Ozean um drei Jahre zu verlängern. Der Schlüssel zu diesem Sieg war die Freigabe einer neuen Studie von Wissenschaftlern, die der Greenpeace-Bewegung nahestehen und in der behauptet wird, daß die Walbestände viel niedriger seien als vorher gezählt wurde. Ein Sprecher für die japanische Delegation stellte die Genauigkeit der Schätzungen in Frage, aber alle anderen Länder akzeptierten die Zahlen.

Ein Beamter der Abteilung für Fischerei in fernen Meeren des japanischen Ministeriums für Land-, Forstwirtschaft und Fischereiwesen rief den Umweltschützern wütend zu: »Das umfassende Verbot des kommerziellen Walfangs ist lächerlich, wenn man es vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. Warum sollen wir angesichts derart schwacher Argumente den Walfang einstellen?

Die 300 Raubwale, die Japan jetzt jedes Jahr tötet, sind zahlenmäßig unbedeutend im Vergleich zu dem geschützten Walbestand von 690 000 allein in der südlichen Hemisphäre.« □

Argentinien

Alfonsins letzte Säuberung des Militärs

Der Stabschef der argentinischen Armee, General Francisco Gassino, versuchte noch in letzter Minute, offensichtlich von dem aus dem Amt scheidenden Präsidenten Raúl Alfonsin unterstützt, den nationalistischen Kern des argentinischen Militärs zu vernichten. Kurz bevor Carlos Menem das Präsidentenamt übernahm, hatte Gassino und das Oberkommando der Armee, die monetäristische Liberale sind, damit begonnen, Offiziere, die im vergangenen Dezember den Oberst Ali Seineldin bei einer militärischen Aktion zur Durchsetzung von Reformen unterstützten, zu disziplinieren, unter Verletzung der Übereinkunft, die jener Affäre ein Ende setzen sollte.

General Gassino ließ zwei Offiziere »in den Ruhestand treten«, die Seineldin unterstützt und einen dritten festgenommen hatten. Seineldin selbst wurde nach der Dezember-Aktion ins Gefängnis gesperrt. Die Behörden haben die Telefone abgeklemmt und Besuche auf seine unmittelbare Familie beschränkt. Man hatte ihn auf einen Militärstützpunkt in Patagonia, an der Südspitze des Landes gelegen, abgeschoben.

General Gassinos Anhänger hofften augenscheinlich darauf, einen weiteren Zwischenfall provozieren zu können, der es ihnen ermöglichte, den Seineldin-Flügel des Militärs völlig auszuschalten. General Dante Caridi, Gassinos Vorgänger, erklärte, daß die nationalistische Gruppierung »aus der Armee verschwinden muß«.

Als Reaktion darauf schrieb Seineldin einen Brief, der in vielen argentinischen Zeitungen abgedruckt wurde und der besagte, daß das Oberkommando den Pakt nicht eingehalten hat, nachdem seine Aktion friedlich beendet werden sollte.

»Ich sage noch einmal, daß ich nicht aufgeben werde und die Verantwortung dafür übernehme, Kameraden zu unterstützen, die bereit sind, sich in diesem neuen Stadium unseres Feldzuges für Einigung, Ehre und Würde innerhalb der argentinischen Armee selbstlos einzusetzen.«

In einer Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter setzte er die Warnung hinzu: »Wenn es einen Aufstand gibt, dann wird er vom Oberkommando provoziert und viel blutiger als die anderen.«

In einer Presseerklärung bezog sich Seineldin auf die Generale, die »als Putschisten der internationalen Sozialdemokratie« versuchen, eine Krise herbeizuführen. □

Spionage

KGB-Spion begeht angeblich Selbstmord

Glenn Michael Souther, 32 Jahre alt, ein eingefahrener Sowjetspion, starb an einem nicht bekannt gegebenen Ort in Rußland, offenbar ein Selbstmord, wie aus britischen Pressemeldungen zu erfahren ist. Die britischen Zeitungen zitierten den KGB-Chef Wlademir Kryuschkow, der von Selbstmord als Todesursache gesprochen haben soll.

»Es war eine tragische Sache. Er hat Selbstmord begangen«, sagte Kryuschkow. Er fügte hinzu, daß Souther eine russische Frau und eine Tochter hinterläßt.

Ein weiteres Geheimnis ergab sich aus dem ursprünglichen Bericht über den Tod in der sowjetischen Soldatenzeitung »Roter Stern«, in dem der Grund nicht angegeben wurde, wo es aber hieß, der wirkliche Name Southers sei Michail Yewgenyewitsch Orlow gewesen.

Dies gab Anlaß zur Spekulation in der »New York Times« darüber, daß Souther ein schon in seinen jungen Jahren in die Vereinigten Staaten eingeschleuster sogenannter »Schläfer« gewesen sei. Kryuschkow behauptet jedoch, Souther sei Amerikaner, hätte jedoch vor seinem Tod im KGB den Rang eines Majors innegehabt. Er wollte nicht sagen, wann genau Souther angeworben wurde, außer, daß dies »mehrere Jahre« vor seinem Übertritt gewesen sei, und daß er sich wegen dieses Verrats ein Nervenleiden zugezogen habe.

Ursprünglich glaubte man, Southers Spionage hätte nur wenigen Schaden angerichtet. Eine spätere Schadensprüfung durch den CIA und andere Agenturen habe jedoch zu der Schlußfolgerung geführt, Souther könnte die Sowjets mit wertvollen Nachrichten über amerikanische Überwachungssatelliten versorgt haben. Souther war früher ein Fachmann für Satelliten-Fotografie mit besonderer Genehmigung durch den Geheimdienst der amerikanischen Marine. Er war Gegenstand einer Untersuchung des FBI wegen Spionagetätigkeit, als er im Mai 1986 aus den Vereinigten Staaten verschwand. Er tauchte im Juli 1988 in der UdSSR auf und dankte den Sowjets dafür, daß sie ihm politisches Asyl gewährt hatten.

Souther trat am 20. Juli 1988 im sowjetischen Fernsehen auf, wo er den amerikanischen Bombenangriff von 1986 auf Libyen und westliche Analysen über den sowjetischen Kernkraftwerksunfall bei Tschernobyl kritisierte. □

Briefe

Betr.: Kulturgeschichte »Der Templerstaat«, Nr. 6/89

Für den Autor und manchen Leser wäre es vielleicht interessant zu erfahren, daß bereits am Anfang unseres Jahrhunderts der deutsche Dichter Stefan George eines seiner Gedichte den Templern gewidmet hat.

Am Rande richtigzustellen wäre in der Abhandlung »Der Templerstaat« indessen, daß die Phönizier nach den Entdeckungen des Jürgen Spanuth keinesfalls als »Erben der Sumerer« in Frage kommen, sondern erst vor dem 1200. Jahrhundert vor Christus – genau wie die Philister – aus dem Norden in den Libanon kamen. Sie hießen zuerst Sidonier, bis sie von den Griechen den Namen »Phoinikai«, also Phönizier, bekamen. Die Phönizier waren ein altes See-, ja Hochseefahrer-Volk, das natürlich zum Bau des Tempels Salomo mit Edelhölzern und Baumeistern aushelfen konnte, denn im Norden – atlantische Königreiche – war man Tempelbauten gewohnt.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: National-Konservative »Haß und Hetze statt Argumente«, Nr. 8/89

Eigentliche Gewinner dieser Wahl sind zweifellos die Republikaner, der große Verlierer heißt Dr. Gerhard Frey, der mit seiner DVU-Liste D gescheitert ist. Für den DVU-Flop gibt es politische und persönliche Gründe: Nachdem Frey sich bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vertaktiert hatte, stand die weitere Entwicklung im Zeichen des Berliner Republikaner-Erfolgs. Fortan beschäftigten sich die Massenmedien nur noch mit Franz Schönhuber und den Republikanern und ersparten diesen weitgehend eigene Anstrengungen.

Freys Wahlkampf hat den Republikanern genützt, indem er DVU und NPD geschadet hat: Je bekannter Frey wird, desto geringere Aussichten hat er, gewählt zu werden. Für die DVU hat sich Frey als einzige Belastung erwiesen, an der auch die mit ihr verbundene NPD noch schwer zu tragen haben wird.

Parteiintern ist durch Freys maßlose Selbstüberschätzung, durch seinen krankhaften Geltungsdrang und seine vollkommene Fixierung auf Finanzielles großer Schaden angerichtet worden. Da Frey in freien Diskussionen nicht zu bestehen vermag, würgt er sie stets ab. Auf mißliebig gewordene Mitglieder setzt er Detektive und Rechtsanwälte an, um sie zum Parteiaustritt zu nötigen. Menschenkenntnis hat er durch Mißtrauen ersetzt, Denken durch Rechnen.

Frey hat sich eine Privatsammlung älterer, bürgerlicher Honoratioren angelegt, kauft Zeitungen auf und stiftet Preise, um als »guter Freund« guter Leute selbst den Vorteil davon einheimsen zu können. Haben die Mohren dann ihre Schuldigkeit getan, müssen sie gehen.

Wenn Freys Versuch, die »rechte Szene« aufzukaufen und selber als »authentische Rechte« aufzutreten, jetzt jäh gescheitert ist, dann ist es an der Zeit, sich von Frey zu befreien: Dieser Klabautermann muß von Bord! Unter Freys Führung – oder auch nur Mitwirkung – sind NPD und DVU keine mündigen, sondern nur bevormundete Parteien. Frey hat etliche Leute glauben gemacht, ohne sein Geld ginge nichts mehr: Der Republikaner-Erfolg hat das Gegenteil bewiesen. Frey hätte auch ohne weiteres Geld dafür kassiert, Sonne, Mond und Sterne aufgehen zu lassen.

So selbstverständlich, wie Frey sich und seinem Sohn die vorderen Plätze auf der Europawahlliste unter den Nagel gerissen hat, wie er in seinen Wahlkampfzeitungen und Fernsehspots ausgerechnet seinen Leibwächter als DVU-Wähler auftreten lassen hat, wie er überhaupt nichts dem Zufall oder der freien Meinungsbildung überläßt, sondern alles im vorhinein im Vorzimmer auskungelt, genauso zwangsläufig ist der Höhenflug dieses wildgewordenen Kleinbürgers, der sich zum Großmogul oder Großinquisitor aufschwingen wollte, durch eine wohlverdiente Bruchlandung beendet worden.

Noch haben sich Protestwähler und Denkzettelpotential weder auf eine Partei noch auf eine Person festgelegt, sondern wollen sich lediglich erfolgreich gegen ein System der Umvolkung wehren, also eine Partei in die Parlamente schicken, die die Auslieferung Deutschlands an das Ausland und die Ausländer verhindert. Beides ist zunächst durch die Republikaner in Aussicht gestellt. Da sie jedoch über kein nennenswertes Programm und keine glaubwürdige Führung verfügen und der diffuse Protest die einzige Gemeinsamkeit ihrer Wähler und Mitglieder ist, werden sie Rückschläge nur schwer verkraften können.

Die Hoffnung, daß schwere Zeiten große Männer hervorbringen werden, ist bei den Republikanern zur Zeit nicht zu nähren. Trotzdem ist mit dem Einzug der Republikaner in den niedersächsischen Landtag und Bundestag zu rechnen, weil schon die gleiche Stimmenanzahl wie zur Europawahl – bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von 85 Prozent – zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde ausreichen würde. Außerdem werden wahrscheinlich ehemalige NPD- und DVU-Wähler dem Trend zu den Republikanern folgen und deren Chancen damit noch vergrößern.

Den Republikanern würde die parlamentarische Bewährungsprobe guttun: Republikanische Hoffnungen auf CDU-Koalitionen sind zwar bestens geeignet, um bürgerlichen Wählern den Schritt von der CDU weg zu erleichtern, aber ganz und gar nicht als Marschzahl einer Politik, die sich als Kunst des Möglichen – oder sogar Notwendigen – versteht. Sollten die Republikaner vielmehr jemals für die CDU koalitionsfähig werden, hätten sie jeden Wert als Rechtspartei verloren!

Meinhard Kampf, Braunschweig

Betr.: Revisionismus »Hitler in Stalins Kalkül«, Nr. 7/89

Der Bericht ist insofern interessant, daß er nicht von deutscher Sicht von einem Deutschen geschrieben ist. Es mag dahingestellt sein, wann Stalin den Marschbefehl gegeben hätte, gegeben worden wäre er aber zur gegebenen Zeit, die Stalin für günstig hielt, in jedem Falle. Man soll die Tatsache nicht unter den Teppich kehren, daß der Kommunismus eine Weltanschauung mit dem Ziel der Weltrevolution ist. Das haben auch Lenin wie Stalin bekräftigt. Das Wesen einer Weltanschauung besteht aber darin, daß es keine fremden Götter neben sich duldet. Der Kommunismus ist durch sein Dasein schon eine Gefahr.

Unter dem Begriff Frieden versteht der Kommunismus die Unterwerfung. Wer sich nicht unterwerfen will, wird befreit. Die Befreiung von Afghanistan verlief nicht, wie man es gewünscht hatte, und so wurde das Rezept schmackhafter gemacht, man nennt das neue Rezept Perestroika. Die Perestroika sollen wir auch noch sanieren, entsprechend Lenins Vorstellung.

Die Kapitalisten werden auch noch den Strick liefern, mit dem sie gehängt werden. Das sind nun bittere Tatsachen, und da nützt alle Schönfärberei nichts, wie Herr von Weizsäcker sie betreibt. Was Selbstbestimmung der Völker heißt, wissen wir bis jetzt nur, daß im Kaukasus gegen aufmüpfige Nationalitäten Giftgas eingesetzt wurde. Daß einer deutschen Selbstbestimmung gegenüber wohlwollender verfahren würde, kann ich nur sagen, die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Es ist richtig, daß jede Weltanschauung sich einmal überlebt. Ob das beim Kommunismus schon der Fall ist, das wage ich zu verneinen. Bis jetzt steht nur die Tatsache fest, daß wir seinen Bankrott sanieren sollen. Was hinter der Sanierung feststellbar ist, ist eine dichte Nebelwand.

Ich möchte nicht, daß die Begriffe sozial und Sozialismus in einen Topf geworfen werden. Sozialismus ist eine wunderbare Sache, aber er funktioniert nicht. Er kann gar nicht funktionieren. Karl Marx, der nie eine Fabrik gesehen hat, wie sie von innen aussieht, glaubte, die Produktion in privater Hand wäre das Übel. Daß nicht die Produktion, sondern die Zinsausbeutung das Übel ist, wollen die Kommunisten nicht wahrhaben.

Alois Balluschek, Hamm

Betr.: Bonn »Tollhaus Bundesrepublik«, Nr. 8/89

In den letzten zwanzig Jahren hat man in der Embryoforschung, besonders durch den Einsatz neuer Technologie, wichtige Erkenntnisse über das Leben des ungeborenen Kindes gewonnen.

Als Dr. med. Bernard Nathanson, Direktor der größten Abtreibungsklinik der Welt, im Film sah, wie barbarisch das Töten eines Embryos ist, war er so erschüttert, daß er zum Gegner der Abtreibung wurde. Seinen Film »Der stumme Schrei« kann man auch in der Bundesrepublik sehen.

1980 brachte die Europäische Ärzteaktion eine Dokumentation »Alarm um die Abtreibung« heraus. Diese Ärzte warnen vor einer Spaltung der Ärzteschaft: ». . . weil wir nicht bereit sind, medizinischen Embryonenkillern das Recht zuzubilligen, uns als ›Kollegen‹ zu bezeichnen. Denn wir sind niemals bereit, uns zu Killern degradieren zu lassen . . .«

Im Juni 1987 konnte man im Deutschen Monatsblatt, Zeitschrift der Christlichen-Demokratischen Union Deutschlands, folgendes von Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth lesen: »Ich stelle noch einmal fest: Die Abtreibung ist eine anzeigungspflichtige, mitteilungspflichtige Krankheit . . .«

Die Nachfolgerin von Familienministerin Rita Süssmuth, Frau Prof. Ursula Lehr, soll auf einer Veranstaltung in Hessen Abtreibung als Mord bezeichnet haben. In einer Debatte im Bundestag am 23. Februar 1989 dazu angesprochen, erklärte die Familienministerin Lehr: »Schwangerschaftsabbruch ist Tötung ungeborenen Lebens und nicht Mord.«

Weil sich unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker auch für Gefangene einsetzt, schrieb ich ihm am 4. Januar 1989 einen Brief wegen der Massenabtreibungen ungeborener Kinder, welche größtenteils von Zwangskrankenkassengeldern finanziert werden.

Am 25. Januar teilte mir der Bundespräsident folgendes mit: ». . . Auch mich bewegt es, daß die Zahl der Abtreibungen in unserem Land so hoch ist. Im Kern handelt es sich dabei nicht um eine Rechtsfrage, sondern um ein sittliches Problem unserer Gesellschaft.«

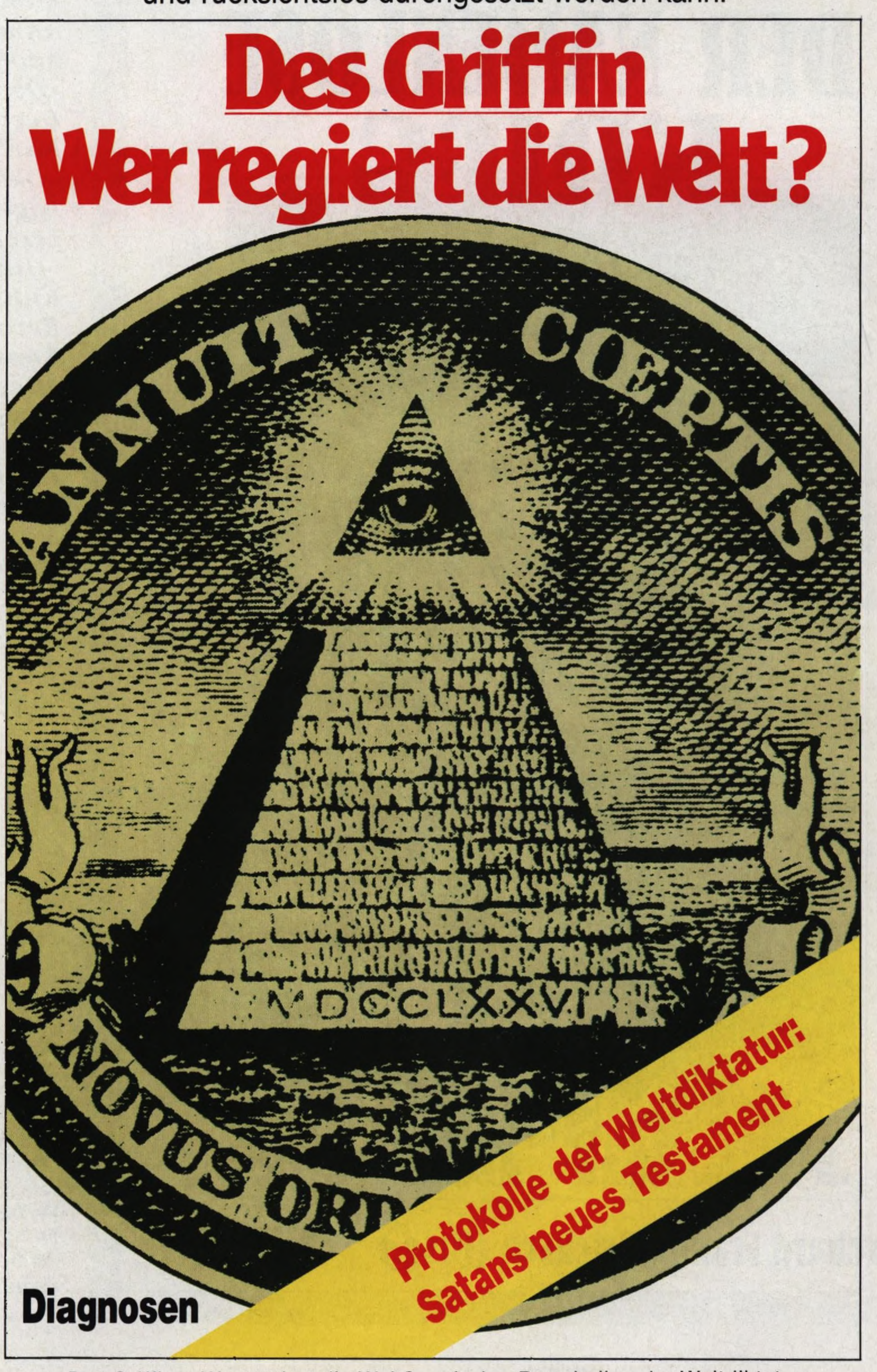
Im vergangenen Jahr sprach Erzbischof Johannes Dyba von Fulda in seiner Flammenschrift vom »Holocaust der Ungeborenen«. Wörtlich sagte er: »Wir müssen uns also fragen, ob wir mit unserem staatlich finanzierten Tötungsgeschäft nicht sehr nahe an unsere eigene Vergangenheit herankommen . . .«

In Rheinland-Pfalz sprachen 1985 von sieben weiblichen CDU-Fraktionsmitgliedern des Mainzer Landtages sechs gegen eine Abtreibungsklage. Die sogenannte »Gruppe der sechs« war für die Beibehaltung der Kostenübernahme bei Abtreibungen aus sozialen Gründen.

Raben und Kröten werden besser geschützt als ungeborene Kinder. Was ist dies für ein Rechtsstaat?

Anneliese Pipenhagen, Mainz

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel